Bürgeraktion
Synagoge Hohenlimburg
(Hrsg.)

Wenn eine Ruine zum Prüfstein wird

Ein Lehrstück gegen das Vergessen

verlag
DIE BLAUE EULE
essen

Bürgeraktion
Synagoge Hohenlimburg
(Hrsg.)

Wenn eine Ruine zum Prüfstein wird

Ein Lehrstück gegen das Vergessen

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

verlag DIE BLAUE EULE essen

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Wenn eine Synagoge zum Prüfstein wird :
e. Lehrstück gegen d. Vergessen /
Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg (Hrsg.). –
Essen : Verl. Die Blaue Eule, 1988

(Historie in der Blauen Eule ; Bd. 5)

ISBN 3-89206-221-8

NE: Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg; GT

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

ISBN 3-89206-221-8

© copyright verlag die blaue eule, essen 1988

alle rechte vorbehalten.

nachdruck oder vervielfältigung, auch auszugsweise, in allen formen wie mikrofilm, xerographie, mikrofiche, mikrocard, offset verboten.

printed in germany

herstellung:
horn-satz, essen druck: difo-druck, bamberg

Wenn ein Ruine zum Prüfstein wird

Historie in der Blauen Eule

Band 5

Inhalt Seite

ZUR EINFÜHRUNG 7

TEIL I: EIN GEBÄUDE IN DER DISKUSSION

1. Die Gründung der Bürgeraktion Synagoge 9
2. Die Unterschutzstellung des Gebäudes 26
3. Der Einsatz der Helfer 66
4. Die letzte Etappe 78

Kommentar 113

TEIL II: DOKUMENTE UND ERINNERUNGEN

1. Im Jahre 1938 118
2. Aus dem Archiv von Yad Vashem 123
3. Pressedarstellungen 143
4. Zeitzeugenberichte 154

Kommentar 159

TEIL III: KONTAKTE UND BEGEGNUNGEN

1. Die Besuchswoche 1982 161
2. Die Übergabe des Synagogengebäudes 180

Kommentar 212

AUSBLICK 213

Literaturhinweise 216

ZUR EINFÜHRUNG

Im Jahre 1980 feierte die ehemals selbständige Stadt Hohenlimburg in Westfalen ihr 750-jähriges Stadtjubiläum, obwohl ihre kommunale Eigenständigkeit durch die im Zusammenhang der Gebietsreform 1975 erfolgte Eingemeindung nach Hagen eigentlich als beendet gelten durfte. In einer Festschrift "750 Jahre Hohenlimburg" konnten u.a. die politischen Parteien, die Vereine sowie die christlichen Kirchengemeinden des Ortes aus ihrer Geschichte berichten. Eine Erinnerung an die frühere jüdische Gemeinde in Hohenlimburg war zunächst nicht vorgesehen. Sie hätte möglicherweise den festlichen Rahmen eines Jubiläums gestört, weil sich dadurch viele Bürger an Ereignisse hätten erinnern lassen müssen, an die niemand gern erinnert werden will.

In dieser Situation bildete sich im Frühjahr 1980 auf Anregung der evangelischen Kirchengemeinden ein Arbeitskreis mit der Zielsetzung, auch der vergessenen früheren jüdischen Gemeinde zu gedenken und einen Beitrag zur Erforschung ihrer Geschichte zu leisten. Auf Betreiben dieses Arbeitskreises fand am 9.11.1980 vor dem vom Einsturz bedrohten Gebäude der früheren Synagoge des Ortes eine Kranzniederlegung statt, an der neben den Vertretern der Kirche auch Vertreter der politischen Parteien teilnahmen. Die Bezirksvorsteherin wies darauf hin, daß eine Initiative aus der Bürgerschaft zu Gunsten der Erhaltung des Synagogengebäudes die notwendigen politischen Entscheidungsprozesse befördern könne.

Bei dem Synagogengebäude Hohenlimburg handelt es sich um eine der wenigen von früher über 200 Synagogen im Bereich des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, deren Bausubstanz noch einigermaßen erhalten war. Der Bau selbst stellt in weitem Umkreis das einzige Beispiel für eine Kleinsynagoge aus dem 19. Jahrhundert dar.

Am 10.11.1938 gehörte das Gebäude zu den Zielen eines von Anhängern und Sympathisanten des NS-Regimes veranstalteten Demolationszuges. Zerstört wurden nach amtlichen Feststellungen das Dach, die Fenster, die Türen sowie die Inneneinrichtung des Synagogengebäudes. Aufgrund der Verordnung vom 3.12.1938 war die Synagogen-Gemeinde gezwungen, ihr Eigentum zu verkaufen. Als Käufer trat laut Kaufvertrag vom 16.12.1938 ein Hohenlimburger Fabrikant auf, der das Gebäude umbauen ließ. Von 1941 bis 1975 wurde die ehemalige Synagoge als Fabrikations- und Lagerraum von verschiedenen Firmen genutzt.

Am 3.3.1950 stellte die Jüdische Kultusgemeinde Hagen einen Rückerstattungsantrag gemäß Gesetz Nr. 59 der Militärregierung. Auf Anweisung des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hagen vom 3.3.1950 wurde ein entsprechender Rückerstattungsvermerk in das Grundbuch eingetragen. 1952 erfolgte die Löschung des Vermerks und die Entsperrung des Vermögens des Besitzers des Gebäudes, der eine Ausgleichszahlung geleistet hatte. Die Jüdische Kultusgemeinde Hagen erklärte sich mit dieser Regelung ausdrücklich einverstanden und verzichtete auf eine Übernahme des Gebäudes.

1972 und 1975 beschäftigten sich die Parteien im Rat der Stadt Hohenlimburg bzw. in der Bezirksvertretung Hagen-Ost mit der Synagoge. Zunächst gab die CDU die Anregung, das Synagogengebäude als Gedenkstätte (Ehrenmal) für die Toten der beiden Weltkriege und die Opfer der Gewaltherrschaft auszugestalten. Im Zusammenhang einer Ortsbesichtigung durch den Landeskonservator wurde am 15.4.1975 vorgeschlagen, die erhalten gebliebene Synagoge in die Liste denkmalwerter Bauten aufzunehmen. Am 4.12.1975 brannte das in dem Synagogengebäude untergebrachte Pelzlager aus. Wiederum wurde nach einer sinnvollen Verwendung des Gebäudes gefragt. Auf

Vorschlag der SPD empfahl die Bezirksvertretung der Hagener Stadtverwaltung, in Verhandlungen über den Kauf der ehemaligen Synagoge einzutreten. Im Gespräch war damals die Nutzung als Museum für jüdische Kultgegenstände. CDU und FDP stellten den Antrag, der Landesverband der jüdischen Kultusgemeinden möge das Grundstück mit dem aufstehenden Gebäude zum Zwecke der Errichtung eines Museums selbst erwerben. Diese Anregungen und Anträge blieben letztlich erfolglos. Im Jahre 1980 stellte die Dezernentenkonferenz beim Oberstadtdirektor der Stadt Hagen fest: "Die Stadt ist an dem Erwerb eines Ruinengrundstücks nicht interessiert." Damit mußten alle Bemühungen, das Gebäude zu erhalten und einer neuen Nutzung durch die öffentliche Hand zuzuführen, zunächst als gescheitert angesehen werden.

Auf diesem politisch außerordentlich ungünstigen Hintergrund unterzeichneten im Dezember 1980 19 Personen als "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" einen Aufruf, der ein unerwartet positives Echo in der Bevölkerung auslöste. Zahlreiche Bürger und Institutionen beteiligten sich an der Spendenaktion zu Gunsten der Erhaltung des Synagogengebäudes. Doch blieben diese Aktivitäten zunächst ohne Eindruck auf die politisch Verantwortlichen in Rat und Verwaltung der Stadt Hagen.

Eine jahrelange Auseinandersetzung begann. Am 15.6.1986 schließlich konnte das restaurierte Synagogengebäude der Öffentlichkeit als Mahn- und Gedenkstätte übergeben werden.

In Anknüpfung an die Ergebnisse des Arbeitskreises "Jüdische Gemeinde Hohenlimburg" befaßt sich der als gemeinnützig anerkannte Verein "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" satzungsgemäß mit der Erforschung der Geschichte der früheren jüdischen Gemeinde am Ort und im Zusammenhang damit auch mit den Abläufen, die zur Demolation der Synagoge im Jahre 1938 geführt haben.

Seit 1982 organisiert die Bürgeraktion im Auftrage des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen Besuche für frühere jüdische Bürger der Städte Hohenlimburg und Hagen. Aus Anlaß der Übergabe des Synagogengebäudes fand unter reger Anteilnahme der Gäste eine Festwoche statt.

"Wenn eine Ruine zum Prüfstein wird" - so lautet der Titel eines der nachfolgend dokumentierten Berichte. Dieser Titel beschreibt zugleich den Zusammenhang, um den es in dieser Dokumentation geht. In der Tat, das vom Verfall bedrohte Gebäude einer ehemaligen Synagoge wurde für eine Vielzahl von Einzelpersonen und Gruppen zum Prüfstein für die Bereitschaft an einem konkreten Beispiel einen bescheidenen Beitrag zur Bewältigung eines dunklen Abschnitts deutscher Geschichte zu leisten.

Diese Hinweise bilden den Rahmen für die nachfolgende Dokumentation und Kommentierung des Verlaufs und der Ergebnisse der Arbeit der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg".

TEIL I: EIN GEBÄUDE IN DER DISKUSSION

1. Die Gründung der Bürgeraktion Synagoge

BÜRGERAKTION SYNAGOGE HOHENLIMBURG **Hohenlimburg, im Dezember 1980**

750 JAHRE HOHENLIMBURG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Seit Jahren wird die Frage der Erhaltung und Restaurierung der ehemaligen Synagoge in der Wesselbach in den politischen Parteien diskutiert. Im Jubiläumsjahr 1980 haben sich auch die Kirchengemeinden und insbesondere der Arbeitskreis "Jüdische Gemeinde" mit der weiteren Verwendung des Synagogengebäudes beschäftigt.

Nach einer Mitteilung des Landeskonservators für Westfalen-Lippe vom 16.1.1978 ist die 1869 errichtete Synagoge aufgrund ihrer künstlerischen und geschichtlichen Bedeutung und ihres Wertes als Sakralbau als Baudenkmal anzusehen. Der Landeskonservator stellt in diesem Zusammenhang fest: "Eine Sicherung, Erhaltung und Instandsetzung wird nicht nur empfohlen, sondern für dringend erforderlich gehalten." In dem genannten Schreiben heißt es weiter: "Ich möchte daher anregen, die Synagoge in städtisches Eigentum zu überführen und sie mit entsprechender Nutzung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen."

Nach unserer Auffassung sind zunächst Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz dringend erforderlich. Der derzeitige Besitzer des Synagogengeländes ist nicht in der Lage, den für diese Maßnahmen vorgesehenen Eigenanteil z.B. zur Erneuerung des Daches der Synagoge aufzubringen, zumal er sich schon vor Jahren bereit erklärt hat, das gesamte Grundstück nebst Gebäuden an die Stadt zu verkaufen.

In einer für die Stadt Hagen schwierigen finanziellen Situation bitten die Unterzeichner die Bürger Hohenlimburgs um eine Spende zugunsten der ehemaligen Synagoge. Das Jubiläumsjahr 1980 hat zahlreiche von den Bürgern getragene Initiativen ermöglicht, an die vorher niemand zu denken gewagt hat. Daher hoffen wir, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, auf Ihr Verständnis für unser Anliegen.

Am 20.11.1980 hat Frau Bezirksvorsteherin Marie Schumann in einer Ansprache erklärt: "Der Tod von Millionen Mitbürgern jüdischen Glaubens bleibt, wie es unser verstorbener Altbundespräsident Dr.Dr. Gustav Heinemann einmal formuliert hat, ein unauslöschlicher Bestandteil der Geschichte unseres Volkes, aus der auch Nachgeborene nicht heraustreten können."

Unsere Ziele lauten: 1. Erhaltung der Bausubstanz der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg, 2. Überführung des Synagogengeländes in städtisches Eigentum, 3. Nutzung des herzurichtenden Synagogengebäudes zugunsten der Bürger. Hier sind mehrere Möglichkeiten im Gespräch.

Unterstützen Sie unsere Aktion und helfen Sie uns durch eine **Spende im Rahmen Ihrer Möglichkeiten,** zunächst das erste Ziel zu erreichen.

Zahlen Sie Ihre Spende bitte auf das

Spendenkonto Nr. 128 011 238
"Synagoge Hohenlimburg"

bei der Stadtsparkasse Hohenlimburg ein oder übergeben Sie Ihre Spende einem Mitbürger, der die Einzahlung für Sie vornimmt.

Wir sind gern bereit, Ihnen ggfls. durch die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung ausstellen zu lassen. Vermerken Sie einen entsprechenden Wunsch auf Ihrem Einzahlungsschein.

Die Herausgeber der GEDENKSCHRIFT ZU EHREN DER EHEMALIGEN JÜDISCHEN MITBÜRGER HOHENLIMBURGS haben diese bedeutsame Dokumentation der Bürgeraktion zur Verfügung gestellt. Sie können unser Anliegen zusätzlich dadurch unterstützen, daß Sie ein oder mehrere Exemplar(e) dieser Gedenkschrift bestellen. Bedienen Sie sich dazu freundlicherweise der Bestellscheine, die in allen Kirchen und Gemeindehäusern, in allen Zweigstellen der Stadtsparkasse, der Commerzbank, der Deutschen Bank, der Dresdener Bank, der Volksbank sowie in den Buchhandlungen R. Steglich und W. Schmidt ausliegen.

Bei den Unterzeichnern, die diesen Aufruf persönlich verantworten, handelt es sich um evangelische und katholische Christen sowie um Bürger, die keiner Kirche angehören, um Mitglieder des lutherischen und des reformierten Presbyteriums sowie des Pfarrgemeinderates der Kirchengemeinde St. Bonifatius, um Mitglieder von Vereinen und Parteien (SPD, CDU, FDP), um Bürger, die in verschiedenen Berufen als Pfarrer, Arzt, Lehrer usw. tätig sind.

Mit der herzlichen Bitte um Verständnis für unser Anliegen und freundlichen Grüßen

Ihre

Spendenkonto 128 011 238 bei Sparkasse Hagen

Alte Hohenlimburger Synagoge soll wieder restauriert werden

Hagen. (Sche.) Die „Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs" von A. Böning und H. Zabel will ein Baustein zur Erhaltung der Hohenlimburger Synagoge sein. Das Buch enthält auf 88 Seiten eine Fülle von Informationen, dazu Texte zum Thema Juden und Christen, Ergebnisse einer Befragung von Bürgern Hohenlimburgs im Jahre 1980, Dokumente aus der Zeit der Verfolgung nach 1933.

Die beiden Herausgeber haben die Gedenkschrift der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" zur Verfügung gestellt, die sich darum bemüht, die Hohenlimburger Synagoge zu erhalten. Inzwischen wurde bei der Sparkasse Hagen, Zweigstelle Hohenlimburg, das „Spendenkonto Synagoge Hohenlimburg" unter der Nummer 128 011 238 eingerichtet. Auf Wunsch werden von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Dortmund Spendenbescheinigungen ausgestellt.

Das Gebäude der Synagoge in der Wesselbach wurde im Jahre 1870 fertiggestellt. Die Kosten kame. zu etwa einem Drittel von christlichen Mitbürgern. 1906 kam ein Schulhaus für 20 Kinder hinzu. In der „Reichskristallnacht" (9./10.11.1938) wurden das Dach, die Fenster, die Türen und die gesamte Inneneinrichtung der Hohenlimburger Synagoge zerstört. Nach ihrem Verkauf verwandelte sie sich in eine Fabrik. 1950 stellt die Jüdische Gemeinde Hagen einen Rückerstattungsantrag. Die Parteien befaßten sich 1972 und 1975 im Rat der Stadt Hohenlimburg und in der Bezirksvertretung Hagen-Ost mit der Synagoge. Die CDU wollte eine Gedenkstätte für die Opfer beider Weltkriege und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft daraus machen. Landeskonservator Dr. Mainzer schlug vor, sie in die Liste denkmalswürdiger Bauten aufzunehmen.

Am 4. Dezember 1975 brannte die in der Synagoge untergebrachte Fabrik ab. Wiederum wurde nach einer sinnvollen Verwendung des Gebäudes gefragt. Auf Vorschlag der SPD empfahl die Bezirksvertretung Ost der Stadtverwaltung, das Gebäude zu erwerben und evt. ein Museum für jüdische Kultgegenstände daraus zu machen. CDU und FDP stellten den Antrag, die jüdische Kultusgemeinde möge das Grundstück erwerben und ein Museum errichten. Zur jetzigen Fragestellung schreibt die ehemalige Hohenlimburger jüdische Mitbürgerin Hilde Bloch: „Wäre es nicht möglich, daß die Synagoge wenigstens wieder in einen ordentlichen Zustand gebracht würde? - Eine Synagoge, wie jede Kirche, sollte etwas Heiliges sein!"

WR Hagen 29.12.1980

Bürgeraktion bittet um Spenden für die Synagoge

WP 20.12.1980

Dr. E. Hartmann:

„Erhaltung der Synagoge ist wichtig"

Hohenlimburg. Die Mitglieder und Sympathisanten der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" finden sich am Montag, 5. Januar, 15 Uhr, im Hohenlimburger Rathaus zu einem gemeinsamen Gespräch mit Bezirksvorsteherin Marie Schumann zusammen.

Mitinitiator der Aktion, Professor Dr. Hermann Zabel, nennt in diesem Zusammenhang noch einmal die Ziele der Bürgeraktion: 1. die Erhaltung der Bausubstanz der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg, 2. die Überführung des Synagogengeländes in städtisches Eigentum, 3. die Nutzung des herzurichtenden Synagogengebäudes zugunsten der Bürger.

Zabel: „Diese Ziele können erreicht werden, wenn sich möglichst viele Bürger, die in Hohenlimburg wohnen, oder mit Hohenlimburg verbunden sind, zu einer Spende von 10 DM oder mehr entschließen. Helfen Sie mit Ihrer Spende, daß die Synagoge, die der Landeskonservator als Baudenkmal bezeichnete, erhalten bleibt!"

Zur Begründung des Aufrufs schreibt Dr. Elmar Hartmann, Gründungsmitglied der Bürgeraktion: „Die Hohenlimburger Synagoge ist als ehemaliger Gottesdienstraum unserer früheren jüdischen Mitbürger genauso erhaltenswert wie christliche Kirchen, die als Baudenkmäler religiöser Kunst angesehen werden, auch oft, wenn sie nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck dienen. Die Erhaltung der Synagoge in Hohenlimburg ist deshalb denkmalspflegerisch wichtig, da sehr viele Synagogen 1938 völlig zerstört oder wegen Baufälligkeit mangels richtiger Nutzung nachträglich abgebrochen worden sind."

Stadt äußerte sich ebenfalls

Aktion zur Erhaltung der Synagoge findet schon lebhaftes Echo

Hagen. Die Vertreter der Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg" wurden jetzt zu einem Informationsaustausch mit Bezirksvorsteherin Marie Schumann im Rahmen ihrer Sprechstunde empfangen.

Seitens der Bürgerinitiative wurde zunächst darauf hingewiesen, daß der im Dezember verabschiedetete Aufruf von 19 Bürgern – darunter mehreren evangelische Pfarrern, Vertretern verschiedener Berufe, Vereine und Parteien – unterschrieben wurde und noch viele andere Einwohner das Vorhaben unterstützen. So habe auch Pfarrer Schmitz von der katholischen St.-Bonifatius-Kirchengemeinde in Aussicht gestellt, das Thema in der nächsten Sitzung des Pfarrgemeinderates offiziell zur Sprache zu bringen.

Zahlreiche Bürger haben inzwischen gegen einen Spendenbetrag die Gedenkschrift erworben, andere haben Einzahlungen auf das Spendenkonto 128 011 238 bei der Sparkasse Hohenlimburg geleistet. Auch die Stadt Hagen scheint sich nach Meinung der Bürgeraktion ihrem Anliegen zu öffnen.

Oberbürgermeister Loskand wird die Vorschläge der engagierten Beteiligten mit den Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt vertretenen Parteien und Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller Ende Januar erörtern. In einer Mitteilung des Stadtplanungsamtes vom 29. Dezember heißt es unter anderem: „Ich bestätige Ihnen hiermit, daß die Instandsetzung der Synagoge in Hohenlimburg im Sinne der Unteren Denkmalbehörde und des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster ist und im Rahmen der hier im Haushaltsjahr 1981 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Unterstützung finden soll.

Außerdem plant die Bürgeraktion, alle Hagener gezielt unter dem Motto „Mit zehn Mark sind Sie dabei"! anzusprechen.

WR Hagen 9. 1.1981

Bezirksvorsteherin empfing „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg"

Zahlreiche Bürger sind zur Unterstützung finanziell bereit

Die Instandsetzung der Synagoge soll Unterstützung finden

Das Stadtplanungsamt bestätigt die Denkmalswürdigkeit

Hohenlimburg. Im Rahmen ihrer Sprechstunde empfing Bezirksvorsteherin Marie Schumann in Gegenwart von Horst Tillmann (SPD) und Hans-Georg Pieper (CDU) Vertreter der Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg" zu einem Informationsaustausch. Seitens der Bürgerinitiative wurde zunächst darauf hingewiesen, daß der im Dezember 1980 verabschiedete Aufruf von 19 Bürgern – darunter mehreren evangelischen Pfarrern, Vertretern verschiedener Berufe, Vereine und Parteien – unterschrieben wurde, und daß auch darüber hinaus viele andere Bürger das Anliegen der Aktion unterstützen. So habe Pfarrer Schmiz von der kath. St. Bonifatius-Kirchengemeinde in Aussicht gestellt, das Thema in der nächsten Sitzung des Pfarrgemeinderates offiziell zur Sprache zu bringen.

Die Herren Voss und Arndt haben die Mitglieder des Einzelhandels in der Stadt und in Elsey gebeten, die Aktion durch eine Spende zu unterstützen. Andere sachkundige Bürger sind zur Unterstützung in finanzieller und ideeller Hinsicht bereit.

Zahlreiche Bürger hätten bereits gegen einen Spendenbetrag die Gedenkschrift erworben. Andere Bürger haben Einzahlungen auf das Spendenkonto 128 011 238 bei der Sparkasse von Hohenlimburg geleistet.

Auch die Stadt Hagen scheine sich dem Anliegen der Bürgeraktion zu öffnen. Schon vor Jahren habe der Hohenlimburger Alt-Stadtdirektor Albert Müller seinen Sohn Klaus, den Oberstadtdirektor der Stadt Hagen, in einem Brief gebeten, das Synagogengrundstück in städtischen Besitz zu überführen.

Dr. Müller habe seinem Vater diese Bitte damals nicht erfüllt. Vielleicht sei er in dieser Angelegenheit zugänglicher, wenn ihm viele Hohenlimburger darum bitten bzw. ihn durch ihre Spende darauf hinweisen, daß ein Interesse an der Erhaltung des Gebäudes in der Bevölkerung bestehe.

Oberbürgermeister Loskand werde die Vorschläge der Bürgeraktion mit den Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt Hagen vertretenen Parteien und dem Oberstadtdirektor Ende Januar erörtern.

Mit besonderer Aufmerksamkeit nahmen die Gesprächsteilnehmer eine Mitteilung des Stadtplanungsamtes der Stadt Hagen vom 29. Dezember 1980 zur Kenntnis, in der es unter anderem heißt: „Ich bestätigte Ihnen hiermit, daß die Instandsetzung der Synagoge in Hohenlimburg im Sinne der Unteren Denkmalbehörde und des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster ist und im Rahmen der hier im Haushaltsjahr 1981 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Unterstützung finden soll."

Es wurde vereinbart, weitere Fragen in der nächsten Zeit zu klären. Frau Schumann schlug vor, das herzurichtende Synagogengebäude als Kulturraum zu nutzen. Dieser Vorschlag wurde von allen Teilnehmern begrüßt. Er soll durch ergänzende Hinweise konkretisiert werden.

Die Bürgeraktion wird in Kürze alle Bürger der Stadt gezielt ansprechen unter dem Motto „Mit zehn Mark sind sie dabei!" Die Mitglieder der Bürgeraktion sind überzeugt, daß sich ihre Ziele weitgehend verwirklichen lassen, wenn sich möglichst viele Bürger der Stadt zu einer Spende von 10 oder mehr DM entschließen.

WP
7.1.1981

Trees for Israel

Ehemalige Synagoge künftig „Kulturraum"?

Frühere Nutzungsvorschläge nicht durchsetzbar

WP 19.1.1981

Hohenlimburg. Der von Bezirksvorsteherin Marie Schumann entwickelte Vorschlag, das herzurichtende Synagogengebäude zukünftig als „Kulturraum" zu nutzen, geht von der realistischen Einschätzung aus, daß frühere Vorschläge für eine Nutzung des Synagogengebäudes nicht durchsetzbar sein dürften.

Es ist ausgeschlossen, daß die Synagoge wieder als Synagoge genutzt wird, weil es keine ausreichende Zahl von jüdischen Mitbürgern in Hohenlimburg mehr gibt und der Kultusgemeinde Hagen eine eigene Synagoge zur Verfügung steht.

Der Vorschlag der CDU aus dem Jahre 1972, das Synagogengebäude als Gedenkstätte (Ehrenmal) für die Toten der beiden Weltkriege und die Opfer der Gewaltherrschaft auszugestalten, ist im Blick auf das neue Mahnmal an der Esserstraße nicht mehr aktuell.

Die Anregung der SPD aus dem Jahre 1976, das Gebäude als Museum für jüdische Kultgegenstände zu nutzen, ist u.a. aus finanziellen Gründen als überholt anzusehen.

Dagegen dürfte die Nutzung des herzurichtenden Synagogengebäudes als „Kulturraum" in mehrfacher Hinsicht sinnvoll sein. Einmal würde auf diese Weise das Gebäude als Baudenkmal und als Erinnerungszeichen an das Unrecht, welches des ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs in der Zeit des Dritten Reiches zugefügt wurde, erhalten. Zum anderen würde das Gebäude in den Dienst der lebenden Bürger Hohenlimburgs gestellt. Es könnte für Veranstaltungen der Volkshochschule, Vorträge und Dichterlesungen, bei der Aufführung kleinerer Konzerte und Liederabende ebenso benutzt werden, wie möglicherweise für Gottesdienste ausländischer Religionsgemeinschaften.

In jedem Fall wäre auf diese Weise gewährleistet, daß das Gebäude Begegnungen zwischen Menschen aller Religionen und Weltanschauungen sowie aller politischen Überzeugungen fördert. Es könnte als solches zugleich an die Einlösung der entsprechenden Grundrechte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mahnen.

Aus diesen Gründen unterstützt die Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg" nachdrücklich den Vorschlag, das Synagogengebäude zukünftig als „Kulturraum" zu nutzen. Die Bürgeraktion setzt sich dafür ein, daß das Gebäude in den Händen der Hohenlimburger bleibt, durch deren tatkräftige Unterstützung es zunächst in seiner Bausubstanz erhalten werden soll.

Die bisher eingegangenen Spenden ermuntern die Mitglieder der Bürgeraktion die Bevölkerung aufzurufen, die genannten Zielsetzungen durch die Bereitstellung entsprechender Gelder verwirklichen zu helfen. Das bei der Stadtsparkasse eingerichtete Spendenkonto „Synagoge Hohenlimburg" trägt die Nummer 128 011 238. Steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen können jederzeit ausgestellt werden.

Der Landeskonservator bekannte sich erneut zum Synagogen-Erhalt

Auch die Bereitstellung von Landesmitteln befürwortet

WP 31.1.1981

Hohenlimburg. (jü.) Pläne zur Erhaltung der Bausubstanz der ehemaligen Synagoge wurden anläßlich eines Ortstermins an der Jahnstraße erörtert. Zugegen waren dabei Landeskonservator Bergmann vom Landesamt für Denkmalspflege in Münster, Vertreter der Stadt Hagen und der Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg".

Der Landeskonservator sprach sich erneut nachdrücklich für die Erhaltung des Gebäudes aus. Er befürwortete auch die Bereitstellung von Landesmitteln für die erforderlichen Restaurierungsarbeiten.

Auch die Stadt Hagen hat nicht die Absicht, den Abbruch des Synagogengebäudes zuzulassen. In dieser Hinsicht finden die Bemühungen der Hohenlimburger Bürgeraktion also Anerkennung und Unterstützung bei den zuständigen Behörden. Sie ist aber gerade deshalb auf weitere Spenden aus der Hohenlimburger Bevölkerung angewiesen.

Synagoge: Verwaltung mit Beschlußvorschlag

BV Ost diskutierte öffentlich und geheim

Hohenlimburg. Was geschieht mit der früheren Synagoge an der Jahnstraße in Hohenlimburg? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Bezirksvertretung Ost im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil ihrer Sitzung am Donnerstag im Hohenlimburger Rathaus. Bei den Überlegungen der Bezirksvertretung spielt eine Rolle, daß der Landeskonservator seine Absicht zu erkennen hat, das im Jahre 1870 errichtete Gebäude als Baudenkmal zu erhalten.

Die Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg", die sich bereits in der Einwohner-Fragestunde der Bezirksvertretung durch ihren Sprecher, Professor Dr. Zabel, zu diesem Thema äußerte, kann der Unterstützung der Bezirksvertretung sicher sein.

Einzelheiten wurden jedoch noch nicht beschlossen, nachdem Stadtdirektor Dr. Pesch ankündigte, er werde den zuständigen Beschlußgremien des Rates in Kürze eine Verwaltungsvorlage zur Synagoge Hohenlimburg zuleiten.

Einigkeit zeichnete sich in der Bezirksvertretung Ost jedoch bereits darüber ab, daß eine „Hilfe zur Selbsthilfe" für die Bürgerinitiative selbstverständlich sei. Diese hatte Bezirksvorsteherin Marie Schumann bereits im öffentlichen Teil der Sitzung signalisiert und ausdrücklich die Aktivität der Bürgeraktion gewürdigt.

Im übrigen aber scheint sicher zu sein, daß ein Erwerb des Synagogengrundstücks durch die Stadt Hagen nicht zur Diskussion gestellt wird.

Wie Prof. Dr. Hermann Zabel in der Einwohner-Fragestunde mitteilte, hat der Spendenaufruf der Bürgeraktion bisher Spenden in Höhe von mehr als 6000 DM erbracht.

WP 7.2.1981

Einig über eine „Hilfe zur Selbsthilfe"

Hohenlimburg. Was geschieht mit der früheren Synagoge an der Jahnstraße in Hohenlimburg? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Bezirksvertretung Ost im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil einer Sitzung am Donnerstag im Hohenlimburger Rathaus. Bei den Überlegungen der Bezirksvertretung spielt eine Rolle, daß der Landeskonservator seine Absicht zu erkennen gegeben hat, das im Jahre 1870 errichtete Gebäude als Baudenkmal zu erhalten.

Die Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg", die sich bereits in der Einwohner-Fragestunde der Bezirksvertretung durch ihren Sprecher, Professor Dr. Zabel, zu diesem Thema äußerte, kann der Unterstützung der Bezirksvertretung sicher sein. Einzelheiten wurden jedoch noch nicht beschlossen, nachdem Stadtdirektor Dr. Pesch ankündigte, er werde den zuständigen Beschlußgremien des Rates in Kürze eine Verwaltungsvorlage zur Synagoge Hohenlimburg zuleiten.

Einigkeit zeichnete sich in der Bezirksvertretung Ost jedoch bereits darüber ab, daß eine „Hilfe zur Selbsthilfe" für die Bürgerinitiative selbstverständlich sei. Diese hatte Bezirksvorsteherin Marie Schumann bereits im öffentlichen Teil der Sitzung signalisiert und ausdrücklich die Aktivität der Bürgeraktion gewürdigt. Im übrigen aber scheint sicher zu sein, daß ein Erwerb des Synagogengrundstücks durch die Stadt Hagen nicht zur Diskussion gestellt wird.

WR 7.2.1981

Bezirksvertreter rücken an die Seite der Bürgerinitiative

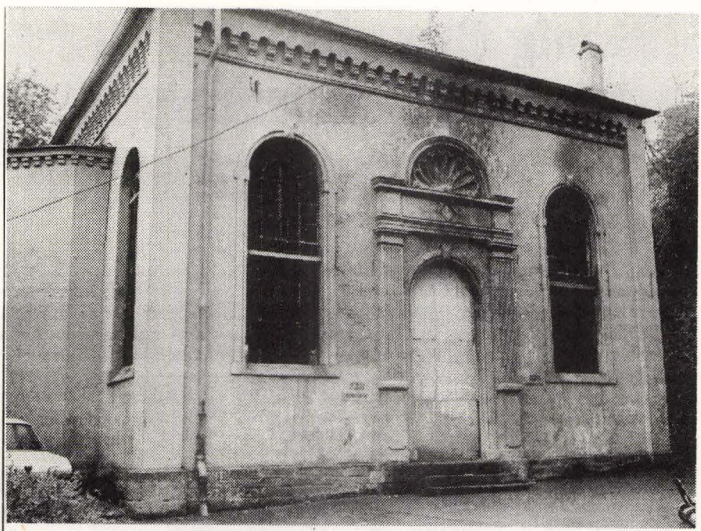
Die Bürgerinitiative „Synagoge Hohenlimburg" hat nun offiziell die Unterstützung der Bezirksvertretung Ost bekommen. In ihrer letzten Sitzung haben sich die Bezirksvertreter zu diesem Schritt entschlossen, nachdem der Landeskonservator seine Absicht zu erkennen gegeben hat, das im Jahre 1870 errichtete Gebäude als Baudenkmal zu erhalten.

ANZEIGER FÜR HAGEN 14. 2.1981

Entschieden, was nun endgültig aus der früheren Synagoge werden soll, wurde allerdings noch nicht. Stadtdirektor Dr. Pesch kündigte an, eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Synagoge Hohenlimburg in Kürze den zuständigen Beschlußgremien des Rates zuzuleiten.

Eines scheint aber schon jetzt sicher: An einen Erwerb des Synagogengrundstücks durch die Stadt ist nicht gedacht.

So wird es wohl weiterhin auf die Aktivität, auf die tatkräftige „Hilfe zur Selbsthilfe" der Bürgerinitiative ankommen. Und dafür konnte ihr Sprecher Professor Dr. Zabel die ausdrückliche Würdigung von Bezirksvorsteherin Marie Schumann entgegennehmen.



Über die bauhistorische Bedeutung der alten Hohenlimburger Synagoge gibt es in denkmalspflegerischen Kreisen keinerlei Zweifel. Das Gebäude ist deshalb erhaltenswert, auch wenn es nicht einer neuerlichen religiösen Nutzung durch Glaubensjuden zugeführt werden kann. (Foto: Peter Haberer)

WP 30. 4.1981

Nicht überall stießen die Bemühungen der Bürgeraktion auf Zustimmung und Unterstützung. So lehnte der örtliche Heimatverein die Mitwirkung in einer Initiative zur Erhaltung des Synagogengebäudes ab.

Verein für Orts- und Heimatkunde
Hohenlimburg e. V.

Herausgeber der Schrift: „Beiträge zur Landeskunde"

Gerhard Esser, 5860 Iserlohn-Letmathe, Kühlingstraße 39a

Herrn
Professor
Dr. Hermann Zabel
Zum Alten Bruch 6
58 Hagen 5

1. Vorsitzer: Gerhard Esser
586 Iserlohn-Letmathe, Kühlingstr. 39a, Ruf 02374/2889
Hohenlimburg Ruf 02334/3358
Druck und Anzeigenverwaltung
Buchdruckerei Werner Dorau
Buchdruck - Offsetdruck
Hohenlimburg, Grabenstraße 15, Telefon 3490

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen

585 Hohenlimburg, 9.12.1980

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel!

Der Verein für Orts- und Heimatkunde freut sich, daß seine jahrelangen Bemühungen um die Erhaltung der Synagoge nunmehr auch von anderen interessierten Bürgern aufgegriffen wird. Wir begrüßen daher Ihre Initiative und die des "Arbeitskreises jüdische Gemeinde" außerordentlich.

Doch werden wir uns aus verschiedenen Gründen nicht an einer Bürgerinitiative zur Erhaltung der Synagoge beteiligen.

Wir haben uns jahrelang in der Vergangenheit sehr bemüht, haben Gespräche mit der Stadt, dem Land, in Münster geführt. Wir haben uns mit der jüdischen Gemeinde Hagen-Iserlohn und Düsseldorf unterhalten. Die ersteren verwehrten uns den Erfolg, weil für den Ankauf keine Mittel zur Verfügung standen, die Juden selbst waren generell nicht an der Erhaltung interessiert.

Unsere Ideen konnten also nicht verwirklicht werden, was wir sehr bedauerten. Aber wir sehen auch in der Zukunft kaum eine Möglichkeit.

Nun aber erst zu unseren Vorbehalten, die uns von einer Beteiligung an Ihrem Vorhaben fernhalten.

Zunächst hätten Gespräche stattfinden müssen, um in solchen das Für und Wider abzuwägen. Sie aber setzen uns bereits vor fast vollendete Tatsachen (siehe Ihre Schreiben). So geht es jedenfalls nicht! Solche Fragen wollen in Ruhe behandelt werden und brauchen ihre Zeit. Was wir also in Jahren nicht erreicht haben, wollen wir heute nicht überstürzt neu aufgreifen.

Bevor überhaupt von der Finanzierung selbst gesprochen wird, müssen erst die Eigentumsverhältnisse geklärt werden, wie sie zukünftig aussehen werden. Auch muß Zweck und Ziel genau festliegen. Die Trägerschaft und der Verwendungszweck, die Folgekosten usw., alles ist ungeklärt. Zunächst müssen möglichst genaue Kostenvoranschläge erstellt werden, um sich selbst und evtl. Spendern Zahlenklarheit zu schaffen. Was nützen evtl. DM 5 bis 10.000 Spenden, wenn sich der Gesamtaufwand vielleicht auf DM 200.000,-- oder gar mehr beläuft?

Auch verstehen wir die Eile nicht und ebenfalls nicht die kurzfristige Begrenzung auf den 6.1.1981 einer solchen Aktion. Wir könnten den Fragenkatalog noch um viele Fragen erweitern.

Nun aber zu einem der wichtigsten Punkte:

Der Heimatverein hat mit Wiedergutmachung an Bürgern der Stadt, denen Unrecht zuteil wurde, nichts zu tun. Er distanziert sich hiervon ganz entschieden. Es ist nicht seine Aufgabe, Wiedergutmachung zu tätigen, noch die Mitbürger zur Wiedergutmachung aufzurufen, gleichgültig in welcher Form auch immer.

Der Grund unseres damaligen Engagements galt nicht der Wiedergutmachung, sondern der Rettung eines historischen Bauwerkes. Daß dieses Gebäude auch sinnvoll genutzt würde, war uns ein selbstverständliches Anliegen. Nach unserer Auffassung können unsere damaligen Ideen nur verwirklicht werden, wenn die Stadt Hagen Eigentümerin der Synagoge wird. Damit wäre das Problem gelöst. Aber da besteht wohl heute wie damals kaum Hoffnung.

Da wir jedoch interessiert sind, die Meinung der anderen Gesprächsteilnehmer zu erfahren, wird unser Mitglied des erweiterten Vorstandes, Herr Korrek, am Donnerstag teilnehmen. Herr Korrek läßt sich jedoch schon jetzt für ein späteres Eintreffen entschuldigen, da er aus beruflichen Gründen nicht pünktlich erscheinen kann.

Verein für Orts- und Heimatkunde
Hohenlimburg e.V.

Gerhard Esser

Ps. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß der Heimatverein nicht wünscht, in irgendeiner Form in Spenden- und Presseaufrufen dieses Arbeitskreises genannt zu werden.

LESERBRIEFE

Vorstellungen nicht zu verwirklichen

Spendenaufruf für die Synagoge unbegreiflich

Es ist für die meisten Bürger in Hagen unbegreiflich, wie eine kleine Gruppe, wie es die Hohenlimburger Bürgerinitiative ist, für die Erhaltung der Synagoge Forderungen an die Stadt Hagen, d. h. an den Steuerzahler stellt.

Da es in Hohenlimburg heute nur ein bis zwei jüdische Mitbürger gibt und die jüdische Kultusgemeinde in Hagen gar nicht an der Erhaltung der Synagoge interessiert ist, ist es für die Bürger unverständlich, daß die Bürgerinitiative den Steuerzahler der Stadt Hagen mit derartigen Kosten belasten will.

Es ist auch unbegreiflich, daß die Organisatoren dieser Bürgerinitiative zu Spenden aufrufen, obwohl die Synagoge noch gar nicht zurückgekauft wurde und auch keine Gelder bei der angespannten finanziellen Lage der Stadt Hagen dafür zur Verfügung stehen dürften.

Das Wort hat der WP-Leser

Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hier stellt sich doch die Frage, inwieweit die Organisatoren beim Spendenaufruf die rechtliche Lage berücksichtigt haben.

Es bleibt nur zu hoffen, daß unsere gewählten Vertreter im Stadtparlament endlich einmal den Mut finden, zu derartigen Vorstellungen nein zu sagen.

Hugo Schmidtke
Hagen-Berchum
Ergster Weg 34

WP 12.2.1981

Hinweis: Die Herren Hugo Schmidtke und Karl-Friedrich Stock machten in insgesamt vier weiteren Leserbriefen auf das Problem der entstehenden Kosten aufmerksam.

Synagoge als Dokument der Zeit bewahren

Abbruch keine geschichtsbewußte Alternative

Das Wort hat der WP-Leser

Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Die Rezeptur des Leserbriefes von Herrn Hugo Schmidtke in der WP vom 12. Februar ist einfach, der Inhalt trotzdem schwer bekömmlich. Durch eine fahrlässige Eingangsbehauptung („Für die meisten Bürger in Hagen ist es unbegreiflich. . .") macht sich der Schreiber zum Sprecher einer vermeintlichen Mehrheit und drängt die Befürworter der Bürgeraktion Synagoge, zu deren Initiatoren ich übrigens nicht gehöre, in die Rolle einer querulanten Minderheit, die Forderungen an den Steuerzahler stellt.

Er äußert zum Schluß Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Spendenaufrufes und appelliert an den Mut der gewählten politischen Vertreter, zu derartigen Vorstellungen nein zu sagen.

Zumindest in einem Punkt hat Herr Schmidtke inhaltlich eine falsche Vorstellung. Die Synagoge soll nicht als Gotteshaus einer jüdischen Gemeinde erhalten werden. Insoweit ist der Hinweis auf die nur ein bis zwei jüdischen Mitbürger überflüssig. Es geht vielmehr um die Sanierung der Bausubstanz für einen noch zu bestimmenden späteren Nutzungsinhaber.

Bei der Abwägung von Für und Wider ist nicht der im Leserbrief herbeigehoffte Mut der Politiker gefragt, eher schon deren Besonnenheit und Verantwortung. Politische Beschlüsse von 1981 werden schon in einigen Jahren historische Fakten sein, die nicht mehr korrigierbar sind. Vor diesem Hintergrund ist der hohe Anspruch dieser Entscheidungsfindung zu beurteilen.

Die Synagoge hat nicht die historische Wichtung, die dem Bentheimer Hof zukommt. Der politische Beschluß für die Erhaltung und Restaurierung dieses Baudokuments, das jahrhundertelang die Stadtsilhouette Hohenlimburgs typisch geprägt hat, ist zu begrüßen. Dies umso mehr in einer Zeit, in der oftmals Planierungsraupe und Bagger ortstypische Vertrautheit beseitigen.

Für die jüngere Geschichte Hohenlimburgs hat auch die Synagoge ihre besondere Bedeutung. Deshalb sollte das Gebäude als Zeitdokument erhalten bleiben zur Bewußtseinsbildung einer jüngeren Generation, die Fragen stellt. Die Geschehnisse 1938 und danach fanden vielerorts in Deutschland statt, aber eben auch in diesem Hohenlimburg. Weil viele andere am Hierbleiben gewaltsam gehindert wurden, leben heute lediglich die zitierten ein bis zwei jüdischen Mitbürger in unserer Stadt. Für die Synagoge ist wie für den Bentheimer die Planierraupe keine geschichtsbewußte Alternative.

Das breite Echo der Bürgerinitiative Synagoge in der Bevölkerung und das finanzielle Engagement vieler Bürger sind ermutigende Zeichen von spontaner Solidarität und Eigenhilfe im Vorfeld notwendiger rechtlicher Regularien und vertraglicher Festsetzungen.

Gerd Pickenhan
Steltenbergstraße 30

WP 18.2.1981

Vorläufiger Vorstand ist gewählt

Bürgeraktion Synagoge jetzt Verein

Hohenlimburg. Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" stellte am Samstag die Weichen, um eingetragener Verein (e.V.) zu werden. In den Räumen der Reformierten Gemeinde im Weinhof fand die Gründungsversammlung statt. Zunächst wurde ein Bericht über den Stand der Bemühungen gegeben, den Adalbert Böning und Prof. Dr. Hermann Zabel erarbeitet hatten.

Dabei wurde der Feststellung, daß sich der Besitzer des Synagogengrundstückes mit einer Parzellierung der Gesamtfläche einverstanden erklärt hat, besonderen Wert beigemessen.

Das aber heißt, daß die Bürgeraktion davon ausgeht, daß lediglich 320 Quadratmeter durch Kauf oder Tausch erworben werden müssen, um dem Anliegen auf Erhalt der Synagoge genügen zu können. Mehr möchte die Bürgeraktion zum Stand der Verhandlungen mit Eigentümer und Stadt Hagen gegenwärtig nicht öffentlich diskutieren.

Unterstrichen wurde auch, daß die Restaurierung nicht mit hohem Aufwand erfolgen müsse, um die Synagoge einer Nutzung mit neuen Inhalten zuzuführen. Es wurde als wenig nützlich bezeichnet, gegenwärtig mit Zahlen zu operieren. Es gelte, eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung zu finden.

Nach einer redaktionellen Überarbeitung wurde die Satzung des neuen Vereins verabschiedet. Dann wurde ein geschäftsführender Vorstand gewählt, dem, zunächst ohne Ressortverteilung, Adalbert Böning, Dr. Elmar Hartmann, Gondrand Karle, Henning Rengshausen und Prof. Dr. Hermann Zabel angehören.

Die gerichtliche Eintragung des Vereins wird angestrebt.

WP 24.2.1981

Amerikanische Bürger übersandten Spenden

Hohenlimburg. Die Mitglieder des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" erhielten in diesen Tagen von Frau Hilde Block folgende Zuschrift: „Ich freue mich sehr, daß Ihr Aufruf zur Wiederherstellung der Synagoge einen so schönen Erfolg hat. In der Beilage übersende ich Ihnen einen Scheck über 25 Dollar, das sind etwa 50 DM."

Auch Kurt Rosenberg, ein anderer ehemaliger jüdischer Mitbürger Hohenlimburgs, der jetzt in den Vereinigten Staaten lebt, hat einen Betrag von 50 DM auf das Spendenkonto überweisen lassen.

Das Echo, das die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg gefunden hat, veranlaßt eine erfreulich große Zahl von Bürgern, von sich aus in Briefkontakt zu ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs zu treten.

Interessierte Bürger können die den Mitgliedern des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" bekannten Anschriften im evangelischen Gemeindeamt an der Iserlohner Straße 43, Telefon 5 90 11, erfragen.

WP 4.4.1981

Ziele der Aktion weiter verfolgen

Bisher 8000 DM Spenden für Synagoge

WP 14.3.1981

Regierungspräsident für die Restaurierung der alten Synagoge

Dem Minister die Förderung noch für 1981 vorgeschlagen

Hohenlimburg. Die zielstrebigen Bemühungen der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" haben zu einem bedeutsamen Erfolg geführt. Die von Architekt Pickenhan entworfenen Pläne für die Restaurierung der Synagoge (1. Bauabschnitt) sind von dem für die Zuwendung von Landesmitteln in erster Instanz zuständigen Regierungspräsidenten akzeptiert worden.

Mit Schreiben vom 15. April teilt der Regierungspräsident mit: „Die von der Bürgeraktion angestrebte Restaurierung der alten Hohenlimburger Synagoge begrüße ich sehr. Die von Ihnen als 1. Bauabschnitt vorgesehene Instandsetzung des Daches werde ich dem Minister für Landes- und Stadtentwicklung NW für eine Förderung noch für 1981 vorschlagen. Allerdings kann die Maßnahme nur als Reserve-Objekt 1981 geführt werden. Sie wird dann in die Förderung kommen, wenn bereits anderweitig zugesagte Mittel nicht abgerufen werden. Auf jeden Fall würde eine Förderung 1982 erfolgen."

Auf Vorschlag des Regierungspräsidenten soll zur Klärung grundsätzlicher Fragen in Kürze ein weiterer Ortstermin stattfinden, an dem die Bürgeraktion, die Stadt Hagen als untere Denkmalsbehörde, das westfälische Amt für Denkmalspflege und Vertreter des Regierungspräsidenten in Arnsberg teilnehmen werden.

Entscheidend ist nun – so die Bürgeraktion – in welchem Rahmen Rat und Verwaltung der Stadt Hagen die Pläne zur Restaurierung der Synagoge zu unterstützen bereit sind. Die Mitglieder der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" erwarten in Kürze eine Mitteilung darüber, wie die von Stadtdirektor Dr. Pesch in einer Sitzung der Bezirksvertretung Hagen-Ost zugesagte „Hilfe zur Selbsthilfe" aussehen soll.

WP 30.4.1981

Pläne wurden vom Regierungspräsidenten gebilligt:

Bürgeraktion hofft jetzt auf Stadtrat

ANZEIGER FÜR HAGEN 30. 4.1981

STADT HAGEN

DER OBERSTADTDIREKTOR

An die
Bürgeraktion
Synagoge Hohenlimburg
zu Hd. Herrn Prof. Dr. H. Zabel
Zum Alten Bruch 6
5800 H a g e n 5

30. April 1981

Ehemalige Synagoge in Hagen-Hohenlimburg
Mein Schreiben vom 16.2.1981

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel !

In seiner Sitzung am 9.4.1981 hat sich der Hauptausschuss des Rates der Stadt Hagen mit der Angelegenheit befasst und nach eingehender Beratung folgenden Beschluss gefasst:

1. Ein Erwerb des Synagogen-Grundstücks oder eines Teiles dieses Grundstücks durch die Stadt Hagen kommt nicht in Frage.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aktivitäten der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg weiter zu verfolgen und dem Hauptausschuss zu einem geeigneten Zeitpunkt Vorschläge zur Unterstützung der Selbsthilfe zu unterbreiten.

Aufgrund dieser Entscheidung wird die Verwaltung sich gern von der Bürgeraktion über die wesentlichen Schritte der weiteren Aktivitäten informieren lassen. Wesentliches Kriterium für die Beurteilung der gesamten Angelegenheit durch die Verwaltung wird jedoch die Entscheidung des Rates der Stadt Hagen über die Denkmalsliste sein. Gegenwärtig steht noch nicht fest, wann der Rat der Stadt sich mit dieser Angelegenheit befassen wird, da die umfangreichen Vorbereitungen durch die Verwaltung noch nicht abgeschlossen sind. In diesem Sinne werde ich dem Regierungspräsidenten Arnsberg - bezugnehmend auf das Schreiben vom 15.4.1981 - entsprechend berichten.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Müller

Eine Bürgerinitiative beklagt sich: Soll Synagoge Ruine bleiben?

Hagen-Hohenlimburg. Der »wochenkurier« gibt einer Bürgerinitiative aus Hagen-Hohenlimburg hier und heute Gelegenheit, ihr Ziel und ihr Wollen ausführlich darzustellen. Anderen — auch gegenteiligen — Meinungen wird gegebenenfalls selbstverständlich der gleiche Raum zum Thema »Synagoge Hohenlimburg« eingeräumt.

Im Dezember 1980 trat eine Gruppe von 19 Bürgern als »Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg« mit der Bitte an die Öffentlichkeit, die Bemühungen um die Erhaltung und Restaurierung des Gebäudes der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg zu unterstützen. Die Mitglieder der Gruppe gehören verschiedenen Parteien und Vereinen (SPD, CDU, FDP) an, sind evangelischen, katholischen, jüdischen Bekenntnisses bzw. ohne Bekenntnisbildung, gehen unterschiedlichen Berufen nach.

Gedächtnis und Erinnerung

Der Anstoß zur Gründung einer Bürgeraktion ging aus von einem auf Anregung des lutherischen und des reformierten Presbyteriums in Hohenlimburg gebildeten Arbeitskreises »Jüdische Gemeinde«. Im Rahmen des 750jährigen Bestehens der Stadt Hohenlimburg sollte auch der ehemaligen jüdischen Gemeinde am Ort gedacht werden. Die evangelischen Kirchengemeinden veranstalteten in Verbindung mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Dortmund eine dreiteilige Vortragsreihe, die einem interessierten Zuhörerkreis aufschlußreiche Informationen zum jüdischen Selbst- und Weltverständnis vermittelte. Aus Anlaß der 42. Wiederkehr der sog. Reichskristallnacht wurde in Anwesenheit der in der Bezirksvertretung Hagen-Ost vertretenen Parteien und der Bezirksvorsteherin, Marlies Schumann, an dem Gebäude der ehemaligen Synagoge ein Kranz niedergelegt, zwei Pfarrer sprachen Worte des Gedenkens und lasen aus dem Psalter. Schließlich brachten Mitglieder des Arbeitskreises »Jüdische Gemeinde« die erste Fassung einer »Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs« heraus, für die Oberbürgermeister Loskand einen Druckkostenzuschuß in Aussicht stellte. Die Gedenkschrift ist über das Ev.Gemeindeamt, Iserlohner Str. 43, 5800 Hagen 5 (Tel. 0 32 34/5 90 11) gegen einen Spendenbetrag zu beziehen.

Reaktionen

Die Gedenkschrift fand überall freundliche Aufnahme und stieß auf Anerkennung und Interesse. Hilde Bloch (New York) meint: »Ich bin von dem Inhalt der Schrift sehr beeindruckt und bin dankbar, daß nach den traurigen Ereignissen Sie und die verschiedenen genannten Gemeinden sich zusammengefunden haben, um der Nachwelt die Wahrheit über die traurigen Ereignisse bekanntzugeben: Besonders die Jugend sollte wissen, was sich ereignet hat, und ich glaube, das ist in bestem Maße geschehen.« — Für die geplante Fassung der Gedenkschrift sagte der Herr Ministerpräsident Johannes Rau spontan ein Geleitwort zu.

Diese positiven Reaktionen sind um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß den Mitgliedern des Arbeitskreises »Jüdische Gemeinde« von der Stadt Hagen bisher die mehrfach erbetene Einsichtnahme in Archivunterlagen, so u.a. in eine Akte mit dem Titel »Überwachung und Maßnahmen politischer Art betr. jüdische Konfession 1933-1938«, verwehrt wird. In anderen Städten war die Einsichtnahme in entsprechende Unterlagen ohne Schwierigkeiten möglich. So hat die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nicht nur mit erheblicher Unterstützung des Rates und der Stadt Essen die Alte Synagoge restauriert, sondern auch eine eindrucksvolle Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945« organisiert. Diesem Beispiel folgte das Stadtarchiv Dortmund mit der Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945«. Auch Diethart Aschoff konnte für eine Publikation die entsprechenden Unterlagen des Stadtarchivs und des Stadtmuseums Münster einsehen und nutzen. Der Hagener Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller lehnt dagegen die Bitte um eine Einsichtnahme u.a. mit folgender Begründung ab: »Die umstrittenen Archivalien enthalten Angaben zu Einzelschicksalen jüdischer Mitbürger.

Ferner sind aus der Akte an der Jugendverfolgung beteiligte Personen ersichtlich. Die betroffenen Angehörigen beider Personengruppen haben m.E. ein schutzwürdiges Interesse daran, daß eine Veröffentlichung personenbezogener Daten ohne ihren Willen unterbleibt. Darüber hinaus hat der im Auftrage der Stadt Hagen nebenamtlich tätige Museumsleiter für die Erarbeitung der geplanten zweiten Fassung der Gedenkschrift wichtige Unterlagen in Verfolgung eigener Publikationsabsichten aus dem Museumsarchiv entfernt und in sein Privathaus ausgelagert. Die Aufsichtsbehörden prüfen z.Zt. die Rechtmäßigkeit der geschilderten Verhaltensweisen der Stadtverwaltung.

In der Bevölkerung stießen die Bemühungen des Arbeitskreises und der Bürgeraktion auf ein überaus positives Echo. Bisher wurden über DM 8000,— auf das Spendenkonto 128011238 »Synagoge Hohenlimburg« bei der Stadtsparkasse Hohenlimburg eingezahlt. Auch ehemalige jüdische Mitbürger sind unter den Spendern.

Natürlich gibt es auch andere Meinungen. So schreibt Gerhard Esser, der Vorsitzende des Vereins für Orts- und Heimatkunde Hohenlimburg e. V., u.a.: »Der Heimatverein hat mit Wiedergutmachung an Bürgern der Stadt denen Unrecht zu Teil wurde, nichts zu tun, er distanziert sich hiervon ganz entschieden. Es ist nicht seine Aufgabe, Wiedergutmachung zu tätigen noch die Bürger zur Wiedergutmachung aufzurufen, gleichgültig in welcher Form auch immer.« Er weist ausdrücklich darauf hin, daß der Heimatverein nicht wünscht, in irgendeiner Form in Spenden- und Presseaufrufen des Arbeitskreises »Jüdische Gemeinde« genannt zu werden.

Restaurierung des Synagogengebäudes

Die Bemühungen der Bürgeraktionen finden bei den Behörden volle Unterstützung. Da sich die Restaurierung der Synagoge nicht von heute auf morgen bewerkstelligen lassen wird, haben sich die Mitglieder der Bürgeraktion inzwischen zu einem gemeinnützigen Verein zusammengeschlossen.

Zunächst sollen Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang erarbeitete Architekt Pikkenhan einen Plan für einen ersten Bauabschnitt. Aufgrund entsprechender Beratung durch Vertreter des Amtes für Denkmalspflege in Hagen und dem Landeskonservator in Münster konnte inzwischen ein Antrag an den Regierungspräsidenten in Arnsberg auf Zuwendung von Landesmitteln gestellt werden. Der Besitzer des Synagogengrundstücks erklärte sich mit dem Kauf einer Teilparzelle, auf dem das Synagogengebäude steht, einverstanden; der von ihm mit dem Verkauf beauftragte Hagener Makler Berkey ist dankenswerterweise bereit, bei der Überführung des Grundstücks in eine andere Trägerschaft auf die ihm zustehenden Gebühren zu verzichten. Der Kämmerer der Stadt Hagen, Stadtdirektor Dr. Pesch, hat eine »Hilfe zur Selbsthilfe« durch die Stadt Hagen in Aussicht gestellt, die entsprechende Verwaltungsvorlage wird z. Zt. in den zuständigen Gremien beraten.

Die Bemühungen aus dem Jahre 1972 und 1975, das Synagogengebäude als Gedenkstätte fürdjüdisch für die Toten der beiden Weltkriege und für die Opfer der Gewaltherrschaft auszugestalten bzw. das Gebäude als Museum für jüdische Kultgegenstände zu nutzen, konnte aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Aufgrund der Bemühungen der »Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg« besteht nunmehr die begründete Aussicht, das Gebäude zu erhalten und als »Kulturraum« zu Gunsten der Bürger herzurichten. Dabei wird die Erinnerung an die Verfolgung und Verleumdung, die die ehemaligen jüdischen Mitbürger auch in Hohenlimburg erleiden mußten, in angemessener Weise zu berücksichtigen sein.

Erfreulich ist schließlich, daß aufgrund der Bemühungen des Arbeitskreises »Jüdische Gemeinde« inzwischen zahlreiche Bürger brieflich Kontakt zu einigen ehemaligen jüdischen Mitbürgern aufgenommen haben. Die den Mitgliedern des Arbeitskreises bekannten Anschriften sind über das Ev. Gemeindeamt (Tel. 5 90 11) zu erfragen. Steuerabzugsfähige Spenden für die Restaurierung der Synagoge können weiterhin auf das Spendenkonto eingezahlt werden.

WOCHENKURIER

16. 4.1981



Leser schreiben dem wochenkurier

Stellungnahme Synagoge Hohenlimburg

Die Synagoge in Hohenlimburg muß bleiben wie sie ist, ein exemplarisches Monument wahrhaftiger Vergangenheitsbewältigung. Ihr reichskristalliner Zustand muß uns jüngere in Atem halten und uns vor faschistischem Denken bewahren. . . bis- . . . Heimatforscher wissenschaftlich beweisen, daß in Hohenlimburg Juden niemals ihre Heimat hatten, denn es war wirklich Utopie, daß mein Großvater jüdische Bürger in der Post bediente, meine Großmutter beim jüdischen Fleischer einkaufte, meine Mutter als Kind mit jüdischen Gleichaltrigen spielte.

Dann können Volksvertreter und Verwaltung zum Abriß der Synagoge blasen – im Namen des Volkes.

Ernst Nöthe
Tiefendorfer Str. 8
58 Hagen-Berchum

2. Die Unterschutzstellung des Gebäudes

In zwei Eingaben vom 10.7.1981 und 7.9.1981 - abgedruckt im "Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg" - wandte sich der Vorstand der Bürgeraktion an den Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt Hagen vertretenen Parteien mit der Bitte, das Synagogengebäude wegen akuter Einsturzgefahr nach § 4 des Denkmalschutzgesetzes vorläufig unter Schutz stellen zu lassen. Die Vorstandsmitglieder konnten sich dabei auf eine Empfehlung des Landeskonservators stützen. Die Weigerung der Stadt, von sich aus die Initiative zu ergreifen, hatte schließlich eine Anweisung des zuständigen Ministers für Landes-und Stadtentwicklung zur Folge.

LANDSCHAFTS-
VERBAND
WESTFALEN-LIPPE

Westfälisches Amt für Denkmalpflege · Postfach 61 25 · 4400 Münster

An die
Stadt Hagen
als Untere Denkmalbehörde
Postfach 42 49

5800 Hagen 1

**Westfälisches
Amt für
Denkmalpflege**

Salzstraße 38 (Erbdrostenhof)

Telefon:
Durchwahl (02 51) – 591 4044
Vermittlung (02 51) – 59 11
Fernschreiber 8 92 835

Aktenzeichen / im Antwortschreiben bitte angeben J959 rü-ter MÜNSTER, 01.06.81

Betr.: Baudenkmal ehem. Synagoge, Jahnstr. 44, Hagen-Hohenlimburg
Bezug: Ortsbesichtigung am 27.05.81

Anläßlich der Besichtigung der Synagoge wurde festgestellt, daß eine akute Gefahr für das Bauwerk und seine Umgebung besteht.

Seit der Beschädigung durch Brand im Jahre 1975 ist das Bauwerk durch die großen Leckstellen im Dach und die zerschlagenen Fenster ungehindert den Unbillen der Witterung, Frost und Regen, ausgesetzt. Außerdem ist die angekohlte Dachkonstruktion derart geschwächt, daß Schubkräfte freigesetzt sind, die die Festigkeit des Mauerwerks erheblich beeinträchtigen. Die Zermürbungen müssen in letzter Zeit derart rasch zugenommen haben, daß das Schadensbild an Rissen, Rost und Holzzerfall beängstigend ist. Es besteht Einsturzgefahr.

Ich rege daher an, die Synagoge, die als Baudenkmal in das Inventarisationsverzeichnis des zu schützenden Kulturgutes in der Stadt Hagen unter Nr. 33, S. 24, aufgenommen ist, nach § 4 DSchG vorläufig unter Schutz zu stellen mit Anordnung der sofortigen Vollziehung nach VwGO § 80.2.4, damit Aktionen zur Schadensbehebung, am dring-

lichsten die Wiederherstellung von Dachstuhl und Dachdeckung, eingeleitet bzw. weiterverfolgt werden können.

I.A.

gez.

Dr.-Ing. Rückbrod

Ehemalige Mitbürger wollen beim Aufbau der Synagoge helfen

Ergreifender Brief an „Jüdische Gemeinde"

Hohenlimburg. Von Hans L. Benzian, Sohn der Frau Paula Benzian, geb. Koppel, erhielten die Mitglieder des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" jetzt folgende Zuschrift:

„Bei dem Besuch meiner jetzt 92jährigen Mutter, geboren in Hohenlimburg in Westfalen, sah ich Ihre schöne Gedenkschrift, für die ich Ihnen sehr herzlich, auch im Namen meiner Mutter, danken möchte. Diese Gedenkschrift enthielt vieles, was uns, der jüngeren Generation (selbst bin ich jetzt 64 Jahre), entgangen ist an Familienchronik, aber auch andere Umstände, über die wir niemals haben Klarheit bekommen können. Meine alte Mutter erinnert sich natürlich an viele Namen, die da genannt sind, an ihren alten Schullehrer, und viele Personen sind wie in einem Kaleidoskop wieder in Erinnerung gebracht worden." Rückblickend schreibt Hans Benzian:

„Es ist hier kaum am Platze, viele, mehr oder weniger kritische Worte zu dem Verflossenen zu äußern, da die Wunden nicht geheilt sind. Zu viele gute Menschen sind ermordet worden. Auch in der Familie Koppel hat man schwere Verluste zu beklagen. Trotz dieser schmerzlichen Ereignisse, der Bitterkeit, die natürlich folgt, versuchen wir so objektiv wie möglich die jetzigen Menschen zu beurteilen, aber die, die feige waren, können sich nicht ganz von der Verantwortung lossagen.

Das ist meine Generation, die alle diese Abscheulichkeiten vollbracht hat, die häufig nicht den Unterschied zwischen gut und schlecht erkannt hat. Es gibt aber in dieser Verzweiflung einen Trost, und das sind die Jungen. Ich habe sehr viele junge Deutsche kennengelernt, von denen man erhoffen kann, daß sie freiere tüchtige Menschen werden, die sich nicht von Vorurteilen beeindrucken lassen, und denen auch wir gerne bereit sind, eine Chance einzuräumen, wie es den jungen Menschen zukommt."

Weiterhin teilt Benzian mit, daß die einigen Hohenlimburgern noch bekannte Frau Luise Koppel Anfang dieses Jahres in Stockholm verstorben ist. Hans Benzian bittet um Übersendung von fünf weiteren Exemplaren der „Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs" und kündigt an: „Ich sende Ihnen gerne eine Gabe zur Wiedererrichtung der Synagoge in Hohenlimburg, sobald ich in unser Heim in die Schweiz zurückgekehrt bin."

Es ist beeindruckend, welchen Anteil die ehemaligen jüdischen Mitbürger und ihre Angehörigen an den Bemühungen um den Erhalt des Synagogengebäudes in Hohenlimburg nehmen.

WP 13.10.1981

STADT HAGEN

Der Oberbürgermeister

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg
z. H. Herrn Professor Dr. Hermann Zabel
Zum Alten Bruch 6

58oo Hagen 5

Hagen, 2o. Oktober 1981

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel!

Auf die Schreiben der 'Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg' vom 1o. Juli und 7. September d. J. hatte ich Ihnen mit Schreiben vom 22. September 1981 mitgeteilt, daß die Verwaltung beauftragt worden sei, im Herbst d. J. den Entwurf einer Denkmalliste vorzulegen.

Vor einigen Tagen fand nunmehr eine Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses statt, in der verwaltungsseitig auf erhebliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Denkmalliste hingewiesen wurde, so daß in den zeitlichen Abläufen eine neue Situation entstanden ist.

Einvernehmlich bin ich gebeten worden, der Bürgeraktion das Beratungsergebnis sowie die Sachlage, wie sie sich zur Zeit darstellt, zur Kenntnis zu geben.

Der Herr Oberstadtdirektor hat in der Sitzung am 13. Oktober 1981 vorgetragen, daß das zwischenzeitlich vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege zugeleitete Material zur Erstellung der Denkmalliste mehr als 3oo Objekte beinhalte und daß aufgrund der gesetzlich nicht klar umrissenen Anforderungen umfangreiche Prüfungen - teilweise auch Objektbesichtigungen - erforderlich werden, die einen längeren Bearbeitungszeitraum als ursprünglich geplant in Anspruch nehmen.

Angesichts dieser Situation ist nach neuesten Erkenntnissen erst in den ersten Monaten des Jahres 1982 mit der zunächst für den Herbst d. J. erwarteten Verwaltungsvorlage zu rechnen.

Die Fraktionen des Rates dieser Stadt sehen sich andererseits aber aus grundsätzlichen Erwägungen außerstande, diese Einzelfallentscheidung zur Frage der Unterschutzstellung bzw. der Bausubstanzerhaltung bereits im Vorfeld zu treffen; das kann nur im Zusammenhang mit der Beratung der Gesamtliste der Fall sein, zumal mit der Verabschiedung der Denkmalliste unter Umständen erhebliche finanzielle Belastungen auf die Stadt Hagen zukommen können.

Die Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt vertretenen Parteien haben eine Fotokopie dieses Schreibens erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Mit der aufgrund der Mitteilungen des Oberbürgermeisters vom 20.10.1981 entstandenen Situation befaßte sich die Mitgliederversammlung des als gemeinnützig anerkannten Vereins "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" am 30.10.1981. Einstimmig wurde folgende Stellungnahme beschlossen:

Herrn
Oberbürgermeister R. Loskand

Rathaus
5800 Hagen 1

Betr.: Erhaltung des Synagogengebäudes in Hohenlimburg

Bezug: 1. Schreiben vom 3.12.1980 sowie nachfolgende Eingaben
2. Ihr Schreiben vom 20.10.1981

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

1. Die Tatsache, daß die Denkmalliste in diesem Jahr nicht mehr verabschiedet werden kann, war bereits im Juli 1981 absehbar. Dieser Umstand veranlaßte den Vorstand der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", den Rat der Stadt Hagen mit Schreiben vom 10.7.1981 und 7.9.1981 um die bei früherer Gelegenheit in Aussicht gestellte "Hilfe zur Selbsthilfe" zu bitten.

Wir sind besorgt darüber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wie diejenigen, die in Rat und Verwaltung der Stadt für den Ablauf von Entscheidungsprozessen politische Verantwortung tragen, auf unsere konstruktiven Vorschläge zur Erhaltung des Synagogengebäudes Hohenlimburg reagieren.

Unsere Bemühungen richteten sich von allem Anfang an auf die Erarbeitung konstruktiver Beiträge zur Lösung des Synagogenproblems in einer für die Stadt Hagen finanziell schwierigen Situation.

Bekanntlich wies Frau Bezirksvorsteherin Marlies Schumann aus Anlaß der Kranzniederlegung an der Synagoge in Hohenlimburg am 9.11.1980 darauf hin, daß es für die verantwortlichen Politiker eine Hilfe sei, wenn die Bemühungen um den Erhalt des Synagogengebäudes, die 1972 Gegenstand von Beratungen des Rates der Stadt Hohenlimburg und 1976 Gegenstand von Beratungen der Bezirksvertretung Hagen-Ost waren, durch ein positives Echo aus der Bevölkerung unterstützt werden könnten. Diese Mitteilung war Anlaß für die Gründung der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg".

Bevor wir uns jedoch mit einem Aufruf an die Bevölkerung wandten, haben wir sowohl mit Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, als auch mit der Verwaltung Kontakt gehabt.

In einer an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gerichteten Eingabe vom 3.12.1980 heißt es u.a.: "Insgesamt hoffen wir, daß unsere Initiative einen konstruktiven Beitrag zur Lösung eines Problems darstellt, das schon vor Jahren den Rat der Stadt Hohenlimburg und später die Bezirksvertretung Hagen-Ost beschäftigt

hat. Um es noch einmal zu betonen: Wir haben Verständnis für die schwierige finanzielle Situation, in der sich die Stadt Hagen befindet und sind bereit, einen Beitrag zur Finanzierung der verschiedenen Vorhaben auf dem Wege einer Spendenaktion einzutreiben." In einem wiederum an Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gerichteten Schreiben vom 16.12.1980 wurden Sie gebeten: "Geben Sie der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg die Möglichkeit, finanzielle Mittel zur Durchführung von Maßnahmen, die der Erhaltung der Bausubstanz der Synagoge dienen, auf dem Wege einer Spendenaktion einzuholen. Sollte allerdings bei der Stadt Hagen die Absicht bestehen, die Synagoge in der nächsten Zeit abreißen zu lassen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mich darüber möglichst umgehend in Kenntnis setzen könnten."

Vor unserem Spendenaufruf haben wir uns bei der Verwaltung nach der Förderungswürdigkeit einer Initiative zugunsten der Erhaltung des Synagogengebäudes erkundigt. Unter dem Datum vom 29.12.1980 teilte uns der Herr Oberstadtdirektor mit: "Ich bestätige Ihnen hiermit, daß die Instandsetzung der Synagoge in Hohenlimburg im Sinne der Unteren Denkmalbehörde und des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster ist und im Rahmen der hier im Haushaltsjahr 1981 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Unterstützung finden soll."

3. Die Bezirksvertretung Hagen-Ost war sich am 5.2.1981 lt. Berichterstattung der Presse einig in der Unterstützung des von Herrn Kämmerer Dr. Pesch entwickelten Vorschlags einer "Hilfe zur Selbsthilfe". Dem stimmte auch der Hauptausschuß in seiner Sitzung vom 9.4.1981 zu. Das Westfälische Amt für Denkmalpflege und der Regierungspräsident in Arnsberg haben unsere Bemühungen anerkannt und dem Land Nordrhein-Westfalen die Förderung des Vorhabens vorgeschlagen.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, daran erinnern, daß sich zahlreiche Bürger zu einer Unterstützung unserer Bemühungen bereit gefunden haben. Die "Kompanie des guten Willens" hat uns im Blick auf die anfallenden Arbeiten zur Erhaltung der Bausubstanz ihre Dienste angeboten. Der Hohenlimburger Bauverein würde sich ggfs. einer Mitarbeit in Sachen Trägerschaft nicht versagen. Die Mitglieder der Bürgeraktion haben sich zu einem als gemeinnützig anerkannten Verein zusammengeschlossen, um als rechtsfähige Körperschaft erforderliche Verhandlungen führen zu können. Das international bekannte jiddische Kabarett "Li-La-Lo" aus Amsterdam wird am 29.11.1981 im Auditorium maximum der Fachhochschule Hagen ein Konzert zugunsten der Restaurierung der Synagoge Hohenlimburg geben, wobei die Künstler auf ihre Gage verzichten.

4. Trotz dieser, wie Sie bei ernsthafter Prüfung zugeben werden, konstruktiven Vorschläge, die die finanzielle Situation der Stadt voll berücksichtigen, hat die Verwaltung wiederholt Gespräche mit uns abgelehnt. Auch unser Vorschlag vom 7.9.1981, nach dem Essener Vorbild zur Erörterung der anstehenden Fragen einen Arbeitskreis, bestehend aus Vertretern des Rates, der Verwaltung, der Kirchen und des öffentlichen Lebens, zu bilden, ist offenbar nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

So kennen wir z.B. den Inhalt der Verwaltungsvorlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 9.4.1981 bisher nicht und wären Ihnen für eine Übersendung einer Kopie dieser Vorlage dankbar. Ihr wiederholter Hinweis auf die finanziellen Belastungen, die im Falle der Unterschutzstellung bzw. Bausubstanzerhaltung auf die Stadt Hagen zukommen könnten, läßt uns vermuten, daß die Verwaltung offenbar ein Maximalprogramm für die Restaurierung der Synagoge ins Auge gefaßt hat, welches sich unter den gegebenen finanziellen Möglichkeiten der Stadt nicht realisieren läßt und welches

auch unseren Vorstellungen nicht entspricht.

Durch das Schreiben des Herrn Oberstadtdirektors vom 29.12.1980 und durch die Entscheidung des Hauptausschusses vom 9.4.1981 sind uns Zusagen gegeben worden, die eine Durchführung notwendiger Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz im Jahre 1981 durchaus zulassen.

5. Die Denkmalswürdigkeit der Synagoge in Hohenlimburg wird - soweit wir sehen - von niemandem bestritten. Sie ist bekanntlich vom Landeskonservator mehrfach ausführlich begründet worden. Daher dürften auch bei einer außerordentlich angespannten Haushaltslage nach unserer Auffassung kurzfristig folgende Maßnahmen zur Erhaltung des Gebäudes der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg möglich und vertretbar sein:

- Unterschutzstellung des Synagogengebäudes nach § 4 DSchG
- Bereitstellung einer Summe von max. DM 30.000,-- zur Erhaltung der Bausubstanz
- Entschädigung des Eigentümers für das Synagogengrundstück im engeren Sinne (ca. 320 qm) durch Tausch mit einem angrenzenden städtischen Grundstück.

In diesem Zusammenhang kann nach unserer Auffassung beschlußmäßig festgehalten werden, daß weitere Maßnahmen im Rahmen zukünftig zur Verfügung stehender Haushaltsmittel von dem Ergebnis der von der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" betriebenen Spendenaktion abhängig gemacht werden.

6. Aufgrund unserer Verpflichtung gegenüber den ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs, die sich mit ihren Spenden an den Bemühungen um den Erhalt des Synagogengebäudes bereits beteiligt haben, und gegenüber den Bürgern Hagens und Umgebung, die unsere Bemühungen tatkräftig unterstützen, legen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, diesen unseren Vorschlag zu einer Lösung des Synagogenproblems schriftlich vor. Die politische Verantwortung hinsichtlich der Annahme, Ablehnung oder Modifizierung unseres Vorschlags liegt - darüber dürfte kein Zweifel bestehen - beim Rat der Stadt Hagen.

Für Ihre bisherigen Bemühungen in der genannten Angelegenheit möchten wir Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, herzlich danken.

Amt für Denkmalspflege: Schäden beträchtlich!

Die Synagoge droht einzustürzen

Hohenlimburg. Die Bemühungen, die Synagoge in Hohenlimburg zu erhalten, werden jetzt auch vom Westfälischen Amt für Denkmalspflege in Münster unterstützt.

Als Ergebnis einer eingehenden Besichtigung hat Dr. Ing. Rückbrod vom Amt für Denkmalspflege der Stadt Hagen vorgeschlagen, die Hohenlimburger Synagoge vorläufig unter Denkmalschutz zu stellen und so eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt des Gebäudes zu schaffen.

Die Untersuchungen des Westfälischen Amtes für Denkmalspflege haben ergeben, daß seit der Beschädigung durch einen Brand im Jahre 1975 eine akute Gefahr für das Bauwerk besteht.

Die Dachkonstruktion ist so geschwächt, daß freigesetzte Schubkräfte die Festigkeit des Mauerwerks erheblich beeinträchtigen.

Durch Witterungseinflüsse sind die Schäden in letzter Zeit rasch fortgeschritten. Nach Darstellung des Amtes für Denkmalpflege besteht Einsturzgefahr.

Da auch die Bezirksvertretung Hagen-Ost die Bemühungen der „Aktion Syngagoge Hohenlimburg" unterstützt, hofft man in Hohenlimburg jetzt auf eine schnelle Beseitigung der Schäden.

WR 24.8.1981

Statt von der „Reichskristallnacht“ von der „Pogrom-Nacht“ sprechen

Synagoge erhalten

Hohenlimburger gedachten der Opfer

Hohenlimburg. In der Gedenkstunde zur Mahnung an die „Reichskristallnacht“, zu der der Arbeitskreis „Jüdische Gemeinde“ vor der ehemaligen Synagoge an der Jahnstraße eingeladen hatte, zitierte der stellvertretende Bezirksvorsitzende Sonnenberg aus einem Schreiben vom 29. Juli 1933. In diesem Brief hatte der damalige Bürgermeister der Stadt Hohenlimburg dem Landrat in Iserlohn über ehemalige jüdische Mitbürger diskriminierend Bericht erstattet.

Auf diese Diskriminierungen ging anschließend auch Pfarrer Uhr in seiner Gedenkrede ein. Er wandte sich gegen den nationalsozialistischen Begriff der „Reichskristallnacht“ und forderte dazu auf, zukünftig von der Pogromnacht zu sprechen, die damals unendliches Leid über jüdische Mitbürger gebracht habe. Unter Hinweis auf ein Wort von Adorno rief Pfarrer Uhr alle Versammelten auf, dafür Sorge zu tragen, daß Auschwitz nicht wieder vorkomme. Er wies in diesem Zusammenhang auf in unserer Gesellschaft erkennbare Tendenzen hin, ausländische Mitbürger zu diskriminieren und ihnen die durch das Grundgesetz garantierten Grundrechte vorzuenthalten.

Abschließend las ein Mitglied des Arbeitskreises die Namen der jüdischen Einzelpersonen und Familien vor, die im Jahre 1938 in Hohenlimburg wohnten, und erinnerte daran, daß viele dieser Mitbürger – wie aus vorhandenen Fotos hervorgehe – vermutlich im Jahre 1942 von dem Platz vor der Synagoge aus auf Lastwagen in Konzentrationslager verschickt wurden. Die Gedenkstunde endete mit einem Totengebet für die ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs, das in hebräischer und deutscher Sprache vorgetragen wurde.

WP 10.11.1981

An der Gedenkfeier vor der ehemaligen jüdischen Synagoge Hohenlimburg nahmen neben zahlreichen Bürgern und Bezirksvertretern auch Ratsmitglied Horn und Kulturausschuß-Vorsitzender Dr. Hegener teil. Einhellige Meinung: Bausubstanz muß erhalten werden.

כי תבואו אל הארץ ונטעתם (ויקרא י"ט,כ"ג)
AND WHEN YE SHALL COME INTO THE LAND AND YE SHALL PLANT (*Leviticus 19.23*)

planted through Hadassah

In Loving Memory of My Family and
The Hohenlimburger Jews who Perished
Through The Holocaust

ELSE MOND NEE LOEWENSTEIN

Jewish National Fund

5
TREES

Mit viel Witz, Charme und Esprit: Jiddisches Kabarett „Li-La-Lo“ vor ausverkauftem Haus

Humorvolles Unternehmen galt Wiederaufbau der Hohenlimburger Synagoge

(M.H.) Seit langem gab es in Hagen nicht mehr ein derart volles Haus und so viel begeisterten Beifall wie bei dem Besuch des Jiddischen Kabaretts in der Aula der Ricarda-Huch-Schule auf Einladung der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg“. Das Zwei-Personen-Kabarett „Li-La-Lo“ aus Amsterdam mit den großartigen Könnern des Gesangs, Klavierspiels, der Pantomime und Sprechkunst, Jossy und Jacques Halland, bewies einmal mehr, daß Kunst von Können kommt und nicht vom Alter abhängt, sondern von Witz, Charme und Esprit, über die das jüdische Ehepaar Halland souverän verfügt.

Ganz ohne Technik, füllten sie den großen Raum bis in den letzten Winkel in jeder Silbe verständlich. Die ehemals bekannte Schauspielerin am Warschauer jiddischen Theater entwickelte unerschöpfliche Phantasien im Vortrag von satirischen Protestliedern wie „Briederla, es brennt“ oder „Antisemiten“. Als Mittel, Angst zu verjagen, empfahl sie, sich zu vertragen und warb auch mit einem Partisanenlied und der Fabel von „Kain und Abel“ für den Frieden.

Alle Texte wurden so gut erklärt und in Mimik und Gestik umgesetzt, daß sie jedem verständlich waren. Großartig auch der musikalische Tausendsassa Jacques am Klavier, der aus dem Handgelenk jede kleine Liedmelodie in unterschiedlichste Musikstile einzubauen weiß. Mal klingt es wie Bach, Mozart und Beethoven, dann werden Wagner und Mahler, Schumann, Chopin oder Gershwin imitiert. Ein Musical-Ausschnitt aus „Anatevka“ galt dem Kampf zwischen Tradition und Liebe.

Das gesamte ebenso erfrischend wie hintergründig humorvolle Unternehmen galt dem Wiederaufbau der Synagoge in Hohenlimburg. Professor Zabel wies auf den Charakter der Wohltätigkeitsveranstaltung hin und begrüßte Bezirksvorsteherin Marie Schumann in Vertretung des Oberbürgermeisters. Die Bürgeraktion hatte eine beklemmend aktuelle Ausstellung vorbereitet mit historischen Dokumenten über den Bau der weit über hundert Jahre alten Synagoge, die jetzt vor dem Verfall geschützt werden muß.

Für authentischen Schriftwechsel mit Nazibehörden aus der Zeit der Verfolgung interessierte sich besonders die sehr zahlreich erschienene Jugend.

WP 1.12.1981

EINGABE DER BÜRGERAKTION AN HERRN MINISTER DR. ZÖPEL VOM 26.11.1981

Betr.: Erhaltung der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg

Bezug:
1. Schreiben des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 15.5.1981
2. Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg (November 1981)
3. Schreiben der Herren Prof. Dr. Ellger und Dr.-Ing. Rückbrod vom 20.11.1981
4. Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen vom 11.3.1980

Sehr geehrter Herr Minister!

Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz NW obliegt Ihnen als der Obersten Denkmalbehörde im Lande NW die Aufgabe der Gefahrenabwehr.

Aus diesem Grunde wenden wir uns heute mit der dringenden Bitte an Sie, die alte Synagoge in Hagen-Hohenlimburg möglichst umgehend unter Denkmalschutz stellen zu lassen.

Die beigefügten Unterlagen belegen folgenden Sachstand:

1. Mit Schreiben vom 29.12.1980 hat der Oberstadtdirektor der Stadt Hagen bestätigt, daß die Instandsetzung der Synagoge in Hohenlimburg im Sinne der Unteren Denkmalbehörde und des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster sei und im Rahmen der im Haushaltsjahr 1981 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Unterstützung finden solle.

2. Mit Schreiben vom 15.4.1981 hat der Regierungspräsident in Arnsberg die auf Veranlassung des Amtes für Denkmalpflege der Stadt Hagen erarbeiteten Pläne für die Instandsetzung des Daches genehmigt und die Maßnahme als Reserve-Objekt 1981 akzeptiert. Er hat weiterhin mitgeteilt, daß die Förderung in jedem Falle 1982 erfolgen werde.

3. Die Bezirksvertretung Hagen-Ost und der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen haben sich für die Bereitstellung von Mitteln ausgesprochen.

4. Sie selbst haben, wie aus dem Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege vom 20.11.1981 hervorgeht, gemäß der gebotenen Dringlichkeit Beihilfen in Aussicht gestellt für Maßnahmen, die fachtechnisch zwischen dem Regierungspräsidenten in Arnsberg und dem Westfälischen Amt für Denkmalpflege abgestimmt worden waren.

5. Der Landeskonservator hat mit Schreiben vom 1.6.1981 bei der Stadt Hagen angeregt, die Synagoge nach § 4 DSchG unter Schutz zu stellen und später, wie aus seinem Schreiben vom 14.7.1981 hervorgeht, diese Unterschutzstellung beantragt. In ihrem denkmalpflegerischen Gutachten vom 22.11.1981 weisen die Herren Prof. Dr. Ellger und Dr.-Ing. Rückbrod mit Nachdruck auf die für das Gebäude bestehende Gefährdung hin.

6. Hunderte von Bürgern sind unserem Spendenaufruf schon gefolgt und haben mit Einzelspenden von DM 5.-- an aufwärts dazu beigetragen, daß bis zum heutigen Tage Spenden in einer Höhe von DM 11.000,-- eingegangen sind. Weitere Bürger haben namhafte Spenden in Aussicht gestellt für den Zeitpunkt, an dem das Gebäude unter

Denkmalschutz gestellt wird. Am 29.11.1981 gibt das international bekannte jiddische Kabarett Li-La-Lo aus Amsterdam in Hagen eine Vorstellung zugunsten der Erhaltung der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg. Weitere Spendenaktionen sind geplant.

Angesichts dieser Fakten halten wir die Argumentation des Oberstadtdirektors der Stadt Hagen, zunächst müsse die Verabschiedung der Denkmalliste abgewartet werden, nicht für überzeugend. Eine Beschlußfassung über diese Liste kann nach neuesten Erkenntnissen nicht vor Mitte des Jahres 1982 erfolgen. Für die alte Synagoge in Hagen-Hohenlimburg ist jedoch Gefahr im Verzuge; hier muß eine umgehende Unterschutzstellung erfolgen, damit die dringend erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz eingeleitet werden können.

Die Mitglieder des als gemeinnützig anerkannten Vereins "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" haben am 30.10.1981 die auf Seite 36 ff des Zwischenberichtes abgedruckte Stellungnahme sowie einen Lösungsvorschlag erarbeitet und dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Hagen am 5.11.1981 zugeleitet. Eine Beantwortung dieser Eingabe steht noch aus.

Aus den dargestellten Gründen bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Minister, im Rahmen der Ihrem Hause durch das Denkmalschutzgesetz übertragenen Aufgaben der Gefahrenabwendung nunmehr unverzüglich tätig zu werden.

Minister Zöpel entschied:

Denkmalschutz für die Synagoge in Hohenlimburg

Hohenlimburg. Unter vorläufigen Schutz nach Paragraph 4 des Denkmalschutzgesetzes wird die ehemalige Synagoge Hagen-Hohenlimburg gestellt. Dies hat der Minister für Landes- und Stadtentwicklung Christoph Zöpel jetzt entschieden und den Regierungspräsidenten in Arnsberg fernschriftlich angewiesen, eine vorläufige Unterschutzstellung durch die Stadt Hagen zu veranlassen.

Bereits im April dieses Jahres hatte eine Bürgeraktion auf den beklagenswerten Zustand der im Privateigentum befindlichen Synagoge aufmerksam gemacht. Untersuchungen der zuständigen Behörden belegten kurz darauf, daß die bauliche Substanz der Synagoge akut gefährdet war. Minister Zöpel machte damit zum erstenmal von seinem Recht Gebrauch, bei akuter baulicher Gefahr, die Unterschutzstellung eines Denkmals durchzusetzen.

WP 24.12.1981

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT ARNSBERG

Der Regierungspräsident Arnsberg · Postfach 5760 Arnsberg 2

Oberstadtdirektor
der Stadt Hagen
-Untere Denkmalbehörde-

5800 Hagen

Dienstgebäude:
☒ Seibertzstr. 1
☐ Schloßstr. 14
☐ Eichholzstr. 9

Fernspr.: (02931)
821 oder 82 + Hausruf

Hausruf 361
Zimmer-Nr. 818

Bitte mein Zeichen in der Antwort angeben

Ihr Zeichen und Tag

Mein Zeichen 35.4

Arnsberg, 10. Dez. 1981

Betr.: Denkmalrecht;
hier: Ehemalige Synagoge, Jahnstr. 44, Hagen-Hohenlimburg

Aufgrund von § 9 Abs. 2, Buchstabe b Ordnungsbehördengesetz, in Verbindung mit § 20 Abs. 3 Denkmalschutzgesetz weise ich Sie hiermit an, die ehemalige Synagoge, Jahnstr. 44, Hagen-Hohenlimburg, gemäß § 4 DSchG vorläufig unter Schutz zu stellen.

Nach dem mir vorliegenden denkmalpflegerischen Gutachten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe - Westfälisches Amt für Denkmalpflege - vom 20.11.1981 ist die ehemalige Synagoge, Jahnstr. 44, Hagen-Hohenlimburg im Sinne von § 2 DSchG ein Baudenkmal.

Seit der Beschädigung durch den Brand im Jahre 1975 ist das Baudenkmal durch große Leckstellen im Dach und die zerschlagenen Fenster ungehindert den Unbilden der Witterung, dem Frost und dem Regen ausgesetzt. Die angekohlte Dachkonstruktion ist derart geschwächt, daß Schubkräfte freigesetzt sind, die die Festigkeit des Mauerwerks erheblich beeinträchtigen. Die Zerstörungen sollen in letzter Zeit derart zugenommen haben, daß für das Baudenkmal Einsturzgefahr bestehen kann.

Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NW hat mich mit FS-Erlaß vom 04.12.1981 - III B 3 - 32 - 1-1391/81 - darauf hingewiesen, daß Sie das oben näher bezeichnete Baudenkmal nicht unter Schutz gestellt haben. Gerade aber für Baudenkmäler, die konkret gefährdet sind, hat der Gesetzgeber das Instrument der vorläufigen Unterschutzstellung in § 4 DSchG geschaffen. Ich bin gehalten darauf zu achten, daß das DSchG von den unteren Denkmalbehörden beachtet wird.

Daher bitte ich, entsprechende Maßnahmen einzuleiten und mich über das Veranlaßte zu unterrichten.
Als Termin habe ich mir den 21.12.1981 vorgemerkt.

Im Auftrag

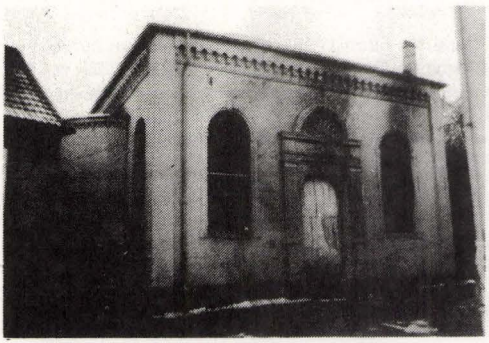
»Ein bißchen Rundbogenstil«

Was Hagens Stadtväter vom Denkmalschutz halten

von Günter Dithmar

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte im vergangenen Jahr einen Beschluß der Baukommission mit den Worten: »Die öffentliche Hand der westfälischen Stadt Hagen agiert in kulturellen Dingen nicht immer sehr glücklich und rühmlich, sie macht gelegentlich den Entscheidungen der Bürger von Schilda Konkurrenz.« Es ging um ein Bild von Schumacher, das nach Meinung eines Ratsherren »über die Kartoffelkiste« gehöre.

Am 14. 1. 1982 beschloß der Hauptausschuß, die ehemalige Synagoge Hohenlimburg vorläufig unter Denkmalschutz zu stellen unter der Voraussetzung, daß das Land Nordrhein-Westfalen alle Kosten übernehme. Er lehnte damit die Verwaltungsvorlage, die keine Bedingung enthielt, ab. Der Beschluß wurde im WDR am 15. 1. 1982 kritisch kommentiert, der Regierungspräsident nannte ihn »politisch instinktlos«, Stadtdirektor Pesch kündigte an, von dem ihm nach der Gemeindeordnung zustehenden Beanstandungsrecht Gebrauch zu machen. Was war geschehen?



Die Synagoge in Hohenlimburg. Am 4. 12. 1975 brannte eine in ihr untergebrachte Fabrik aus. Das westfälische Landesamt für Denkmalpflege befürchtet, daß sie diesen harten Winter kaum überstehen wird.

Die Verwaltung entzieht sich der Verantwortung

Auf Veranlassung des Ministers hatte der Regierungspräsident in Arnsberg die Stadt angewiesen, die ehemalige Synagoge vorläufig unter Schutz zu stellen, weil sie nach einem Gutachten des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege ein Kultur- und Baudenkmal und damit schutzwürdig ist. Es handelte sich dabei um einen bisher in Nordrhein-Westfalen einmaligen Eingriff des Ministers. Die Stadt Hagen darf den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, obwohl wiederholt auf dringende Gefahren und auch auf steigende Kosten für dieses Bauwerk hingewiesen, durch schlichtes Nichtstun zugesehen und gegen das Gesetz verstoßen zu haben.

Bereits am 1. 6. 1981 hatte das Westfälische Amt für Denkmalpflege die Stadt auf die akuten Gefahren

aufmerksam gemacht. Der Ausweg sei, das Bauwerk auf die Denkmalsliste zu setzen, weil dadurch Schäden abgewendet werden könnten.

Der Regierungspräsident wollte für die dringenden Erhaltungskosten 40 000 DM zur Verfügung stellen. Die Bürgeraktion »Synagoge Hohenlimburg« hatte sich bereits bereiterklärt, aus Spenden und Beiträgen 1/3 der Kosten von insgesamt 90 000 DM aufzubringen.

Der »wochenkurier« berichtete am 16. 4. 1981 ausführlich über die Arbeit dieser Bürgeraktion. Sie wird von Ministerpräsidenten Johannes Rau in seinem Geleitwort zu der von der Bürgeraktion herausgegebenen »Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs« gewürdigt.

Am 20. 11. 1981 teilte das Westfälische Amt für Denkmalpflege der Stadt mit, aus fachgutachtlicher Sicht müsse Alarm geschlagen werden. Es wies darauf hin, die Schäden hätten in der letzten Zeit derart zugenommen, daß das Schadensbild beängstigend sei. Die Gefahr für die Wiederherstellung steige ständig. – Die Stadt schwieg.

Einsturz des Bauwerks erhofft?

Der Schriftwechsel des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen mit der Bürgeraktion läßt leider diesen Schluß zu. Am 22. 9. 1981 lehnte Oberbürgermeister Loskand ab, die Synagoge vorläufig unter Denkmalschutz zu stellen. Grund: »Die Verwaltung sei ja beauftragt, im Herbst 1981 den Entwurf der Denkmalliste vorzulegen, so daß dann gleich eine endgültige Entscheidung erfolgen könne. Am 20. 10. 1981 teilte er mit, mit der Verwaltungsvorlage zur Denkmalliste sei in den ersten Monaten des Jahres 1982 zu rechnen. Zur Frage der Bausubstanzerhaltung könne auch im Vorfeld keine Entscheidung getroffen werden, hieß es unmißverständlich. In der Hauptausschußsitzung am 14. 1. 1982 wurde dann vollends klar, daß mit der Vorlage der Denkmalliste in 1982 nicht zu rechnen ist.

Schildbürgerstreiche

Die Weisung der Aufsichtsbehörde gebe der Verwaltung Veranlassung, »die Sache aufzugreifen«, heißt es in der Vorlage an den Hauptausschuß. Es ist nicht auszumachen, ob die Leiterin des Rechtsamtes mit dieser Vorlage allen Ernstes meinte, für eine Anweisung benötige man noch die Zustimmung des Angewiesenen oder ob man den Hauptausschuß mitverantwortlich machen wollte. Sie schwieg sich aus. Die Begründung des Stadtbaurats war eine ermüdende Pflichtübung. Auch er ließ den Dingen seinen Lauf, nicht ohne wieder die sattsam bekannte Klage anzustimmen, er habe zu wenig Personal. Die Ratsherren diskutierten 40 Minuten über eine Anweisung, die keine Fragen offenließ. Ein zaghafter Hinweis von Stadtdirektor Pesch ging unter. Man gefiel sich in flapsigen Äußerungen »Der Zöpel soll zahlen« – »Ein bißchen Rundbogenstil«. Dann beschloß man zuzustimmen, wenn das Land die Kosten voll trage. Vergleichbar einem Autofahrer, der abgefahrene Reifen erneuern will, wenn die Polizei die neuen Reifen bezahlt.

Falschinformationen und Unwahrheiten

Von den Aktivitäten der Bürgeraktion war keine Rede. Das entsprach konsequent der bisherigen Behandlung. Über ihre Bereitschaft, auch finanziell beizusteuern, sprach man nicht, Kooperation war bisher stets abgelehnt worden. Bürgernähe war nicht gefragt. Obwohl verschiedene Vorschläge für die Nutzung des Gebäudes gemacht worden waren, hieß es schon in der Verwaltungsvorlage, dem sei nicht so. Man bestritt überhaupt, ob es sich denn um ein Denkmal handele, obwohl bereits am 29. 12. 1980 der Oberstadtdirektor mit der Begründung, das Denkmal sei schutzwürdig, die Spendenaktionen veranlaßt hatte.

Man darf gespannt sein, ob die Stadt Hagen der Anregung eines Ratsherrn folgen und einen Prozeß gegen das Land führen wird. Fragen auch an das Werbeamt . . .

Wochenkurier 23.1.1982

Synagoge Hohenlimburg

In Ihrem Bericht »Ein bißchen Rundbogenstil« über die Ruine der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg wird der Vorwurf des Regierungspräsidenten von einer »politischen Instinktlosigkeit« wiederholt. Die Stadt Hagen widerspricht diesem Vorwurf energisch.

Die Weisung des Regierungspräsidenten Arnsberg, die Synagoge Hohenlimburg vorläufig unter Schutz zu stellen, konnte der Oberstadtdirektor der Stadt Hagen nicht als ein »einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung« behandeln. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Hauptausschuß der Stadt Hagen beschlossen, eine endgültige Entscheidung über die Synagoge erst dann zu treffen, wenn eine Denkmalliste der Stadt vorliegt.

2. Angesichts der schwierigen Haushaltslage der Stadt (Defizit ca. 15 Mio. DM) war es für den Oberstadtdirektor unerläßlich, den zuständigen Hauptausschuß zu beteiligen. Denn: Die Unterschutzstellung kann erhebliche finanzielle Auswirkungen haben.

Unter diesen Umständen kann von einer »politischen Instinktlosigkeit« nicht die Rede sein. Der Oberstadtdirektor hat vielmehr im Rahmen der kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften gehandelt.

Inzwischen wurde der Beschluß des Hauptausschusses vom Oberstadtdirektor beanstandet. Das Thema Synagoge kommt erneut auf die Tagesordnung.

Verkehrs- und Werbeamt,
5800 Hagen 1

Wochenkurier 29.1.1982

Das Land soll Kosten für Synagoge tragen

WP 15.1.1982

Hauptausschuß gestern wenig salomonisch

Hohenlimburg. (jü.) Unter Datum vom 20. November 1981 stellte das Westfälische Amt für Denkmalspflege in Münster in einem Denkmalspflegerischen Gutachten an die Stadt Hagen als Untere Denkmalbehörde fest, daß die ehemalige Synagoge – gefährdetes Baudenkmal in Hohenlimburg – „einen weiteren Winter wohl nicht mehr überstehen wird".

Ende Dezember wurde bekannt, daß NRW-Landesminister Zöpel den Regierungspräsidenten in Arnsberg angewiesen hatte, die Synagoge unter vorläufigen Denkmalschutz zu stellen. Das geschah am 10. Dezember 1981 per Weisung der Fachaufsicht an die Stadt Hagen, die dagegen keine Rechtsmittel hat.

Frage: Woher kommen die 90 000 DM, die erforderlich sind, um die Synagoge vorerst nur vor dem Verfall zu bewahren? Und woher kommen die Mittel zur Sanierung und Renovierung des kulturhistorisch bedeutsamen Gebäudes?

Gestern beriet der Hauptausschuß der Stadt Hagen. Er stimmte der Unterschutzstellung zwar zu, doch wird vom Land nicht nur erwartet, daß der Stadt Hagen eventuell entstehende Kosten für die Erhaltung der (noch in Privatbesitz befindlichen) Synagoge weitgehend abgenommen werden, sondern die Quasi-Garantie dafür gegeben wird, daß alle Kosten übernommen werden.

Doch dieser Beschluß, auf SPD-Vorschlag gefaßt, von der CDU nicht einstimmig mitgetragen, wird noch Ärger bringen, weil er zu beanstanden sein wird. (Dazu auch ein Beitrag auf der Seite Hagen in dieser Ausgabe). Ganz abgesehen davon: Wie wird die Synagoge am Ende dieses Winters aussehen, den sie – siehe oben – kaum noch überstehen kann?

Kein Geld für Synagoge „politisch instinktlos"

Arnsberg verärgert über Hagener Entscheidung

Hagen. (rd) „Politisch instinktlos": So kommentierte der Regierungspräsident in Arnsberg die Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Hagen, die Übernahme von Kosten für die Erhaltung der ehemaligen Synagoge in Hagen-Hohenlimburg abzulehnen. Die Stadt will einer entsprechenden Weisung des Ministers für Landesentwicklung und Stadtplanung nur folgen, wenn das Land die anfallenden Kosten übernimmt. Beim RP in Arnsberg hieß es dazu: „Der Oberstadtdirektor hätte dieses Thema überhaupt nicht dem Kommunalparlament vorlegen dürfen." Eine Konfrontation scheint unausweichlich. Dann kann der RP als Aufsichtsbehörde die Verordnung durchsetzen.

WP 16.1.1982

Briefe

Synagoge Hohenlimburg

Betr.: „Kein Geld für Synagoge ‚politisch instinktlos'" (WP vom 16.1.).

Die Weisung des Regierungspräsidenten Arnsberg, die Synagoge Hohenlimburg vorläufig unter Schutz zu stellen, konnte der Hagener Oberstadtdirektor nicht als „einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung" behandeln. Zwei Gründe:

1. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Hauptausschuß der Stadt Hagen beschlossen, eine endgültige Entscheidung über die Synaogoge erst dann zu treffen, wenn eine Denkmalliste der Stadt vorliegt.

2. Angesichts der schwierigen Haushaltslage (Defizit ca. 15 Mio. DM) war es für den Oberstadtdirektor unerläßlich, den zuständigen Hauptausschuß zu beteiligen. Die Unterschutzstellung kann erhebliche finanzielle Auswirkungen haben.

Unter diesen Umständen kann von einer „politischen Instinktlosigkeit" nicht die Rede sein. Der Oberstadtdirektor hat vielmehr im Rahmen der kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften gehandelt.

Jürgen MENSENDIEK,
Presseamt der Stadt Hagen

WP 20.1.1982

Für Synagoge will Stadt kein Geld ausgeben

Busse zu Kindergärten: Eltern sollen nicht zu stark belastet werden

Hohenlimburg/Berchum/Hagen. (mi) Nach der vom Jugendwohlfahrtsausschuß beschlossenen Kürzung der Buskostenerstattung um 50 Prozent hatten sich, wie berichtet, Elterninitiativen von Hagener Kinderbuskindern nachdrücklich zu Wort gemeldet. Mit „Kind und Kegel" standen sie gestern auch beim Finanzausschuß, der im Hagener Rathaus tagte, auf der Matte.

Und die engagierten Eltern konnten einen Teilerfolg für sich verbuchen. Nach längerer Aussprache wurde einmütig bei nur einer Gegenstimme ein Antrag des Ratsmitgliedes Wilfried Kramps (SPD) angenommen. Er hatte sich dafür ausgesprochen, die im Haushalt 1982 veranschlagten Mittel für die Kindergartenbusse nicht um 50 Prozent, sondern lediglich um 20 Prozent zu kürzen. Die Kostenbeteiligung für die Eltern soll vom Jugendwohlfahrtsausschuß festgelegt werden.

Übereinstimmend brachten die Vertreter der einzelnen Parteien zum Ausdruck, daß bei einer generellen Kürzung der städtischen Mittel um 50 Prozent für die Busfahrten zu den Kindergärten auf die Eltern eine zum Teil unverhältnismäßig hohe Belastung zugekommen wäre.

Dargelegt wurde, daß die Buskostenerstattung durch die Stadt Hagen eine freiwillige Leistung darstellte. Es seien die Busse aber auch bewußt eingesetzt worden, damit Neubauten von Kindergärten in einigen Bereichen nicht erforderlich wurden.

In einem weiteren Fachausschuß, dem Hauptausschuß, der auch am gestrigen Donnerstagnachmittag im Hagener Rathaus tagte, kam die Synagoge in Hohenlimburg zur Sprache. Wie bereits berichtet, ist von dem Landesminister Christoph Zöpel die Unterschutzstellung der Synagoge verfügt worden. Unmut wurde darüber im Hauptausschuß laut. Die Stadt Hagen ist nicht gewillt, die Kosten, die durch den Denkmalschutz für die Synagoge entstehen, zu tragen. Das Land soll veranlaßt werden, diese Kosten voll zu übernehmen.

Schon allein für die Sicherung des Daches müssen rd. 90 000 DM ausgegeben werden. Die ferner erforderliche Restaurierung würde ferner noch ganz erhebliche Summen ausmachen. Und diese Gelder will die Stadt Hagen nicht bereitstellen.

WR 15.2.1982

RUNDFUNKBERICHTE ÜBER DIE SYNAGOGE HOHENLIMBURG



Forum West berichtet über Aktion Synagoge

Hohenlimburg. Über die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" berichtet das „Forum West" heute, Mittwoch, zwischen 17.30 und 18 Uhr im dritten Programm des WDR-Hörfunks.

Aktueller Anlaß: Minister Christoph Zöpel, im Düsseldorfer Landeskabinett zuständig für Landes- und Stadtentwicklung, hat die Synagoge unter den vorläufigen Schutz nach Paragraph 4 des Denkmanschutzgesetzes gestellt und den Regierungspräsidenten in Arnsberg angewiesen, eine vorläufige Unterschutzstellung durch die Stadt Hagen zu veranlassen.

Der Minister machte damit zum ersten Mal von seinem Recht Gebrauch, bei akuter baulicher Gefahr die Unterschutzstellung eines Denkmals durchzusetzen.

WP 30.12.1981

WDR 3 Forum West 30.12.1981

Text: Heiner Lichtenstein

Als in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 im damaligen deutschen Reich der Straßenmob Geschäfte und Wohnungen deutscher Juden plünderte, wurden binnen fünfzehn Stunden 101 Synagogen gebrandschatzt und 76 Synagogen niedergerissen. Nur wenige jüdische Sakralbauten blieben verschont. Zu ihnen zählten eine Synagoge in Stommeln im Erftkreis und die Synagoge in Hohenlimburg, das heute zur Stadt Hagen gehört.

In Stommeln war es Studienrat Peter Schreiner, der dafür sorgte, daß das Gebäude vor dem Verfall gerettet werden konnte. Im März 1977 machte er die Öffentlichkeit auf das vergessene Bauwerk aufmerksam. Die freiwillige Feuerwehr sicherte den Bau durch ein neues Dach und räumte Schutt beseite. Dabei zeigte sich, daß noch einige Reste der Inneneinrichtung erhalten waren. Sie gehört heute der Stadt Pulheim, demnächst soll dort ein Begegnungszentrum eingerichtet werden. Das Beispiel zeigt, was

durch die Initiative einzelner Bürger möglich ist.

Geradezu trostlos ist die Lage demgegenüber im Fall der Synagoge in Hohenlimburg. Zur Zeit plätschert tauender Schnee in das Gebäude, das nach einem Brand im Jahre 1975 ungenutzt verfällt. Zwischen 1938 und dem Brand war es als Lagerhalle verwendet worden. Die Mauern zeigen Risse, die Türen sind mit Brettern verrammelt, weil Einsturzgefahr besteht. Das Westfälische Amt für Denkmalpflege hat in einem Gutachten erklärt, für Schutzmaßnahmen bestehe höchste Dringlichkeit.

Anders als im Fall der Stadt Pulheim tut sich die Verwaltung von Hagen aber schwer, helfend einzugreifen. Auch in Hagen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die alles daransetzt, die Synagoge zu retten.

Einer der Gründer ist der Germanist Prof. Dr. Hermann Zabel.
"Auf Anregung der evangelischen Kirchengemeinden in Hohenlimburg wurde am 10. November 1980 im Rahmen des 750-jährigen Stadtjubiläums am Gebäude der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg auch der ehemaligen jüdischen Mitbürger gedacht. Seinerzeit wies die Bezirksvorsteherin Marlies Schumann darauf hin, daß für die Erhaltung der Synagoge ein positives Echo aus der Bevölkerung von Nutzen sein könne. Dies war gleichsam die Geburtsstunde der 'Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg'." Seitdem bemühen sich die Mitglieder der Bürgerinitiative um Unterstützung durch die Stadt.

DM 80.000,-- sind zunächst erforderlich, um das Gebäude durch ein neues Dach zu schützen. Vor wenigen Tagen hat der Minister für Landes- und Stadtentwicklung Christoph Zöpel der Bürgerinitiative mitteilen lassen, der Hagener Oberstadtdirektor werde angewiesen, die Synagoge unter Denkmalschutz zu stellen. Im Haushalt 1982 würden Landesmittel vorgesehen, um die Synagoge instand zu setzen.

Das wird freilich auch allerhöchste Zeit! In dem Gutachten des Amtes für Denkmalpflege vom 20. November 1981 findet sich nämlich der beängstigende Satz: "Einen weiteren Winter übersteht das Bauwerk wohl nicht."

Hermann Zabel schildert, woran Rettungsversuche bisher gescheitert sind. "Es sind verschiedene Versuche unternommen worden: 1972 schon im Rat der ehemaligen selbständigen Stadt Hohenlimburg, 1975 dann in der Bezirksvertretung Hagen-Ost. Wesentliche Gründe für das Scheitern der früheren Bemühungen sind finanzielle Überlegungen und vielleicht das fehlende Echo aus einem breiteren Kreise der Bevölkerung. Die Stadt hat sich etwas zwiespältig verhalten. Bevor wir nach der Gedenkfeier im Jahre 1980 an die Gründung einer Bürgeraktion herangingen, haben wir uns mit dem Oberstadtdirektor in Verbindung gesetzt. Dieser ließ uns bestätigen, daß die Instandsetzung der Synagoge sowohl im Sinne der Unteren Denkmalbehörde wie des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster sei. Der Oberbürgermeister hat auf die möglichen finanziellen Verpflichtungen der Stadt hingewiesen und zunächst die politische Meinungsbildung abwarten wollen. Dies ist aber im Jahre 1981 unserer Auffassung nach dann geschehen, insofern als sowohl die Bezirksvertretung eine Unterstützung zugesagt hat wie auch der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen am 9.4.1981 einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat."

Nun ist es selbstverständlich nicht möglich, alle vom Verfall bedrohten Bauwerke zu retten. Es kommt hier zumindestens auf zwei Dinge an:

1. ob es sich um ein architektonisch oder historisch wertvolles Gebäude handelt,

2. wozu das gerettete Gebäude später benutzt werden kann. Die Antwort auf die erste Frage sollte sich angesichts der historischen Bedeutung der wenigen noch übriggebliebenen Synagogen von selbst verstehen. Wie sich das zweite Problem lösen läßt, hat sich in Pulheim gezeigt.

In Hagen denkt die Bürgerinitiative daran, sich am Beispiel einer anderen Stadt zu orientieren. In Essen ist vor einigen Jahren die große alte Synagoge restauriert worden. Seitdem gibt es dort Ausstellungen, vor allem über die Nazi-Zeit, die inzwischen von einigen zehntausend jungen Bürgern des Ruhrgebietes besichtigt worden sind. Es wird eingeladen zu Vorträgen, Diskussionen, und außerdem kann man einfach hingehen, um jemanden zu treffen, zu lesen: ein Begegnungszentrum im Sinne des Wortes.

Hermann Zabel zu den Vorstellungen, was mit der Synagoge in Hohenlimburg geschehen soll: "Uns schwebt vor, daß das Gebäude zugunsten aller Bürger genutzt werden muß. Dabei soll in angemessener Weise die Absicht verfolgt werden, vorhandene Vorurteile zwischen Menschen verschiedener religiöser, rassischer und politischer Herkunft abzubauen. Wie das im einzelnen geschieht, kann natürlich gegenwärtig noch nicht endgültig gesagt werden. Wir haben den im Rat der Stadt Hagen vertretenen politischen Parteien den Vorschlag gemacht, nach dem Essener Vorbild einen Arbeitskreis 'Alte Synagoge Hohenlimburg' zu gründen, in dem dann die Vertreter der Parteien, des öffentlichen Lebens, der Kirchen gemeinsam ein solches Konzept erarbeiten sollen."

Heute über Synagoge

Hohenlimburg. Heute, Dienstag, steht gegen 7.40 Uhr im Deutschlandfunk ein Bericht über die Hohenlimburger Synagoge auf dem Programm. Ein Hinweis für alle, die dann Gelegenheit haben, Radio zu hören.

WP 12.1.1982

Synagoge im Radio

Hohenlimburg. Der nächste Bericht über die Synagoge in Hohenlimburg ist am heutigen Dienstag ab 7.40 Uhr im „Deutschlandfunk" zu hören.

WR 12.1.1982

TEXT:

Für die Erhaltung der wenigen Synagogen, die nicht von den Nazis zerstört wurden, ist in der Bundesrepublik wenig getan worden. Das erste Mal hat nun der nordrhein-westfälische Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christpoh Zöpel, von seinem Recht Gebrauch gemacht, von sich aus bei akuter baulicher Gefahr für ein schutzwürdiges Objekt einzugreifen. Das war vor einigen Tagen, und es betraf die ehemalige jüdische Synagoge im nordrhein-westfälischen Hagen-Hohenlimburg, die von Zöpel unter vorläufigen Denkmalschutz gestellt wurde.

Als oberster Denkmalschützer Nordrhein-Westfalens wies er den zuständigen Regierungspräsidenten in Arnsberg an, die notwendigen verwaltungsrechtlichen Schritte zu veranlassen. Doch mit dem Denkmalschutz, über den die Stadt Hagen endgültig beschließen wird, ist es allein noch nicht getan. Zwar wollen alle die Synagoge erhal-

ten, aber keiner möchte für deren Erhaltung zahlen.

Hören Sie einen Bericht von Stefan Huy:

Es bedarf schon der genauen Kenntnis eines Einheimischen, um die jüdische Synagoge Hagen-Hohenlimburg zu finden. Versteckt und eingekeilt zwischen alten Mehrfamilienhäusern steht das hellgrau angestrichene 11 mal 11 Meter große Gebäude auf einem kleinen Hügel - "Vorsicht Einsturzgefahr!" und "Betreten verboten!", so warnen Aufschriften den Besucher in den zwei ausgeschlagenen großen Sandsteinfenstern mit Mittelsteg und Doppelbogen, die das hohe dekorative Portal einrahmen. Einen Blick in das Gebäude läßt den Besucher schaudern. Angesenkte Mauern, verkohlte Bretter, verfault beinahe das gesamte Innere. Durch das undichte, leicht gewölbte Dach regnet es durch. Einst war diese Synagoge ein schmuckes Gebäude, damals, 1870. Sie war zwar relativ klein, gedacht für eine jüdische Gemeinde Hohenlimburgs mit etwa 150 Mitgliedern bei 12.000 Einwohnern um die Jahrhundertwende. Aber sie war dennoch repräsentativ. Mit einem hohen Saal mit Innengalerie, ornamental sichtbarem Gesims und der Spalierdecke, die ein Stockgesims umgab. Die Wand und Decken leuchteten einst in zartrosa Schlemmkreide und sechs sauber bearbeitete Holzsäulen trugen die Empore.

Ein Rückblick auf die Geschichte der Synagoge von Dr. Hermann Zabel, dem Vorsitzenden der Bürgeraktion "Synagoge Hohenlimburg":

"Die Synagoge ist von 1870-1938 als Gotteshaus der jüdischen Gemeinde am Ort benutzt worden, wurde dann im Dezember 1938 verkauft an einen hiesigen Fabrikanten, der dieses Gebäude von 1941 bis 1975 als Fabrik bzw. als Lagerhalle vermietet hat und dadurch indirekt nutzte.

Die Synagoge ist 1938 nicht in Brand aufgegangen, vor allen Dingen ist die Inneneinrichtung zerstört worden. Die ganze kultische Einrichtung war auf die Straße geworfen worden. Direkt angezündet hat man sie nach Berichten wohl nicht wegen der umstehenden Gebäude, die mit in Brand geraten wären. Kurioserweise ist der eigentliche Brand erst 1975 geschehen, als nämlich das Pelzlager, das hier untergebracht war in Flammen geriet, und damit das ganze Gebäude in Mitleidenschaft zog." "Und das war keine Brandstiftung?" "Nein, das war keine Brandstiftung, soweit wir wissen."

Seit fast 10 Jahren beschäftigt die alte Synagoge Bürger und Rat von Hagen und Hohenlimburg. Zunächst sollte die Synagoge Mahnmal für die Toten des 2. Weltkrieges sein, dann wollte man ein Museum für jüdische Kultgegenstände dort unterbringen. Die Projekte scheiterten. Zum einen aus finanziellen Gründen, zum anderen, weil das Echo in der Bevölkerung für solche Pläne ausgesprochen gering war. Zwar bot der jetzige Eigentümer das Synagogengelände, das er 1938 erworben hatte zum Kauf an, doch niemand wollte das alte Haus haben.

1980 schließlich gründete sich eine Bürgeraktion "Synagoge Hohenlimburg", bestehend aus 20 Mitgliedern. Vorsitzender Dr. Hermann Zabel:

"Wir haben einen Stufenplan entwickelt, der etwa so aussieht, daß wir uns zunächst um die Erhaltung der Bausubstanz kümmern müssen. Danach hoffen wir, in einem zweiten Schritt die gerettete Synagoge in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu überführen, und als Fernziel steht dann die Nutzung der Synagoge zugunsten aller Bürger ins Haus. Die Spenden, die uns bisher zugegangen sind, sind angesichts des

Tatbestandes, das es sich um ein völlig ungesichertes Gebäude handelt, außerordentlich erstaunlich, wir nähern uns der Summe von ca. DM 14.000,--.

In Verbindung mit dem Amt für Denkmalpflege in der Stadt Hagen und dem Landeskonservator in Münster haben wir im Frühjahr des Jahres 1980 einen Antrag auf Landesmittel gestellt und in diesem Antrag geht es um die Erneuerung des Dachstuhls, dafür sind etwa DM 90.000,-- erforderlich, die nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu einem Drittel vom Land, zu einem Drittel von der Stadt und zu einem Drittel von dem Eigentümer, in diesem Falle der Bürgerinitiative aufgebracht werden müßten. Wichtig für uns ist im Blick auf diesen Teil der Geschichte der Stadt, daß die Herrichtung der Synagoge in angemessener Weise die Absicht verfolgt, Vorurteile zwischen Menschen unterschiedlicher rassischer, politischer und religiöser Herkunft abzubauen und in gewisser Weise damit eine Verständigung, eine Begegnung mit unterschiedlichen Personen zu ermöglichen."

Erfolg scheint der Bürgeraktion jetzt langsam beschieden. Bereits 1978 empfahl der Landeskonservator der Stadt Hagen die Synagoge, das einzige historische Gebäude dieser Art im Märkischen Kreis im Stadtgebiet von Hagen zu erhalten und in die öffentliche Trägerschaft zu übernehmen. Nachdem nun der nordrhein-westfälische Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel, die ehemalige jüdische Synagoge in Hagen-Hohenlimburg unter vorläufigen Denkmalschutz gestellt hat, liegt dem Rat der Stadt Hagen in dieser Woche ebenfalls ein entsprechender Beschluß vor, der auch angenommen werden wird. Nicht zuletzt deshalb, weil es sich dabei um eine Weisung des Regierungspräsidenten in Arnsberg handelt. Genauso sicher dürfte auch sein, daß die Stadt Hagen die Synagoge nicht kauft, zumindest solange nicht, bis umfangreiche Landesmittel in die Restaurierung fließen. Die Stadtväter denken indes auch an die Folgekosten. Die Heizkosten würden - so Berechnungen - gut DM 150.000,-- pro Jahr verschlingen, und das Geld in den Gemeinden wird immer knapper.

HINWEIS

Die in dem Beitrag genannte Summe von DM 150.000,-- ist nach den Recherchen des Redakteurs in einer nicht-öffentlichen Sitzung genannt worden. Diese Auskunft gab Herr Huy nach Rücksprache mit dem Leiter des Informations- und Werbeamtes der Stadt Hagen.

In der folgenden Eingabe wurde seitens der Bürgeraktion darum gebeten, Herrn Mensendiek zu veranlassen, die Zahl beim WDR offiziell zurückzunehmen.

In dem WDR-Bericht über die Synagoge Hohenlimburg, der am 15.1.1982 in der Sendung "Echo West" ausgestrahlt wurde, fand die Zahl keine Berücksichtigung mehr.

Unter dem Datum vom 19.1.1982 teilte der Leiter des Werbeamtes mit, über den genannten oder einen ähnlichen Betrag gebe es überhaupt keine Unterlagen.

Synagoge doch unter Schutz

Hohenlimburg. Die im Hauptausschuß gezeigte Entrüstung wird den Hagener Ratsmitgliedern nicht helfen: Der Regierungspräsident hat Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller jetzt in einer Verfügung beauftragt, die ehemalige Synagoge in Hohenlimburg vorläufig unter Denkmalschutz zu stellen. Die Kommunalpolitiker hatten sich zwar auch für eine Wiederherstellung der Bauruine ausgesprochen, allerdings mit der Maßgabe, daß das Land die Kosten übernimmt. Abteilungsdirektor Koppe aus Arnsberg sieht zunächst auf die Stadt keinerlei Kosten zukommen. Die Verfügung treffe den Eigentümer, der wiederum auf einen großzügigen Zuschuß des Landes bauen könne.

WR 30.1.1982

Amtliches

Aufgrund der zwingenden Weisung des Regierungspräsidenten Arnsberg nach § 9 Abs. 4 Ordnungsbehördengesetz vom 22.1.1982 hat Oberstadtdirektor Dr. Müller als staatlicher Verwaltungsbeamter gestern die vorläufige Unterschutzstellung der auf dem Grundstück Jahnstraße 46 stehenden ehemaligen Synagoge anordnen müssen. Durch Weisung des Regierungspräsidenten vom 22.1.1982 wurde eine neue Situation geschaffen, weil die frühere Weisung vom 10.12.1981, die zu der Behandlung dieser Angelegenheit im Hauptausschuß am 14.1.1982 führte, sich auf § 9 Abs. 2 b) OBG gestützt hatte. Hier war die Stadt Hagen als Untere Denkmalbehörde angesprochen und bekanntlich hat der Oberstadtdirektor als Hauptgemeindebeamter den Hauptausschußbeschluß beanstanden müssen. Die rechtlichen und tatsächlichen Auswirkungen der vorläufigen Unterschutzstellung gem. § 9 Abs. 4 OBG werden von der Verwaltung zur Zeit noch überprüft.

ANZEIGER
4.2.1982

RP verdonnnert Hagen: „Ex-Synagoge sichern“

60 000 DM aus Düsseldorf? – Antrag des Besitzers fehlt

(ko) Die Stadt Hagen kommt nicht daran vorbei, die Weisung des Regierungspräsidenten zu erfüllen und die ehemalige Synagoge im Stadtteil Hohenlimburg „vorläufig unter Schutz zu stellen“. Dies geht aus einer neuen Weisung an den Oberstadtdirektor hervor, in der der Hagener Verwaltungschef nicht als Vertreter der Unteren Denkmalschutzbehörde sondern als Organ der Staatsaufsicht zur Erfüllung dieser Aufgabe verpflichtet wurde.

Zum Teil ausgeräumt sind inzwischen die finanziellen Bedenken, die vor zwei Wochen im Hauptausschuß artikuliert wurden. Dort war klipp und klar zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ministerium für Landesentwicklung und Städtebau, das die vorläufige Unterschutzstellung angeordnet hatte, auch die Verantwortung für die Finanzierung der notwendigen Renovierung übernehmen sollte. Die Kosten werden auf 90 000 DM geschätzt. Wie jetzt bekannt wurde, will Düsseldorf 60 000 DM zur Verfügung stellen. Weitere 15 000 DM hat die Bürgerinitiative inzwischen gesammelt. Oberstadtdirektor Dr. Müller gestern zur WP: „Mit den Renovierungsarbeiten kann freilich erst dann begonnen werden, wenn ein formeller Antrag des Besitzers vorliegt“.

Im Hagener Rathaus hatte man sich nicht grundsätzlich gegen die Unterschutzstellung des Gebäudes ausgesprochen, wollte sich jedoch nicht unter Druck setzen lassen. Der bisherige Hagener Standpunkt: Aufnahme in die Liste von möglicherweise schutzwürdigen Bauten und sachliche Entscheidung darüber, ob eine Renovierung aus kulturellen Gründen angebracht ist oder nicht.

WP 30.1.1982

Synagogen-Renovierung

Antrag liegt seit März 81 vor

Zu dem Bericht „RP verdonnert die Stadt: Ex-Synagoge sichern" in der WP vom 30. Januar nimmt der Sprecher der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", Prof. Dr. H. Zabel, wie folgt Stellung:

„Mit Bezug auf die von Minister Dr. Zöpel bewilligten Mittel von 60 000 DM erklärt Oberstadtdirektor Dr. Müller: ‚Mit den Renovierungsarbeiten kann freilich erst dann begonnen werden, wenn ein formeller Antrag des Besitzers vorliegt'. Offenbar ist dem Oberstadtdirektor nicht bekannt, daß die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg aufgrund einer entsprechenden Vollmacht des Eigentümers bereits am 18.3.1981 einen solchen Antrag gestellt hat. Die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg, ein als gemeinnützig eingetragener und anerkannter Verein, wurde laut Mitteilung des Landeskonservators vom 20.11.1981 als Beihilfeempfänger akzeptiert. Der Regierungspräsident in Arnsberg, das Westfälische Amt für Denkmalspflege in Münster und der Minister für Landes- und Stadtentwicklung in Düsseldorf stehen in ständigem Kontakt mit der Bürgeraktion. Lediglich Oberstadtdirektor Dr. Müller hat die wiederholt vorgetragene Bitte der Bürgeraktion um ein Gespräch abgelehnt".

WP 4.2.1982

Bürgeraktion schießt gegen die Stadt Hagen

„Oberstadtdirektor hat Pflichten versäumt"

Hohenlimburg. (jü.) Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" – vertreten durch ihren Sprecher Prof. Dr. Hermann Zabel – geht erneut mit der Stadt Hagen – und hier vor allem mit Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller – hart ins Gericht. Sie wirft ihr Untätigkeit vor, obwohl alle (oder doch fast alle) Voraussetzungen gegeben seien, die akute Gefahr, durch die das Gebäude an der Jahnstraße bedroht ist, abzuwenden und die bauliche Substanz der Synagoge zu sichern. Im nachstehenden Bericht stützt sich die WP auf eine Presseerklärung der Bürgeraktion.

Am 9. April 1980 sei der Hauptausschuß der Stadt Hagen bereit gewesen, als „Hilfe zur Eigenhilfe" 50 Prozent der bei der Herrichtung der Synagoge anfallenden Kosten zu übernehmen. Das habe Stadtbaurat Manfred Osthaus mitgeteilt.

In jüngster Zeit hätten auch Funk und Fernsehen darauf verwiesen, daß der Landeskonservator der Stadt Hagen bereits im Juni 1981 mitgeteilt habe, daß wegen der Gefahr für die Synagoge baldmöglichst notwendige Maßnahmen einzuleiten seien.

Dem Spendenaufruf der Bürgeraktion seien bisher weit über 1000 Bürger aus Hohenlimburg und Umgebung gefolgt. Inzwischen seien mehr als 15 000 DM zusammengekommen. Landesminister Dr. Christof Zöpel habe für 1982 einen Betrag von 60 000 DM aus dem Denkmalförderungsprogramm in Aussicht gestellt.

Mit diesen Geldern hätten die dringend erforderlichen Baumaßnahmen (für insgesamt etwa 90 000 DM) längst eingeleitet werden können. Doch der Oberstadtdirektor sei bis heute der Anweisung des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 10. Dezember 1981, das Gebäude vorläufig unter Schutz zu stellen, nicht gefolgt!

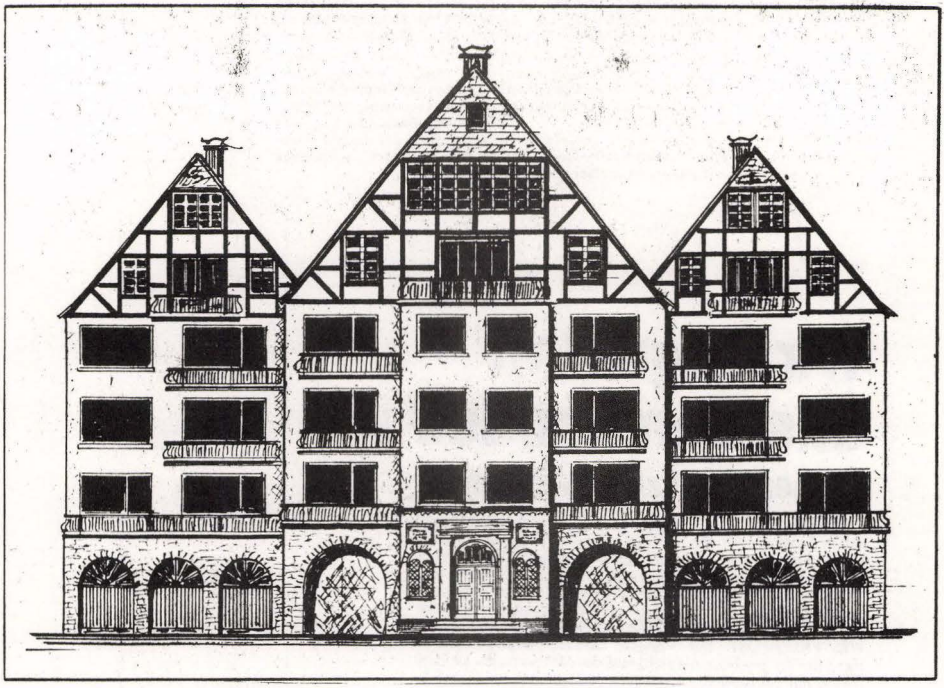
Dr. Klaus Müller habe nur erklärt, mit den Renovierungsarbeiten könne erst begonnen werden, wenn ein formeller Antrag des (privaten) Besitzers vorliege. Ihm müsse indes bekannt sein, daß die „Bürgeraktion Synagoge" mit entsprechender Vollmacht des Eigentümers bereits am 18. März 1981 einen solchen Antrag gestellt habe.

Der Landeskonservator habe die Bürgeraktion schon am 20. November 1981 als Beihilfeempfänger akzeptiert. Das Amt für Denkmalpflege in Münster, der RP in Arnsberg und das Düsseldorfer Landesministerium ständen mit der Hohenlimburger Bürgeraktion in ständigem Kontakt. Nur der Hagener Oberstadtdirektor habe die Bitte, ein Gespräch mit der Bürgeraktion zu führen, abgelehnt.

Von „Bürgernähe" halte der Hagener Verwaltungschef offenbar nichts, heißt es abschließend.

WP 4.2.1982

Die Unterschutzstellung des Synagogengebäudes bedeutete keineswegs das Ende der öffentlichen Auseinandersetzung.



Bürgeraktion erwartet heute Ratsentscheid

Auch andere Modelle denkbar?

Hohenlimburg (jü.) Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" hofft, daß im Rat der Stadt Hagen heute die Weichen dafür gestellt werden, die Synagoge an der Jahnstraße vor dem weiteren Verfall der Bausubstanz zu sichern. Erforderlich wären nach überschläglicher Berechnung 90 000 DM. Davon würde das Land Nordrhein-Westfalen 60 000 DM bereitstellen. Aus dem Spendenaufkommen der Hohenlimburger Bürgeraktion könnten 15 000 DM hinzukommen. Die Stadt Hagen müßte also lediglich 15 000 DM zusteuern. Und das – so die Bürgeraktion – sollte auch angesichts knapper Finanzmittel machbar sein.

Die Bürgeraktion legte rechtzeitig ihren zweiten Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hohenlimburg vor. In ihm wird durch Briefe und Presseveröffentlichungen dokumentiert, wie die Bürgeraktion arbeitet und welches Echo sie im Verwaltungs- und Zeitungsbereich findet.

Auf einem ganz anderen Blatt Papier steht, welche Gedanken um das nicht einfache Thema sich eigentlich unbeteiligte Bürger machen. Unsere nebenstehende Skizze zeigt, wie sich eine Lösung anbieten könnte, die einerseits die Erinnerung an die Synagoge und die jüdischen Mitbürger wachhält, andererseits aber auch städtebaulichen Aspekten und für das Gebiet um die Synagoge geplanter Wohnbebauung Rechnung trägt. Ein Denkanstoß, der zudem finanzielle Probleme ausräumen möchte.

WP 25.2.1982

Wir begrüßen das Denkmodell

Bürgeraktion zum WP-Bericht

Hohenlimburg. „Die Bürgeraktion Synagoge ist für jeden konstruktiven Vorschlag zur Lösung der Synagogenproblematik dankbar. Sie begrüßt daher die Veröffentlichung eines alternativen Denkmodells in der WESTFALENPOST. Der Vorstand der Bürgeraktion hat sich bereits mit der Ideenskizze des anonymen Initiators beschäftigt und wird das Modell in der Jahreshauptversammlung der Bürgeraktion, die für März geplant ist, zur Diskussion stellen." So Prof. Dr. Hermann Zabel gestern wörtlich.

Der Name „Hohenlimburg" ist auch durch die Aktivitäten der Bürgeraktion Synagoge in den letzten Monaten in Presse, Funk- und Fernsehen erneut in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt worden. Die Bürgeraktion hat – wie schon berichtet – einen zweiten „Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg" vorgelegt, der gegen einen Spendenbetrag von 5 DM bei den Buchhandlungen Waldemar Schmidt und Steglich erworben werden kann.

Der Bericht informiert ausführlich über Ziele und Aktivitäten der Bürgeraktion, Gutachten, Eingaben, Zusagen und Reaktionen der Stadt Hagen, des Regierungspräsidenten in Arnsberg, des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster und des Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung in Düsseldorf.

Der Wortlaut von zwei Rundfunksendungen über die Synagoge dürfte auf allseitiges Interesse stoßen. Bemerkenswert ist, daß sich auch die ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs für den Erhalt der Synagoge und ihre ehemalige Heimatstadt einsetzen.

So schreibt Heinz Rosenberg in einem Brief an Oberbürgermeister Loskand am 30.10.1980 u. a.: „Die Stadt Hagen hat, soweit ich dieses beurteilen kann, durch die Eingemeindung von Hohenlimburg, einer hochindustrialisierten Stadt, bedeutende Steuereinnahmen, die sie ohne Zweifel in die Lage versetzen, eine Handvoll frühere Hohenlimburger Bürger einzuladen, diese Stadt, an die sie soviel verbindet, nochmal zu besuchen."

WP 26.2.1982

Briefe an die Redaktion

Synagoge

Es geht um die Erhaltung des denkmalwürdigen Baues

Zu dem veröffentlichten Schaubild eines Dreigiebelhauses (WP vom 25.2.82), das die Verwendung der Synagogenfassade wiedergibt, wobei diese noch nicht einmal richtig gezeigt wird, ist folgendes zu sagen.

Bei den Bemühungen der Bürgeraktion um die Erhaltung der Bausubstanz der Synagoge in Hohenlimburg geht es ja nicht alleine darum, das Gedächtnis an die ehemalige jüdische Kultusgemeinde bzw. an die ehemaligen jüdischen Mitbürger aufrecht zu erhalten, sondern auch sachbezogen an sich um die Erhaltung eines denkmalwürdigen Bauwerks aus dem vorigen Jahrhundert, von dessen Art es in dieser, wenn auch angeschlagenen Vollständigkeit, keines mehr in Hagen, im ganzen Märkischen Kreis und in der weiteren Umgebung gibt.

Hier handelt es sich um ein kunst- und kulturhistorisch wichtiges Denkmal, das in seiner ihm eigenen Bausubstanz erhalten werden muß. Dies ist auch das Anliegen und der Wille des Landeskonservators.

Dieses Baudenkmal darf nicht mit einem jetztzeitlichen Bau verkitscht werden, indem man die charakteristische Fassade im Rundbogenstil in einen mit nostalgischen Fachwerkgiebeln versehenen dilettantischen und spießisch nachempfundenen Großbau wie ein Feigenblatt einfügt.

Dagegen spricht der kulturgeschichtliche Gehalt des Synagogenbaus in seiner Gesamtheit.

Dr. phil. Elmar Hartmann
Hohenlimburg
Ziegelstraße 2

Bitte nicht Denkmalschutz als „Renditetempel"

Kapitalanleger und Investorherz, was wollt Ihr mehr: Sauerländischer Fachwerkliebreiz im Dachgeschoß, ein jüdisches Eingangsportal im Erdgeschoß, dazwischen ein paar Geschosse Mietwohnungsbau, und dies alles in einer Fassade. Dekorationsballast, der zum Abwerfen reizt.

Konkret: Bei aller Würdigung der laienhaft gekonnten Zeichnung und des spürbaren Bemühens um eine mögliche Realisierungskonzeption, das ich durchaus anerkenne: Es geht um die Sicherung eines historischen Gebäudes, welches vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege als erhaltenswertes Baudenkmal eingestuft ist. Denkmalschutz hat zu tun mit dem Respektieren des Gegebenen. Nicht die Reduktion des Gesamten auf eine historische Schamwand, die als nostalgischer Knüller dem übrigen Disneyland der Architekturmotive ironisch Konkurrenz macht, sondern die behutsame Sanierung der gesamten Bausubstanz ist gefordert.

Nur hierfür sind Landeszuschüsse in Aussicht gestellt, nur dies ist auch das Anliegen der Bürgeraktion in ihrer sich selbst gegebenen Satzung.

Denkmodelle, die diesen Grundsatzanspruch ignorieren, sollten aus dem Diskussionsfeld ausscheiden und nicht, wie in der WP von gestern, auch noch begrüßt werden.

Gerhard Pickenhan
Architekt BdA
Steltenbergstraße 30

WP 27.2.1982

Briefe an die Redaktion

Synagoge

Sind Mitdenker wirklich so sehr unerwünscht?

So ist das also, wenn ein Bürger einen Denkanstoß zu einer „öffentlichen Angelegenheit" leistet, der den Vorstellungen von „Experten" nicht entspricht. Da macht sich ein Hohenlimburger „skizzenhaft" Gedanken über eine Gestaltung des ehemaligen Synagogenbereiches Jahnstraße-Wesselbach und schon wird er „verkloppt".

Dabei versuchte dieser „böse Mensch" doch nur, die Nutzung des Grundstücks sowohl für eine Wohnbebauung als auch in Erinnerung an die Synagoge und das den jüdischen Mitbürgern zugefügte Leid in die Debatte einzubringen. Allerdings kam die „Anregung ohne Eigennutz" von jemand, der weder der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg angehört, noch Architekt oder Kunsthistoriker ist.

Anscheinend genügen diese „Voraussetzungen" den Leserbrief-Schreibern Pickenhahn und Dr. Hartmann, um andere „Mitdenker" am liebsten auszuschließen. Ob die Herren Architekt und Pädagoge i.R. wohl bereit sind, den betagten Grundstücksbesitzern für entfleuchende Rendite aus ihrem Honorar bezw. Ruhegehalt einen angemessen Teil abzutreten?

Wilfried Horn
Möllerstraße 83

„Eine Zumutung für die Stadt und ihre Bürger"

Aufgrund der andauernden Diskussionen über die Instandsetzung der Synagoge Hohenlimburg sehe ich mich veranlaßt, dazu nochmals Stellung zu nehmen. Wäre die alte Ruine abgebrochen, so brauchte sich die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg nicht mehr mit „gekonnten, laienhaften Zeichnungen aus dem Disneyland befassen," wie Architekt Pickenhan es in seinem Leserbrief vom 27. 2. 82 nennt. Nach Abbruch der Ruine wären alle weiteren Denkmodelle überflüssig und der Grundsatzanspruch würde gewahrt bleiben.

Weiter ist noch zu bemerken: Die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg hat ihr Ziel nicht erreicht und versagt, um die erforderlichen Spenden für die Restaurierung der Synagoge zu erbringen. Sie geht jetzt von einer Behörde zur anderen hausieren, um Steuergelder für ihr Vorhaben zu erhalten.

Es ist eine Zumutung für die Stadt Hagen und die Bürger, daß die Stadt Hagen sich Gelder leihen soll (wie allen bekannt ist, sind keine Gelder vorhanden), um der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg Zuschüsse zu geben, und die Steuerzahler dafür Zinsen zahlen sollen.

Es stellt sich die Frage, inwieweit evtl. Auflagen von Minister Zöpel bzw. vom Regierungspräsidenten bei einem unausgeglichenen Haushalt – wie er bei der Stadt Hagen vorhanden ist – zulässig sind. Wenn die Stadt Hagen nicht mehr die Schul- und Kindergartenbusse voll bezahlen kann, so ist es doch für alle Bürger unverständlich, wenn Gelder zur Erhaltung der Ruine Synagoge Hohenlimburg ausgegeben werden sollen.

Hugo Schmidtke
Ergster Weg 34
5800 Hagen 1-Berchum

WP 3.3.1982

Und jetzt mit aller Gewalt?

Teurer Denkmalschutz in einer Zeit der leeren Kassen

Die Ansichten von den Herren Dr. Hartmann und Pickenhan kann ich nicht teilen. Ich hatte mir erlaubt, mir Gedanken über Pläne der Bürgeraktion „Synagoge" zu machen. Ein mit mir befreundeter älterer Herr (gebürtiger Hohenlimburger, der ungenannt bleiben möchte), hat meinen Gedanken Gestalt in Form einer Zeichnung (WP v. 25. Februar 82) gegeben. Es ist kein Anspruch darauf erhoben worden, daß dies die 100%ige Lösung ist.

Nachdem ich um Besichtigung der Synagoge gebeten wurde, mußten ein hinzugezogener Dachdecker und ich feststellen, daß eine provisorische Reparatur des verbrannten Dachstuhls nicht möglich ist. Ich habe mich dann mit den näheren Umständen befaßt und mußte feststellen: Die Synagoge wurde nachweislich von dem jetzigen Besitzer, der inzwischen über 80 Jahre alt ist, auf Drängen des befreundeten Herrn Löwenstein im Jahre 1938 käuflich erworben. Der Besitzer hat sich damals trotz Androhung einer Verhaftung geweigert, jüdische Bewohner des zur Synagoge gehörenden Hauses auszuweisen.

Warum setzt man sich erst in letzter Zeit so energisch für die Erhaltung der Synagoge ein? Die Zeit der vollen Kassen hat man verstreichen lassen, und ausgerechnet jetzt, wo Kürzungen im sozialen Bereich allenthalben hingenommen werden müssen, ist es doch schwer verständlich, daß Steuergelder für die Durchsetzung der Pläne der Bürgeraktion eingesetzt werden sollen. Außerdem ist bekannt, daß der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde Hagen, sicher nicht ohne Rückendeckung von Gemeindemitgliedern, der Bürgeraktion ablehnend gegenübersteht. Man kann doch nicht jemanden ehren, der es gar nicht will!

Das Wort hat der WP-Leser

Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Zum Zustand der Synagoge ist noch zu sagen, daß das Amt für Denkmalpflege u. a. Ende 81 feststellt: „Einen weiteren Winter übersteht das Bauwerk wohl nicht." Wenn dem so ist, dann sind wohl die Wiederaufbaukosten so hoch, daß die im Artikel der WP vom 30. Januar 82 erwähnten 90 000 DM nur einen Bruchteil der wirklich erforderlichen Summe ausmachen. Auch steht in keiner Weise fest, wann die nötigen Gelder zur Gesamtrenovierung zur Verfügung stehen, und von der Sicherung der Folgekosten hat man nur ganz vage Vorstellungen. In der WP vom 26. Februar wird von der Bürgeraktion bestätigt, daß man „für jeden konstruktiven Vorschlag zur Lösung der Synagogenproblematik" dankbar ist. Über diese Ansicht war ich erfreut, zeigte sie mir doch, daß man gewillt ist, einmal gefaßte Pläne auch zu überdenken.

Wie kommt Herr Pickenhan zu der unverständlichen Behauptung, daß das Gelände zur Bebauung mit einem „Renditetempel" vorgeschlagen worden ist? Er sollte sich doch einmal bei Herrn Prof. Zabel erkundigen. An ihn habe ich am 19. Frebruar 82 u. a. geschrieben: „Besonders möchte ich darauf hinweisen, daß der Zeichner des Entwurfs kein Architekt noch Bauunternehmer oder sonst in irgendeiner Weise finanziell an einem Bauobjekt interessiert ist. Gleiches gilt für mich. Die Zeichnung soll nur als Anregung dienen. Sie kann ohne eine Bedingung an einen Ihnen genehmen Architekten weitergeleitet werden."

Eine Bebauung könnte evtl. mit Hilfe des Hohenlimburger Bauvereins, der ja seine Mitarbeit bei der Lösung des Problems mit Schreiben vom 6. August 81 in unbestimmter Form angeboten hat, überlegt werden. Die Art von Herrn Pickenhan, sich über Gedanken und Vorschläge anderer Hohenlimburger Bürger zu äußern, spricht für sich und bedarf keines Kommentars. Zu sachlichen Gesprächen bin ich jedoch bereit.

Rolf Künzer
Hohenlimburg
Zum Alten Bruch 2

WP 2.3.1982

Hauptausschuß befaßt sich mit der Synagoge

Verwaltung zitiert Max Blecher: „Eine Restaurierung ist ausgemachter Unsinn“

Hohenlimburg. (Leif) Die ehemalige Synagoge in Hohenlimburg steht am Donnerstag, 11. März, unter anderem auf der Tagesordnung des Hauptausschusses, der um 16 Uhr im Sitzungsraum I des Hagener Rathauses zu einer öffentlichen Sitzung zusammenkommt.

In einer Verwaltungsvorlage dazu heißt es unter anderem: „In der Sitzung des Hauptausschusses am 14. Januar 1982 wurde die Verwaltung beauftragt, erneut Kontakt mit der Jüdischen Kultusgemeinde aufzunehmen, um sich noch einmal über deren Einstellung zu der Synagogenangelegenheit zu vergewissern. Bei der telefonischen Unterredung zwischen Stadtdirektor Dr. Pesch und dem Vorsitzenden der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen, Herrn Max Blecher, hat sich dieser wie folgt geäußert:

„Die Jüdische Kultusgemeinde hat an der ehemaligen Synagoge Hohenlimburg nicht das geringste Interesse. Das Haus ist keine Synagoge mehr. Es ist eine ehemalige Fabrik.“ Das Gebäude zu restaurieren, sei „völliger Unsinn“. Er – Herr Blecher – sei der „größte Gegner“ solcher Maßnahmen, und er glaube, im Namen der gesamten Gemeinde sprechen zu können. Ihm sei auch die Mitgliedschaft in dem Hohenlimburger Ausschuß der Bürgerinitiative angeboten worden. Dies habe er strikt abgelehnt. Ein wichtiger Grund für seine ablehnende Haltung gegenüber den Bemühungen der Initiative sei insbesondere, daß die Restaurierung der ehemaligen Synagoge im Sinne einer Gedenkstätte erfahrungsgemäß zu Schmierereien am Gebäude führe. Das könne nicht im Interesse der jüdischen Mitbürger sein. Herr Blecher stellte abschließend folgendes wörtlich fest: „Ich bin Kaufmann und Steuerzahler. Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich höre, daß man für solchen Quatsch Geld ausgeben will.“ Soweit der Extrakt aus der Verwaltungsvorlage.

In der kommenden Sitzung will der Hauptausschuß erwägen, ob die Frage der Restaurierung der ehemaligen Synagoge erst dann wieder aufgegriffen wird, wenn über das Objekt im Rahmen der Erörterung der Denkmalliste abschließend entschieden worden ist.

WR 8.3.1982

„Nur persönliche Meinung“

„Der Bericht erweckt beim Leser den Eindruck, als ob Herr Max Blecher Herrn Stadtdirektor Dr. Pesch eine offizielle Stellungnahme der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen übermittelt habe. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Herr Blecher hat auf Befragen lediglich seine persönliche Meinung dargelegt. Die Kultusgemeinde Hagen hat bereits 1952 auf alle Ansprüche gegenüber der Synagoge Hohenlimburg verzichtet. Allerdings gibt es mehrere Mitglieder der Kultusgemeinde Hagen, die die Bemühungen um die Erhaltung der Synagoge Hohenlimburg begrüßen und unterstützen. So arbeite ich als Jude aktiv in der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg mit, weil ich um das Schicksal der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs weiß und die Anteilnahme kenne, die die noch lebenden jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs an der ehemaligen Synaoge nehmen. Von dem Schicksal, das meine eigenen Angehörigen unter der nationalsozialistischen Herrschaft erlitten haben, will ich an dieser Stelle nicht sprechen.“

Gondrand Karle
Vorstandsmitglied
der jüdischen
Kultusgemeinde Hagen

WP 10.3.1982

PRESSEERKLÄRUNG
der Bürgeraktion Synagoge

Unter dem Datum vom 7.7.1980 schrieb Frau Hilde Bloch, eine ehemalige jüdische Mitbürgerin Hohenlimburgs, die jetzt in den USA lebt, an den Arbeitskreis "Jüdische Gemeinde": "Wäre es nicht möglich, daß die Synagoge wenigstens wieder in einen ordentlichen Zustand gebracht würde? Eine Synagoge, wie jede Kirche, sollte doch etwas Heiliges sein!" Dieser Hinweis führte im Dezember 1980 zur Gründung der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Im März 1981 nahm Frau Bloch zu den Bemühungen noch einmal Stellung: "Ich freue mich sehr, daß Ihr Aufruf zur Wiederherstellung der Synagoge einen so schönen Erfolg hat. In der Beilage übersende ich Ihnen einen Scheck über 25 Dollar, was nach dem heutigen Stand etwa DM 50,-- sein sollte. Es ist nur ein bescheidener Beitrag: er kommt jedoch von Herzen." Am 27.12.1980 schrieb Frau Herta Stern, jetzt in London lebend, u.a.: "Es ist sehr erfreulich, daß die ehemalige Synagoge wieder aufgebaut werden soll, und ich wünsche der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg weiteren guten Erfolg." Mit Schreiben vom 4.1.1982 übersandte Frau Stern 25 Dollar als Stiftung für den Aufbau der Synagoge. Im Februar 1981 ließ Herr Kurt Rosenberg (Pacific Palisades/California) DM 20,-- auf das Spendenkonto "Synagoge Hohenlimburg" überweisen. Im Mai 1981 teilte Herr Günter Perl aus Jerusalem seinem ehemaligen Klassenkameraden Dr. Elmar Hartmann u.a. mit: "Lieber Elmar, als Dein Klassenkamerad muß ich Dir schreiben, wie mich Eure Initiative, die Synagoge Hohenlimburg in einen würdigen Zustand zu versetzen, persönlich berührt hat. Es ist ja wohl alles symbolisch. Den deutschen Juden der damaligen Zeit ist nicht mehr zu helfen, und eine jüdische Gebetsstätte wirds kaum noch werden. Aber wenn sich viele Leute jetzt solche Gedanken machen wie Ihr, wird es hoffentlich wenigstens kein Auschwitz mehr geben." In einem Brief vom 11.6.1981 drückt Herr Gerhard Salinger (New York) seine Hoffnung aus, daß die Bemühungen zur Erhaltung des alten Gotteshauses Erfolg haben. In einem Schreiben des Herrn Hans L. Benzian (Schweiz), dessen Mutter in Hohenlimburg geboren wurde, heißt es unter dem Datum vom 22.9.1981: "Es ist hier kaum am Platz, viele, mehr oder weniger kritische Worte zu dem Verflossenen zu äußern, da die Wunden nicht geheilt sind. Zu viele gute Menschen sind ermordet worden. Auch in der Familie Koppel hat man schwere Verluste zu beklagen. Trotz diesen schmerzlichen Ereignissen, der Bitterkeit, die natürlich folgt, versuchen wir so objektiv wie möglich die jetzigen Menschen zu beurteilen, aber die, die feige waren, können sich nicht ganz von der Verantwortung lossagen. Das ist meine Generation, die alle diese Abscheulichkeiten vollbracht hat, die häufig nicht den Unterschied zwischen gut und schlecht erkannt hat." Herr Benzian überwies einen Betrag von SFr 250,--zur Wiedererrichtung der Synagoge in Hohenlimburg. Bereits unter dem Datum vom 30.11.1980 hatte Herr Heinz Rosenberg (USA) Herrn Oberbürgermeister Rudolf Loskand darauf hingewiesen, daß in dem gottesdienstlichen Versammlungshaus der jüdischen Gemeinde die Hohenlimburger Juden seit 1870 zu dem gleichen Gott der Protestanten und Katholiken beteten und am Volkstrauertag der Zehntausend Gefallenen des Ersten Weltkrieges, die aus ihren Reihen ihr Leben für Deutschland hergaben, gedachten. Am 20.1.1982 übersandte Herr Rosenberg einen Scheck über 20,-- Dollar zugunsten der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Am 15.1.1982 schrieb Herr Erwin Mosbach (Schweden), Sohn des Louis Mosbach aus Hohenlimburg, er freue sich sehr, "daß es heute doch noch Deutsche gibt, die sich der ehemaligen jüdischen Mitglieder erinnern und mit Geld und gutem Willen bereit sind, eine Erinnerungsstätte für die Nachwelt zu erhalten." In einem Schreiben des Herrn Hugo Mosbach (Paris) vom 31.1.1982 heißt es: "Ich erkenne Ihre Arbeit sehr an und hören Sie in Bälde von mir." Die Mehrzahl der Angehörigen der Herren Mosbach sind deportiert und in Konzentrationslagern umgebracht worden. Auch die Mutter von Frau Lotte Chaim

(Israel) kam im Konzentrationslager um ebenso wie ihre Schwester und viele ihrer Angehörigen. Frau Chaim übersandte einen Einhundertmarkschein zugunsten des Spendenkontos 128.011.238 (Synagoge Hohenlimburg) bei der Sparkasse Hagen und erklärte: "Ich bewundere Ihre Bemühungen um den Erhalt der Synagoge. Wie gut, daß es Menschen gibt, die wieder gut machen wollen, was andere gesündigt haben."

Diese Äußerungen und Stellungnahmen waren Herrn Blecher, dem Vorsitzenden der Kultusgemeinde Hagen, nicht bekannt, als er von Herrn Stadtdirektor Dr. Pesch telefonisch über seine Meinung zur Erhaltung der alten Synagoge in Hohenlimburg befragt wurde. Sonst hätte Herr Blecher sich sicherlich anders geäußert, ganz abgesehen von der Frage, ob Herr Blecher von Herrn Stadtdirektor Dr. Pesch darüber informiert war, daß seine persönliche Meinung publizistisch ausgeschlachtet werden sollte. Bekanntlich stellte die Jüdische Gemeinde Hagen am 3.3.1950 einen Rückerstattungsantrag gemäß Gesetz Nr. 59 der Militärregierung. Auf Anweisung des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hagen wurde ein entsprechender Rückerstattungsvermerk in das Grundbuch des Eigentümers des Synagogengrundstücks eingetragen. 1952 erfolgte die Löschung des Vermerks und die Entsperrung des Vermögens des Besitzers des Synagogengeländes, der eine Ausgleichszahlung geleistet hatte. Mit der Annahme dieser Ausgleichszahlung verzichtete die Kultusgemeinde Hagen bereits 1952 auf alle Ansprüche an dem Gebäude der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg. Die Jüdische Kultusgemeinde Hagen ist an der Erhaltung der Synagoge in Hohenlimburg nicht interessiert. Herr Blecher hat seine persönliche Meinung dargelegt.

Im übrigen haben sich nicht nur ehemalige jüdische Mitbürger geäußert. Mit Schreiben vom 19.1.1981 wünschte Herr Ministerpräsident Johannes Rau den Bemühungen im Rahmen der Bürgeraktion für die Erhaltung der Hohenlimburger Synagoge Erfolg. In einem Schreiben vom 15.1.1981 wies der Zentralrat der Juden in Deutschland auf den hohen Wert der Initiativen des Arbeitskreises "Ehemalige Jüdische Gemeinde Hohenlimburg" hin. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: "Wir hoffen sehr, daß es Ihnen gelingt, die förderungswürdigen Pläne erfolgreich zu verwirklichen." Am 5.2.1982 schrieb Herr Prof. Joseph Walk, der Leiter des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem an die Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg": "Ihre ernsthaften und ehrlichen Bemühungen um die Instandsetzung und Instandhaltung der alten Synagoge und die Tatsache, daß Sie immer wieder auf bürokratische Schwierigkeiten stoßen, ergänzen einander, heben aber einander nicht auf. Ich hoffe mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern, daß das Wissen um die schreckliche Vergangenheit das Gewissen Ihrer jetzigen Mitbürger aufrütteln wird und wünsche Ihrer Aktion vollen Erfolg"!

Die Bemühungen um die Erhaltung der Synagoge in Hohenlimburg werden von den ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs, anderen jüdischen Bürgern in aller Welt sowie von einer Vielzahl von anderen Persönlichkeiten und Institutionen als Beitrag zur Bewältigung der Geschichte unseres Volkes verstanden und sollten daher auch von denjenigen, die sich mit den Zielen der Bürgeraktion nicht identifizieren können, respektiert werden.

Bei den Bemühungen um die Erhaltung der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg geht es um ein kulturhistorisch bedeutsames Bauwerk, dessen Denkmalwert von dem fachlich zuständigen Landeskonservator für Westfalen und Lippe in mehreren Gutachten dargelegt worden ist. Die vorläufige Unterschutzstellung sowie die Zusage von Mitteln aus dem Denkmalpflegeetat des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von DM 60.000,--erfolgte aufgrund gesetzlicher Grundlagen und Bestimmungen, die in unserer freiheitlich demokratischen Staatsverfassung für alle Bürger bindend sein sollten. Das

Spendenaufkommen der Bürgeraktion beläuft sich bereits auf mehr als DM 15.000,--, weitere Spenden sind in Aussicht gestellt.

Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen hat bereits am 9.4.1981 eine "Hilfe zur Selbsthilfe", d.h. finanzielle Unterstützung, beschlossen. Die Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" gehen daher davon aus, daß diese Mittel nunmehr in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.3.1982 zur Verfügung gestellt werden. Über die evtl. Übernahme des Synagogengebäudes durch die Stadt Hagen kann selbstverständlich erst im Zusammenhang der Verabschiedung der endgültigen Denkmalliste entschieden werden.

Professor Dr. Hermann Zabel im Gespräch mit WR:

Eine ‚Primitivnutzung' der Synagoge würde für erste Zeit ausreichen

Hohenlimburg. (Leif) „Die Bemühungen um die Erhaltung der Synagoge in Hohenlimburg werden von den ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs, anderen jüdischen Mitbürgern in aller Welt sowie von einer Vielzahl anderer Persönlichkeiten und Institutionen als Beitrag zur Bewältigung der Geschichte unseres Volkes verstanden und sollten daher auch von denjenigen, die sich mit den Zielen der Bürgeraktion nicht identifizieren können, respektiert werden!" Diese Meinung vertrat einer der Mitbegründer der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", Professor Dr. Hermann Zabel, gestern im Gespräch mit der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU. Zabel wird auch dabei sein, wenn sich am Donnerstagnachmittag der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen mit dem Thema Synagoge weiter befaßt.

Professor Dr. Zabel bezog sich auf den WR-Bericht vom vergangenen Montag „Verwaltung zitiert Max Blecher" und bezweifelte, ob der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen von Stadtdirektor Dr. Pesch darüber informiert war, daß seine persönliche Meinung publiziert werden sollte. Zabel: „Blecher hat seine persönliche Meinung dargelegt. Sie ist weder für die Jüdische Kultusgemeinde Hagen noch für die Mitglieder der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Hohenlimburg repräsentativ!"

Die „Bürgeraktion" betont, daß es bei den Bemühungen um die Erhaltung der ehemaligen Synagoge um ein kulturhistorisch bedeutsames Bauwerk gehe, dessen Denkmalwert von dem fachlich zuständigen Landeskonservator für Westfalen und Lippe in mehreren Gutachten dargelegt worden sei. Zabel: „Die vorläufige Unterschutzstellung sowie die Zusage von Mitteln aus dem Denkmalpflegeetat des Landes in Höhe von 60 000 DM erfolgte auf Grund gesetzlicher Grundlagen und Bestimmungen, die für alle Bürger bindend sein sollten. Das Spendenaufkommen der Bürgeraktion beläuft sich bereits auf mehr als 15 000 DM, und weitere Spenden sind in Aussicht gestellt!"

Angesichts der Finanznöte der Stadt Hagen sei er mit einer Art „Primitivnutzung" der ehemaligen Synagoge durchaus schon einverstanden, erklärte Zabel gegenüber der WR. „Das bedeutet, das Gebäude wäre zunächst einmal baulich gesichert, und in seinem Inneren könnten von Zeit zu Zeit Ausstellungen oder auch Führungen stattfinden. Ansonsten bliebe es verschlossen."

Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen hatte bereits am 9. April 1981 eine „Hilfe zur Selbsthilfe", das heißt finanzielle Unterstützung, beschlossen. Professor Dr. Hermann Zabel: „Die Mitglieder der Bürgeraktion gehen daher davon aus, daß diese Mittel nunmehr in der Sitzung des Hauptausschusses am morgigen Donnerstag zur Verfügung gestellt werden. Über die eventuelle Übernahme des Synagogengebäudes durch die Stadt Hagen kann selbstverständlich erst im Zusammenhang der Verabschiedung der endgültigen Denkmalliste entschieden werden."

Aus einem Brief an ihn aus Jerusalem zitiert Zabel: „Ihre ernsthaften und ehrlichen Bemühungen und die bürokratischen Schwierigkeiten, auf die Sie stoßen, ergänzen einander, heben einander aber nicht auf. Ich hoffe mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern, daß das Wissen um die schreckliche Vergangenheit das Gewissen Ihrer jetzigen Mitbürger aufrütteln wird und wünschen Ihrer Aktion vollen Erfolg!"

WR 10.3.1982

מכון ליאו בק
LEO BAECK INSTITUTE
Founded by the Council of Jews from Germany
JERUSALEM · LONDON · NEW YORK

Herr
Dr. phil. Elmar Hartmann
5800 H a g e n 1 (Hohenlimburg)

Jerusalem, am 5.2.1982

Sehr geehrter Herr Dr. Hartmann,

über das Stadtarchiv Hagen erhielten wir die "Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs", wofür wir uns mit gleicher Post bedanken. Dennoch möchte ich auch an Sie und die mit Ihnen arbeitende Initiativ-Gruppe einige Worte richten.

Ihre ernsthaften und ehrlichen Bemühungen um die Instandsetzung und Instandhaltung der alten Synagoge und die Tatsache, dass Sie immer wieder auf bürokratische Schwierigkeiten stossen "ergänzen" einander, heben aber einander nicht auf. Ihre geschmackvoll ausgestattete und inhaltsreiche Gedenkschrift muss und wird das Verständnis für die Notwendigkeit des Sich-Erinnerns in der Öffentlichkeit wecken. Ich hoffe mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern, dass das Wissen um die schreckliche Vergangenheit das Gewissen Ihrer jetzigen Mitbürger aufrütteln wird und wünsche Ihrer Aktion vollen Erfolg!

Mit freundlichen Grüssen

Joseph Walk
(Prof. Joseph Walk)

33 BUSTANAI STREET • TEL. 633790 ,טל • 33 רחוב בוסתנאי
JERUSALEM 93229, P.O.B. 8298 ,ירושלים 93229, ת.ד.
CABLES: MAHOBEK מברקים: מהובק

Hauptausschuß behandelte gestern die Synagoge:

Weiter geht's erst im Juni Kramps: „Gebäude hat den Winter ja gut überstanden"

Hohenlimburg. (Leif) Mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschloß der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen in seiner gestrigen Sitzung, die Frage der Restaurierung der ehemaligen Hohenlimburger Synagoge bzw. der Übernahme des Grundstücks erst dann wieder aufzugreifen, wenn über das Gebäude innerhalb der Erörterung der Denkmalliste abschließend entschieden worden ist.

Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller berichtete vor dem Ausschuß, er habe noch am gestrigen Morgen ein Fernschreiben im Auftrag Minister Dr. Zöpels erhalten, in dem jener sich einverstanden erklärt habe, daß die Synagoge erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Denkmalliste eingetragen werde. Bis dahin müsse sie aber erhalten bleiben, und unverzüglich seien Notsicherungsmaßnahmen zu ergreifen, um ihrem baulichen Verfall zu begegnen. Dr. Müller habe zurückgefragt, was diese Maßnahmen seien, vom Vertreter des Ministers aber bis zum Beginn der Sitzung nichts Konkretes erfahren können. Dr. Müller: „Wie es auch aus der Verwaltungsvorlage hervorgeht, soll am 3. Juni dem Hauptausschuß eine Denkmalliste vorgelegt werden. Im Juni müssen wir dann mit aller Sorgfalt entscheiden!"

Für die SPD erklärte Fraktionsvorsitzender Wilfried Kramps, man stimme der Vorlage zu. „Wenn die Denkmalliste im Juni eingebracht wird, sollte aber auch ein Verwendungszweck genannt werden!" Besondere Eile sei nun nicht mehr geboten, meinte er, denn die Synagoge habe ja den letzten Winter und den jüngsten Sturm gut überstanden.

Karl Josef Ludwig (CDU) schloß sich ebenfalls der Verwaltungsvorlage an. Für die FDP meinte Ratsherr Bernd Freudenberg, daß es sich bei der Hohenlimburger Synagoge nur um ein Baudenkmal im Rahmen vieler anderer handele. „Nur leere Schachteln wollen wir mit Sicherheit nicht schützen!"

Dr. Müller: „Ich möchte diese Dinge eingebettet sehen in eine generelle Diskussion im kommenden Juni!"

WR 12.3. 1982

Entscheidung erst im Juni

(HB) Auch wenn der Regierungspräsident den Oberstadtdirektor zur „Vorläufigen Unterschutzstellung" der ehemaligen Hohenlimburger Synagoge „verdonnert" hat, wird die Stadt über die Frage der Restaurierung und Übernahme des Grundstücks erst im Juni entscheiden. Dann nämlich soll über die Denkmalliste beraten werden, in der alle schützwürdigen Bauten aufgeführt sind. Darauf einigte sich gestern der Hauptausschuß des Rates.

Mit dieser Regelung hatte sich auch Minister Zöpel gestern in einem Fernschreiben an den Oberstadtdirektor einverstanden erklärt. Allerdings machte er die Auflage, daß vorab Notsicherungsmaßnahmen veranlaßt würden, um dem baulichen Verfall der ehemaligen Synagoge zu stoppen.

WR 12.3.1982

Wenn eine Ruine zum Prüfstein wird

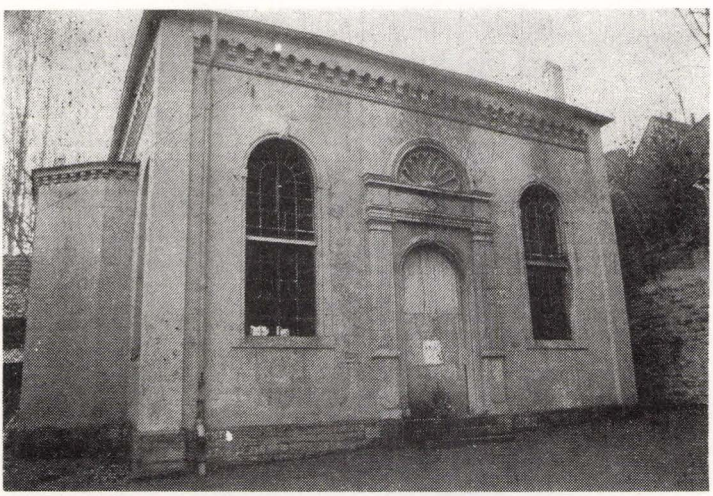
In Hagen spielt sich ein unwürdiges Feilschen um das Schicksal einer ehemaligen Synagoge ab, die das Dritte Reich überstand

Von unserem Redaktionsmitglied Gerd Kröncke

Hagen, 18. März

Die Liste reicht von Aachen bis Zülpich, und unter der Rubrik „Bauschicksal" steht fast immer „verbrannt" oder „demoliert" oder einfach „zerstört". Nur wenige von gut 200 Synagogen im heutigen Nordrhein-Westfalen haben das Kriegsende überstanden, fast alle sind in der Nacht des Pogroms vom 9. November 1938 niedergemacht worden. In Emmerich, heißt es, mußten die Juden selbst das Feuer legen. Da war es, wenn man so sagen darf, ein Glück, daß man die Synagoge der Stadt Hohenlimburg (heute ein Teil von Hagen in Westfalen) nicht abbrennen ließ, weil sie offenbar zu nahe an arische Wohnhäuser grenzte. Danach ist sie, wie das Verzeichnis des Frankfurter Historikers Adolf Diamant vermerkt, „zweckentfremdet" worden.

Die alte Synagoge aus dem Jahre 1869, die der jüdische Bürger Hugo Loewenstein im Auftrag seiner Gemeinde dem Fabrikanten Ernst Umbeck verkaufen mußte, ist nun in Gefahr, von der Fallbirne eines Abbruchunternehmens zerstört zu werden, wenn sie nicht vorher schon in sich zusammenfällt. In Hagen hat ein unwürdiges Feilschen um die Zukunft der ehemaligen Synagoge eingesetzt. „Wenn von dem Bauwerk noch ein Rest an Substanz erhalten werden und der Kostenaufwand für die Wiederherstellung in einem noch tragbaren Umfang bleiben soll", so ein Gutachten des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege, „dann besteht für Schutzmaßnahmen höchste Dringlichkeit." Ironischerweise nämlich hatte das Gebäude, in dem nach dem Verkauf zunächst eine Schreinerei und zuletzt ein Pelzlager untergebracht war, erst 1975 richtig gebrannt. Seitdem besteht Einsturzgefahr. Nun sind die Fenster zersprungen, das Dach ist defekt, die Tür vernagelt. „Einen weiteren Winter", urteilte das Amt für Denkmalpflege im November, „übersteht das Bauwerk nicht mehr."



EIN BAUWERK *mit wechselvoller Geschichte: Die ehemalige Synagoge von Hohenlimburg diente zuletzt als Schreinerei und Pelzlager.* Photo: Westfalenpost

Das Problem hätte sich vielleicht schon erledigt, wenn zur 750-Jahr-Feier von Hohenlimburg die Christen des Ortes sich nur ihrer eigenen Geschichte erinnert hätten. Aber da aktive Gemeindeglieder beider Konfessionen sich auch der Historie der jüdischen Gemeinde entsannen, rückten sie die alte Synagoge wieder ins allgemeine Bewußtsein, brachten gegen den Widerstand der etablierten Heimatforscher eine „Gedenkschrift" zu Ehren der ehemaligen jüdischen Bürger heraus. Sie gründeten überdies eine „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" und werben seitdem für die Erhaltung des ehemaligen Gotteshauses.

Der Verwaltung und dem Stadtrat kam das alles, in der Zeit der knappen Kassen, denkbar ungelegen. Ein Erwerb des Synagogen-Grundstücks von dem inzwischen hochbetagten Fabrikanten, so beklagt der zuständige Ratsausschuß, „kommt nicht in Frage". Doch der Kauf, samt Folgekosten, wäre nötig, wenn die ehemalige Synagoge unter Denkmalschutz gestellt würde. Zwar haben die vorgesetzten Behörden — Regierungspräsident und Landesregierung — die Kommune angewiesen, den Bau wenigstens vorläufig unter Schutz zu stellen, aber die Spitzen der Stadt lassen durchblicken, daß sie sich die Synagoge nicht aufdrängen lassen wollen.

„Nicht das geringste Interesse"

Der Stadtdirektor hat sich ein schlaues Argument einfallen lassen. Er befragte den Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde Hagen, der „nicht das geringste Interesse" an der Synagoge bekundete. Das Gebäude zu restaurieren, sagt der Kaufmann Max Blecher, sei „völliger Unsinn, ausgemachter Blödsinn". Als Steuerzahler stünden ihm die Haare zu Berge, wenn er höre, „daß man für solchen Quatsch Geld ausgeben will". Ganz besonders aber hat er Angst, daß eine restaurierte Synagoge Ziel antisemitischer Hetzparolen sein könnte.

Die Juden sind also selbst nicht an der Synagoge interessiert, lautet mithin das am meisten gebrauchte Argument der lokalen Politiker. Dem hält Hermann Zabel, Mitbegründer der Bürgeraktion und Presbyteriumsmitglied der Kirchengemeinde, entgegen: Die Synagoge solle auch nicht für die Juden, sondern eher für alle anderen erhalten bleiben. Juden nämlich wohnen nur noch zwei in Hohenlimburg, und die sind erstens Zugereiste, und zweitens steht ihnen, wie der kleinen jüdischen Gemeinde in Hagen, eine neue Synagoge zur Verfügung. Die jüdische Gemeinde hatte schon vor 30 Jahren auch juristisch auf alle Ansprüche verzichtet, als sie eine Zahlung von 9000 Mark akzeptierte — ein Ausgleich, den der Käufer von 1938 auf den Kaufpreis legte. Was sollten sie damals auch mit dem Haus? Die letzten Juden, die in Hohenlimburg lebten, mußten sich am 23. April 1942 auf dem Platz vor der Synagoge einfinden — dort begann der Transport, der im Konzentrationslager endete.

Aus aller Welt haben sich unterdessen ehemals deutsche Juden, darunter mancher aus Hohenlimburg Gebürtige, für den Erhalt der ehemaligen Synagoge eingesetzt. Aus Israel schrieb einer an einen der Initiatoren der Instandsetzung des Baus, „wie mich Eure Initiative ... persönlich berührt hat". Eine jüdische Gebetsstätte werde es ja nimmer werden, „aber wenn sich viele Leute jetzt solche Gedanken machen wie Ihr, wird es hoffentlich wenigstens kein Auschwitz mehr geben". Und aus dem kalifornischen Pacific Palisades, wo Lion Feuchtwanger im Exil lebte, erinnert der gebürtige Hohenlimburger Heinz Rosenberg den Oberbürgermeister von Hagen daran, daß die Juden in ihrem gottesdienstlichen Versammlungshaus seit 1870 zu dem gleichen Gott wie Protestanten und Katholiken beteten und am Volkstrauertag der Gefallenen gedachten, die aus jüdischen Reihen „ihr Leben für Deutschland hergaben".

Ob solche Appelle etwas nützen, ist fraglich. Zwar hat die Bürgeraktion 15 000 Mark gesammelt und das Land 60 000 Mark aus dem Denkmalsfonds in Aussicht gestellt, so daß fürs erste die Stadt Hagen lediglich weitere 15 000 Mark dazugeben müßte, damit ein neues Dach aufs Haus kommt und der Verfall gestoppt wird. Aber die Angst der Kommune vor den Folgekosten ist nicht auszuräumen. Da war man froh in Hagen, daß ein Weg gefunden wurde, die endgültige Entscheidung bis zur Jahresmitte zu vertagen, wenn klar ist, was sonst noch alles als Denkmal geschützt werden muß. „Den Winter", sagt der Sprecher der SPD-Fraktion, „hat sie ja überstanden, und Sturm ist auch gewesen."

Alexander Ginsburg, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, sieht die Auseinandersetzung mit großer Gelassenheit. Auch für ihn ist die Frage von Erhalt oder Zerfall ein Vorgang, der seine Glaubensbrüder nicht betrifft. „Wir sind nur Zuschauer, und wir sind froh, wenn wir die bestehenden Synagogen pflegen und erhalten können."

SZ 19.3.1982

Die Bemühungen um die Erhaltung und Herrichtung des Gebäudes der ehemaligen Synagoge Hohenlimburg wurden von einer Vielzahl von Einzelpersonen und Gruppen unterstützt. Nicht verschwiegen werden sollen aber auch verschiedene antisemitische Aktionen. Anonyme Schreiber und Anrufer versuchten die Bürgeraktion von ihrem Vorhaben abzubringen.

In dem neonazistischen Publikationsorgan "Deutscher Anzeiger" erschien am 2.4.1982 folgende Darstellung:

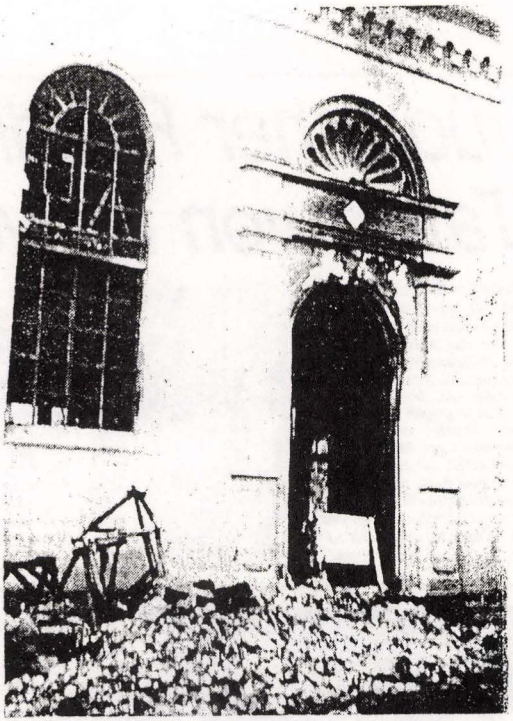
Was soll der Quatsch?

Hagener Christen wollen Juden eine alte Synagoge aufdrängen

Die Deutschen sind ein gründliches Volk. Was sie machen, wird hundertprozentig gemacht. Das betrifft alle Lebensbereiche. Auch den der sogenannten Vergangenheitsbewältigung.

Da gibt es jetzt im nordrhein-westfälischen Hagen einen Fall, der als Schildbürgerstreich in die Ortsgeschichte eingehen könnte. Nach langer Suche hat ein kleiner Kreis von sühnebesessenen Bürgern endlich ein Objekt seiner Leidenschaft gefunden: eine Ruine im Stadtteil Hohenlimburg, die früher einmal als Synagoge diente.

Das verfallene Mauerwerk, zuletzt als Schreinerei und Pelzlager genutzt, soll nun — so will es die „Bürgeraktion" — auf Steuerzahlers Kosten restauriert werden. Tatsächlich hat die Landesregierung schon



Abbruchreif: Die frühere Hohenlimburger Synagoge

60 000 Mark in Aussicht gestellt; der Rest entfiele auf die Stadt Hagen.

Der Clou beim Ganzen: Die ortsansässige jüdische Kultusgemeinde hat „nicht das geringste Interesse" an einer Wiederherstellung der 1869 gebauten Synagoge. Das Gebäude zu restaurieren, sagt der Gemeindevorsitzende Max Blecher, sei „völliger Unsinn, ausgemachter Blödsinn". Als Steuerzahler stünden ihm die Haare zu Berge, wenn er höre, „daß man für solchen Quatsch Geld ausgeben will". Dadurch werde eventuell noch der Antisemitismus gefördert.

Die jüdische Gemeinde, längst im Besitz einer neuen Synagoge, hatte schon vor dreißig Jahren auf alle juristischen Ansprüche auf das heruntergekommene Gemäuer verzichtet. Der Eigentümer, an den das Haus 1938 verkauft worden war, der Fabrikant Ernst Umbeck, hatte Jahre nach dem Krieg nochmals einen Betrag an die Gemeinde berappt, um den Verdacht einer unlauteren Bereicherung gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Daß die Juden selbst nicht an der Synagoge interessiert sind, kann die Hagener „Vergangenheitsbewältiger" keineswegs von ihrem unsinnigen Plan abbringen. Hermann Zabel, Mitbegründer der Bürgerallation und Presbyteriumsmitglied der christlichen — Kirchengemeinde, will gewissermaßen jüdischer als die Juden sein. Die Synagoge müsse wiederhergestellt werden — wenn nicht für die Juden, dann für die anderen. Was die freilich damit sollen, bleibt das Geheimnis der seltsamen Bürgeraktion.

Sogar Alexander Ginsburg, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist über den philosemitischen Eifer in Hagen erstaunt, nicht als Betroffener, sondern, wie er selbst sagt, als Zuschauer. „Wir sind froh, wenn wir die bestehenden Synagogen pflegen und erhalten können."

Alles das stört die Bürgeraktion nicht. Sie meint, daß die Deutschen auch dort tätige Sühne zu verrichten haben, wo es keine Adressaten gibt. Einfach so. Wie in Schilda.

———

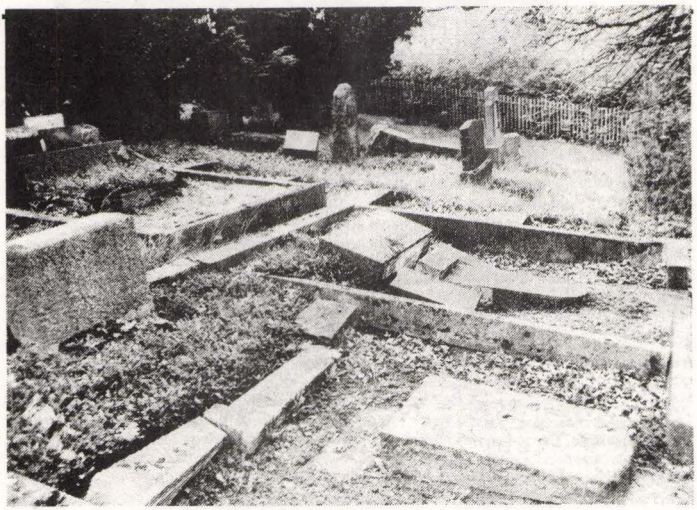
Jüdischer Friedhof Tatort von Rowdies

(heja) *Friedhofsschänder am Werk! In den Nachtstunden stürzten Rowdies „offensichtlich wie von Sinnen" die meisten Grabdenkmäler auf dem jüdischen Friedhof an der Heidestraße um. Mehrere Marmorplatten gingen zu Bruch.*

Die durch und durch schwachsinnige Tat ist umso schändlicher, als sich gerade in Hohenlimburg mit der Restaurierung des ehemaligen jüdischen Gotteshauses an der Jahnstraße und den damit zusammenhängenden Aktivitäten der Bürgerinitiative Synagoge echte Freundschaften mit früheren jüdischen Einwohnern gebildet haben, die heute in Israel und Amerika leben. Bei einem Besuch im Vorjahr lobten die Gäste noch ausdrücklich den gepflegten Zustand des jetzt zum zweitenmal seit 1982 geschändeten Friedhofes. – Bleibt die Frage: Ob diese Zerstörungswut im Zusammenhang mit Ehrenmalschmiereien zu sehen ist (kleines Bild)?



Fotos: cobs



WP 11.5.1984

Ehrenmitgliedschaften bei der Bürgeraktion Synagoge

Ehemalige jüdische Mitbürger Hohenlimburgs

Hohenlimburg. Gemäß § 3 der Satzung der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" wurden auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung am 24. März solche Personen zu Ehrenmitglieder ernannt, die sich um den Verein oder dessen Bestrebungen besondere Verdienste erworben haben.

Bei den geehrten Personen handelt es sich um ehemalige jüdische Mitbürger Hohenlimburgs, die durch Spenden und Zuschriften die Bemühungen um den Erhalt des Synagogengebäudes in Hohenlimburg förderten:

Herr Hans L. Benzian (Schweiz), Frau Hilde Bloch (USA), Frau Lotte Chaim (Israel), Herr Moshe Loewensteins (Israel), Frau Else Mond (USA), Herr Erwin Mosbach (Schweden), Herr Hugo Mosbachs (Frankreich), Herr Heinz Rosenberg (USA), Herr Kurt Rosenberg (USA), Frau Herta Stern (England).

Durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Frau Jossy und Herrn Jacques Halland (Niederlande) wird der überaus erfolgreiche Auftritt des Kabaretts Li-La-Lo im Rahmen einer Benefizveranstaltung gewürdigt. Eine entsprechende Ehrung erfuhr Frau Hildegard Goede, die vor ihrem Eintritt in den Ruhestand über lange Jahre hinweg die Bemühungen um den Erhalt des Synagogengebäudes fachlich beraten und – mit Herz – unterstützt hat.

WP 1.4.1982

Synagoge

„Haus der Stille"

Bedauerlicherweise ist in einigen Teilen der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstanden, als ob die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" für die jüdischen Mitbürger eine alte Synagoge wieder herrichten lassen wolle.

Der Vorsitzende der Kultusgemeinde Hagen hat uns darauf hingewiesen, zu welchen Belästigungen dieses Mißverständnis für ihn und seine Gemeinde geführt hat, und uns gebeten, den Begriff „Synagoge" nach Möglichkeit nicht mehr zu verwenden.

Wir kommen dieser Bitte des Vorsitzenden der Kultusgemeinde Hagen gern nach und schlagen vor, als vorläufige Bezeichnung den Begriff „Haus der Stille" zu verwenden. Es wird später darüber zu entscheiden sein, wie dieser Begriff inhaltlich gefüllt werden kann.

Die Bürgeraktion hat verschiedene Vorschläge für eine sinnvolle Nutzung des herzurichtenden Gebäudes entwickelt. In einem vertraulichen Gespräch sind Herr Oberstadtdirektor Dr. Müller und Herr Stadtdirektor Dr. Pesch am 22.4.1982 über diese Vorschläge informiert worden.

Es geht uns um die Erhaltung eines denkmalwerten Gebäudes in unserer Stadt. Dafür bitten wir alle Hohenlimburger weiterhin um Unterstützung. Wir sind nach wie vor gern bereit, steuerwirksame Spendenbescheinigungen, die vom Finanzamt anerkannt werden, für jede eingehende Spende auszustellen.

Der Vorstand
der Bürgeraktion
Synagoge Hohenlimburg

WP
28.4.1982

3. Der Einsatz der Helfer



VERTRETER des Architektenbüros Kohlhage und Pickenhan trafen sich gestern mit Dr. Rückbrod und Diplom-Ingenieur Bergmann vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege am „Haus der Stille" an der Jahnstraße, um Einzelheiten des Wiederaufbaues zu erörtern. (WR-Bild: -pgt)

WP 19.5.1982

Bausubstanz der Synagoge wird erhalten

Ab Montag erste Arbeiten

Hohenlimburg. (jü.) Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" hat offenbar erreicht, daß der erste Schritt zur Erhaltung des denkmalwerten Bauwerks an der Jahnstraße getan werden kann. Das wurde gestern in einer Pressekonferenz deutlich, zu der in das Paul-Gerhardt-Haus eingeladen worden war. Prof. Dr. Hermann Zabel gab sich angesichts der Tatsache, daß viele Kräfte unterschiedlichster Prägung ihre Hilfe zur Verfügung stellen, zuversichtlich!

Sein besonderer Dank galt zunächst dem Eigentümer der ehemaligen Synagoge, Ernst Umbeck, der in verständnisvoller Weise das Vorhaben unterstütze, zumal jetzt in gewisser Hinsicht mit dem „dritten Schritt" ein Anfang gesetzt werde, manche Dinge noch abzuklären seien.

Dann erläuterte Architekt Gerd Pickenhan, was bereits am Montag in Angriff genommen werden soll: Es gilt die Bausubstanz zu erhalten, also die „Außenhaut" zu sichern, ein neues Dach aufzubringen und auch Fenster und Türen wetterfest zu machen.

Danach hatten die Vertreter der „Hilfstruppen" das Wort. Jürgen Kuss versicherte, die „Kompanie des guten Willens" aus Hagen-Haspe stehe zur Verfügung. Die rüstigen Rentner seien bereit, bei einem Stück Wiedergutmachung mitzuwirken.

Prof. Manfred Zabel, Mitarbeiter in der „Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen" sah die Möglichkeit, hier regional eine „Aktion Sühnezeichen" zu verwirklichen. Das Besondere: Hier sei eine Chance

zur Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Friedensbewegung gegeben, gleichsam als Lehrstück gegen das Vergessen.

Oberst Dr. Dietrich Genschel, Kommandeur der Panzerbrigade in Iserlohn, knüpfte an. Es sei sinnvoll, daß „friedenserhaltende Gruppen" zusammenwirkten, um vorgefaßte Meinungen auszuräumen. Und dazu könne auch die praktische gemeinsame Arbeit beitragen. Die Pioniere der Brigade würden schon am Montag mit ihrer Arbeit am Synagogengebäude beginnen. Hier sei ein praktischer Übungseinsatz in der Tat sinnvoll.

Georg Leifels von der Hagener Friedensbewegung, einem Forum von rund zwanzig verschiedensten Gruppierungen, bot ebenfalls Mithilfe an. Hier werde praktische Erinnerung betrieben, Mitarbeit keine Frage, sondern eine Antwort.



Im Paul-Gerhardt-Haus wurden gestern endgültig die Weichen zum Erhalt der Bausubstanz der ehemaligen Synagoge gestellt. Es zeigte sich, daß es viele Kräfte gibt, die mithelfen werden, dieses erste bescheidene Ziel zu erreichen.

Prof. Dr. Hermann Zabel nannte einen ersten Zeitplan: Die vom Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellten 60 000 DM plus der gesammelten 15 000 DM Spendengelder der Bürgeraktion müßten ausreichen, um in Etappen und bis zum August die Bausicherungsmaßnahmen abzuschließen, an eine einfache Nutzung als „Haus der Stille" zu denken.

Weitere Schritte müßten angesichts leerer Kassen leider noch der Zukunft überlassen bleiben. Auch die Stadt Hagen werde sich entscheiden müssen.

Er empfahl, weitere Gespräche und Verhandlungen vertraulich zum Abschluß zu bringen, um Schaden abzuwenden.

WP 13.5.1982

Zabel: Helfer aus vielen Lagern

Kompanien stehen an der Synagoge Schaufel bei Fuß

Hohenlimburg. (Leif) Auf Bitten der „Bürgeraktion Synagoge" hin haben sich verschiedene Gruppen bereit erklärt, bei der Herrichtung des „Hauses der Stille" mitzuwirken. Vertreter dieser Gruppen stellten sich gestern im Paul-Gerhardt-Haus vor. Mit dabei war auch der bauleitende Architekt, Diplom-Ingenieur Gerd Pickenhan, der die geplanten Maßnahmen erläuterte. Professor Dr. Hermann Zabel, Mitinitiator der Bürgeraktion, gestern zur WR: „Startschuß für die Aktivitäten an der ehemaligen Synagoge wird schon am kommenden Montag sein. Dann rücken um 9 Uhr die Pioniere von der Panzerbrigade an!"

Zabel begrüßte unter den Anwesenden besonders den Kommandeur der Iserlohner Panzerbrigade 20, Oberst Dr. Dietrich Genschel, Jürgen Kuss von der „Kompanie des guten Willens" in Hagen und seinen Bruder Manfred Zabel, der als Professor für Sozialethik und theologische Anthropologie an der Gesamthochschule Siegen tätig ist und aktiv der „Friedensbewegung" angehört.

Architekt Pickenhan schilderte zunächst die geplanten Baumaßnahmen: Die Synagoge habe früher über eine Empore verfügt, die jetzt als Zwischendecke diene. Diese werde man zunächst stabilisieren müssen, um sie als Arbeitsbühne benutzen zu können. Auf der Bühne werde man mit Kleingerüsten die Resthöhe bis zum Dachstuhl überwinden, der neuaufgebaut werden müsse. Er müsse so hergerichtet werden, daß das Gebäude wasser- und wetterfest den nächsten Winter überstehen könne. Pickenhan: „Das ist unsere Sicherungsmaßnahme und gleichzeitig die Voraussetzung für alle weiteren Baumaßnahmen."

WR 13.5.1982

„Lehrstück gegen das Vergessen"

Jürgen Kuss sprach für die Hagener „Kompanie des guten Willens": „Diese unsere Gruppe von Rentnern renoviert gemeinnützige Einrichtungen, und wir stehen besonders gern bei dieser Aktion „Schaufel bei Fuß", weil unsere Senioren auch glauben, daß ihre Generation hier eine gewisse Verpflichtung hat."

Zabel-Bruder Manfred: „Die Idee, durch gemeinsame Arbeit an der Instandsetzung der Synagoge in Hohenlimburg öffentlich zu demonstrieren, daß wir doch schließlich in einer Republik leben, stammt von Dr. Genschel. Unsere gemeinsame Arbeit hier an der Synagoge kann eine kleine Aktion Sühnezeichen werden, ein deutliches und ein gemeinsames Lehrstück gegen das Vergessen. Wenn wir gemeinsam dafür sorgen, daß die Synagoge erhalten bleibt, können wir deutlich machen, was die Gutwilligen in der Bundeswehr und die Gutwilligen in der Friedensbewegung gemeinsam sagen: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Und da ein Krieg, lange bevor er ausbricht, in den Herzen der Menschen beginnt, ist dieses gemeinsame Arbeiten auch ein Signal gegen die Wurzeln des Antisemitismus und des Fremdenhasses."

Dr. Genschel: „Ich sehe diese Aktion als ein Stück lokalisierbarer und anfaßbarer Vergangenheitsbewältigung. Die Aktion halte ich für eine moralisch schlicht sinnvolle Bürgerinitiative. Wenn man die Möglichkeit hat, sie zu unterstützen, sollte man das tun. Zudem sehe ich dies als praktischen Brückenschlag zwischen Soldaten und anderen friedenserhaltenden Gruppen an. Wenn dieses Haus einmal fertig ist, hoffe ich, daß es auch zu einer Begegnungsstätte mit Soldaten wird."

Die freiwilligen Helfer erfuhren, daß der erste Bauabschnitt im August im wesentlichen abgeschlossen sein könne. Hermann Zabel: „Für die Zeit nach der Sommerpause erhoffen wir uns dann eine positive Entscheidung des Rates der Stadt Hagen zwecks Übernahme der Synagoge."

Pioniere erste Hilfskompanie

Arbeiten zur baulichen Rettung der Synagoge begannen



Hohenlimburg. (jü.) Wie vorgesehen, rückte gestern vormittag die Iserlohner Panzer-Pionier-Kompanie 200 an der Synagoge an der Jahnstraße an, um die Arbeiten zur Sicherung der Bausubstanz dieses Gebäudes, das inzwischen „Haus der Stille" genannt wird, aufzunehmen.

Major Rainer Faller und Hauptfeldwebel Karl Schulz leiten diesen „Übungseinsatz" mit plausiblem Hintergrund und in öffentlichem Interesse. Sie gehen die Bauruine von innen an, werden die Zwischendecke sichern und mit Kleingerüsten dafür sorgen, daß der Dachstuhl neu aufgebaut werden kann.

Damit ist die erste Kompanie des guten Willens ans Werk gegangen, die von der Bürgeraktion gewonnen werden konnte, um mit relativ wenig Geld recht viel zu erreichen.

Für heute hat sich Landeskonservator Dr. Rückbrod aus Münster angesagt, um sich von den ersten Bausicherungsmaßnahmen unterrichten zu lassen. Über den vorgesehenen Ablauf berichtete die WP bereits ausführlich.

WP 18.5.1982

„Ein Lehrstück gegen das Vergessen"

„Große Koalition" rettet die Synagoge von Hohenlimburg vor dem Verfall

Soldaten der Bundeswehr in einer „großen Koalition" mit Vertretern der Friedensbewegung: Das wird in Hohenlimburg möglich, wo Mitte Mai Pioniere der Panzerbrigade 20 aus Iserlohn-Hemer in der Jahnstraße anrückten. Ihr Auftrag: Sie erledigten die ersten wichtigen Baumaßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz der alten Hohenlimburger Synagoge.

Für die Arbeiten danach stehen verschiedene Friedensgruppen aus Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, die „Kompanie des guten Willens" der evangelischen Männerarbeit Südwestfalen, Konfirmanden, Angehörige der evangelischen und der katholischen Gemeinden „Schaufel bei Fuß". Am Ende wird dann, so hoffen die Verantwortlichen der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", die wieder hergestellte Synagoge der im Dritten Reich fast vollständig ausgerotteten jüdischen Gemeinde Hohenlimburg als Sühnezeichen und als Mahnmal wieder zugänglich sein.

Die Hohenlimburger Synagoge ist eine der wenigen in Nordrhein-Westfalen, die das Nazi-Regime und die Nachkriegszeit überhaupt überstanden haben. Der Landeskonservator für Westfalen-Lippe gab ihr wegen ihrer künstlerischen und geschichtlichen Bedeutung und wegen ihres Wertes als Sakralbau den Rang eines wichtigen Baudenkmals. Ein Brand in dem zuletzt als Fabrik benutzten Gebäude bedeutete dennoch 1975 beinahe das Ende.

Das erste Ziel der Bürgerinitiative ist mit dem Votum des Landeskonservators erreicht. Weitere wichtige Stationen waren bisher: eine Finanzzusage des Landesbauministers über 60 000 Mark, die Bereitschaft der Soldaten und der anderen Gruppen zur aktiven Arbeit an der Synagoge, vor allem aber die Tatsache, daß der heutige Besitzer Ernst Umbeck sich dazu entschlossen hat, der Bürgeraktion das Gebäude als Schenkung zu vermachen.

Bei einer Pressebesprechung, auf der die Bürgeraktion in dieser Woche den bevorstehenden Arbeitsbeginn an der alten Synagoge ankündigte, würdigte deren Sprecher, Professor Dr. Hermann Zabel (Hohenlimburg), die Verdienste des heute 83jährigen Ernst Umbeck, der im Dritten Reich jüdischen Mitbürgern Unterkunft gewährte und dem es überhaupt zu verdanken sei, daß das Gebäude noch steht.

Nach den ersten Arbeiten zur Erhaltung der Bausubstanz, von den Iserlohner Panzerpionieren als Teil ihres Übungsprogrammes praktiziert, soll mit Hilfe der anderen Gruppen das Haus winterfest gemacht und dann nach den Plänen von Architekt Gerd Pickenhan, der sich an Zeichnungen von 1867 hält, zu einer Stätte der Besinnung, der Begegnung und der Stille gestaltet werden. Die Verantwortlichen der Bürgeraktion sind zuversichtlich, daß die Behörden und die Kommunalpolitiker sich jetzt schnell von dem Schwung anstecken lassen, der die Freiwilligen und die Soldaten aktiviert.

Dies gilt zum Beispiel für die noch erforderliche Überführung des Geländes um die Synagoge in den Besitz der Stadt Hagen und die Aufnahme in die offizielle Denkmalliste.

Auf der Pressekonferenz im evangelischen Paul-Gerhardt-Haus in Hohenlimburg-Elsey bezeichnete der Kommandeur der Panzerbrigade 20 aus Iserlohn-Hemer, Oberst Dr. Dietrich Genschel, die Arbeit an der Synagoge als wichtigen Brückenschlag zwischen Soldaten und Friedensbewegung. Professor Manfred Zabel (Siegen) nannte die gemeinsame Arbeit „eine kleine Aktion Sühnezeichen und ein deutliches Lehrstück gegen das Vergessen".



Die alte Synagoge der jüdischen Kultusgemeinde in Hohenlimburg, erbaut um 1867/68, wird von verschiedenen Friedensgruppen aus Hagen, Iserlohn und Lüdenscheid wieder aufgebaut. An der Herrichtung zu einem Meditationszentrum sind auch die „Kompanie des guten Willens" der evangelischen Männerarbeit Südwestfalens sowie Konfirmanden und Gemeindeglieder der evangelischen und der katholischen Gemeinde in Hohenlimburg beteiligt. Foto: Bernhard Angersbach

UNSERE KIRCHE 6.6.1982

Johannes Rau: »Ich trage zum Gelingen bei«

von Günter Dithmar

Hagen-Hohenlimburg. Der Arbeitskreis »Jüdische Gemeinde Hohenlimburg«, gegründet anläßlich der 750-Jahr-Feier Hohenlimburgs, hat Bemerkenswertes geleistet. Er hat eine Denkschrift herausgegeben, deren unscheinbarer Titel trügt. Sie ist ein zeitgeschichtliches Dokument, lesenswert, nicht nur für Hohenlimburger. Sie ist aber auch vorzügliches Unterrichtsmaterial zur jüngeren Geschichte, Geschichte vor Ort, Geschichte hautnah. Der Denkschrift ist eine Verbreitung in Hagens Schulen zu wünschen.

Der Arbeitskreis hat zum anderen in erstaunlich kurzer Zeit erreicht, was sich viele Hohenlimburger seit langem wünschen: Heute ist Richtfest der alten Synagoge, ermöglicht in gemeinsamer Aktion der Hohenlimburger Friedensbewegung und Pionieren einer Iserlohner Panzerbrigade.

Die Arbeit hat weit über Hagens Grenzen hinaus beeindruckt und Echo gefunden. In den letzten Wochen berichteten u.a. »Süddeutsche Zeitung« und die in Tel Aviv erscheinenden »Israel Nachrichten«.

Hohenlimburger Arbeitskreis will ehemalige jüdische Mitbürger einladen

Lebendige Vergangenheit

Bei dieser Arbeit ist etwas geschehen, was auch die Initiatoren in dieser Weise nicht vorausgesehen haben: die Geschichte ist so lebendig geworden, daß zahlreiche schriftliche und persönliche Verbindungen zu ehemaligen Hohenlimburgern in aller Welt geknüpft wurden.

Aus Israel schrieb Frau Lotte Chaim: »Da ich die entscheidenden Jahre in Hohenlimburg verbrachte, macht die Gedenkschrift großen Eindruck auf mich. Ich bewundere Ihre Bemühungen.« Ein anderer: »Wie mich der Inhalt persönlich berührt hat. Wenn sich mehr Leute jetzt solche Gedanken machen, wird es hoffentlich kein Auschwitz mehr geben.« Aus den USA Herr H. Rosenberg: »Ich habe von Ihrer verdienstvollen Arbeit mitgroßem Interesse gelesen.« Aus London meldete sich Frau Lotte Stern, Herr Max Loewenstein schrieb aus Israel, Herr Erwin Mosbach aus Schweden: »Es ist mir ein Bedürfnis, Ihrer Vereinigung und der Lutherischen und Presbyterischen evangelischen Kirchengemeinden tiefsten Respekt und Hochachtung auszudrücken, für die einzigartigen Bestrebungen, den jüdischen Opfern der Nazizeit durch Ihre Haltung

Ein Gespräch mit OB Loskand

Hagen. Was sagt der oberste Repräsentant der Stadt Hagen zu den erstaunlichen Aktivitäten des Hohenlimburger Arbeitskreises? Der wochenkurier fragte Oberbürgermeister Rudolf Loskand.

OB Loskand: *»Ich möchte anregen, den Kreis der Einzuladenden noch auf die jüdischen Mitbürger Hagens zu erweitern. Wenn es noch zu einem Spendenaufruf an die Hagener Wirtschaft kommt, werde ich ihn mitunterzeichnen. Der Beitrag der Stadt zu dieser Aktion könnte darin bestehen, daß die Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Gäste im Einzelfall übernommen werden.«*

Das ist wirklich ein guter gemeinsamer Start, auch für die weitere gemeinsame Arbeit an der Synagoge. Das sollte vergessen lassen, daß bisher Ermunterung und Anerkennung städtischer Vertreter fehlten.



Soldaten der Bundeswehr und Mitglieder Friedensbewegung bei der Herrichtung des »Hauses der Stille« (ehemalige Synagoge Hohenlimburg).

und durch Ihre Taten den Beweis zu erbringen, daß bei Ihnen Gefühl und Verständnis der damaligen Situation vorliegt.
Die Erfahrungen, die nicht nur ich, sondern viele meiner Bekannten nach dem letzten Kriege gemacht haben, haben leider in überwältigendem Maße gezeigt, daß trotz der Aufdeckung so vieler Schändlichkeiten eine große Anzahl der deutschen Bevölkerung noch immer gegen die wenigen Überlebenden der unzähligen Opfer eih feindselige Haltung einnehmen, ja soweit geht, die Tatsachen zu leugnen und als Lüge und Hirngespinste hinzustellen.
Der Gedanke Ihrer Bestrebungen erfüllt mich mit tiefstem Respekt und größter Hochachtung und menschlicher Dankbarkeit.
Ich werde nicht verfehlen, allen meinen Freunden und Bekannten von Ihrer beispielgebenden Aktion Mitteilung zu machen.«
Und Herr Heinz Rosenberg aus USA erinnert sich: »Es war Limburg an der Lenne, wo mein Großvater Fabrikbesitzer J.F. Rosenberg im Jahre 1859 den Grundstein für das industrielle Unternehmen der Familie Rosenberg legte, das im Jahre 1938 aufgelöst werden mußte.«

Juden und Christen heute

Das Geleitwort von Johannes Rau zur Denkschrift schließt: »Aber es muß unser fester Wille sein, uns zur Mitverantwortung zu bekennen, und unser **Tun** muß bewirken, daß wir dies mit Hoffnung aussprechen können: Juden **und** Christen heute.«
So ging der Arbeitskreis den nächsten Schritt. Er beschloß, ehemalige jüdische Mitbürger einzuladen. Wünsche waren seit langem bekannt geworden.
Johannes Rau schrieb: »Daß Sie an der Wiederaufnahme von Kontakten mit früheren jüdischen Mitbürgern so großen Anteil nehmen, berührt mich sehr.«
Er erklärte sich bereit, eine Patenschaft für eine Einladung zu übernehmen. Er regte an, daß Stadt und Arbeitskreis gemeinsam an die Öffentlichkeit treten möchten, um Unterstützung zu erbitten. Das Schreiben schließt: »Es würde mich freuen, wenn Sie mit dem Arbeitskreis »Jüdische Gemeinde Hohenlimburg« und mit ideeller Unterstützung der Stadt eine eindrucksvolle Bürgerinitiative im Interesse christlich-jüdischer Versöhnung in Bewegung setzen könnten.«

WOCHENKURIER 1.7.1982



Richtfest in der ehemaligen Synagoge. Architekt Gerd Pickenhan würdigte die Mitarbeit der Pioniere.

Erster Schritt: Richtfest an der Synagoge

Der Dachstuhl steht jetzt

Hohenlimburg. (jü.) Der erste Schritt zur Sicherung der Bausubstanz der denkmalwerten Synagoge an der Jahnstraße ist getan. Am Donnerstagnachmittag wurde Richtfest gefeiert. Nach alter Tradition trug Polier Eberhard Benefeld den Richtspruch vor und ließ ein Glas zerschellen.

In kurzen Worten zeichnete Prof. Dr. Hermann Zabel die Vorgeschichte auf, die zur Entstehung der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg führte. Er bedankte sich für Bereitstellung öffentlicher Mittel und für die Spenden, die diesen ersten Schritt möglich machten.

Er dankte aber auch den Soldaten aus Iserlohn, die mit Oberst Dr. Genschel, Major Rainer Faller und Hauptfeldwebel Karl Schulz am Richtfest teilnahmen. Die Pioniere hatten durch den Einbau einer stabilen Arbeitsbühne die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß ein stabilisierendes Betonband über die Mauerkrone gelegt, daß der Dachstuhl aufgebracht werden konnte.

Zabels Dank richtete sich aber auch an die Architekten Kohlhage und Pickenhan und an die Firmen Krause und Petermann. Seinen Worten schlossen sich die Vertreter der Bürgeraktion natürlich an.



Prof. Dr. Zabel überreichte Oberst Dr. Genschel ein Bild zur Erinnerung an den Einsatz. Fotos (2): Karl Jünnemann

Dann gab es noch kleine Erinnerungsgeschenke: Farbbilder vom Einsatz der Pioniere und dem desolaten Zustand des zukünftigen Hauses der Stille sowie eine Dokumentation über die Synagoge für Oberst Dr. Genschel.

Bei Schnaps, Bier und einem Imbiß war die Freude über das Erreichte auf allen Seiten unverkennbar. Doch auch das ist klar: Es bleibt noch viel zu tun. Die Bürgeraktion benötigt weitere Zuschußmittel und Spenden. Und hinter allem steht die Hoffnung, daß das Gebäude in die öffentliche Trägerschaft übergeht.

WP 3.7.1982

Über der einstigen Synagoge weht der Richtkranz

Wichtiger Schritt auf Weg zur Sicherstellung Dank an die Bundeswehr

Hohenlimburg. (Leif) „Eine neue Kirche hat sich hier erhoben," so hieß es in den Versen, die – nach alter Väter Sitte – der Polier Eberhard Benefeld vom neuen Dachgestühl des „Hauses der Stille", der einstigen Synagoge an der Jahnstraße, an die anwesenden Gäste richtete. Anlaß war das Richtfest, zu dem der Mitinitiator der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", Professor Dr. Hermann Zabel, am Donnerstagnachmittag eingeladen hatte.

Mit dem Richtfest ist ein erster Schritt auf dem Wege zur Sicherstellung des Gebäudes abgeschlossen. Dank sprach Hermann Zabel bei dieser Gelegenheit auch all denen aus, die dabei ehrenamtlich mit Hand angelegt hatten, beispielsweise die Soldaten der Panzer-Pionier-Kompanie 200 unter Major Rainer Faller und Hauptfeldwebel Karl Schulz sowie deren Chef, Oberst Dr. Dietrich Genschel, Kommandeur der Iserlohner Panzerbrigade 20.

Dr. Zabel: „Der nächste Schritt ist eigentlich nun, daß die Verantwortlichen der Stadt Hagen eine Entscheidung fällen." An den Chef der Panzerbrigade übergab Zabel als Erinnerungsgeschenk ein Bild vom Zustand der Synagoge vor dem Beginn ihrer Sicherstellung. Der verantwortliche Architekt, Diplom-Ingenieur Gerd Pickenhan, lobte die Zusammenarbeit mit den Bundeswehrsoldaten: „Sie war äußerst zufriedenstellend, und ich möchte hier vor allem die saubere Atmosphäre nennen, die die Soldaten an der Baustelle hinterlassen haben." Pickenhan übergab ein großes Farbfoto vom Bundeswehreinsatz bei den Bauarbeiten.

Wie es denn nun an der Synagoge weitergehe, wollte die WR von Dr. Zabel wissen. „Die Iserlohner Soldaten werden uns auch weiterhin unter die Arme greifen. Als nächstes soll nun das Dach in Angriff genommen werden. Später sind die Fenster dran. Spender, die uns bei der weiteren Arbeit finanziell unterstützen, sind natürlich immer wieder willkommen."



„Ein erster Schritt auf dem Wege zur Sicherstellung der Synagoge ist mit dem heutigen Richtfest abgeschlossen," meinte Professor Dr. Zabel in seiner kurzen Ansprache vor den Gästen.

WR 3.7.1982

Friedensbewegung und Bundeswehr fuer Synagogen-Renovierung

»Wert und Unwert« einer Synagogenruine

Befremdendes Unisono juedischer Funktionaere und Neonazis

In Hohenlimburg verläuft die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit über die Gegenwart: Eine Bürgerinitiative zur Renovierung der vom Einsturz bedrohten Synagogenüberreste in Hohenlimburg (heute ein Stadtteil Hagens) stösst auf den befremdenden Widerstand städtischer Behörden und die Gleichgültigkeit offizieller jüdischer Vertreter.

Dabei fielen in Hohenlimburg zunächst zwei seltene Ausnahmefälle zusammen. Das Synagogengebäude konnte in der Reichspogromanacht von den Nazi-Terroristen zwar arg demoliert, aber nicht wie andernorts zerstört und „ausradiert" werden. Ein Brand hätte die arische Nachbarschaft bedrohen können. So begnügte man sich m. einer „Zweckentfremdung" des Gebäudes aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Erst 1975 brannte das Gebäude, in dem sich zu jener Zeit gerade eine Werkstatt befand, doch noch aus. Erst jetzt war das Mauerwerk den zersetzenden Wettereinflüssen ungeschützt ausgesetzt. Den letzten harten Winter überstand es noch — zum allgemeinen Erstaunen der Bauexperten.

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit

Mittlerweile bildete sich jedoch eine Bürgerinitiative, d. sich die Erhaltung des Gebäudes zum Ziel setzte — der zweite Ausnahmefall. Den Gründern der Bürgerinitiative ging es dabei nicht um die oft beschworene „Wiedergutmachung", sondern um eine sichtbare oder auch „anfassbare" Initiative zur Auseinandersetzung mit der deutschen —nicht etwa jüdischen — Vergangenheit.

Doch bevor man sich in Hohenlimburg mit der Vergangenheit auseinandersetzen kann, muss man erst die Gegenwart bewältigen. Dabei wurde der Denkmalwert der Gebäudeüberreste anerkannt, was den Weg zu öffentlichen Geldern freimachte. Von den aufzubringenden 90.000-DM stellten die sehr hilfsbereiten Landesbehörden 60.000 DM zur Verfügung, 15.000 DM brachte die Bürgerinitiative selbst durch eine Spendenaktion auf und die restlichen 15 .000 DM hätte die Stadt Hagen beisteuern sollen. Obwohl es sich dabei keineswegs um eine unerschwingliche Summe handelt, scheuen die Stadtväter Hagens bis heute vor dieser finanziellen Beteiligung zurück. Offizieller Grund: Der verarmte Stadtsäckel. Es ist zwar bekannt, dass Hagen nicht zu den reichsten Kommunen der Bundesrepublik gehört, doch könnte ein Betrag von 15.000 DM bei gutem Willen notfalls sogar durch Privatspenden der Stadträte bezahlt werden. Der eigentliche Grund dürften daher wohl eher „drohende" Folgekosten sein.

Die 90.000 DM für den gegenwärtigen Bauplan könnten nämlich nur das Mauerwerk selbst retten. Eine Inneneinrichtung des Gebäudes (z.B. als Begegnungsstätte), das von der vertriebenen und ermordeten jüdischen Gemeinde Hohenlimburgs nicht mehr benutzt werden kann, müsste dann aus zusätzlichen Mitteln finanziert werden. Ein Beitrag zum Nichtvergessen ist d. Stadt somit zu teuer. Dabei besteht die Möglichkeit, bis auf weiteres, das Leerstehende Gebäude als Gedenkraum zur stillen Besinnung nutzen.

Die Bürgerinitiative fand mittlerweile ein überraschend weites Echo. Sowohl die Friedensbewegung Hagen-Hohenlimburgs wie auch eine benachbarte Pionierbri-

gade der Bundeswehr erklärten sich zur Zusammenarbeit bei der Renovierung der Synagoge bereit. Eine für bundesrepublikanische Verhältnisse seltene Gemeinsamkeit, die allein schon den Stadtvätern Anlass sein sollte, ihre Haltung zu überdenken.

"Keine ermunternden Worte"

Doch fand auch die Stadtverwaltung für ihre Gleichgültigkeit Bundesgenossen. Alexander Ginsburg, Generalsekretär desZentralrats der Juden in Deutschland, sieht seine Aufgabe in der Pflege der bestehenden Synagogen und hat für d. Bürgerinitiative in Hohenlimburg nicht einmal ermunternde Worte. Dafür teilt er wohl zu sehr die Angst der Hagener Stadtväter vor eventuellen Folgekosten, die ja (eventuell) auf seinen Zentralrat zurückfallen könnten. Auch der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde Hagens, Max Blecher, war entsetzt: „Völliger Unsinn, ausgemachter Blödsinn" und als Steuerzahler standen ihm die Haare zu Berge, „für solchen Quatsch" Geld zu verschleudern.

Ein weiteres Argument: Eine renovierte Synagoge wäre dann das Ziel antisemitischerSchmierereien und Hetze. Ist die Erinnerung an die antisemitische Hetze der Vergangenheit nebensächlich, wenn dies hinderlich sein könnte, die antisemitische Hetze der Gegenwart zu ignorieren? Ist Vergesslichkeit nicht nur eine deutsche Krankheit oder etwa eine Krankheit, die in Deutschland auch Vertreter eines Volkes befällt, das sich seines Erinnerungsvermögens rühmt? Oder besteht kein Antisemitismus in Hagen, solange keine Synagoge in Hohenlimburg bestehen bleibt?

Zitat im Antisemitenblatt

Vielleicht hätten sich die jüdischen Funktionäre die Antwort auf solche Fragen etwas länger überlegt, wenn sie geahnt hätten, wer sie ausser Hagens Stadtvätern noch zitieren wird? Der „Deutsche Anzeiger", ein skurriles Blättchen, das Deutschland wieder einmal vor der Verjudung retten will, zeigte wider Erwarten Mitleid mit den armen jüdischen Funktionären. „Was soll der Quatsch" lautete die den Gemeindefunktionär zitierende Ueberschrift eines Artikels, der die Hagener Juden vor den christlichenBelästigungen retten sollte: Erbarmen, den Juden bitte keine Synagoge aufdrängen! Der anonyme Verfasser reibt sich wohl jetzt noch die Lachtränen aus d. Augen, wenn er an die gelungenen Zitate von Juden denkt, die ausnahmsweise einmal stimmten.

Einige Geistesverwandte des Schreibers wandten sich auch direkt an den Leiter derBürgerinitiative, Prof. Dr. Hermann Zabel, den sie aus seiner geistigen Verirrung retten wollten. So klärten sie ihn über die Verschwörung des Weltjudentums gegen Deutschland auf, wiesen auf die Vergangenheit des „Terroristen Begin" hin und vergassen im Uebereifer nur, ihre Aufforderungen zur Einstellung der Bürgerinitiative mit vollem Namen zu unterzeichnen.

Ist das Verhalten der Hagener Behördenvertreter jedoch nur fiskalisch zu verstehen? Die Weigerung des Oberstadtdirektors der Stadt, Mitarbeitern der Bürgerinitiative Einsicht in das Stadtarchiv zu geben, dürfte wohl kaum finanzielle Gründe gehabt haben. Doch fand eben auch der Versuch, ein Gedenkbuch für die jüdische Gemeinde Hohenlimburgs herauszugeben, keine positive Reaktion in d. Stadtverwaltung. Die Namen der früheren jüdischen Einwohner der Stadt, die in das Gedenkbuch aufgenommen werden sollten, konnten nicht dem Stadtarchiv entnommen werden. Sowohl Opfer wie Täter dieser Zeit haben nach Ansicht der Verantwortlichen in Hagen ein „berechtigtes Interesse" am Schutz ihrer Intimsphäre vor d. Neugier historischer Amateure. Es ist nichts darüber bekannt, dass der Oberstadtdirektor letzte Ueberlebende unter den Täter um Erlaubnis bat, sie in einem Atemzug mit den Opfern in Erinnerung rufen zu dürfen. Dabei dürften doch zumindest einige der Täter noch heute ein Hohenlimburg ansässig sein. Im Gegensatz zu den Opfern.

Gesetze und Anweisungen

Der Stadtdirektor berief sich bei seiner Weigerung auf Gestze und Anweisungen, die die Archivierung von solchen Dokumenten betreffen. Die Landeszentrale in Münster teilte dabei seine juristische Auslegung nicht, und siehe da: Die Stadt Hagen hat 1961 selbst schon ein solches. Gedenkbuch herausgebracht, das ebenfalls eine Namensliste der Opfer enthielt. Aber ein Satz aus demNachwort dieses Gedenkbuches kann hier vielleicht klärend wirken. „Das heisst nicht, dass ich es für erzieherisch richtig hielte, unsere Schulkinder mit dem vollen Ausmass des Grauens und Verbrechens zu konfrontieren. Kaum der durchschnittliche Erwachsene ist fähig, die Tiefen dieser Unmenschlichkeit auszuloten."

Soll den Nachgeborenen demnach das volle Ausmass des Grauens verschwiegen werden, weil die Erwachsenen zu einer Konfrontation mit der eigenen Geschichte unfähig sind? Dann allerdings ist es notwendig, jede Gelegenheit sorgfältig zu vermeiden, das schreckliche Kapitel dort anzugehen, wo Geschichte am spürbarsten wird — in der eigenen Stadt.

Arbeiten am „Haus der Stille“

Untersuchungen sollen Farben klären helfen

Hohenlimburg. Auf Veranlassung des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege in Münster führt die Firma Rademacher aus Olpe zur Zeit Befunduntersuchungen am Gebäude der ehemaligen Synagoge („Haus der Stille“) durch. Diese Untersuchungen sollen Fragen der Ausführung der Ecktürmchen, des Außenputzes, der Putzgewände und des farbigen Systems der Innenausmalung klären helfen.

Schon vor Beginn der vom Minister für Landes- und Stadtentwicklung angeordneten Maßnahmen zur Sicherung der Bausubstanz wurden als Grundlage für eine spätere Rekonstruktion maßgenaue Aufmaße gefertigt in Bezug auf die Dachkonstruktion, die Decke, die Fenster und die Türen. Glücklicherweise sind noch Bauzeichnungen des 1870 fertiggestellten Gebäudes vorhanden. Der Bau wurde übrigens von dem Limburger Maurermeister Wilhelm Knapp, dem Großvater des Altbürgermeisters Paul Knapp, ausgeführt. Die erhaltenen Rechnungen halten in vorbildlich sauberer Handschrift die erbrachten Leistungen fest.

WR 10.8.1982

Große Hitze beim Arbeitseinsatz am Synagogen-Gebäude

WP/WR 29.9.1982

Hohenlimburg. Nach Abschluß der vom Westfälischen Amt für Denkmalpflege in Münster und vom Regierungspräsidenten in Arnsberg angeordneten Befundsuntersuchungen führten am vergangenen Wochenende acht Mitglieder der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste einen ersten freiwilligen Arbeitseinsatz am Gebäude der ehemaligen Synagoge durch.

Auf dem Programm standen einerseits notwendige Aufräumungsarbeiten, andererseits vorbereitende Maßnahmen im Gebäudeinneren (Entfernung von Putz und Kacheln).

Die bei drückender Hitze absolvierte Selbsthilfeaktion von Vertretern der Friedensbewegung stand ebenso wie der frühere Einsatz von Angehörigen der Bundeswehr im Dienst der Erhaltung der Bausubstanz des vom Minister für Landes- und Stadtentwicklung Nordrhein-Westfalen unter Schutz gestellten Gebäudes.

4. DIE LETZTE ETAPPE

Am 14.4.1983 empfingen Herr Oberstadtdirektor Dr. Müller und Herr Stadtdirektor Dr. Pesch zwei Vorstandsmitglieder der Bürgeraktion zu einer Aussprache im Rathaus.

Neuer Erfolg der »Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg«

Hagen-Hohenlimburg. Die Bürgeraktion »Synagoge Hohenlimburg« – ganzseitige Berichte über ihre Aktivitäten erschienen u. a. in der »Süddeutschen Zeitung« und in den in Tel Aviv erscheinenden »Israel Nachrichten« – kann neue Erfolge verbuchen. Nach langem Zaudern lenkte die Stadt ein:

Auf Einladung von Oberstadtdirektor Dr. Müller fand am 14. 4. 1983 im Hagener Rathaus eine Besprechung über die Zukunft des »Hauses der Stille« statt. Die Mitteilung des Chefs der Stadtverwaltung, das Gebäude der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg werde nunmehr in die endgültige Denkmalliste aufgenommen und dadurch auf Dauer auch juristisch abgesichert, nahmen die Vertreter der »Bürgeraktion Synagoge« voller Genugtuung zur Kenntnis. Erfreut zeigten sie sich auch über den Bericht des Kämmerers Dr. Pesch, daß die Stadt Verhandlungen mit Nutzungsinteressenten aufgenommen habe. Dabei wird von Seiten der Stadt genau auf die sich aus dem Denkmalschutz ergebenden Auflagen geachtet. Die Vertreter der Bürgeraktion erklärten sich bereit, diese Bemühungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten tatkräftig zu unterstützen. Es versteht sich von selbst, daß Einzelheiten vor Abschluß der Verhandlungen nicht mitgeteilt werden können. Immerhin zeigte die Besprechung überaus erfreuliche Ansätze zu einer konstruktiven Zusammenarbeit von Stadt und Bürgeraktion, die letztlich zu einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung eines kommunalpolitischen Problems führen dürfte.

(Dithmar)

WK 24.3.1983

Zu Beginn des Gespräches stellte sich heraus, daß der Anlaß zu der Unterredung nicht eine der vorangegangenen Eingaben der Bürgeraktion war, sondern das Interesse eines Privatmannes am Kauf des Synagogengebäudes.

Die Vertreter der Bürgeraktion regten eine Ortsbesichtigung mit allen Beteiligten an.

Vielleicht eine Kunstgalerie ?

Für „Haus der Stille" sinnvolle Nutzung in Aussicht



Heinz Paschen und Nemi Tübeyli von der Firma Jurtschat prüfen die neue Tür für das Haupt-Portal (nach Foto-Vorlage originalgetreu) im „Haus der Stille", vormals Gotteshaus der ehemaligen jüdischen Gemeinde Hohenlimburg. Foto: Cobs

Hohenlimburg. (heja) Plötzliche Betriebsamkeit im „Haus der Stille" an der Jahnstraße. Handwerker drinnen und draußen. Die Hohenlimburger Jurtschat-Mannen (Tischlerei und Fensterinnenausbau) neben den Technikern der Hagener Stahlbau-Firma Horst Baumann. Das ehemalige jüdische Gotteshaus wird immun gegen Witterungsverfall gemacht. Endlich – ehe noch größere Schäden entstehen.

Dazu die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg: Die Bemühungen, das unter Denkmalsschutz stehende Gebäude zu erhalten und einer neuen, sinnvollen Nutzung zuzuführen, werden zielstrebig fortgesetzt. Aufgrund entsprechender Beratung durch das Westfälische Amt für Denkmalpflege in Münster und durch die Untere Denkmalbehörde bei der Stadt Hagen hat Architekt Pikkenhan die noch vorhandenen Fenster von den oben genannten Firmen aufarbeiten bzw. rekonstruieren lassen.

Die beiden Eichentüren – das Hauptportal und der Fraueneingang – wurden teilweise unter Verwendung alter Fotos neu hergestellt.

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt auch im Jahre 1983 die weitere Herrichtung des Gebäudes. Die Bürgeraktion erhielt vor kurzem von Minister Dr. Zöpel die verbindliche Zusage auf einen weiteren Zuschuß in Höhe von 80 000 DM für den zweiten Bauabschnitt (schon begonnen, siehe oben). Diese Zuwendung bedeutet zugleich eine Anerkennung für die von der Bürgeraktion bisher geleistete Arbeit und für die Bürger, die durch ihre Spenden dazu beigetragen haben, daß die Bausubstanz vor dem drohenden Verfall gerettet werden konnte.

In einem Schreiben vom 14. März '83 begrüßt Minister Zöpel ausdrücklich, daß sich die ›Kompanie des guten Willens‹ bereiterklärt hat, durch ihren selbstlosen Arbeitseinsatz mit dazu beizutragen, „dieses bedeutende Denkmal für die Zukunft zu erhalten."

Angesichts der fortschreitenden Herrichtung des Gebäudes, an die im Jahre 1980 niemand zu denken wagte, überrascht es kaum noch, daß sich auch Möglichkeiten für eine sinnvolle Nutzung des Gebäudes abzeichnen, bei der in angemessener Weise der Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Hohenlimburg gedacht werden kann.

WP 16.4.1983

Anerkennung für bisherige Arbeit

Ortstermin an der Synagoge

Hohenlimburg. Auf Einladung von Oberstadtdirektor Dr. Müller fand kürzlich an der ehemaligen Synagoge an der Jahnstraße ein Ortstermin statt, an dem von Seiten der Stadtverwaltung auch Stadtdirektor Dr. Pesch, Stadtbaurat Osthaus sowie der Leiter des Stadtplanungsamtes Buhrow und der Leiter des Liegenschaftsamtes Kühne teilnahmen. Das Westfälische Amt für Denkmalpflege in Münster war durch Dr. Bergmann vertreten.

Erörtert wurden die weitere Herrichtung und die Möglichkeiten einer späteren Nutzung des „Hauses der Stille". Gemäß den Bestimmungen des Denkmalschutzes soll das Gebäude in seiner ursprünglichen Gestaltung (Empore, Innenausmalung, Thoranische, Decke und Fußboden) restauriert werden.

Bei der weiteren Herrichtung wird die Erinnerung und das Gedenken an die ehemalige jüdische Gemeinde in Hohenlimburg angemessen berücksichtigt. Auch bei einer privaten Nutzung soll das Gebäude als Beispiel für eine Kleinsynagoge des 19. Jahrhunderts der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Im übrigen äußerten sich die Gesprächsteilnehmer auch anerkennend über die bisher geleistete Arbeit.

Einziger Wermutstropfen: Der Oberstadtdirektor war der Anregung der Bürgeraktion, Bezirksvorsteherin Marie Schumann ebenfalls zu dem Termin einzuladen, nicht nachgekommen.

WP 24.6.1983

Der Kaufinteressent erteilte der Stadt Hagen schließlich eine Absage.

„Die Betroffenen sind schockiert!“

Gewerbebetrieb gehört nicht ins Gotteshaus

Die Synagoge soll Synagoge bleiben

Hohenlimburg. „Man darf nicht vergessen, daß die Synagoge im Jahre 1870 aus Spenden der damaligen Mitglieder der jüdischen Gemeinde Hohenlimburg erbaut wurde. Sie diente vier Generationen den Trägern des jüdischen Glaubensbekenntnisses als Gotteshaus.

Durch Not gezwungen und nicht aus eigenem Triebe wurde die Synagoge im Jahre 1938 verkauft. Der Ertrag diente den verbliebenen Mitgliedern, ihren Lebensunterhalt zu fristen“.

Mit diesen Hinweisen nimmt Heinz Rosenberg (Miami Beach) zur zukünftigen Verwendung des „Hauses der Stille“ Stellung. Aus der Geschichte des Gebäudes folgert er: „Die überlebenden Mitglieder der ehemaligen jüdischen Gemeinde Hohenlimburg, die im Laufe der Machtübernahme Deutschland verlassen mußten, haben das moralische Recht, bei den Überlegungen über die Ausnutzung der Räume nach Fertigstellung mitzusprechen.

Vier Generationen deutscher Juden beteten dort zu dem Gott aller Kofessionen, zu freudigen, ernsten und traurigen Gelegenheiten. Was die letzteren betrifft, so meine ich hierbei die Aufbahrung der Toten vor der Beerdigung.

Wenn man dies alles zusammennimmt, muß ich von mir aus feststellen, daß die Synagoge unter gar keinen Umständen zum Zwecke des lucro verkauft oder vermietet werden darf. Man könnte den Raum für Vorträge, Kammermusik, Ausstellungen verwenden. Dies wäre eine würdige Verwendung“.

Für Heinz Rosenberg ist und bleibt das Gebäude eine Synagoge, unabhängig davon, ob Juden in Hohenlimburg wohnen oder nicht. Die Auffassung des Sprechers der ehemaligen jüdischen Mitbürger in bezug auf die zukünftige Nutzung des Gebäudes wird auch von den Vertretern des Denkmalschutzes in Hagen, Münster und Düsseldorf unterstützt: die Unterbringung eines Gewerbebetriebes ist mit dem Charakter eines ehemaligen Gotteshauses nicht vereinbar.

Zudem soll das Gebäude, dessen Bausubstanz durch freiwillige Spenden einer überaus großen Zahl von Bürgern, Eigenhilfeleistungen und Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen gerettet wurde, nach seiner Fertigstellung der Öffentlichkeit zugänglich sein.

WP 28.7.1983

„Kompanie des guten Willens“ bringt Synagoge auf Vordermann

Sechs „freiwillige“ Rentner ersparen teure Lohnkosten



Adolf Tralli, Eduard Henke und Alfred Heller sind drei der fünf Senioren von der „Kompanie des guten Willens“, die zur Zeit Hohenlimburgs ehemalige Synagoge von innen restaurieren. Foto: ic

Hohenlimburg. (ic) „Das haben wir vor 60 Jahren auch schon gemacht“, stellte Richard Wulf (78) bei der Besprechung des Arbeitsprogramms für die Restaurierung der ehemaligen Synagoge fest. Er sowie fünf andere Pensionäre, Adolf Tralli, Eduard Henke, Alfred Heller und Gerhard Töpfer gehören zur „Kompanie des guten Willens“, die zur Zeit die Innenarbeiten im „Haus der Stille“ ausführen. Sie selbst umschreiben ihre Zielsetzung mit klarem Willen: „Unseren Ruhestand wollen wir nicht im Schaukelstuhl mit Filzpantoffeln verbringen, sondern selbst etwas erleben, Gemeinschaft erfahren und zugleich etwas Gutes und Nützliches tun.“

17,50 Mark „kassieren“ die Ruheständler pro Tag – das Geld ist nicht als Entlohnung, sondern als Aufwandsentschädigug gedacht. Untergebracht werden die fünf Freiwilligen von „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg“.

Die Senioren arbeiten in enger Kooperation mit der Unteren Denkmalbehörde bei der Stadt Hagen und dem Amt für Denkmalpflege in Münster.

Durch die „Kompanie des guten Willens“ fallen Lohnkosten bei der Synagogen-Restaurierung praktisch weg. Damit können die vorhandenen Spenden optimal eingesetzt werden.

WP 16.9.1983

Verantwortung für sichere Arbeitsplätze?

Hohenlimburg. (heja) „Da fällt einem doch der Draht aus der Mütze!" Stukkateurmeister Paul Bäbler ist geladen. Und mit ihm sind zahlreiche Berufskollegen sauer. „Es werden Angebote eingeholt, man kalkuliert, kommt auf runde 40 000 DM, freut sich auf einen evtl. Auftrag, der ›Durststrecken‹ überwinden und drohende Entlassungen vermeiden helfen könnte – und dann wird eine ›Rentner-Truppe‹ für'n Appel und Ei eingesetzt."

Paul Bäbler und zahlreiche andere kleinere Bauhandwerker sind nicht nur wegen der Fremdvergabe der Arbeiten am „Haus der Stille (Synagoge) empört; sie ärgern sich vor allem darüber, daß öffentliche Gelder (Zuschuß des Regierungspräsidenten) nicht für die vielbeschworene Stabilisierung des Arbeitsmarktes verwendet werden, sondern für an Schwarzarbeit grenzende Beschäftigungen. Dazu der Innungssprecher: „Auf der einen Seite setzen die Kreishandwerkerschaften ›Detektive‹ ein, die nach illegaler Tätigkeit fahnden sollen und auf der anderen Seite werden offizielle Aufträge in die Grauzone gewuchtet."

Der Stukkateurmeister aus Reh wird konkret: „Um Azubis in unserem Fach spezielles Rüstzeug zu vermitteln, müssen Lehrstunden im Städtischen Bauhof abgehalten werden.

Zweckmäßig wäre es, wenn bei Arbeiten vor Ort (zum Beispiel im „Haus der Stille") die Renovierungen von Ziergesims und das Verputzen von Stil-Decken und -Fassaden in praxi hinzukäme."



Stukkateurmeister Paul Bäbler: „Wie kann man nur... Aufträge für Renovierungsarbeiten am Haus der Stille sollten der Bauwirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen zukommen." Foto Cobs

WP 29.9.1983

Echo

Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" hat Verständnis für die Verärgerung, die aus den Äußerungen des Stukkateurmeisters Paul Bäbler über den Einsatz der „Kompanie des guten Willens" bei der Herrichtung des Synagogengebäudes spricht. Leider ist der Innungsmeister über den Gesamtzusammenhang nicht ausreichend informiert (schreibt Professor Zabel).

● Die öffentlichen Mittel (Zuschuß des Regierungspräsidenten) werden nur gewährt, wenn der Eigentümer bzw. der Zuwendungsempfänger einen bestimmten Eigenanteil an den Gesamtkosten einer Baumaßnahme erbringt. Dankenswerterweise haben die Mitglieder der „Kompanie des guten Willens", um diesen Eigenanteil zu erreichen, ihre Arbeitskraft aus Gefälligkeit zur Verfügung gestellt. Da die Ruheständler nicht entlohnt werden, hat die Durchführung der Arbeiten ausschließlich Selbsthilfecharakter.

● Die „Kompanie des guten Willens" ist als gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft pensionierter Senioren in der Männerarbeit der Ev. Kirche von Westfalen ein eingetragener Verein, der nur mit gemeinnützigen Vereinen und Einrichtungen Verträge über bestimmte handwerkliche Arbeiten abschließt. Zu den Aufwendungen, die die Auftraggeber zu ersetzen haben, gehören auch die Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

● Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenimburg" ist seit Jahren bemüht, Spendengelder und Zuschüsse für die Herrichtung des Gebäudes optimal zu nutzen. Bei der Vergabe von Arbeiten werden dabei wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft heimische Handwerkerbetriebe angemessen berücksichtigt.

WP 30.9.1983

Bei Arbeiten am Haus der Stille:

Viel Sachverstand

Hohenlimburg. Die „Kompanie des guten Willens" zeigt nun schon seit längerem durch die Arbeiten am und im „Haus der Stille" der ehemaligen Synagoge, daß in ihren Reihen Handwerker mit viel Sachverstand arbeiten. In der vergangenen Woche jedoch zeigte Stukkateurmeister Richard Wulf, er ist schon 78 Jahre alt, daß er noch so manchem etwas vormachen kann.



Hiervon überzeugten sich auch Landeskonservator Gerd Wilhelm Bergmann, Sabine Teubner und Jürgen Treebe (beide von der Unteren Denkmalschutzbehörde). Landeskonservator Gerd Wilhelm Bergmann, der den stilgetreuen Wiederaufbau der ehemaligen Synagoge überwacht, zeigte sich sehr beeindruckt von der fachgerechten Ausführung der Stukkateurarbeiten. Unser nebenstehendes Bild zeigt den „Landeskonservator" (rechts) und den Architekten Gerd Pickenhan (Bildmitte) bei der Erörterung des weiteren Bauvorgehens mit dem „Kompanisten" Richard Wulf (links, in der Hand hält Wulf die Stuck-Form, mit der die Deckenstuckarbeiten ausgeführt wurden), wobei zu betonen ist, daß hier alle Seiten gleichermaßen zu Wort kamen. (WR-Bild: tus)

WR 5.10.1983

Ein Minister-Lob für die „Kompanisten"

Hohenlimburg. Vor kurzem beendete die zweite Einsatzgruppe der „Kompanie des guten Willens", bestehend aus den Herren Brans (62), Eulenberger (62), Raschbacher (66), Wulf (78), ihre Tätigkeit im „Haus der Stille".

In einem Schreiben würdigte Minister Dr. Zöpel die Bereitschaft der Senioren, durch ihren selbstlosen Arbeitseinsatz in der ehemaligen Synagoge mit dazu beizutragen, „dieses bedeutende Denkmal für die Zukunft zu erhalten", und übermittelte allen „Kompanisten" seinen Dank für die erfolgreiche Tätigkeit.

Der Dank der Bürgeraktion gilt zugleich dem Superintendenten Dr. Weichenhan, der eine Unterbringung der Senioren zu einem ermäßigten Tarif im Jugendfreizeitheim des Kirchenkreises Iserlohn erwirkte, und Verwaltungsdirektor Bauer, der die Bereitstellung des Mittag- und Abendessens durch die Küche des Evangelischen Krankenhauses zum Selbstkostenpreis ermöglichte.

Aufgrund der durch den Arbeitseinsatz der „Kompanisten" eingesparten Kosten ist die Bürgeraktion in der Lage, einige Anschlußarbeiten noch in diesem Jahr von heimischen Firmen durchführen zu lassen.

Für das Jahr 1984 wird ein weiterer Einsatz der „Kompanie des Willens" geplant.

WP 5.11.1983

Bürgeraktion Synagoge sieht 3. Bauabschnitt

Gestern mittag Gedenkstunde in „Baustelle“

Hohenlimburg.(ic) „Wir danken allen Helfern und Spendern“ - mit diesen Worten würdigte der Vorsitzende der Bürgeraktion Synagoge, Prof. Zabel, die Aktivitäten zahlreicher Bürger für den Neu-Aufbau des ehemaligen Gotteshaus. So sei schon 1972 vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden, Hellmuth Jacobs, beantragt worden, in der Synagoge eine Gedenkstätte zu errichten. Weitere Initiativen vom Heimatverein, von Bezirksvorsteherin Marie Schumann und anderen folgten.

In den bisherigen Bauabschnitten hieß es zunächst, so Architekt Pickenhan, die vorhandene Substanz zu sichern, ehe man darangehen konnte, zu restaurieren. Viel Unterstützung erfuhr die „alternative Baustelle“ von den unterschiedlichsten Gruppen und Privatpersonen, so von der Aktion Sühnezeichen, der Kompagnie des guten Willens und den Bundeswehr-Pionieren aus Hemer. Oberst Kittner bezeichnete die Hilfe seiner Truppe als „Stückchen Sühnehandlung“.

Dr. Norbert Aleweld (Historiker) versuchte, die historische Dimension aufzuzeigen. 1870 wurde die Synagoge fertiggestellt. Vier andere Synagogen gab es damals im Kreis Iserlohn - in Oestrich, Schwerte, Menden und Iserlohn selbst. Ein Großteil der Bausumme für die Hohenlimburger Andachtsstätte stammte übrigens aus Spenden der christlichen Gemeinden. 1938 schlossen die NS-Machthaber das Haus. Dann wurde es verkauft und eine Fabrik dort eingerichtet.

Der Direktor des jüdischen Nationalfonds, Gur, äußerte in seiner Ansprache die Hoffnung, daß die Bürgeraktion auch in Zukunft weiterarbeiten wird. Der Dank des jüdischen Volkes sei ihr heute schon sicher.

Die Akteure bei der Gedenkstunde blickten aber auch in die Zukunft. So hoffe man auf den weiteren Einsatz aller Verantwortlichen. Die Stadt Hagen sei zwar sehr kooperativ gewesen – ihre Hilfe aber trotzdem noch verbesserungswürdig.

Mit viel Mut und Hoffnung gehe die Bürgeraktion ins Jahr 1984 und damit in den dritten Bauabschnitt.



Professor Zabel, Vorsitzender der Bürgeraktion Synagoge, sagte allen Helfern bei der Restaurierung herzlichen Dank. erinnerte an die bisherigen Initiativen und gab einen hoffnungsvollen Ausblick. **Foto: ic**

WP 19.12.1983

Bürgeraktion bleibt weiter aktiv

Synagoge ist an einen Makler verkauft worden

Hohenlimburg. (mi) Das gesamte Synagogengelände, 1249 Quadratmeter groß, mit den beiden aufstehenden Gebäuden, der früheren Synagoge und der ehemaligen jüdischen Schule, ist von dem Eigentümer an einen Hagener Grundstücksmakler verkauft worden, das bestätigte der Vorsitzende der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg, Professor Dr.Hermann Zabel, der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU.

In diesem Zusammenhang wurde von Professor Zabel darauf hingewiesen, daß der Denkmalschutz für die ehemalige Synagoge bestehen bleibt. Mitglieder der Bürgervereinigung würden sich in Kürze mit dem neuen Eigentümer in Verbindung setzen. Man werde weiter daran festhalten, die Zielvorstellungen zur Nutzung des Hauses zu erreichen. Hermann Zabel wertete es als sehr positiv, daß die Bürgeraktion sich so aktiv für die Erhaltung der ehemaligen Synagoge einsetzte.

WR 14.2.1983



Das Synagogengelände an der Jahnstraße ist mit den beiden aufstehenden Gebäuden an einen Hagener Makler verkauft worden. (WR-Bild: Gunther Fessen)

Die Verhandlungen um die Zukunft des Gebäudes der ehemaligen Synagoge wurden durch den Verkauf des Synagogengrundstücks an die Firma Krug-Immobilien auf eine völlig neue Grundlage gestellt.

Thema: Synagoge

Hohenlimburg. (heja) Kehrt um die ehemalige Synagoge an der Jahnstraße endlich Ruhe ein? Wird die jüdische Kultstätte von jahrelangen Querelen um ihre Veräußerung und zukünftige Verwendung befreit? Heute nachmittag verhandeln darüber der neue Besitzer und Vertreter der „Bürgeraktion Synagoge" in einem Hagener Rechtsanwaltsbüro. Dabei geht es primär um die Frage der Übernahme der Synagogenparzelle durch die „Bürgeraktion" und die endgültige „Unter-Denkmalsschutz-Stellung" des Gebäudes. Der neue verkaufsbereite Gesamtgrundstückseigner (einschließlich angrenzende ehemalige Schule) gestern zur WESTFALENPOST: „Verhandlunsgrundlage ist der städtische Bodenrichtwert. Von mir aus kann schon in der heutigen Zusammenkunft Übereinkunft erzielt werden, wenn die Frage so fair und offen von der ›Bürgeraktion‹ wie zwischen Familie Umbeck und mir behandelt wird".

heja

WP 15.2.1984

Spekulationen „nicht drin"

Synagoge: Konstruktive Gespräche

Hohenlimburg. (heja) Zum Spekulationsobjekt kann das „Haus der Stille" (ehemalige jüdische Synagoge) nicht mehr werden. Der neue Besitzer des Komplexes an der Jahnstraße (einschließlich ehemalige Schule) ist bereit, das Teil-Grundstück mit dem ehemaligen Kultgebäude zum städtischen Richtbodenwert an Interessenten zu übereignen.

Verhandlungspartner ist die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Deren Vertreter, Professor Dr. Zabel, dazu u.a.:„Wir führten Mittwoch ein erstes offenes und konstruktives Gespräch. Die erarbeiteten Möglichkeiten müssen mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt abgestimmt werden."

Hintergrund: Bekanntlich haben seit 1980 weit über 1 000 Einzelpersonen, Institutionen und Gruppen auf freiwilliger Basis durch Spenden und Eigenhilfe bedeutsame Beiträge zur Herrichtung des Gebäudes geleistet. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützte die Bemühungen durch Zuweisungen öffentlicher Mittel in Höhe von 140 000 DM, nachdem Minister Dr. Zöpel die Unterschutzstellung des Gebäudes (Denkmalschutz) angeordnet hatte.

Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" fühlt sich verpflichtet, das Synagogengrundstück im engeren Sinne („Haus der Stille" mit zugehöriger Grundstücksfläche) in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft zu überführen.

Bei gutem Willen auf allen Seiten sollte einer sinnvollen Nutzung des denkwürdigen Hauses schon in naher Zukunft nichts mehr im Wege stehen.

WP 17.2.1984



Gut besucht war die erste Veranstaltung in der ehemaligen Synagoge, die innerhalb der „Woche der Brüderlichkeit" veranstaltet wurde. (WR-Bild: Beate Wintermann)

Sie soll Stätte von Toleranz und Frieden werden

Religiöse Feierstunde in der alten Synagoge

Hohenlimburg. (bewi) Zu der ersten religiös-kulturellen Veranstaltung luden am Sonntagmittag die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Dortmund, und die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg in die ehemalige Synagoge an der Jahnstraße ein. An dieser Feierstunde nahmen neben Vetretern der Kirchen und Parteien auch zahlreiche interessierte Hohenlimburger und jüdische Bürger aus den Nachbargemeinden teil. Professor Dr. Zabel begrüßte die Anwesenden zu dieser Veranstaltung im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit", die unter dem Motto „Jüdisches Erbe in Deutschland – Botschaft und Herausforderung" stand.

Er führte aus, daß seit 1980 über 1 000 Einzelpersonen oder Gruppen sich dieses Gebäudes als eine Herausforderung des jüdischen Erbes angenommen hätten. Spenden und Gelder vom Land ermöglichten bisher, einen neuen Dachstuhl aufzusetzen und Fenster und Türen zu renovieren. In einem dritten Bauabschnitt sollen weitere Arbeiten in Angriff genommen werden. Allerdings sei für diesen Bauabschnitt die Unterstützung der Stadt Hagen notwendig, die die Renovierung der Synagoge zwar zur Kenntnis genommen und sie auch in den Denkmalliste aufgenommen habe, bisher jedoch noch keine finanzielle Hilfe geboten habe.

Landesrabbiner Davidovic wies auf die Bedeutung der Synagoge hin, die „vor dem Holocaust eine lebendige jüdische Gemeinde" beherbergte. Das geistige Erbe des Judentums sei jedoch nicht ausrottbar, stellte er bewegt bei der ersten religiösen Veranstaltung in der Synagoge nach über vier Jahrzehnten fest. Sie solle eine Stätte der Toleranz, des Friedes und der Freiheit werden.

Als Botschaft und Voraussetzung für die christliche Kirche sah Superintendent Küstermann von der evangelischen Kirche die jahrhundertelange, kontinuierliche Existenz des Judentums. Ein besseres gegenseitiges Verständnis sei jedoch Voraussetzung, um der Nächstenliebe, dem gemeinsamen Gebot für Juden und Christen, gerecht zu werden. Auch Pastor Axel Schmiz als Vertreter der katholischen Kirche betonte das Eintreten für „shalom", was Frieden, Freiheit, Versöhnung, Menschlichkeit und Wahrheit bedeute.

Als Vertreter des Oberbürgermeisters, der die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, dankte Bürgermeister Herbert Todt denjenigen Bürgern, die den Anstoß dazu gegeben haben, das Gebäude wiederaufzubauen. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung duch den Jungen Chor Iserlohn, der unter der Leitung von Pfarrer Kattenstedt religiöse Lieder in deutscher und jüdischer Sprach vortrug.

WR 26.3.1984

Der jüdische Geist starb nicht!

Feierstunde in Hohenlimburg — Folklore aus Israel

Mit einem Gedenkbuch zum 750. Stadtjubiläum Hohenlimburgs fing es an: da aufmerksame Leser jeden Hinweis auf die jüdische Kultusgemeinde und die ehemalige Synagoge vermißten, entstand ein Gedenkbuch für die ehemaligen jüdischen Mitbürger und eine Initiative zur Wiederherstellung der Hohenlimburger Synagoge. Bald wurde es möglich, auch eine größere Zahl ehemaliger jüdischer Mitbürger aus ihren neuen Heimatländern überall in der Welt nach Hohenlimburg einzuladen; der Funke sprang auf Hagen über, wo sieben ehemalige jüdische Mitbürger zum Teil aus Argentinien, Südafrika etc. ihre frühere Heimatstadt besuchten. Da die Stadt teilweise die Hotelunterbringung dieser Ehemaligen übernommen hatte, wunderte sich Oberbürgermeister Loskand jetzt, als er in einer Liste der Veranstaltungen zur „Woche der Brüderlichkeit" den Namen Hagen nicht fand. Er rief die Initiatoren der Bürgerinitiative an und erfuhr, daß Hagen überhaupt keine „Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit" hat.

Gott schreibt auch auf krummen Linien gerade – das kann man wohl über das Endergebnis setzen: jetzt fand mit der Dortmunder Gesellschaft und Vertretern der Bürgerinitiative eine Feierstunde in der teilweise restaurierten Hohenlimburger Synagoge statt, bei der der Landesrabbiner Davidovic ein bewegendes Grußwort sprach. Er, der ehemals in Prag Tätige, erzählte, wie er dort ein handschriftliches Beschneidungsverzeichnis eines ehemals in Duisburg lebenden jüdischen Lehrers und in diesem Verzeichnis die Namen einer größeren Zahl Hohenlimburger Bürger gefunden habe. Mit bewegter Stimme verlas er ihre Namen. Wenn auch die satanische Idee des Nationalsozialismus, das europäische Judentum physisch auszurotten, teilweise gelungen sei, so sei es dem Holocaust doch nicht gelungen, den jüdischen Geist zu vernichten! In den Zeugnissen jüdischer Wissenschaftler und in jüdischer Fröm-



Von rechts: Todt, Davidovic, Zabel (Bürgerinitiative), Küstermann und Schmitz

migkeit und Lebensart sei dieser Geist auch heute lebendig.

Grußworte für die christlichen Kirchen sprachen der evangelische Superintendent Thomas Küstermann und der katholische Pfarrer Axel Schmitz. Beide gingen auf das Gemeinsame von Judentum und Christentum ein und bedauerten die schmählichen Irrwege, die christliche Frömmigkeit in der Konfrontation mit dem Judentum gegangen sei. Das Alte Testament ist und bleibt die Mutter des europäischen Christentums; das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe – das Fundament der Lehre Jesu – entstammt jüdisch-alttestamentlicher Frömmigkeit.

Gute Kunde brachte Bürgermeister Herbert Todt, der den Oberbürgermeister als Schirmherrn vertrat. Nachdem Hagen lange gezögert hat, könnte die Entscheidung über eine endgültige Übernahme des Gebäudes der Synagoge an der Jahnstraße in Hohenlimburg, das unter Denkmalschutz zu stellen die Initiative sich seit einiger Zeit bemüht, „im Sinne der Brüderlichkeit" fallen. In diesem Zusammenhang dankte Todt den Trägern der Bürgerinitiative für ihre nimmermüde Arbeit. Umrahmt wurde die Feierstunde auf eindrucksvolle Weise vom Jungen Chor Iserlohn unter der Leitung von Pastor Kattenstedt, der jüdische Folklore in hebräischer und deutscher Sprache sang.

UK Beilage Hagen
1.4.1984

Liedermacher Dany Bober riß Publikum mit

Hagen. Der Publikumsdrang bei dem Auftritt des Barden, Liedermachers, Geschichtsinterpreten und originellen Künstlers Dany Bober bestätigte die Ziele der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg. Viele Hagener sympathisieren nicht nur mit den Zielen der Aktion, sondern identifizieren sich bewußt und engagieren sich tatkräftig.

Von Dany Bober war das Publikum hingerissen. Der in Israel geborene, in Deutschland aufgewachsene Entertainer ist eine große Persönlichkeit von außergewöhnlicher Ausstrahlung: Dany Bober führt einen Dialog mit dem Publikum, und den direkt und verständnisvoll. Im Wechsel von Lied- und Textbeiträgen führt er durch die schicksalshafte Geschichte des Volkes Israel, von den Urvätern bis in die Gegenwart. Dabei philosophiert er intellektuell und humorvoll über Politik, Religion, Ritus. Der Sänger Bober verfügt über viele Register: Einfühlsam, rhythmisch perfekt, nur von seiner Gitarre begleitet, gestaltet er temperamentvolle spaniolische Weisen, gut ural interpretiert er hebräisches Liedgut, einschmeichelnd trägt er die bisweilen melancholisch melodischen oder stakkativ juchzenden jiddischen Lied'l aus den »stetl« vor und präsentiert kantoral die synagogale Klangwelt. Anekdoten serviert er pointiert und Witzchen haben immer Humor und sind vom Geschichtsbewußtsein getragen. Das Publikum, darunter viele Jugendliche, ging einfühlsam mit, um viele Kenntnisse reicher.

Dany Bober verzichtet auf alle Showelemente und bewußt auf das gängige Repertoire, aber trotzdem war das Publikum gefangen. Viel Applaus! Den Dank der Zuhörer gab Boberauch an die Aktionsgemeinschaft Synagoge, das Jugendamt der Stadt Hagen und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit weiter, die gemeinsam den Abend ermöglicht hatten.

WK 5.4.1984

Verdienste um Bürgeraktion:

Auch Soldaten der Bundeswehr geehrt

Hohenlimburg. Nach Paragraph 3 der Satzung der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" kann die Mitgliederversammlung Personen zu Ehrenmitgliedern ernennen, die sich um den Verein beziehungsweise um dessen Bestrebungen besondere Verdienste erworben haben.

Vor über 300 Besuchern der Benefizveranstaltung mit Dany Bober in der Ricarda-Huch-Schule konnte der Vorsitzende der Bürgeraktion zwei neue Ehrenmitglieder persönlich begrüßen: Helga Elben, Mitglied des Hagenrings und Kunsterzieherin an der Ricarda-Huch-Schule, hat die Bemühungen der Bürgeraktion auf vielfältige Weise unterstützt. Gerd Pickenhan ist seit 1980 ohne Honorar als Berater und Förderer sowie als bauleitender Architekt bei der Restaurierung des Synagogengebäudes unermüdlich im Einsatz.

Geehrt wurden auch Erwin Hoven, Gerhard Kreutz, Hans Loewenstein, Maedy Mosbach, Ruth Nassau, die Mitglieder der „Kompanie des guten Willens" sowie als Vertreter der Bundeswehr, die zweimal zu einem Arbeitseinsatz anrückte, Hauptfeldwebel Schulz, Oberst Botho Kittner und General Dr. Dietrich Genschel. Ohne die freiwilligen Hilfeleistungen von Einzelpersonen und Gruppen wäre es der Bürgeraktion nicht möglich gewesen, das „Haus der Stille", welches 1980 noch eine baufällige Ruine war, vorläufig herzurichten.

WR 11.4.1984

In der Jahreshauptversammlung der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" wurde am 25.3.1984 der Beschluß gefaßt, beim Vorsitzenden des Rates der Stadt Hagen einen Bürgerantrag betreffend Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung des dritten Bauabschnittes der Restaurierung des Synagogengebäudes einzubringen.

Betr.: Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung des für 1984 geplanten 3. Bauabschnittes der Restaurierung der ehemaligen Synagoge in Hagen-Hohenlimburg

Bezug: 1. Schreiben des Oberstadtdirektors der Stadt Hagen vom 29.12.1980 (Az.: 61/124)
2. Beschluß des Hauptausschusses vom 9.4.1981
3. Beschluß des Hauptausschusses vom 11.3.1982

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Aufgrund eines entsprechenden Beschlusses vom 25.3.1984 stelle ich hiermit namens der Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" folgenden Bürgerantrag:

Die Stadt Hagen wird gebeten, die Durchführung des für 1984 geplanten 3. Bauabschnittes der Restaurierung der ehemaligen Synagoge in Hagen-Hohenlimburg durch die Bereitstellung entsprechender Mittel zu ermöglichen.

Den Antrag erläutere und begründe ich wie folgt:

1. Bereits mit Schreiben vom 29.12.1980 teilte der Oberstadtdirektor mit, daß die Instandsetzung der Synagoge finanziell unterstützt werden solle. Am 9.4.1981 beschloß der Hauptausschuß des Rates der Stadt Hagen, die Bemühungen der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" zu einem geeigneten Zeitpunkt zu unterstützen.

   Dieser Zeitpunkt ist nunmehr gekommen, und zwar aus folgenden Gründen:

   a) Mit dem Eigentümerwechsel ist die Vollmacht des Herrn Ernst Umbeck, der der Bürgeraktion die Durchführung von Herrichtungsmaßnahmen erlaubt hatte, erloschen.

   b) Der neue Eigentümer, Herr Immobilienmakler Krug, beabsichtigt, keine Investitionen zu tätigen. Als Privatmann hätte er im Falle der Fortführung der Restaurierungsmaßnahmen mit erheblich reduzierten Zuschüssen zu rechnen.

2. Die "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" ist bereit, das Synagogengrundstück im engeren Sinne (ca. 300 qm) gemäß dem Angebot der Firma Krug-Immobilien vom 1.3.1984 vorübergehend zu erwerben, sofern ihr die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Kaufpreis für die Grundstücksfläche soll in Anlehnung an die Bodenrichtwertlinien des Gutachterausschusses von der Stadt Hagen festgesetzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dem Synagogengrundstück im engeren Sinne nicht um Bauland handelt. In einem ähnlich gelagerten Fall hat daher der Gutachterausschuß die Hälfte des Bodenrichtwertes als angemessen bezeichnet.

   Die Mitgliederversammlung der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" hat mit Nachdruck festgestellt, daß die Bürgeraktion nicht auf Dauer Eigentümer des

Synagogengrundstücks im engeren Sinne und des Synagogengebäudes werden kann. Sie ist jedoch der Meinung, daß - entsprechend dem Beschluß des Hauptausschusses vom 11.3.1982 die Frage der Übernahme des Grundstücks und des Gebäudes durch die Stadt Hagen bis zur endgültigen Beschlußfassung über die Denkmalliste zurückgestellt werden kann.

3. Für den 3. Bauabschnitt ist eine Gesamtsumme von DM 120.000,-- vorgesehen, die wie folgt finanziert werden soll:

DM 80.000,-- Land Nordrhein-Westfalen - DM 20.000,-- Stadt Hagen, DM 20.000,--Bürgeraktion (durch Spenden und Eigenhilfeleistungen).

Mit dem 3. Bauabschnitt kann die Restaurierung des Synagogengebäudes weitgehend abgeschlossen werden.

Es wird seitens der Bürgeraktion angeregt, daß die Stadt die für die Durchführung des 3. Bauabschnitts benötigten finanziellen Mittel durch den Verkauf eines an das Synagogengrundstück angrenzenden städtischen Grundstücks gewinnt, für das die Bürgeraktion einen qualifizierten Käufer benannt hat.

Seit 1980 haben weit über 1000 Einzelpersonen und Gruppen (Bundeswehr, Kompanie des guten Willens, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste) durch Spenden und Eigenhilfeleistungen eine Summe von rund DM 60.000,-- aufgebracht. Das Land Nordrhein-Westfalen stellte einen Betrag von DM 140.000,-- aus Denkmalförderungsmitteln zur Verfügung und ist bereit, das Projekt Synagoge auch weiterhin überdurchschnittlich hoch zu fördern. Entsprechend einem von Frau Bezirksvorsteherin Marlies Schumann entwickelten Vorschlag soll das hergerichtete Synagogengebäude später als Kulturraum zur Durchführung kleinerer kultureller Veranstaltungen und Ausstellungen bzw. als Kommunikationszentrum, als Bürgerhaus also, genutzt werden. Ein Bürgerhaus dieser Größenordnung liegt im Interesse der Bürger von Gesamt-Hagen: so haben u.a. auch die Fachhochschule, die FernUniversität sowie die Mitglieder des Hagenrings Interesse an einer Mitnutzung des Gebäudes angemeldet. Der Regierungspräsident in Arnsberg ist bereit, im Blick auf die Nutzung des hergerichteten Gebäudes als Bürgerhaus erhebliche Zuschüsse auch für den Grunderwerb und nutzungsbedingte Maßnahmen zu gewähren.

Da die für die spätere Nutzung des Synagogengebäudes erforderlichen Sozialräume am leichtesten in dem benachbarten ehemaligen Schulhaus der jüdischen Gemeinde gewonnen werden können, würde es die "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" begrüßen, wenn sich die Stadt zum Erwerb dieses Gebäudes entschließen könnte. Die Zusage auf Bezuschussung durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg für den Erwerb und nutzungsbedingte Maßnahmen liegt vor. Diese Anregung ist jedoch nicht Bestandteil des Antrags der Bürgeraktion.

Aufgrund der von den Bürgern auf freiwilliger Basis erbrachten Vorleistungen, aufgrund der bereits vollzogenen und verbindlich zugesagten weiteren Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen sowie im Hinblick auf die überregionale Bedeutung des Projektes geht die "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" davon aus, daß Rat und Verwaltung der Stadt Hagen durch Annahme dieses Bürgerantrags die Durchführung des 3. Bauabschnittes der Restaurierung der Synagoge ermöglichen.

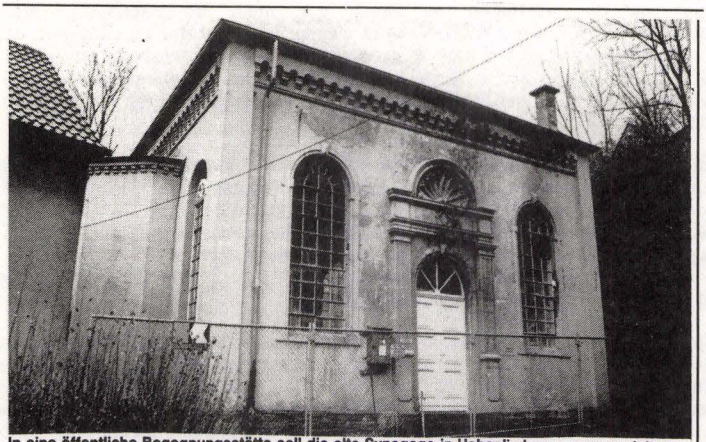
Bekanntlich ist der Beschluß des Hauptausschusses vom 11.3.1982, die Frage der Restaurierung der Synagoge erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen, vor Beginn der Restaurierungsarbeiten gefaßt worden und damit in diesem Teil überholt. Andererseits haben die Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" Verständnis dafür, daß die Stadt Hagen die Frage der Übernahme des Grundstücks erst nach Verabschiedung der endgültigen Denkmalliste entscheiden will. Da dieser Antrag den entsprechenden Teil des Beschlusses des Hauptausschusses vom 11.3.1982 angemessen berücksichtigt, dürften nach Meinung der Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" die wesentlichen Hindernisse für eine Beschlußfassung in dem o.g. Sinne ausgeräumt sein.

Die Bürgeraktion ist an einer einvernehmlichen Lösung der Synagogenproblematik interessiert und daher zu einer Aussprache und zu Einzelabsprachen jederzeit bereit.

Nachdem das Synagogengebäude in das Denkmalförderungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden ist, besteht nach Auskunft von Herrn Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller kein Zweifel daran, daß das Gebäude auch Eingang in die endgültige Denkmalliste der Stadt Hagen findet. Der für 1984 geplante 3. Bauabschnitt ist jedoch nur möglich, wenn sich die Stadt Hagen nunmehr zu einer Hilfestellung gemäß der Zusage des Oberstadtdirektors vom 29.12.1980 und dem Beschluß des Hauptausschusses vom 9.4.1982 bereitfindet.

Namens der Mitglieder der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" erlaube ich mir hiermit, alle interessierten Mitglieder des Rates der Stadt Hagen zu einer Besichtigung des Synagogengebäudes einzuladen.

Sie werden, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Hagen, für unser Anliegen Verständnis aufbringen.



In eine öffentliche Begegnungsstätte soll die alte Synagoge in Hohenlimburg umgewandelt werden.

Stadtanzeiger 17.5.1985

In Anbetracht der Tatsache, daß die Erklärungsfrist der Stadt hinsichtlich des ihr zustehenden Vorkaufsrechts für das Synagogengebäude am 6.4.1984 ablief, vereinbarten Mitglieder der Bürgeraktion am 31.3.1984 zusätzlich einen Vorstoß von Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in der Synagogenangelegenheit.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT e.V. Hagen, 4. April 1984
Arbeitsgemeinschaft Hagen

An den Vorsitzenden
des Rates der Stadt Hagen
Herrn
Oberbürgermeister
Rudolf Loskand

Am 3.4.1984 hat sich eine Arbeitsgemeinschaft zur Bildung einer DEUTSCH-ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT e.V. mit Sitz in Hagen, als Oberzentrum, konstituiert. Die Leitsätze der DEUTSCH-ISRAELISCHEN GESELLSCHAFT e.V. waren Anstoß für die Konstitutierung.

Die Arbeitsgemeinschaft hat aus ihrem moralischen Bewußtsein, der Kenntnis der historischen Fakten, der zukunftsorientierten Verpflichtung heraus, - mit dem Wunsch nach Aktivitäten -, einen Programmkatalog definiert, der, an den Leitsätzen der DIG orientiert, schwerpunktmäßig strukturiert ist:
Das Sozialwesen, die Kultur, die Wissenschaften, die Wirtschaft und die Politik Deutschlands haben wesentliche Impulse durch die jüdische Geisteswelt erhalten.

Auch diese Wirkungen gilt es, - neben den aussöhnenden, völkerverständigenden und partnerschaftsbildenden Maßnahmen -, in einem breitgefächerten Spektrum von Öffentlichkeitsarbeit zu dokumentieren, um eine sinnvolle Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart und zur Zukunft zu schlagen.
Durch Kontakte und Kooperationen mit anderen Vereinen, Verbänden, Organisationen, Aktionsgruppen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Parteien und Privatpersonen sind folgende Veranstaltungen geplant:
Vorträge, Seminare, Diskussionsrunden, Ausstellungen, Begegnungen und kulturelle Darbietungen.
Die Arbeitsgemeinschaft definiert ihre Absicht, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Aktionsgemeinschaft Synagoge Hohenlimburg und die Kultusgemeinde Hagen für das beabsichtigte Programm wirkungsvoll mit einzubeziehen.

Die Arbeitsgemeinschaft würde es begrüßen, in dem historischen Ort der Synagoge einen Raum zu finden, der seiner Dimension als Gedenkstätte gerecht würde und in Zukunft als Veranstaltungsort multifunktional genutzt werden könnte.

Mit dieser generellen Absichtserklärung hofft die Arbeitsgemeinschaft eine Basis für einen offenen Dialog mit der Stadt Hagen geschaffen zu haben, um partnerschaftlich anstehende Probleme gemeinsam zu lösen und mit Unterstützung der Stadt das Veranstaltungsprogramm zu realisieren.

Demzufolge erklären wir uns vorab bereit, mit dem Einsatz unserer ehrenamtlichen

Tätigkeit im Rahmen unserer Möglichkeiten anfallende Aufgaben sachwalterisch zu übernehmen.

gez. Fritsch	gez. Walther
Arwed Fritsch	Sabine Walther
gez. Bröhl	gez. Brüggemann
Dr. Günter Bröhl	Kontaktperson: Fritz Brüggemann Winkelstück 6, 5800 Hagen 1

Diese Absichtserklärung, die von der Stadt Hagen als Antrag aufgefaßt wurde, führte endlich zum Erfolg. Die Erklärung ging bei der Stadt Hagen am 4.4.1984 ein. Noch am gleichen Tage teilte der Oberbürgermeister der Bürgeraktion u.a. mit:

"Aufgrund eines Antrages der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. habe ich heute einen Dringlichkeitsbeschluß gem. § 43 Abs. 1 S. 3 der GO NW zur Ausübung des Vorkaufsrechtes nach § 32 Denkmalschutzgesetz gefaßt, der beinhaltet, daß die Stadt Hagen das Vorkaufsrecht für den Teil des Grundstückes ausübt, der mit der Synagoge überbaut ist und ca. 300 qm umfaßt.

Die Frage des künftigen Nutzungskonzeptes soll in absehbarer Zeit in einem Gespräch zwischen der Verwaltung und Vertretern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V., die ihre Bereitschaft zur Nutzung und Übernahme der sachwalterischen sowie personellen Funktionen zugesichert hat, geklärt werden." (Schreiben vom 4.4.1984).

JÜDISCHES ERBE IN DEUTSCHLAND
BOTSCHAFT UND HERAUSFORDERUNG

Bericht
der

BÜRGERAKTION SYNAGOGE HOHENLIMBURG

Stadt will die alte Synagoge Hohenlimburg jetzt kaufen

Aufgrund eines Antrags der deutsch-israelischen Gesellschaft hat sich die Stadt Hagen jetzt kurzfristig entschlossen, das ihr zustehende Vorkaufsrecht für einen Teil des Synagogengrundstücks im Stadtteil Hohenlimburg auszuüben. Es handelt um ein 300 qm großes Grundstück, das mit der Synagoge überbaut ist. Darüber ist gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung ein Dringlichkeitsbeschluß gefaßt worden.

Diese Entscheidung ist gefallen, nachdem die Vertreter der deutsch-israelischen Gesellschaft der Stadt gegenüber sehr starkes Interesse an der Synagoge bekundet und ihre Bereitschaft erklärt haben, die Synagoge zu nutzen und „anfallende Aufgaben sachwalterisch zu übernehmen". Die Frage des künftigen Nutzungskonzeptes soll in absehbarer Zeit in einem Gespräch zwischen der Stadtverwaltung und der deutsch-israelischen Gesellschaft geklärt werden.

Die Stadt Hagen hatte sich in Sache alte Synagoge Hohenlimburg bisher Zurückhaltung auferlegt, weil konkrete Nutzungsvorstellungen fehlten.

WP Hagen 6.4.1984

Stadt sichert sich das Vorkaufsrecht

Entscheidung von großer Bedeutung

Hohenlimburg. Aufgrund eines Antrags der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. hat sich die Stadt Hagen am vergangenen Mittwoch kurzfristig entschlossen, das ihr zustehende Vorkaufsrecht für den Teil des Synagogengrundstücks in Hohenlimburg auszuüben, das mit der Synagoge überbaut ist und ca. 300 Quadratmeter umfaßt (die „WESTFALENPOST" berichtete gestern bereits kurz).

Diese Entscheidung ist gefallen, nachdem die Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. der Stadt gegenüber sehr starkes Interesse an der Synagoge bekundet und ihre Bereitschaft erklärt haben, die Synagoge zu nutzen und „anfallende Aufgaben sachwalterisch zu übernehmen". Die Frage des künftigen Nutzungs-Konzeptes soll in absehbarer Zeit in einem Gespräch zwischen der Stadtverwaltung und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. geklärt werden.

Die Stadt Hagen hatte sich in Sachen der alten Synagoge Hohenlimburg bisher Zurückhaltung auferlegt, weil konkrete Nutzungsvorstellungen fehlten.

☆

Anm. d. Redaktion: (heja) In dieser Sachdarstellung der Stadt Hagen fehlt jeder Hinweis auf die rettenden Initiativen der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Dabei ist es gerade diese Solidargemeinschaft gewesen, die die Verantwortlichen im Rathaus an der Volme immer wieder hartnäckig an ihre Aufgabe erinnerte, das „Haus der Stille" als Bau-, Geschichts- und Kulturdenkmal zu erhalten. – Ignoranz als „Quittung" für unangenehme Mahnung!?

WP 6.4.1984

HAGEN

Oberbürgermeister
Pressedienst

Nummer 77 / 84

Datum 17. Mai 1984

OBERBORGERMEISTER RUDOLF LOSKAND NIMMT SCHLOSSEL DER SYNAGOGE HOHENLIMBURG IN EMPFANG

Es sei das erste Mal in seiner Amtszeit, dass er den Schlüssel für ein Gebäude in Empfang nehme, das notariell noch nicht im Besitz der Stadt Hagen sei. Das erklärte Oberbürgermeister Rudolf Loskand am Mittwoch in Hohenlimburg, als er bei einer Besichtigung der inzwischen teilrestaurierten Synagoge Hohenlimburg vom Vorsitzenden der Bürgeraktion, Professor Dr. Zabel, den Schlüssel des jüdischen Gotteshauses symbolisch überreicht bekam. Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller, Architekt Pickenhan sowie Mitglieder der jüdischen Kultusgemeinde Hagen und der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" waren Zeugen dieses Zeremoniells.

Mit einem Dank an die Aktivität der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". verband der Oberbürgermeister einen Rückblick auf mehrfache Initiativen zur Bestandserhaltung der alten Synagoge Hohenlimburg. Daran beteiligt waren bereits 1972 der Rat der früheren Stadt Hohenlimburg, danach 1976, die Bezirksvertretung Ost und ab 1978 auch die Stadt Hagen selbst. Dass es zu einem vorübergehenden Stillstand gekommen sei, erklärte der Oberbürgermeister u.A. damit, dass der 1978 der Sache wegen angesprochene Landesrabbiner kein Interesse an der Bestandserhaltung der alten Synagoge bekundet habe. Nicht zuletzt unter diesen Gesichtspunkten wies Loskand in letzter Zeit so häufig geübte Kritik entschieden zurück.

Dem Begehren der 1980 gegründeten Bürgeraktion, die alte Synagoge vor anderen erhaltenswerten Gebäuden städtischerseits endgültig unter Denkmalschutz zu stellen, habe aus Gründen der Gleichbehandlung nicht entsprochen werden können. Loskand erinnerte daran, dass sich seit 1980 eine Denkmalliste mit einer Zahl von 500 bis 600 erhaltenswerten Objekten in Arbeit befindet, über deren Bestandsschutz die zuständigen Beschlussgremien der Stadt zur Zeit beraten.

Der vor einigen Monaten erfolgte Besitzwechsel der alten Synagoge und des dazugehörigen Synagogengrundstücks sei dann für die Stadt Hagen der Anlass gewesen, schnell zu handeln und das ihr zustehende Vorkaufsrecht auszuüben, um ein möglicherweise nicht wieder gut zu machendes Versäumnis auszuschliessen.

Mit der offiziellen Eigentumsübertragung auf die Stadt Hagen, so sagte der Oberbürgermeister, gingen auch Verantwortung und Federführung für die weiteren Restaurierungsarbeiten an der Synagoge auf die Stadt Hagen über. Dabei sei zu prüfen, inwieweit es möglich sei, im Rahmen der notwendigen Baumassnahmen die Mitarbeit des Architekten Pickenhan auch künftig in Anspruch zu nehmen.

Im Rahmen des in einer harmonischen Atmosphäre verlaufenen Treffens an der alten Synagoge Hohenlimburg forderte der Oberbürgermeister im Interesse der Sache alle beteiligten Vereine und Gesellschaften aus, nunmehr Hand in Hand mit der Verwaltung der Stadt Hagen zusammenzuarbeiten und in gemeinsamer Verantwortung ein Konzept für die zukünftige Nutzung der alten Synagoge Hohenlimburg zu entwickeln.

Herausgeber:
Amt des Rates, Rathaus, 5800 Hagen 1
Telefon: 02331/207508; Telex: 0823629
Verantwortlich für den Inhalt: Adolf Hoch

Oberbürgermeister dankt Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg

Hagen. Es sei das erste Mal in seiner Amtszeit, daß er den Schlüssel für ein Gebäude in Empfang nehme, das notariell noch nicht im Besitz der Stadt sei. Das erklärte Oberbürgermeister Loskand am Mittwoch letzter Woche in Hohenlimburg, als er den Schlüssel der teilrestaurierten Synagoge Hohenlimburg vom Vorsitzenden der Bürgeraktion, Herrn Professor Dr. Zabel, symbolisch überreicht bekam.
Oberbürgermeister Loskand zollte der Bürgeraktion hohes Lob. Er wünsche sich mehr Bürgerinitiativen dieser Art zum Wohle der Stadt. Diese Anerkennung war verbunden mit der Zusage der Stadt, nunmehr ebenfalls aktiv mitzuarbeiten und die Bürgeraktion zu unterstützen.

WK 24.5.1984



Mit dem Übergang des Synagogengebäudes in die Trägerschaft der Stadt Hagen begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Bemühungen um die Erhaltung und Herrichtung des Synagogengebäudes.

Die "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" gab im Mai 1984 unter dem Titel "Jüdisches Erbe in Deutschland - Botschaft und Herausforderung" nach drei vorhergehenden Zwischenberichten eine Darstellung über den damals erreichten Stand ihrer Bemühungen, die sie auch in der Folgezeit fortsetzte.

● Bundespräsident an Bürgeraktion Synagoge

„Der Herr Bundespräsident dankt Ihnen für Ihren Brief vom 9. August 1984, mit dem Sie einen Bericht der von Ihnen vertretenen Bürgerinitiative zur Rettung der Synagoge Hohenlimburg zugeleitet haben. Gern hat der Herr Bundespräsident in Ihren Bericht Einblick genommen. Es hat ihn interessiert, daß hierbei selbst eine Pressemeldung über seine Äußerung in der Feierstunde zum 40. Jahrestag der Wannsee-Konferenz berücksichtigt worden ist. Der Bundespräsident hofft, daß die Synagoge als künftige Begegnungsstätte einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens unter den Menschen leisten kann." – Der dem Bundespräsidenten zugeschickte Bericht: „Jüdisches Erbe in Deutschland – Botschaft und Herausforderung" (200 Seiten) kann gegen einen Spendenbetrag von DM 15 über die Buchhandlungen Steglich (Hohenlimburg), Lachenicht, Ratsbuchhandlung und Springer (sämtlich Hagen) sowie über die Mitglieder der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" bezogen werden.

WP 1.9.1984

Friedhofspflege nicht gestattet: stattdessen Basar

Hohenlimburg. (G.F.) Der Klasse 7 d der Realschule in Hohenlimburg bekam jetzt ein großes Lob. Klassenlehrerin Frau Zurnieden hatte sich zusammen mit den Kindern über die Judenverfolgung sachkundig gemacht. Dabei entstand bei den Mädchen und Jungen der spontane Wunsch, den jüdischen Friedhof zu pflegen. Dies wurde der Klasse jedoch – aus versicherungstechnischen Gründen – von der Stadt Hagen nicht erlaubt.

Um trotzdem Gutes zu tun, veranstalteten die jungen Leute kurzerhand einen Basar zu Gunsten der Synagoge. Dabei kamen insgesamt 280 Mark zusammen, für die Professor Dr. Hermann Zabel den Jugendlichen am Freitagmorgen Worte des Dankes aussprach.

Dies, so Zabel, sei ein großer Beitrag, um die Synagoge weiter auszubauen. Es gelte durch die Renovierung des Gebäudes eine Begnungsstätte zu schaffen, die auch helfen solle, Vorurteile gegen das Judentum abzubauen.



WR 17.9.1984

NRW-Minister Dr. Zöpel war Gast

der „Bürgeraktion Synagoge"

„Sie haben unseren Hilferuf aufgenommen und verstanden!"

Hohenlimburg. (Ute) Ein Bild von den Restaurierungsarbeiten an der Synagoge Hohenlimburg machte sich am Samstag der oberste Denkmalschützer des Landes Nordrhein-Westfalen, der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel. Mitglieder, Freunde und Förderer der „Bürgeraktion Synagoge", allen voran Professor Dr. Hermann Zabel, hießen den Minister in der Lennestadt willkommen.

Eckehard Buhrow vom Planungsamt der Stadt Hagen gab einen kurzen Überblick über den Fortschritt der Arbeiten. So ist es vorgesehen, die Empore wieder anzubringen und im angrenzenden Fachwerkhaus die Sozialräume einzurichten.

. Professor Dr. Zabel in seiner Begrüßung: „Wir freuen uns, daß Sie, Herr Minister Zöpel, in Begleitung des Oberbürgermeisters Rudolf Loskand und des Bundestagsabgeordneten Toetemeyer heute das Gebäude der ehemaligen Synagoge besichtigen. In Verbindung mit der Übernahme des ehemaligen Gotteshauses der untergegangenen jüdischen Gemeinde Hohenlimburg entwickelte die Stadt Hagen nunmehr ein Gefühl besonderer Zuwendung zu diesem Haus. 1981 waren wir gezwungen, Sie, Herr Minister, auf die Einsturzgefahr hinzuweisen, die seinerzeit bestand. Sie haben unseren Hilferuf aufgenommen und verstanden. Erstmals machten Sie als oberster NRW-Denkmalschützer von Ihrem Recht Gebrauch, bei akuter Gefahr die Unterschutzstellung eines Gebäudes anzuordnen. Diese damalige Entscheidung wurde im In- und Ausland ebenso beachtet wie die finanzielle Förderung, die Sie von Ihrem Hause aus dem Gebäude in der Folgezeit zuteil werden ließen.

Seit 1980 wurde durch Spenden und Eigenhilfeleistungen von Bürgern und Gruppen eine Summe von fast 70 000 DM für die Erhaltung und Herrichtung des Synagogengebäudes aufgebracht. Das Land förderte die Bemühungen durch die Bereitstellung von Landesmitteln in Höhe von 140 000 DM.

Wir danken Ihnen, Herr Minister, daß Sie Ihre damalige Entscheidung so konsequent durchgehalten haben: sonst wäre die heutige Zusammenkunft nicht möglich, das Gebäude längst eingestürzt oder abgerissen."

Professor Dr. Zabel übergab Zöpel eine gebundene Fassung des Zwischenberichtes über die bisherige Arbeit der „Bürgeraktion". Der Minister wiederum bedankte sich für die Einladung und betonte: „Mit der Denkmalpflege wie gerade hier an der Hohenlimburger Synagoge soll nicht nur ein Gebäude erhalten werden, sondern auch ein Stück Geschichte. Dies ist die Aufgabe des Staates, wozu er verpflichtet ist.

Die Synagoge als zukünftige Begegnungsstätte halte ich für eine notwendige Idee, um die Ausstrahlung der damaligen Gschichte auf die Hohenlimburger und Hagener Bürger aufrechtzuerhalten.

Der Antrag auf Zuweisung von Mitteln für die Städtebauförderung liegt vor. Über die Zahlen kann ich zwar noch nichts sagen, aber wir werden uns weiter für den Erhalt der Synagoge einsetzen."

Ein abschließender Rundgang, an dem auch Bezirksvertreterin Marie Schumann und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hohenlimburg, Horst Tillmann, teilnahmen, beendete den Besuch des Ministers in der Lennestadt.

WR 24.9.1984



Ein Bild vom Stand der Restaurierungsarbeiten in der Synagoge an der Jahnstraße machte sich Minister Dr. Christoph Zöpel (im hellen Mantel) anläßlich seines Besuchs in Hohenlimburg.
(WR-Bild: Manfred Theimann)

● Bürgeraktion Synagoge

Trotz Wechsel

Panzerbrigade 20 steht zum Wort!

Hohenlimburg. In der Blücher-Kaserne in Hemer fand die Kommandoübergabe der Brigadeeinheiten der Panzerbrigade 20 von Oberst B. Kittner an Oberst H. Zimmermann statt. Aus diesem Anlaß teilte Oberst Kittner der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" u. a. mit: „Selbstverständlich bringt ein Wechsel im Kommando Unruhe und Störungen in gewachsene Bindungen. Doch kann ich Ihnen versichern, daß die Panzerbrigade 20 zu ihrer Verpflichtung und zu ihrem Bekenntnis in der Frage der Synagoge Hohenlimburg steht, auch wenn Personen kommen oder gehen".

Die Panzerbrigade 20 ist im Rahmen ihres Ausbildungsauftrages für Soldaten der Pioniertruppe auch nach dem Weggang von Oberst Kittner zu weiteren Hilfsleistungen bei der Restaurierung des Synagogengebäudes und seiner Umgebung bereit. Die Durchführenden der Arbeiten werden wiederum die Pioniere der Panzer-Pionier-Kompanie 20 aus Hemer sein.

Der Kompaniechef, Hauptmann Wulf Rosen, hat Anweisung, die notwendigen Erkundungen zu treffen, Absprachen und Verhandlungen zu führen sowie die erforderlichen Verträge vorzubereiten und zur Genehmigung einzureichen.

Die Bürgeraktion konnte diese verbindliche Zusage der Bundeswehr zwischenzeitlich an Oberbürgermeister Loskand weiterleiten. In Anbetracht der allgemeinen Finanzsituation wird die Stadt sicherlich auf dieses Hilfsangebot eingehen. In der nächsten Zeit wird abzuklären sein, welche Arbeiten von den Pionieren übernommen und durchgeführt werden können.

WP 10.10.1984

Auch in Hohenlimburg fanden vor 46 Jahren Ausschreitungen statt

An die Vorgänge im Jahre 1938 will die Bürgeraktion Synagoge erinnern

Hohenlimburg. Am 10. November 1938 fanden im Anschluß an eine Rede, die der Ortsgruppenleiter der NSDAP auf dem Kronenburgplatz hielt, auch in Hohenlimburg Ausschreitungen gegen Gebäude jüdischer Mitbürger statt. „Ich fuhr wie immer nach Hagen zur Schule", schreibt der damals knapp 14jährige Hans Loewenstein, heute in Buenos Aires lebend. „Als ich dort ankam, standen die Synagoge und die Schule in Brand. Ich fuhr gleich wieder nach Hohenlimburg zurück, um meinen Eltern und Verwandten zu berichten, was ich in Hagen vorgefunden hatte. Leider kam ich eine halbe Stunde zu spät. Inzwischen waren mein Vater und meine Onkel von der Polizei abgeholt worden. Dann kamen Menschen, die das Haus Eggestraße 6 und die Synagoge zerstörten und uns drei Familien Loewenstein in den Wald schickten. Dort blieben wir von morgens 10 Uhr bis nachts 1 Uhr. Da es eine schrecklich kalte Nacht war und es stark zu regnen anfing, gingen wir dann zur Schillerstraße. Dort wohnte in einer Mansarde eine einzelne Person, der man nichts zerstört hatte."

Hans Loewenstein schildert in seinem Brief, wie seine Mutter am nächsten Morgen zur Polizei ging. Dort erlaubte man die Rückkehr zur zerstörten Wohnung, riet aber dringend davon ab, die vier Loewenstein-Jungen auf die Straße gehen zu lassen, „da man uns sonst auch ins Konzentrationslager schicken müßte."

In einem Brief des Kurt Rosenberg aus Pacific Palisades heißt es unter anderem: „Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seitdem ich alle Gedanken und Erinnerungen an diesen fürchterlichen Progrom, den meine Eltern erleiden mußten, aus meinem Bewußtsein verbannt habe. Mir bereitet der Gedanke, mich dieser Zeit erinnern zu müssen, Seelenqualen." Er berichtet weiter: „Der Inhalt unseres Wohnhauses wurde vom Dach bis zum Keller zerstört." Die Dachziegel wurden vom Dach geworfen, so daß der Regen hereinkam, denn es war November und regnerisch. Alle Fenstergläser, Möbel, Bücher, Betten usw. wurden in den kleinen Vorgarten oder in die Gartenanlagen hinter dem Haus geworfen und in Brand gesteckt. Mein Vater wurde in Haft genommen."

Der ehemalige jüdische Mitbürger erzählt auch von einer Hohenlimburgerin, die im Jahre 1938 im Alter von 12 Jahren, auf dem Wege zur Schule zur Augenzeugin geworden sei und ihrer Klassenlehrerin von dem Gesehenen berichtet habe. Sie erhielt als Antwort: „Du hast nichts gesehen und Du hast nichts gehört, und Du wirst darüber mit keinem sprechen." Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", zu deren Zielen die Erforschung der Geschichte der früheren jüdischen Gemeinde gehört, erinnert an die Vorgänge des Jahres 1938. Sie ist an weiteren Augenzeugenberichten interessiert. Dies gilt insbesondere auch für Mitteilungen über Personen, die sich seinerzeit für die verfolgten Mitglieder der jüdischen Gemeinde eingesetzt haben.

WR 10.11.1984

Hinweis: Mit diesen Vorgängen befaßt sich der Teil II dieser Dokumentation.

Ausschüsse und Rat müssen entscheiden

Vorträge, Ausstellungen, Seminare, Begegnungen und kulturelle Darbietungen – das alles soll in Zukunft in der alten Synagoge in Hohenlimburg stattfinden. So jedenfalls sieht der Plan der Hagener Verwaltung aus, die – so ist es der Vorlage zur nächsten Ratssitzung am 25. April zu entnehmen – die Nutzung der Synagoge als öffentliche Begegnungsstätte der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Sektion Hagen in Federführung übertragen will. „Dadurch", so heißt es in der Verwaltungsvorlage weiter, „wird gewährleistet, daß die einzelnen Veranstaltungen der Bedeutung des Gebäudes entsprechen."

Seit dem Jahr 1980 wurde die Synagoge Hohenlimburg auf Initiative der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" in ihrer Bausubstanz gesichert und teilweise restauriert. Die vorläufige Unterschutzstellung nach dem Denkmalschutzgesetz erfolgte dann Anfang 1982. Daraufhin wurde die Bürgeraktion mit erheblichen Mitteln des Landes gefördert und von zahlreichen privaten Spendern und Vereinen unterstützt. Im Jahr 1984 hat die Stadt Hagen das Gebäude schließlich durch Ausübung des Vorkaufsrechtes nach dem Denkmalschutzgesetz erworben.

Inzwischen sind auch die Bauarbeiten soweit fortgeschritten, daß durch die Wiederherstellung von Dach, Fenstern und Türen der Bestand des Gebäudes gesichert ist.

Vorliegt nun auch das Grobkonzert für die weitere Restaurierung und den weiteren Ausbau des Gebäudes. Danach soll der Fußboden, die Wände, die Empore ausgebaut werden, Beleuchtung, Heizung und eine Möblierung folgen. Zudem ist der Ausbau des Nebengebäudes vorgesehen, mit den erforderlichen Räumen wie Garderobe und Toilette. Außerdem sollen die Außenanlagen gestaltet werden, an Parkplätze ist gedacht und auch an einen zweiten Zugang. Ein Architektbüro wurde zudem Ende Januar dieses Jahres mit der sogenannten Einzelplanung beauftragt.

Auch die Finanzierung ist zunächst gesichert. Im Dezember letzten Jahres bekam die Stadt Hagen Meldung vom Regierungspräsidenten in Arnsberg, der für das Vorhaben Mittel in Höhe von 200 000 DM Mark zur Verfügung gestellt hat. Die Eigenleistung der Stadt Hagen bleibt damit bei 85 000 Mark in einem begrenzten Rahmen. Auflage bei den Landesmitteln: Bis zum Ende des laufenden Jahres müssen sie ausgegeben werden.

Gestern, Dienstag, beschäftigte sich übrigens der Bau- und Verkehrsausschuß mit der Hohenlimburger Synagoge. Am heutigen Mittwoch müssen die Mitglieder des Wirtschafts- und Grundstücksausschusses ihr Votum abgeben. Das letzte Wort zu diesem Unternehmen hat dann – wie gesagt – am 25. April der Rat.

Stadtanzeiger 17.4.1985

Mit soviel Wohlwollen hatte Bürgeraktion nicht gerechnet

Synagoge in Hohenlimburg sollte 1986 fertiggestellt sein

Hohenlimburg. In der Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 25. April berichtete Dieter Eich (SPD) über die Beratungen der Bezisk vertretung Hohenlimburg, des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Wirtschafts- und Grundstücksausschusses. Die genannten Gremien hatten sich mit der Verwaltungsvorlage, die einen Ausbau der ehemaligen Synagoge an der Jahnstraße als öffentliche Begegnungsstätte vorsieht, eingehend befaßt und hatten jeweils ohne Gegenstimme dem Plan zugestimmt.

Eich schilderte die Bemühungen und Erfolge der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", die bekanntlich im Vorjahr zum Erwerb des Gebäudes durch die Stadt Hagen führten. Auch die Ratsmitglieder Günter Stadermann (CDU) und Lothar Kaminski (Die Grünen) dankten der Bürgeraktion in der öffentlichen Sitzung für ihren Einsatz.

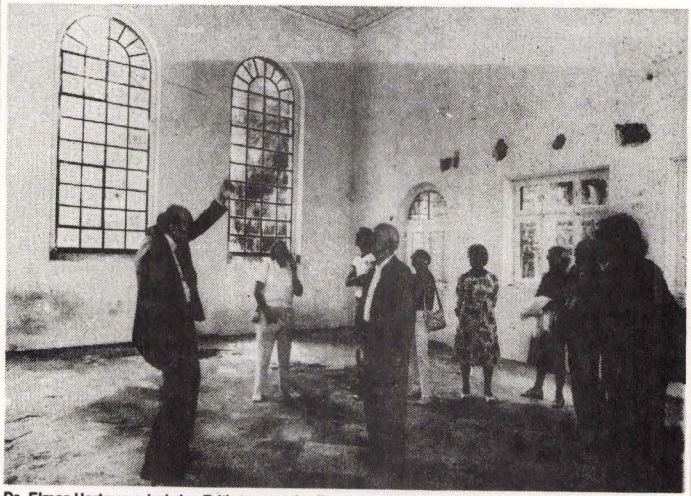
In einem Votum wurde eine Verbindung der anstehenden Ratsentscheidung zu der Diskussion um den 8. Mai hergestellt. Mit soviel Wohlwollen hatten die anwesenden Vertreter der Bürgeraktion in Erinnerung an frühere Widerstände im Rat der Stadt Hagen nicht gerechnet.

Es war schließlich nicht mehr verwunderlich, aber immerhin doch bemerkenswert, daß auch der Rat der Stadt Hagen einstimmig der Verwaltungsvorlage beitrat.

Da die der Stadt Hagen zugesagten Landesmittel noch im laufenden Jahr ausgegeben werden müssen, ist in Kürze mit der Fortsetzung der Arbeiten am Synagogengebäude zu rechnen. Das Architekturbüro Kohlhage und Pickenhan wurde bereits Ende Januar 1985 mit der Einzelplanung beauftragt. So dürfte die Prognose des Kämmerers der Stadt, mit der endgültigen Fertigstellung des Gebäudes sei im Jahre 1986 zu rechnen, realistisch sein.

Die Mitglieder der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" danken dem Rat und der Verwaltung der Stadt für das Verständnis, das im Blick auf das Projekt „Synagoge Hohenlimburg" in dem erwähnten einstimmigen Ratsbeschluß nunmehr seinen sichtbaren Niederschlag gefunden hat.

WP 1.5.1985



Dr. Elmar Hartmann bei der Erläuterung der Renovierungsarbeiten an der ehemaligen jüdischen Synagoge.
Fotos(2): Lemke

WP 15.7.1985

Die traditionsreiche Sabbatlampe ist inzwischen aufgetaucht:

Bürger werden zur Mithilfe aufgefordert

Vermißte Kultgegenstände werden gesucht

Hohenlimburg. Vor mehr als 47 Jahren leuchtete sie in der Wohnung einer Hohenlimburger Familie: eine Sabbatlampe aus Messing mit sechs sternartig angeordneten Armen, die zur Aufnahme von Dochten dienten, am unteren Ende eine Schale zum Auffangen des Öls.

Bei Einbruch der Dunkelheit am Freitagabend wurde sie angezündet und brannte den ganzen Sabbat über, in ihrer Lichtfülle die Weihe und Freude des Sabbattages verkörpernd. „Eine Lampe für Ollicht, nicht für Kerzen, vermutlich aus dem 18. Jahrhundert", lautet die Meinung eines Experten: ein Zeugnis für die jahrhundertealte Tradition jüdischer Frommigkeit in Hohenlimburg.

Am 10. November 1938, am Morgen nach der sogenannten Reichskristallnacht, wurde diese Tradition gewaltsam abgebrochen. Auf dem Kronenburgplatz versammelte sich eine zusammengetrommelte Menschenmenge. Parteimitglieder und Sympathisanten des NS-Regimes, darunter Angehörige verschiedener Betriebe, bewaffnet mit Brechstangen, Spitzhacken und anderen Werkzeugen. Der damalige Ortsgruppenleiter und Führer des Heimatvereins hielt eine flammende Rede. Dann begann das Werk der Zerstörung. Ziele der Gewaltaktion waren die Synagoge sowie die Häuser und Wohnungen (Lenneuferstraße), Loewenstein/Schonebaum (Eggestraße), Stern (Wesselbach) und Rosenberg (Iserlohner Straße). Zu einer dieser Wohnungen durfte diese Lampe gehört haben. Nach Beendigung der Gewaltaktion leuchtete sie nicht mehr.

Auf Anordnung des Ortsgruppenleiters und Führers des Heimatvereins wurde sie zusammen mit anderen aus jüdischen Besitz entwendeten Gegenständen in das 1935 eröffnete Heimatmuseum gebracht und sorgfältig katalogisiert. Die Karteikarte mit dem Zusatz J ist -wie vieles andere- abhanden gekommen.

Die alte Sabbatlampe tauchte jedoch vor einiger Zeit wieder auf: seit kurzem ist sie in der stadthistorischen Abteilung des Museums im Schloß zu sehen: ein bedeutsames Erinnerungsstück und zugleich eine Mahnung an die Vorgänge, die sich vor 47 Jahren auch in Hohenlimburg abgespielt haben.

Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" hofft, daß noch weitere Gegenstände aus dem Besitz der früheren jüdischen Gemeinde gefunden und demnmächst in der hergerichteten Synagoge ausgestellt werden. So fehlen verschiedene Kultgegenstände aus der Synagoge, insbesondere die Thora-Rollen, die nach Zeugenberichten in Hohenlimburg offenbar nicht verbrannt wurden.

Hinweise, die zur Auffindung dienlich sind, werden von den Mitgliedern der Bürgeraktion, der Museumsleitung und der Redaktion dieser Zeitung gern entgegengenommen.



Die traditionsreiche Sabbatlampe ist inzwischen wieder aufgetaucht.
(WR-Bild: Gunther Fessen)

Hinweis:

Auf diese Vorgänge bezieht sich der Teil II der Dokumentation.

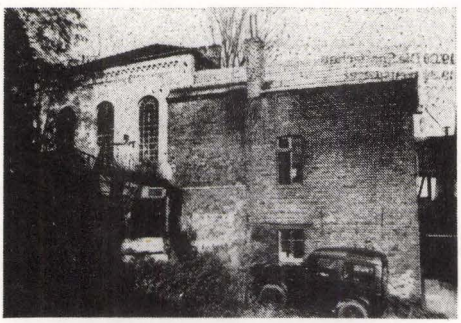
WR 13.11.1985

Kosten sollen niedrig bleiben

Plausibles Konzept zur Sanierung der

Hohenlimburg. (jü.) Im Zuge der Wiederherstellung der denkmalswerten ehemaligen Synagoge an der Jahnstraße ist es erforderlich, die angestrebte zukünftige öffentliche Begegnungsstätte mit Nebeneinrichtungen zu versehen. Der beauftragte Architekt Gerhard Pickenhan entwickelte ein plausibles Konzept. Unterhalb der Synagoge steht ein Haus, das in städtischem Besitz ist und zu verfallen droht. Es kann indes nicht ersatzlos abgebrochen werden, weil es eine Stützfunktion für den gesamten Hang hat, an dem es mit der Rückwand steht.

Jetzt soll das Obergeschoß einschließlich des Dachstuhls abgebrochen werden. Auf das verbleibende Untergeschoß wird ein neues Dachgeschoß gesetzt, das zumindest vorerst im Rohbauzustand belassen wird, über ein vorhandenes Außenpodest erreichbar ist und für Lagerzwecke genutzt werden kann.



DIE EHEMALIGE WURSTKÜCHE einer Metzgerei bildet die Stützmauer für das Synagogengelände an der Jahnstraße/Herrenstraße. Mit einem niedriger angesetzten neuen Dachgeschoß wird demnächst die Sicht auf das ehemalige jüdische Gotteshaus freier. **heja/Foto: Jacobs**

Im Untergeschoß sollen Toiletten für Damen und Herren, der Heizungsraum sowie ein Nebenraum eingerichtet werden. Wie bei der Sanierung und Restaurierung der Synagoge selbst, werden die Kosten durch den Einsatz freiwilliger Helfer, durch eine Arbeits-Beschaffungs-Maßnahme und durch die Männer des Grünflächenamtes bewußt niedrig gehalten, um in einem angemessenen Finanzrahmen zu bleiben. Am Schluß, so wird erwartet, werden sich die Gesamtkosten für das Projekt Synagoge auf 325 000 DM belaufen, wovon 200 000 DM als Zuschuß aus der Landeskasse flossen.

Amtsleiter Volker Haase vom Hochbauamt erläuterte der Bezirksvertretung Hohenlimburg diese Planungen ausführlich und fand die breite Zustimmung des Hauses.

Übrigens: Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" ist erfreut darüber, daß eine verschwundene sogenannte Sabbatlampe (vermutlich 18. Jahrhundert und aus dem Besitz jüdischer Mitbürger) wieder auftauchte und im Museum im Schloß zu sehen ist. Sie hofft, daß weitere Kultgegenstände auch aus der Versenkung auftauchen, um demnächst in der Synagoge ausgestellt zu werden.

WP 14./16.11.1985

• Bei Umbau und Nutzung der • Synagoge guter Rat nützlich

Hohenlimburg. Der Rat der Stadt Hagen hat in einer Sitzung der Ausbauplanung für den Umbau der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg zugestimmt und die erforderlichen Haushaltsmittel, soweit es sich um den städtischen Anteil handelt, im Haushalt 1986 bereitgestellt. Dieser Beschluß stellt die Grundlage für den in Kürze beginnenden Abschluß der Restaurierungsmaßnahmen dar.

Aus Gründen der Kosteneinsparung werden sich durch Vermittlung der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" voraussichtlich erneut die Pioniere der Bundeswehr aus Hemer an den anstehenden Arbeiten beteiligen. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Beachtung, daß der Oberbürgermeister nunmehr einen schon länger vorliegenden Vorschlag von Prof. Dr. Walk (Jerusalem) dem Oberstadtdirektor zuleitete.

Prof. Walk, 1936 nach Israel ausgewandert, dort zuletzt Universitätslehrer, lange Jahre Direktor des Leo-Baeck-Instituts Jerusalem, Leiter des Instituts für die Erforschung des Diaspora-Judentums und Mitarbeiter der Forschungsstätte Yad-Vashem, hatte u. a. geschrieben:

„Um der Geschichte und dem Wesen der jüdischen Gemeinschaft gerecht zu werden, wäre es wünschenswert, in dem geplanten Versammlungsraum eine Dauerausstellung von jüdischen Kultgegenständen einzurichten. Ihre Stadt hat in Adalbert Böning einen sachkundigen Kenner des Judentums, dessen Kenntnisse unserer Religion mich, einem gesetzestreuen Juden, aufs Stärkste beeindruckt haben. M. E. sollte man Herrn Böning die wissenschaftliche Verantwortung für die Ausgestaltung und Zweckbestimmung der Hohenlimburger Synagoge übertragen, um auf diese Weise Fehler zu vermeiden, die andernorts unterlaufen sind."

Prof. Walk, dessen Buch „Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat" (Karlsruhe 1981) weltweite Beachtung fand, steht in Schriftverkehr mit mehreren deutschen Städten, die sich um die Erhaltung des jüdischen Erbes bemühen. Seine Empfehlung Oberstudienrat Böning, der weit über Hagen hinaus als Fachmann für Fragen der jüdischen Tradition bekannt ist, offiziell in die weiteren Arbeiten am Synagogengebäude einzubeziehen, gewinnt Aktualität durch den Umstand, daß vor kurzem Kultgegenstände aus dem Besitz der früheren jüdischen Gemeinde Hohenlimburg im Magazin des Museums gefunden wurden. Diese Gegenstände müssen bestimmt und für eine spätere Ausstellung im Synagogengebäude aufgearbeitet werden.

Die Bürgeraktion unterstützt den Vorschlag von Prof. Walk.

WP 30.12.1985

Für spätere Ausstellung im Synagogengebäude

Kultgegenstände wurden im Magazin im Museum gefunden

WR 20.12.1985



Einsatzort Synagoge: „Am Abend sehen meine Kameraden und ich, was wir geschafft haben!" – so überzeugt vom Sinn ihres Jobs zeigen sich Wehrpflichtige selten. Foto: ic

Mit großem Engagement

Die Pioniere sind erneut im Einsatz

Hohenlimburg. (ic) „Es ist eine wirklich sinnvolle Arbeit!" – Das die Worte des Bundeswehrsoldaten Andreas Kwauka über seinen Dienst. Der Grund: Zusammen mit acht Kameraden der Panzerpionier-Kompanie 200 aus der Blücher-Kaserne in Hemer setzen die Uniformierten derzeit die Hohenlimburger Synagoge instand.

Mit Presslufthämmern, Spitzhacken und Schaufeln tragen sie einen Teil des Nebengebäudes ab, in dem später Heizung, WC und Garderoben untergebracht werden sollen.

Ersparnis für die Bürgeraktion Synagoge, die den Aufbau betreut, beim jetzt dritten Bundeswehr-Einsatz an der Synagoge: Runde 15 000 Mark. Dieses Geld kann nun sinnvoll für die Restaurierung des Sandsteinbodens verwendet werden. Übrigens sind Unterstützungs-Leistungen dieser Art keine Seltenheit: Selbst Spielplätze haben die Pioniere schon gebaut.

Hauptfeldwebel Georg Schulte: „Das Engagement als Einsatzleiter ist bei solchen Aufgaben sehr groß. Bloßer Dienst nach Vorschrift ist für meine Männer ein Fremdwort!" Doch, was sich so einfach anhört, ist ein verwaltungsmäßiger Marathon-Lauf. So kann ein Brigade-Kommandeur nicht einfach den Einsatzbefehl geben.

Zuständige Entscheidungs-Instanz ist die Wehrbereichs-Verwaltung. Doch auch die ist gebunden. Es bedarf einer Unbedenklichkeits-Erklärung der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer. Diese soll das örtliche Handwerk vor olivgrüner Konkurrenz schützen. Dann erst kann die Truppe zum Ort des Geschehens geschickt werden.

WP 18.3.1986

Einsatzort Hohenlimburger Synagoge: So überzeugt vom Sinn ihres Jobs zeigen sich Wehrpflichtige selten.Foto:Dirk Schmitz

Soldaten bauen alte Synagoge wieder auf

Bundeswehr in Hohenlimburg im Einsatz



Acht Rekruten sind zur Zeit eifrig dabei, einen Anbau der Synagoge teilweise abzureißen. (WR-Bild: Gunther Fessen)

Bundeswehrsoldaten

Einsatz bei der Synagoge

Hohenlimburg. Rekruten der „Panzerpionierkompanie 200" aus Hemer sind zum dritten Male der der Herrichtung der Synagoge Hohenlimburg im Einsatz. Erfahrungen beim „Aufbau und Abriß" haben die jungen Soldaten schon bei diversen Einsätzen gesammelt. So wurde schon ein Kinderspielplatz durch Soldaten dieser Kompanie fertiggestellt.

Bei der Synagoge in Hohenlimburg wird ein Teilabriß eines Seitentraktes durchgeführt. Der bestehende Traktteil soll dann als Garderobe und Mehrzweckraum genutzt werden. Ein Stück praktischer Versöhnung leisten diese Bundeswehrsoldaten.

WR 18.3.1986

Die Bürgeraktion hat ihr gestecktes Ziel erreicht

Die Bilanz der geleisteten Arbeit fiel sehr positiv aus

Hohenlimburg. (tp) Bald ist es geschafft! Die Bürgeraktion „Synagoge Hohenlimburg" veranstaltete am Sonntag im Paul-Gerhard-Haus ihre Jahreshauptversammlung. Die 1980 gegründete Gruppierung wird, so ihr Vorsitzender Prof. Dr. Hermann Zabel, ihre angestrebten Ziele in diesem Jahr erreichen und kann auf eine insgesamt erfolgreiche Bilanz ihrer Arbeit zurückblicken.

Resultat der letzten Jahre: die Restaurierung der ehemaligen Hohenlimburger Synagoge und ihre Überführung in städtisches Eigentum, eine 1981 gestartete Besuchsaktion mit ehemaligen jüdischen Mitbürgern und allgemein die Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde Hohenlimburgs.

Wie der Kassenbericht zeigte, konnte die Initiative seit ihrer Gründung auf ihrem Spendenkonto die stolze Summe von 100.000 DM verbuchen und so die Renovierung finanzieren. Den erfolgreichen Verlauf der Arbeit verdankt die Bürgeraktion „Synagoge" nicht zuletzt der Bundeswehr, die den Ausbau durch drei kostenlose Pionier-Einsätze unterstützte.

Mitte September soll es dann endlich soweit sein. Zur Übergabe der Synagoge werden voraussichtlich, wie Zabel berichtete, der Ministerpräsident und der israelische Botschafter als Redner zu erwarten sein. In einer Abschlußdokumentation soll außerdem die gesammte Arbeit der Gemeinschaft noch einmal wiedergegeben werden.

Ein weiterer Punkt in der Jahresplanung ist die Wiederholung der Besuchswoche. Ziel dieser Woche ist es, der Öffentlichkeit die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten der Synagoge zu demonstrieren. Das geplante Wochen-Programm beinhaltet bis jetzt eine Dichterlesung, ein Kammerkonzert und eine Kunstausstellung der Malerin Helga Elben. Um die Planungen verwirklichen zu können, bedarf es weiterer Spenden. Erbeten werden Einzahlungen auf das Konto 128 011 238 bei der Sparkasse Hagen, Stichwort: Besuchswoche.

WP 13.5.1986

„Unbestreitbar um die Synagoge verdient gemacht"

Bürgeraktion will Marlies Schumann als Ehrenmitglied

Hohenlimburg. Bereits im März 1984 beschlossen die Mitglieder der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" einstimmig, Bezirksvorsteherin Marie Schumann die Ehrenmitgliedschaft anzutragen.

Seinerzeit wurde jedoch zugleich festgelegt, diesen Beschluß erst nach dem Ausscheiden von Frau Schumann aus dem Rat der Stadt Hagen bekanntzugeben. Dadurch sollte der Eindruck vermieden werden, als stelle die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft ein Mittel der Beeinflussung eines Mitgliedes des Rates der Stadt Hagen dar.

Die Mitglieder der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" fühlen sich der Bezirksvorsteherin in vielfacher Hinsicht verbunden. Dazu Hermann Zabel, Vorsitzender der Aktion: „Marlies Schumann war es, die – möglicherweise unbewußt – den Startschuß zur Gründung der Bürgeraktion gegeben hat. Im Anschluß an die Kranzniederlegung vor dem Synagogengebäude am 9. November 1980 wies Frau Schumann die Mitglieder des damaligen Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" darauf hin, ein positives Echo aus dem Kreise der Bevölkerung könne für die Politiker eine Hilfe sein für die Erhaltung des vom Einsturz bedrohten Synagogengebäudes.

Zur Eröffnung der Vortragsreihe „Jüdische Gemeinde" hielt Frau Schumann am 20. November eine eindrucksvolle Begrüßungsrede.

Im Rahmen ihrer Sprechstunde empfing Frau Schumann in Gegenwart von Horst Tillmann (SPD) und Hans-Georg Pieper (CDU) am 6. Januar 1981 Vertreter der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" und machte im Verlauf der Aussprache den Vorschlag, das Synagogengebäude zukünftig als „Kulturaum zu nutzen."

Im September Fertigstellung

Zabel weiter: „In der Folgezeit bemühte sich Frau Schumann in Sitzungen der Bezirksvertretung und des Rates der Stadt Hagen im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum, die obengenannten Zielvorstellungen zu realisieren. Sie machte sich dadurch unter ihren Kollegen nicht nur Freunde. Mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft möchte die Bürgeraktion die unbestreitbaren Verdienste der Frau Schumann um das Gebäude der ehemaligen Synagoge in Hohenlimburg öffentlich in Erinnerung bringen.

Ein besonderer Dank gilt Frau Schumann für ihren Einsatz im Zusammenhang der von der Bürgeraktion 1982 geplanten und durchgeführten Besuchswoche für ehemalige jüdische Mitbürger Hohenlimburgs. Obwohl die Bezirksvertretung Hagen-Ost eine Unterstützung dieser Aktion aus verschiedenen Gründen offiziell abgelehnt hatte, ließ es Frau Schumann sich nicht nehmen, die aus aller Welt angereisten Gäste im Rathaus Hohenlimburg zu empfangen und zu begrüßen. Ihre damaligen Worte sind allen Teilnehmern an der Veranstaltung noch in bester Erinnerung. Insbesondere zeigten sich auch die früheren jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs über das Engagement der Frau Schumann außerordentlich beeindruckt. Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" sieht angesichts der für September 1986 geplanten Fertigstellung des Synagogengebäudes und der damit verbundenen Besuchswoche für ehemalige jüdische Mitbürger nunmehr den Zeitpunkt für gekommen an, den Beschluß über die Ehrenmitgliedschaft für Marlies Schumann aus dem Jahre 1984 öffentlich bekanntzugeben. Die Mitglieder der Bürgeraktion gehen davon aus, daß sich Frau Schumann auch bei den für September 1986 geplanten Veranstaltungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten helfend und unterstützend einsetzen wird."

WP 22.7.1986

Kommentar

In einer parlamentarischen Demokratie liegt die Funktion einer Bürgerinitiative darin, die Forderung nach Mitbestimmung von Bürgern in bestimmten Mangellagen durchzusetzen. Diesem Zweck dienen direkte Aktionen, Aufrufe, Flugblätter und Eingaben. Entscheidend für den Erfolg ist vielfach, ob es gelingt, die Presse für die Ziele der Initiative zu gewinnen.

Im vorliegenden Falle ist der dokumentierte Aufruf, der auszugsweise auch in der örtlichen Presse veröffentlicht wurde, der Ausgangspunkt für die Arbeit der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg. Die 19 Unterzeichner, Mitglieder verschiedener Vereine, Parteien, Kirchen, bitten die Bürger um Spenden im Sinne einer Vorleistung und eines konstruktiven Beitrags zur Erhaltung des Synagogengebäudes. Als Ziele werden angegeben: 1. Erhaltung der Bausubstanz des Synagogengebäudes, 2. Überführung des Gebäudes in städtisches Eigentum, 3. Nutzung des Gebäudes zu Gunsten der Bürger.

Adressat der Bemühungen war von allem Anfang an der Rat der Stadt Hagen, in dem, wie sich bald herausstellte, die Bürgeraktion jedoch über keine Lobby verfügte. Zudem waren frühere Aktivitäten zu Gunsten einer neuen Nutzung des Synagogengebäudes im parlamentarischen Raum gescheitert. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Vereins für Orts- und Heimatkunde Hohenlimburg e.V. vom 9.12.1980. Der Vorstand des Vereins lehnt mit Hinweis auf seine gescheiterten Bemühungen auf die Probleme der Finanzierung und die Beschlußlage bei der Stadt Hagen eine Mitarbeit ab. Er hebt außerdem hervor: "Der Heimatverein hat mit Wiedergutmachung an Bürgern der Stadt, denen Unrecht zuteil wurde, nichts zu tun. Er distanziert sich hiervon ganz entschieden, es ist nicht seine Aufgabe, Wiedergutmachung zu tätigen, noch die Bürger zur Wiedergutmachung aufzurufen, gleichgültig in welcher Form auch immer." Diese programatische Erklärung bedarf angesichts der Rolle, die der damalige Vorsitzende des Heimatvereins als NSDAP-Ortsgruppenleiter 1938 bei der Demolation des Synagogengebäudes spielte, keines Kommentars.

Wie oben erwähnt, ging die Anregung zu der Aktion zu Gunsten der Erhaltung des Synagogengebäudes von der für den Bezirk Hagen-Ost (= Hohenlimburg) zuständigen Bezirksvorsteherin aus. Daher bemühten sich die Mitglieder der Bürgeraktion in der Folgezeit darum, die Bezirksvorsteherin und die Bezirksvertretung Hagen-Ost in die Verantwortung zu nehmen. Dies geschah in mündlichen Verhandlungen, schriftlichen Eingaben und Veröffentlichungen. Die positiven Verhandlungsergebnisse werden über die Presse der Öffentlichkeit bekannt gemacht. "Der von Bezirksvorsteherin Marie Schumann entwickelte Vorschlag, das herzurichtende Synagogengebäude künftig als 'Kulturraum' zu nutzen, geht von der realistischen Einschätzung aus, daß frühere Vorschläge für eine Nutzung des Synagogengebäudes nicht durchsetzbar sein dürften." (WP 19.1.1981) Nach der Behandlung des Projektes in der Bezirksvertretung heißt es u.a.: "Die Bürgeraktion kann der Unterstützung der Bezirksvertretung sicher sein." (WP 7.2.1981) Eine andere Zeitung hebt hervor: "Bezirksvertreter rücken an die Seite der Bürgerinitiative." (Anzeiger für Hagen 14.2.1981)

Doch kommen bald auch Gegner der Aktion öffentlich zu Wort. So heißt es in einem Leserbrief unter Hinweis auf die entstehenden Kosten u.a.: "Da es in Hohenlimburg heute nur ein bis zwei jüdische Mitbürger gibt und die Jüdische Kultusgemeinde Hagen gar nicht an der Erhaltung der Synagoge interessiert ist, ist es für die Bürger unverständlich, daß die Bürgerinitiative den Steuerzahler der Stadt Hagen mit derartigen Kosten belasten will." (WP 12.2.1981) Schon hier zeigt sich ein später wiederholt auftauchendes Mißverständnis, als sei beabsichtigt gewesen, die Synagoge

als Gotteshaus einer in Hohenlimburg nicht mehr existierenden jüdischen Gemeinde wieder herzurichten. Diesem Mißverständnis tritt ein anderer Leserbriefschreiber entgegen, der fordert, daß "das Gebäude als Zeitdokument erhalten bleiben sollte zur Bewußtseinsbildung einer jüngeren Generation, die Fragen stellt. Die Geschehnisse 1938 und danach fanden vielerorts in Deutschland statt, aber eben auch in Hohenlimburg. Weil viele andere am Hierbleiben gewaltsam gehindert wurden, leben heute lediglich die zitierten ein bis zwei jüdischen Mitbürger in unserer Stadt." (WP 18.2.1981)

Besonderen Anteil an den Bemühungen der Bürgeraktion nahmen von allem Anfang an die ehemaligen jüdischen Bürger Hohenlimburgs. Bereits am 7.7.1980 fragte Frau Hilde Bloch (USA) an: "Wäre es nicht möglich, daß die Synagoge wenigstens wieder in einen ordentlichen Zustand gebracht würde? Eine Synagoge, wie jede Kirche, sollte doch etwas Heiliges sein!" Im März 1981 nahm Frau Bloch zu den Bemühungen noch einmal Stellung: "Ich freue mich sehr, daß Ihr Aufruf zur Wiederherstellung der Synagoge einen so schönen Erfolg hat. In der Anlage übersende ich Ihnen einen Scheck über 25 Dollar, was nach dem heutigen Stand etwa DM 50,-- sein sollte. Es ist nur ein bescheidener Betrag: er kommt jedoch von Herzen." Ähnlich äußerten sich andere ehemalige Hohenlimburger jüdischen Glaubens, die heute in England, Frankreich, Schweden, Israel, in der Schweiz und in den USA leben. Die Bürgeraktion machte diese brieflichen Stellungnahmen - teils vollständig, teils in Auszügen -in Eingaben an die Stadtverwaltung, in Pressemitteilungen sowie in insgesamt drei "Zwischenberichten zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg" (November 1981, Februar 1982, September 1982) bekannt, um auf diese Weise einen moralischen Druck auf die politisch Verantwortlichen in Rat und Verwaltung der Stadt auszuüben. Veröffentlicht wurde auch ein Auszug aus einem Schreiben des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 15.1.1981 mit folgendem Wortlaut: "Wir hoffen sehr, daß es Ihnen gelingt, die förderungswürdigen Pläne erfolgreich zu verwirklichen." Ebenso hilfreich erwies sich eine Mitteilung des früheren Leiters des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem vom 5.2.1982: "Ihre ernsthaften und ehrlichen Bemühungen um die Instandsetzung und Instandhaltung der alten Synagoge und die Tatsache, daß Sie immer wieder auf bürokratische Schwierigkeiten stoßen, ergänzen einander, heben aber einander nicht auf. Ich hoffe mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern, daß das Gewissen um die schreckliche Vergangenheit das Gewissen Ihrer jetzigen Mitbürger aufrütteln wird und wünsche Ihrer Aktion vollen Erfolg!"

Allerdings gab es auch eine gewichtige Stimme aus dem Kreis der jüdischen Bürger, die von der Stadtverwaltung Hagen in ihrem Sinne ausgewertet wurde. In einer telefonischen Unterredung gab der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Hagen dem Kämmerer der Stadt seine persönliche Ablehnung der Pläne der Bürgeraktion bekannt. Er begründete nicht nur das Desinteresse der Kultusgemeinde Hagen, sondern fügte nach einem Bericht des Stadtdirektors wörtlich hinzu: "Ich bin Kaufmann und Steuerzahler. Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich höre, daß man für solchen Quatsch Geld ausgeben will." Diese Äußerungen, zitiert in einer Vorlage der Stadtverwaltung für die Beratung in den politisch zuständigen Gremien und veröffentlicht in der lokalen Presse (WP 6.3.1982, WR 8.3.1982), verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Veröffentlichung der Äußerungen des Vorsitzenden der Kultusgemeinde Hagen stellten einen Rückschlag für die Bemühungen der Bürgeraktion um die Erhaltung und Herrichtung des Synagogengebäudes dar. In einem Leserbrief wies ein Mitglied des Vorstands der Kultusgemeinde Hagen, zugleich auch Mitglied des Vorstands der Bürgeraktion, darauf hin, daß der Vorsitzende lediglich seine persönliche Meinung dargelegt habe.

In einem Beitrag der Israel-Nachrichten vom 9.6.1982 ist von einem "Befremdenden Unisono jüdischer Funktionäre und Neonazis" die Rede. In der Tat meldeten sich nach der Unterschutzstellung des Gebäudes im Jahre 1982 auch anonyme Schreiber, die in der Auseinandersetzung um die Synagoge Hohenlimburg eine willkommene Gelegenheit sahen, ihre antisemitischen Emotionen zu entladen. In dem neonazistischen Publikationsorgan "Deutscher Anzeiger" erschien am 4.2.1982 eine tendenziöse Darstellung unter dem Titel "Was soll der Quatsch? Hagener Christen wollen Juden eine alte Synagoge aufdrängen." Auch die Tendenz dieses Beitrags ist eindeutig. In diesen Zusammenhang gehören telefonische Bedrohungen, denen sich Mitglieder der Bürgeraktion ausgesetzt sahen, sowie mehrmalige Schändungen des jüdischen Friedhofs in Hohenlimburg.

Aufgrund der dargestellten Erfahrungen nahm die Bürgeraktion eine Sprachregulierung vor. Das Wort "Synagoge" war offensichtlich für eine Reihe von Zeitgenossen eine Art Reizwort. Es war zudem häufig mit dem Mißverständnis verbunden, als solle das ehemalige Gotteshaus wieder für eine jüdische Gemeinde hergerichtet werden. Um die mit dem Wort "Synagoge" verbundenen Konnotationen in der öffentlichen Diskussion nach Möglichkeit auszuschalten, schlugen die Vorstandsmitglieder der Bürgeraktion im Frühjahr 1982 vor, vorläufig zur Bezeichnung des ehemaligen Synagogengebäudes den Begriff "Haus der Stille" zu verwenden. Für diese Sprachregelung hatten jedoch einige frühere Mitglieder der jüdischen Gemeinde Hohenlimburg wenig Verständnis.

Die Tatsache, daß die Bemühungen der Bürgeraktion letztlich zum Erfolge führten, hängt nicht zuletzt mit dem Umstand zusammen, daß die für die Vergabe von Landesmitteln zuständigen Behörden Verständnis für das Engagement der Gruppe aufbrachten. "Politisch instinktlos" - so kommentierte der Regierungspräsident in Arnsberg die Entscheidung des Hauptausschusses der Stadt Hagen im Jahre 1982, die Übernahme von Kosten für die Erhaltung der ehemaligen Synagoge in Hagen-Hohenlimburg abzulehnen. Hilfreich war die unbürokratische Abwicklung der Mittelbewilligung und die Zusage auf Zuwendung weiterer Mittel.

Für die Bürgeraktion, die angesichts der geschilderten politischen Ausgangslage keine Lobby im Rat der Stadt Hagen hatte, waren Veröffentlichungen über die Presse der einzig aussichtsreiche Weg, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. So wurde nicht nur über die freiwilligen Hilfsleistungen verschiedener Gruppen (Pioniere der Bundeswehr, Kompanie des guten Willens, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste) und den Erfolg der Spendenaktion, sondern auch über Veranstaltungen berichtet, die die Bürgeraktion am und später im Synagogengebäude durchführte. Beachtung fanden die Rundfunkberichte von Heiner Lichtenstein vom 30.12.1981 (WDR III Forum West) sowie von Stefan Huy vom 12.1.1982 (Deutschlandfunk). Auch das Fernsehen nahm sich des Themas an (WP 22.1.1982).

Durch den Verkauf des Synagogengebäudes an einen Makler im Frühjahr 1984 erfuhr die Auseinandersetzung um das Synagogengebäude eine dramatische Zuspitzung. Der von der Bürgeraktion eingebrachte Bürgerantrag hätte im Falle seiner Ablehnung das Verhalten der politisch Verantwortlichen als völlig unverständlich erscheinen lassen angesichts der erbrachten Vorleistungen und der verbindlichen Zusage weiterer Landeszuschüsse. Die Tatsache, daß die Stadt Hagen ihren Widerstand gegen eine Übernahme des Gebäudes aufgab, ist letztlich der Absichtserklärung einer damals noch zu gründenden Arbeitsgemeinschaft Hagen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zuzuschreiben. Diese Erklärung wurde zwei Tage vor Ablauf der Frist, innerhalb derer die Stadt Hagen ihr Vorkaufsrecht für das Synagogengrundstück anmelden konnte, dem Oberbürgermeister vorgelegt und führte dazu, daß dieser in Verbindung mit den Fraktionsvorsitzenden der übrigen im Rat der Stadt Hagen

vertretenen Parteien innerhalb weniger Stunden einen Dringlichkeitsbeschluß zu Gunsten des Synagogengebäudes durchsetzte. Dadurch entfiel die Notwendigkeit, den Antrag der Bürgeraktion zu behandeln und in weitere Verhandlungen mit der Bürgeraktion einzutreten.

Die dokumentierte und kommentierte Auseinandersetzung ist auch aus verschiedenen Perspektiven von Interesse. Auf das Projekt "Erhaltung und Herrichtung des Synagogengebäudes in Hagen-Hohenlimburg" beziehen sich sprachliche Äußerungen von Einzelpersonen, von Vereinen, Institutionen und Gruppen. Die Auseinandersetzung erhält ihr besonderes Gepräge dadurch, daß sie im wesentlichen öffentlich, d.h. über die Presse geführt wird. Dabei benutzen die Hauptkontrahenten, auf der einen Seite die Bürgeraktion, auf der anderen Seite Rat und Verwaltung der Stadt Hagen, zur Durchsetzung ihrer unterschiedlichen Zielvorstellungen eine Reihe gegenläufiger Sprechhandlungstypen.

Die von der Bürgeraktion bevorzugten Sprechhandlungen stehen schwerpunktmäßig unter den Aspekten "Appell, Aufforderung". Ihre Argumente entstammen einerseits dem Wissen um die Vergangenheit des Synagogengebäudes und der Absicht, einen Beitrag zur Bewältigung dieser Vergangenheit zu leisten. Sie sind andererseits bezogen auf die positiv zustimmenden Äußerungen ehemaliger jüdischer Mitbürger, anderer Repräsentanten jüdischen Lebens sowie der zuständigen Behörden (Landeskonservator, Regierungspräsident, Minister für Landes- und Stadtentwicklung). Eine wichtige Rolle spielen wiederholte Hinweise auf die materielle und ideelle Unterstützung der überaus großen Zahl von Einzelpersonen und Gruppen, die durch Spenden und Eigenhilfeleistungen erhebliche Vorleistungen zur Erhaltung und Herrichtung des Gebäudes erbrachten.

Dagegen sind die Argumente der Vertreter der Stadt Hagen vorrangig dem Sprachhandlungstyp "Verweigerung" zuzuordnen. Dabei wird formal auf die notwendige Gleichbehandlung aller denkmalwürdigen Gebäude in der Stadt sowie die diesbezüglichen Beschlüsse der parlamentarischen Gremien hingewiesen: danach sei vor der endgültigen Verabschiedung der Denkmalliste eine Einzelfallentscheidung zu Gunsten der Synagoge nicht möglich. Andererseits zielen finanzielle Erwägungen, d.h. die anfallenden Kosten für die Herrichtung sowie die Folgekosten, angesichts des Haushaltsdefizits der Stadt auf die Zustimmung der Bürger. Auch die Vertreter der Stadt machen sich ihrerseits den Widerstand einzelner Personen und Gruppen - nicht zuletzt mit Hilfe der Presse -im Sinne ihrer zunächst ablehnenden Haltung zunutze.

Beide Seiten sind bemüht, in der öffentlichen Auseinandersetzung ihre jeweilige Position mit entsprechenden Hinweisen aufzuwerten. Der Sprachgebrauch der Kontrahenten ist auf je verschiedene Weise persuasiv. Die an der Auseinandersetzung Beteiligten sind daran interessiert, ihr jeweiliges Gegenüber zu überzeugen bzw. zu überreden.

Die öffentliche Auseinandersetzung um die Synagoge Hohenlimburg weist Merkmale eines politischen Kampfes auf. Im Rückblick wird man Verständnis für die von beiden Seiten vorgetragenen Argumente aufbringen müssen. Letztlich gelingt es dem scheinbar schwächeren Partner seine Ziele gegen die erklärte Absicht des Rates und der Verwaltung der Stadt Hagen vorzeitig durchzusetzen. Aufgrund der Auseinandersetzungen und entsprechender Beschlüsse erkennt die Stadt Hagen nach der Übernahme des Synagogengebäudes jedoch nur die Deutsch-Israelische Gesellschaft Hagen als Verhandlungspartner an.

Trotzdem setzte die Bürgeraktion Synagoge ihre Bemühungen um die Erhaltung und Herrichtung des Gebäudes auch in der Folgezeit fort. Sie mahnt und erinnert die Ver-

treter der Stadt an die übernommene Verpflichtung und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Fortgang der Restaurierung. In mündlichen Verhandlungen und schriftlichen Stellungnahmen weist sie wiederholt darauf hin, daß die Herrichtung und zukünftige Nutzung des Synagogengebäudes in angemessener Weise auch an einen dunklen Teil der Lokalgeschichte erinnern müsse.

Die Übergabe des Synagogengebäudes an die Öffentlichkeit wird in Teil III dokumentiert und kommentiert.

TEIL II: DOKUMENTE UND ERINNERUNGEN

1. Im Jahre 1938

Im Jahre 1938 gehörte das Synagogengebäude Hohenlimburg zu den Zielen eines von Anhängern und Sympathisanten des NS-Regimes veranstalteten Demolationszuges.

Die gleichgeschaltete Heimatzeitung "Der Gemeinnützige" berichtete damals:

Auch in Hohenlimburg tiefe Empörung über die feige Mordtat des Juden Grünspan.

Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Pg. vom Rath haben sich auch in unserer Stadt, wie allerorts im ganzen Reich, spontane judenfeindliche Kundgebungen am gestrigen Tage entwickelt.

Die tiefe Empörung der hiesigen Bevölkerung machte sich dabei auch in starken antijüdischen Aktionen Luft.

DG 11.11.1938

Die Synagogengemeinde war gezwungen, ihr Eigentum, das Grundstück mit dem Synagogengebäude und dem früheren Schulhaus der Gemeinde, zu verkaufen. Nachfolgend wird der diesbezügliche Vertrag dokumentiert.

Zur Urschrift sind
RM drei
Urkundensteuer
in Marken verwendet.

Hohenlimburg, den 17. Dez. 1938

Notar.

Verhandelt zu Hohenlimburg, am 16. Dezember 1938

Vor mir, dem unterzeichneten Notar

Rechtsanwalt Dr. jur. Rudolf Markmann
in Hohenlimburg i. W.,

erschienen heute von Person bekannt

1. a) der Rentner Ferdinand Rosenberg,
   b) der Kaufmann Hugo Löwenstein,
   c) der Viehhändler Moritz Meyberg,
   sämtlich wohnhaft in Hohenlimburg, handelnd als vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder für die Synagogengemeinde in Hohenlimburg.
2. der Fabrikant Ernst Umbeck, wohnhaft in Hohenlimburg.

Die Erschienenen schlossen folgenden Kaufvertrag.

§ 1

Die Synagogengemeinde Hohenlimburg ist Eigentümerin

des im Grundbuch von Hohenlimburg Band 27 Blatt 662 einge - tragenen Grundbesitzes.Die Erschienenen zu 1 verkaufen na - mens der Synagogengemeinde diesen Grundbesitz nebst aufste den Gebäulichkeiten an den Erschienenen zu 2. Die Gebäulich keiten werden in dem Zustande verkauft,in dem sie sich befi den,ohne dass seitens der Verkäuferin eine Gebähr für irgen welche Sachmängel übernommen werden.

§ 2

Der Kaufpreis entspricht dem Einheitswert und beträgt 16.300 RM.Von dem Kaufpreis hat der Erschienene zu 2 den Be trag von 15.800 RM. an die Verkäuferin zu zahlen,sobald die schreibung des Eigentums im Grundbuch stattgefunden hat.Die Zahlung hat zu erfolgen auf das Konto der Verkäuferin bei Commerz-und Privat-Bank in Hohenlimburg.Der Restbetrag von 500.-- RM ist von dem Erschienenen zu 2 erst dann zu zahlen wenn die Verkäuferin ihm die Löschungsbewilligung über die Abt.III eingetragene Grundschuld zu Gunsten des Preussis ch Landesverbandes jüdischer Gemeinden ausgehändigt hat.

§ 3

Die Uebergabe des verkauften Grundbesitzes erfolgt h Nutzungen und Lasten gehen mit dem 1. Januar 1939 auf den E schienenen zu 2 über.

§ 4

Die Erschienenen zu 1 lassen den im § 1 bezeichneten Grundbesitz auf den Erschienenen zu 2 auf.Der Erschienene 2 nimmtb die Auflassung an.Die Erschienenen bewilligen und beantragen die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbu

Der Notar hat das Grundbuch eingesehen.

§ 5

Der Notar wies die Beteiligten darauf hin, dass nach §§ der Verordnung vom 3.12. 1938 über den Einsatz jüdischen Vermögens dieser Vertrag genehmigungspflichtig sei. Der Erschienene zu 1 erklärte dazu, es sei ihm die Genehmigung zu diesem Vertrag in Aussicht gestellt.

§ 6

Die durch diesen Vertrag entstehenden Kosten sowie die Grunderwerbsteuer trägt der Erschienene zu 2.

Das Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von Ihnen genehmigt und eigenhändig, wie folgt, unterschrieben.

Ferdinand Rosenberg
Hugo Löwenstein
Moritz Meuberg
Ernst Umbeck
Dr. Rudolf Markmann, Notar

Kostenberechnung.

Wertgegenstand: bis 18 000 RM	
Gebühr für Beurkundung §§ 144.26.29 II RKostO.	96.-- RM
Urkundensteuer	3.-- RM
Zusammen	99.-- RM

gez. Dr. Markmann
Notar

Genehmigung.

Auf Grund der §§ 8,9 und 17 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 - RGBl.I S. 1709 - erteile ich hiermit zu dem am 16.12.1938 vor dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Rudolf Markmann, Hohenlimburg geschlossenen Kaufvertrage (Nr. 339 der Urkundenrolle für 1938) zwischen

1.) der Synagogengemeinde H o h e n l i m b u r g

und

2.) dem Fabrikanten Ernst U m b e c k, Hohenlimburg,

betr. Übergang des im Grundbuch von Hohenlimburg Band 27 Blatt 662 verzeichneten Grundbesitzes nebst aufstehenden Gebäulichkeiten mit Ausnahme der Parzelle Flur/Nr. 71 der Steuergemeinde Elsey auf den Fabrikanten Ernst Umbeck, Hohenlimburg, meine Genehmigung.

Dieser Genehmigung wird unter der Auflage erteilt, dass der Erwerber eine Ausgleichsabgabe von 1.500,- RM an das Deutsche Reich abführt.

Der Eintragung der Rechtsänderung im Grundbuch steht nichts im Wege.

Die Ausgleichsabgabe ist binnen 2 Wochen an die Regierungshauptkasse in Arnsberg (Postscheckkonto Dortmund Nr. 58) unter Angabe untenstehenden Geschäftszeichens zu zahlen.

Das Grundbuchamt wird um Mitteilung über die erfolgte Eintragung gebeten.

Arnsberg, den 22.Mai 1939.
Der Regierungspräsident.
Im Auftrage:

A Sta I 63-5 (122)

2. Aus dem Archiv von Yad Vashem

Im Jahre 1984 gelangte die Bürgeraktion in den Besitz eines aufschlußreichen Dokumentes aus dem Archiv der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Abschrift

11 Ks 11/49

Im Namen des Rechts!

Strafsache

gegen

1.) den kaufmännischen Angestellten W.B.,
2.) den Kraftfahrer J.H.,
3.) den Kaufmann H.H.,
4.) den Verlader A.V.,
5.) den Kraftfahrer K.H.,
6.) den Kraftfahrer H.B.,
7.) den Walzer E.M.,
8.) den Kraftfahrer G.P.,
9.) den Kraftfahrer K.Sch.,
10.) den Hilfsarbeiter G.K.,
11.) den Walzer V.H.,
12.) den Böttchermeister A.Sch.,
13.) den kaufmännischen Angestellten E.L.,
14.) den Lebensmittelkaufmann R.A.,
15.) den Invaliden F.S.,
16.) den Friseur E.J.,
17.) den Ingenieur H.Sch.

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und Landfriedensbruchs.

Das Schwurgericht des Landgerichts Hagen hat auf Grund der Hauptverhandlung vom 12., 13., 14., 15. und 16. Dezember 1949, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor T.
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat W.,

Landgerichtsrat Dr. J.
als beisitzende Richter,

Schlosser W.D., Gevelsberg,

Schreiner F.R., Gevelsberg,

Einstieler H.K., Herdecke,

Dipl.-Ing. E.O.F., Hagen,

Dipl.-Kfm. Dr. G.D., Lüdenscheid,

Postsekretär W.H., Hagen

als Geschworene

Gerichtsassessor K.
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellter S.
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

in der Sitzung vom 16. Dezember 1949 für R e c h t erkannt:

Die Angeklagten P., L., A. und S werden freigesprochen.

Das Verfahren gegen den Angeklagten H. wird eingestellt.

Die übrigen Angeklagten wurden verurteilt und zwar:

B. unter Freisprechung im übrigen wegen Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. 1 und 2 StGB zu

zwei Jahren Gefängnis,

J.H., V., K.H., B., M., S., K., S., J. und Sch.
wegen Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. 1 StGB und zwar:

K. zu neun Monaten Gefängnis,

K.H., B., M. und J zu je

acht Monaten Gefängnis,

V., S. und S. zu je

sieben Monaten Gefängnis,

Sch. zu

sechs Monaten Gefängnis,

J.H. zu

fünf Monaten Gefängnis,

H. wegen Beihilfe zum Landfriedensbruch nach § 125 Abs. 1 StGB zu

fünf Monaten Gefängnis.

Die Kosten des Verfahrens fallen soweit Freisprechung oder Einstellung erfolgt ist, der Staatskasse, im übrigen den verurteilten Angeklagten zur Last.

Gründe:

Die NSDAP hatte vor und nach dem Jahre 1933 den schärfsten Kampf gegen die Juden gefordert. Das hatte während des politischen Kampfes in den Jahren vor 1933 und auch nach der sogenannten Machtübernahme zu örtlichen Ausschreitungen geführt, die aber vereinzelt geblieben waren.

Als jedoch im November 1938 in Paris der Gesandtschaftsrat der deutschen Botschaft vom Rath durch einen Juden polnischer Staatsangehörigkeit namens Grünspan erschossen worden war, ging der nationalsozialistische Staat zu einer ungesetzlichen, geschlossenen Vergeltungsaktion gegen fast alle in Deutschland lebenden Juden über. Unter dem Vorwand, es handele sich um "spontane Volkserhebungen", wurden durch die Befehlsstellen der NSDAP und der sonstigen Organisationen des nationalsozialistischen Staates Ausschreitungen gegen die Juden angeordnet, die zu schweren Verletzungen von Person, Freiheit und Eigentum der jüdischen Einwohner führten. Diese fanden in den meisten deutschen Städten in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 statt.

In Hohenlimburg kam es in dieser Nacht nocht nicht zu systematischen Ausschreitungen gegen die Juden. Nur in vereinzelten Fällen, u.a. im Stadtteil Elsey und bei dem jüdischen Geschäftsmann Koppel, wurden die Fenster von jüdischen Häusern eingeschlagen. Erst am Vormittag des 10. November 1938 wurde auch in Hohenlimburg gegen Besitz und Eigentum der jüdischen Einwohner eine einheitliche Aktion eingeleitet. Der Angeklagte B. hielt auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg an eine dort versammelte Volksmenge, die Hunderte von Menschen umfaßte, eine Protestrede gegen die Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath. Ein Teil der Menge war mit Werkzeugen, wie Brechstangen, Eisenstäben, Hämmern, Hacken usw. ausgerüstet. Sofort nach Beendigung der Rede des Angeklagten B. eilte ein Teil der Menge nach dem in unmittelbarer Nähe des Kronenburgplatzes gelegenen Hause des Koppel, das fast völlig zerstört wurde. Noch bevor die Zerstörung dieses Hauses beendet war, strömte ein Teil der Menge nach der Synagoge, die 1938 allerdings nicht mehr zum Gottesdienst benutzt wurde, sondern zur Lagerung der Waren eines Textilkaufmanns diente. Auch die Synagoge wurde beschädigt und die eingelagerten Waren auf die Straße geworfen. Gleichzeitig begann die Menge ihr Zerstörungswerk an und in den Häusern der jüdischen Geschäftsleute Löwenstein und Schönebaum, die in der Nachbarschaft der Synagoge an der Eggestraße lagen. Fensterscheiben und Türen dieser Häuser wurden beschädigt und die Einrichtungsgegenstände ebenso wie im Hause Koppel fast restlos zerstört. In der gleichen Weise wurden die jüdischen Häuser Meyberg an der Stennertstraße, Rosenberg an der Iserlohnerstraße in Elsey und noch verschiedene andere beschädigt und die Einrichtungsgegenstände zerstört.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, durch Teilnahme an der öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge Landfriedensbruch begangen zu haben. Einigen Angeklagten wird auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt.

1.) Der Angeklagte B.

Dieser hielt am Abend des 9. November 1938 bei einer Parteiversammlung eine Rede. Dann begab er sich auf die Geschäftsstelle der NSDAP in Hohenlimburg. Dort wurde er zwischen 22 und 23 Uhr von einem auswärtigen, ihm unbekannten SS-Mann

aufgesucht. Dieser forderte B. auf, ihm ausgesuchte Leute, die in Hohenlimburg ortskundig sein mußten, zur Verfügung zu stellen. Als B. fragte, was das zu bedeuten hätte, gab der SS-Mann eine ausweichende Antwort, ließ aber durchblicken, daß wegen der Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath eine Gegenaktion geplant sei. B. ist diesem Ersuchen nicht nachgekommen, weil er sich nicht verpflichtet fühlte, einem fremden Menschen zu folgen, zumal ihm auch keine Information von einer Parteidienststelle vorgelegen hatte.

Am Morgen des folgenden Tages (10.11.1938) begab sich der Angeklagte B. wie gewöhnlich zu seiner Arbeitsstelle bei der Firma H.. Bei dieser Firma war auch der Zeuge M. beschäftigt. Dieser nahm etwa gegen 9-9 1/2 Uhr einen für den Angeklagten B. bestimmten Anruf des damaligen Leiters der Polizei in Hohenlimburg, des inzwischen verstorbenen Polizeileutnants H. entgegen. Dieser wollte B. sprechen, er forderte zu einer Protestkundgebung gegen die Juden auf dem Kronenburgplatz auf und sagte weiter zu dem Zeugen M., die Polizei habe Befehl, auf der Wache zu bleiben, um die Kundgebung ungestört zu lassen. (Dem Zeugen war bereits bekannt geworden, daß es in der vorausgegangenen Nacht zu Zerstörungen an jüdischen Häusern im Stadtteil Elsey gekommen war). Der Zeuge M. teilte dem Angeklagten B. den Inhalt des Gespräches mit. Kurze Zeit später wurde B. selbst von dem Polizeileutnant H. angerufen. Er weigerte sich diesem gegenüber, an der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz teilzunehmen und auf ihr zu sprechen und begründete seine Weigerung mit starker geschäftlicher Inanspruchnahme. Daraufhin rief der inzwischen verstorbene damalige Bürgermeister von Hohenlimburg, Dr. P., bei dem Angeklagten B. an und forderte ihn auf, an der Kundgebung teilzunehmen und dort zu sprechen. Als B. sich wiederum ablehnend verhielt, machte Dr. P. ihn darauf aufmerksam, daß seine ablehnende Haltung am vergangenen Abend (Weigerung, dem SS-Mann ortskundige Leute zur Verfügung zu stellen) eventuell noch Weiterungen haben könne. Dr. P. betonte auch noch, daß die Judendemonstration von höchster Stelle angeordnet worden sei. Schließlich erklärte sich der Angeklagte B. zur Mitwirkung bereit.

Als sich B. nun zur Teilnahme entschlossen hatte, ließ er es nicht dabei bewenden, zu der Kundgebung zu gehen und dort eine Rede zu halten, sondern wurde auch noch in der Richtung tätig, weitere Teilnehmer zur Kundgebung auf den Kronenburgplatz zu bringen. Er rief bei mindestens zwei Betrieben in Hohenlimburg an und forderte auf, die Belegschaft zur Teilnahme an der Kundgebung auf den Kronenburgplatz zu schicken. Es handelt sich hier um die Firmen W. und B. und V.. Außerdem rief B. noch den Angeklagten K. an.

Bei der W. nahm der Angeklagte Sch. den Anruf B. entgegen. Dieser forderte ihn auf, mit allen Parteiangehörigen des Betriebes zu einem Demonstrationszuge nach dem Kronenburgplatz zu marschieren. Der Angeklagte Sch. erwiderte, daß er für eine solche Anordnung nicht zuständig sei, B. solle sich an den Betriebsführer Dr. B. wenden. Da dieser im Augenblick nicht erreichbar war, erklärte sich Sch. bereit, mit Dr. B. Rücksprache zu nehmen. Bevor dies jedoch geschah, rief der Angeklagte B. zum zweiten Male bei Sch. an und verlangte, daß dieser mit den Arbeitern kommen solle. Sch. entgegnete, er habe Dr. B. noch nicht erreicht und er werde von sich aus keine Entscheidung treffen. B. sagte dann: "Ich habe Befehl bekommen und den Befehl, den ich ausführe, müßt ihr auch ausführen!" Kurze Zeit danach kam die Verbindung zwischen dem Angeklagten B. und Dr. B. zustande. Dieser sagte dann zu dem Angeklagten Sch., er solle mit den Arbeitern der W. nach dem Kronenburgplatz marschieren. Das tat der Angeklagte Sch.

Bei der Firma B. und V. verhandelte der Angeklagte B. fernmündlich mit dem

Betriebsleiter, dem Zeugen E. Er forderte diesen zunächst auf, den ganzen Betrieb zu der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz zu schicken, beschränkte die Beteiligung dann aber auf die Parteigenossen, als E. sich ablehnend verhielt. Als der Zeuge E. auch dann noch nicht wollte, erklärte B., daß keinem Menschen ein Haar gekrümmt werden würde. E. kam dann dem Verlangen des Angeklagten B. nach und entsandte den Angeklagten S. mit Betriebsangehörigen der W. zu der Kundgebung auf den Kronenburgplatz.

Auf dem Wege nach dem Kronenburgplatz traf der Angeklagte B. mit dem Bürgermeister Dr. P. zusammen, wie beide vorher verabredet hatte. B. bemerkte bei den zur Kundgebung kommenden Teilnehmern Personen, die mit Brechstangen, Knüppeln usw. versehen waren. Er fragte Dr. P., was das bedeuten solle. Dr. P. antwortete, das verantworte er mit seiner Polizei, die er im übrigen auf der Wache eingesperrt habe.

Bei der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz hielt der Angeklagte B. eine Rede, deren Inhalt im einzelnen nicht mehr festgestellt werden konnte, deren allgemeine Tendenz aber ein Protest gegen die von einem Juden verübte Gewalttat gegen einen deutschen Diplomaten war. Insbesondere ließ sich nicht nachweisen, daß B. ausdrücklich zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden aufgefordert hat. Immerhin hat B. auch nicht unter Hinweis auf die mit Brechstangen, Knüppeln und ähnlichen Werkzeugen versehenen Teilnehmer vor der Begehung von Gewalttätigkeiten gewarnt. B. war sich vielmehr dessen bewußt, daß es im Anschluß an seine Rede zu Ausschreitungen gegen die jüdischen Einwohner und ihr Eigentum durch die versammelte Menge kommen würde.
Das geschah dann auch. Unmittelbar nachdem der Angeklagte B. seine Rede beendet hatte, drängte die Menge nach dem in der Nähe des Kronenburgplatzes befindlichen Hause des jüdischen Metzgers Koppel. Teilnehmer der Menge warfen die Fensterscheiben ein, drangen in das Haus ein, beschädigten das Mobilar und zerstörten das Haus in erheblichem Umfange. Der Angeklagte B. befand sich in der Menschenmenge gegenüber dem Haus von Koppel. Er sah die Zerstörungen, welche Teilnehmer der Menge an dem Hause anrichteten, unternahm aber nichts, um diesen Einhalt zu gebieten.

Gegenüber der Besitzung von Koppel wohnte der Zeuge W.. Er stand am 10.11.1938 im Vorgarten des Hauses, in dem er wohnte, und machte von den Vorgängen fotografische Aufnahmen. Dies wurde von einem Teilnehmer der Menge, welcher der SA angehörte, bemerkt. Der SA-Mann machte B. auf die Tätigkeit des Zeugen W. aufmerksam. B. rief den Zeugen zu sich heran und machte ihn wegen des Fotografierens schwere Vorwürfe. Er sprach von staatsfeindlichen Handlungen und sagte dem Zeugen W., daß er ihn deswegen hinter Stacheldraht bringen könne, und daß der Fotoapparat beschlagnahmt werde. B. gab dann dem SA-Mann den Befehl, dem Zeugen den Fotoapparat wegzunehmen und den Film zu zerreißen. Der SA-Mann führte diesen Befehl aus. Der Zeuge W. hat den Fotoapparat nicht zurückerhalten.

Kurze Zeit später zog die Menge, mit ihr der Angeklagte B., von dem Hause Koppel nach der Synagoge und nahm dort die oben bereits erwähnten Beschädigungen und Zerstörungen vor. B. stand dabei in der Menge und sah, wie die Fensterscheiben eingeworfen wurden und eine Matratze aus dem Fenster flog. Auch bei der Synagoge schritt der Angeklagte B. nicht gegen die Gewalttätigkeiten ein, die aus der Menge begangen wurden.

Von der Synagoge ging der Angeklagte B. mit der Menge weiter, trennte sich dann

aber mit dem Bürgermeister Dr. P. von ihr und begab sich mit diesem nach dessen Haus, wo beide eine Unterredung hatten. Als sie noch vor der Tür des Hauses von Dr. P. standen, hörte B. Lärm von der etwa 100 Meter entfernt liegenden Wohnung des Juden Meyberg. B. begab sich dorthin und sah, wie die Scheiben eingeschlagen wurden. Er rief der Menge zu: "Nun aber Schluß damit!" Diese störte sich aber nicht an den Ruf, sondern setzte die Gewalttätigkeiten fort. Der Angeklagte B. ging sofort nach der Wohnung von Dr. P. zurück. Nach einer Unterredung mit diesem begab er sich in seine Wohnung, ohne sich noch weiter an der Aktion gegen die jüdischen Einwohner von Hohenlimburg zu beteiligen.

Später hat sich der Angeklagte B. bei dem Zeugen V., dem damaligen stellvertretenden Gauleiter, über das Verhalten des Bürgermeisters Dr. P. ihm gegenüber beschwert und auch anderen Personen gegenüber seiner Mißbilligung dieser Aktion gegen die Juden Ausdruck gegeben. Er hat weiter einige Tage nach dem 10.11.1938 anläßlich einer Besprechung bei dem Bürgermeister Dr. P. diesem vorgeworfen, er habe ihn unter Druck gesetzt und zu der Rede vom 10.11.1938 gedrängt.

2.) und 3.) Die Angeklagten J. und K.H.

Diese beiden Angeklagten waren im November 1938 die einzigen Arbeiter der Firma L.&Co. in Hohenlimburg. Am Vormittag des 10.11.1938 waren sie auf dem Hofe ihrer Arbeitgeberin mit dem Transport von Kisten beschäftigt. Sie bemerkten, daß viele Männer, von denen ein Teil noch in Arbeitskleidung war, sich in Richtung des Kronenburgplatzes bewegten. Von einigen dieser Männer erfuhren sie, daß auf dem Kronenburgplatz eine Kundgebung stattfinden sollte, und wurden zum Mitgehen aufgefordert. Sie gingen dann zu ihrem Betriebsführer und erklärten ihm, daß sie auch nach dem Kronenburgplatz gehen wollten. Als die dort ankamen, sahen sie, daß sich eine große Menschenmenge versammelt hatte, von der ein Teil mit Brechstangen und Spitzhacken ausgerüstet war. Im Gedränge kamen diese beiden Angeklagten auseinander.

Als der Angeklagte B. seine Rede beendet hatte und die Menge zum Hause Koppel zog, befand sich der Angeklagte K.H. etwa 60 bis 80 Meter vom Hause Koppel entfernt in der Menge. Er drängte sich durch die Menge bis an das Haus heran und betrat es. Dort sah er den Zerstörungen zu, die andere ausführten, ohne selbst an diesen sich zu beteiligen. Dann begab er sich mit der Menge nach der Synagoge und sah dort ebenfalls den Gewalttätigkeiten zu. K.H. war in fast allen jüdischen Häusern in Hohenlimburg, in denen Beschädigungen ausgeführt wurden.

Der Angeklagte J.H. verblieb nach der Rede B. in der Menge am Kronenburgplatz und sah sich die Zerstörungen an, welche von Teilnehmern der Menge an dem Koppel'schen Hause begangen wurden. Als die Menge sich dort so ziemlich verlaufen hatte, ging J.H. allein weiter, um sich nach Hause zu begeben. Auf dem Heimwege geriet er in eine Kolonne, die nach dem Hause des Juden Meyberg zog. In dieser befand sich auch der Angeklagte K.H.

Diese beiden Angeklagten zogen mit der Kolonne in das Haus von Meyberg.

Sie sahen in dem Hause den Zerstörungen zu, welche von Mitgliedern der Kolonne an den Einrichtungsgegenständen begangen wurden. K.H. warf Wäschestücke aus dem Fenster. J.H. stürzte einen Schrank die Treppe herunter.

Nach dieser Beteiligung im Hause Meyberg wurde der Angeklagte J.H. von seiner

Mutter mit nach Hause genommen, während K.H., wie vorstehend bereits erwähnt, noch andere jüdische Häuser aufsuchte.

4.) Der Angeklagte H.

Dieser fuhr am Vormittag des 10.11.1938 mit seinem Lastkraftwagen durch Hohenlimburg und versorgte die Kundschaft mit Eis. Als er vor der Wirtschaft B. in Hohenlimburg hielt, sah er einen Trupp Arbeiter mit Brechstangen und ähnlichem Gerät vorbeikommen. Unter diesen befand sich auch der damalige SA-Sturmführer He., mit dem H. bekannt war. H. fragte, was los sei. He. gab ihm auf diese Frage keine Antwort, sondern sagte ihm nur, er müsse warten und dann Leute nach Letmathe fahren. H. antwortete, dazu habe er keine Zeit, er müsse Eis fahren. Daraufhin gab He. ihm den dienstlichen Befehl zu warten, obwohl er nicht der Sturmführer oder sonstige SA-Dienstvorgesetzte des H. war. H. erwiderte den "dienstlichen Befehl" von He. mit dem bekannten Götz-Zitat. Jetzt zog He. den Zündschlüssel vom Kraftwagen des Angeklagten H. und zog mit seinem Trupp in Richtung Synagoge weiter. H. wartete etwa 1 Stunde bei seinem Wagen. Von seinem Platz aus konnte er nicht sehen, was bei der Synagoge geschah.

Er erfuhr aber von anderen Personen, daß eine Aktion gegen die Juden stattfand. H. ging schließlich, als ihm das Warten zu lange dauerte, nach der Synagoge. Dort sah er, daß die Scheiben zerschlagen und die Tür erbrochen war. Er traf He., der inmitten eines Trupps von etwa 20 Leuten stand. H. fragte He., wann er denn nun eigentlich fahren könne. He. antwortete, er werde den Zündschlüssel zurückbekommen, wenn er nach dem Hause Rosenberg in Elsey fahre. Der Angeklagte H. ließ sich hierauf ein und fuhr dorthin. Er hielt bei dem Hause Hesse, das sich in der Nähe des Hauses Rosenberg befindet. An diesem Hause bemerkte er ebenfalls Zerstörungen. Als He. nach dem Hause Rosenberg kam, ließ er den Angeklagten H. abfahren. Als dieser mit seinem Wagen anfuhr, sprangen einige Leute auf, die H. nach Letmathe fuhr.

5.) Der Angeklagte V.

Dieser war im November 1938 Betriebsobmann der W. in Hohenlimburg. Zusammen mit dem Angeklagten Sch. und etwa 30 bis 40 weiteren Betriebsangehörigen der W. begab er sich am Vormittag des 10.11.1938 zur Kundgebung auf dem Kronenburgplatz. Diese kamen dort erst an, als die Rede B.'s schon fast beendet war.

Als nach Beendigung dieser Rede aus der Menge heraus die Gewalttätigkeiten gegen das Haus Koppel begannen, verblieb der Angeklagte V. in der Menge und sah den Zerstörungen zu. Er ging bis auf 20 bis 25 Meter an das Haus Koppel heran; näher heranzukommen war ihm wegen der dichtgedrängten Menge nicht möglich. Der Angeklagte V. ging mit dem letzten Teil der Menge auch noch nach dem Hause des Juden Meyberg, kam dort aber erst an, als die Zerstörungen beendet waren.

6.) Der Angeklagte B.

Dieser war im November 1938 bei der H. AG in Hohenlimburg als Kraftfahrer beschäftigt. Er erhielt von dem verstorbenen Betriebsleiter P. am 10.11.1938 den Auftrag, etwa 20 Betriebsangehörige zu der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz zu fahren. Diesen Auftrag führte B. aus. Als er mit seinem Lastkraftwagen und den 20 Mann auf dem Kronenburgplatz ankam, sah er, daß das Haus Koppel schon weitgehend zerstört war. Auf dem Kronenburgplatz gab eine uniformierte Person dem Angeklagten B. die Anweisung, nach der Synagoge zu fahren. Dies tat B. Er stellte

seinen Wagen in der Wesselbachstraße ab. Die 20 Mann, die den Wagen am Kronenburgplatz nicht verlassen hatten, stiegen nun ab und begaben sich nach der Synagoge. B. folgte ihnen und blieb etwa 20 Meter von der Synagoge entfernt auf der Eggestraße in der dort versammelten Menschenmenge stehen und sah etwa 1/2 Stunde lang den Gewalttätigkeiten zu, die von Teilnehmern der Menge begangen wurden. Dann ging B. zu seinem Wagen zurück. Einige der Leute, die er gefahren hatte, sagten ihm, er solle nach dem Hause Rosenberg in Elsey fahren. B. fuhr mit den 20 Mann dort hin und hielt in etwa 25 Meter Entfernung von dem Hause Rosenberg an. Die 20 Mann und auch der Angeklagte B. schlossen sich der vor diesem Hause versammelten Menge an. B. sah den Gewalttätigkeiten zu, die von Teilnehmern der Menge begangen wurden. Er sah, wie Einrichtungsgegenstände, darunter ein Teppich, aus dem Fenster geworfen wurden. Dann fuhr B. ohne die 20 Mann mit seinem Wagen zur H. A.G. zurück.

7.) Der Angeklagte M.

Dieser war im November 1938 bei der W. beschäftigt. Dort hörte er am Vormittag des 10.11.1938, daß zu einer Demonstration herausgetreten werden sollte. Er rief fernmündlich bei seinen SA-Kameraden, die bei der Sparkasse beschäftigt waren, an, um sich zu erkundigen, was los sei. Er erfuhr, daß es sich um eine Parteiangelegenheit handele.
Daraufhin begab er sich in seine Wohnung, wechselte seine Arbeitskleidung gegen einen Zivilanzug, frühstückte und ging anschließend nach dem Kronenburgplatz. Dort hörte er den Schluß der Rede des Angeklagten B.

M. verblieb in der Menge, als von Teilnehmern derselben mit den Zerstörungen am Hause Koppel begonnen wurde.
Er sah, wie die Dachziegel herunterfielen, Scheiben eingeschlagen und Einrichtungsgegenstände nach draußen geworfen wurden. Dann betrat er das Haus Koppel, konnte aber nur bis zum Hausflur gelangen, weil Einrichtungsgegenstände die Treppe heruntergeworfen wurden, so daß er befürchtete, von diesen getroffen zu werden, wenn er weiter in das Haus hineinging. Dann erhielt M. den Befehl, - er meint, es sei der Angeklagte B. gewesen, der ihm diesen erteilt habe - einen Mann, der einen Anzug gestohlen habe, festzunehmen. M. versuchte, diesem Befehl nachzukommen, konnte den Mann aber nicht einholen.

Im Anschluß an die Aktion bei dem Hause Koppel ist der Angeklagte M. mit Bekannten in der Menge nach anderen jüdischen Häusern gezogen und hat sich die Zerstörungen angesehen.

8.) Der Angeklagte S.

Dieser Angeklagte, bei der H. AG. beschäftigt, hörte am Vormittag des 10.11.1938 von Betriebskameraden, daß eine Kundgebung auf dem Kronenburgplatz stattfand und begab sich mit seinen Arbeitskameraden dorthin. Er hörte die Rede B.'s an und verblieb nach deren Beendigung in der Menge, als von Teilnehmern derselben die Zerstörungen am Hause Koppel vorgenommen wurden. Er ist auch auf das Haus zugegangen, weil sein Rückweg daran vorbeiführte. Vor dem Haus blieb er einige Zeit in der Menge stehen und sah den Gewalttätigkeiten zu. Er hörte, daß in dem Hause Gegenstände zertrümmert wurden.

Es hat sich nicht feststellen lassen, daß der Angeklagte S. auch noch bei den Zerstörungen an und in anderen jüdischen Häusern in Hohenlimburg anwesend war.

9.) Der Angeklagte K.

Dieser wurde am Morgen des 10.11.1938 von dem Angeklagten B., mit dem er gut bekannt war, bei der Arbeitsfront, wo er sich aufhielt, angerufen und aufgefordert, an der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz teilzunehmen. K. begab sich dorthin. B. hatte, als K. dort eintraf, seine Rede bereits beendet; die Zerstörungstätigkeit aus der versammelten Menge am Hause Koppel hatte bereits begonnen. Der Angeklagte K. begab sich unter die Menge und betrat auch das Haus von Koppel, während die Zerstörungen noch andauerten.

Im Anschluß daran ging der Angeklagte K. mit der Menge nach der Synagoge und den jüdischen Häusern Löwenstein, Vogelsang und Meyberg und sah der Zerstörungstätigkeit zu. Die beiden letzten Häuser betrat er auch, während die Zerstörung der Einrichtung noch andauerte.

10.) Der Angeklagte H.

Dieser gehörte zu den Betriebsangehörigen der W., welche am Vormittag des 10.11.1938 an der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz teilnahmen. Nach Beendigung der Rede des Angeklagten B. hörte er die Worte: "Jetzt wird alles in Klumpen geschlagen!" Es konnte nicht festgestellt werden, wer der Sprecher dieser Worte war. Als die Menge ihre zerstörende Tätigkeit an dem Hause Koppel begann, entfernte der Angeklagte H. sich nicht sofort aus ihr, sondern ging nur bis nach der Schloßapotheke, die etwa 30 Meter vom Hause Koppel entfernt ist und bis wohin sich die Menge erstreckte. Von dort aus sah er der Zerstörungstätigkeit einige Zeit zu. Dann erfuhr der Angeklagte H., daß sich sein damals 18 Jahre alter Sohn Hans ebenfalls unter der Menge befinden sollte. Er suchte diesen. Als er ihn nicht finden konnte, ging er nach der Wohnung seines Stiefvaters, wo er seinen Sohn Hans bereits vorfand.

11.) Der Angeklagte S.

Dieser Angeklagte hörte sich am 10.11.1938 von der Tür seiner Werkstatt aus die Rede des Angeklagten B. auf dem Kronenburgplatz an. Als die Zerstörungstätigkeit der Menge an dem Hause Koppel begann, ging der Angeklagte S. in den Vorgarten des Hauses, in dem der Zeuge W. damals wohnte und das dem Koppel'schen Hause gegenüber liegt. Von dort aus machte er fotografische Aufnahmen.

Als S. mit dieser Tätigkeit fertig war, ging er nach dem in der Nähe der Synagoge gelegenen Hause des Juden Schönebaum, stellte sich zu der dort befindlichen Menschenmenge und sah zu, wie von Teilnehmern dieser Menge Sachen durch die Fenster nach draußen geworfen wurden. Auch dort machte S. einige fotografische Aufnahmen.

Dann ging der Angeklagte S. noch nach den Häusern der Juden Löwenstein und Rosenberg, gesellte sich jeweils zu der dort befindlichen Menschenmenge und sah zu, wie Teilnehmer derselben Sachen durch die Fenster auf die Straße warfen.

12.) Der Angeklagte J.

Dieser hatte am Morgen des 10.11.1938 gehört, daß auf dem Kronenburgplatz eine Kundgebung stattfand. Er ging dorthin und kam an, als der Angeklagte B. mit seiner Rede bereits begonnen hatte. Dann hat der Angeklagte J. bei dem Hause Koppel in der Menschenmenge gestanden und zugesehen, wie ein Teil derselben Zerstörungen

an dem Hause anrichtete.

Im Anschluß daran ist der Angeklagte J. der Menge zur Synagoge nachgezogen. Als er dort ankam, waren die Zerstörungen bereits beendet. J. ist mit anderen Neugierigen in der Synagoge gewesen und hat die angerichteten Schäden besichtigt.

13.) Der Angeklagte Sch.

Dieser Angeklagte ist mit den Betriebsangehörigen der W. zur Kundgebung nach dem Kronenburgplatz gegangen. Nach Beendigung der Rede des Angeklagten B. verblieb der Angeklagte Sch. in der versammelten Menschenmenge. Er sah von einer Litfassäule zu, wie von Teilnehmern der Menge Beschädigungen am Hause Koppel verübt wurden.

Als die Menge vom Hause Koppel nach der Synagoge zog, ging Sch. ihr mit einigen anderen Personen nach. Er kam dort an, als die Menge noch versammelt war, aber ihre zerstörende Tätigkeit bereits eingestellt hatte. Sch. stand am Rande der Menge und betrachtete die Zerstörungen.

Dann ging der Angeklagte Sch. nach dem jüdischen Hause Rosenberg und betrachtete aus einiger Entfernung die dort angerichteten Zerstörungen.

Dieser Sachverhalt ist auf Grund der eigenen Angaben der Angeklagten und der Bekundungen der in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen für erwiesen angesehen worden.

Die Angeklagten geben den festgestellten Sachverhalt im wesentlichen zu.

Der Angeklagte B. läßt sich dahin ein, daß er nicht mehr wisse, ob er am Vormittag des 10.11.1938 Betriebe in Hohenlimburg angerufen und diese aufgefordert hätte, die Betriebsangehörigen zu der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz zu entsenden. Er wird jedoch insoweit durch die glaubwürdige eidliche Bekundung des Zeugen E., des Betriebsleiters der Firma G. und V. und die glaubhaften Angaben des Angeklagten Sch. überführt. Beide bekunden mit aller Bestimmtheit, daß der Angeklagte B. dieserhalb angerufen habe.

Weiter erklärt der Angeklagte B., er sei sich dessen nicht bewußt gewesen und habe auch nicht erkennen können, daß die auf dem Kronenburgplatz versammelte Menschenmenge nach seiner Rede zu Ausschreitungen übergehen werde. B. hat jedoch, wie sich aus der glaubwürdigen Bekundung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Dr. V. ergibt, bei diesem in seiner Vernehmung vom 25. April 1949 zugegeben, daß es unmittelbar im Anschluß an seine Ansprache zur Ausschreitung gekommen ist, und daß er auch damit gerechnet hatte. Dieses Geständnis des Angeklagten B. und nicht seine jetzige Einlassung ist nach Überzeugung des Schwurgerichts richtig.

B. war, wie er zugibt, bekannt, daß Teilnehmer der Kundgebung mit Brechstangen, Knüppeln usw. ausgerüstet waren. Er hatte selbst den Bürgermeister Dr. P. auf diesen Umstand hingewiesen und von diesem die Antwort erhalten, daß er das mit seiner Polizei verantworte. B. wußte, ferner, das hatte ihm sowohl der Bürgermeister Dr. P. gesagt als auch der Zeuge M. mitgeteilt, wie dieser glaubwürdig bekundet, daß die Polizei Befehl hatte, die Wache nicht zu verlassen. Daher war B. auch klar, daß

Gewalttätigkeiten gegen die Juden geplant waren, und auch, daß es zu solchen kommen werde. Er konnte deshalb nicht darüber im Zweifel sein und ist es auch nach der Überzeugung des Schwurgerichts nicht gewesen, daß zum mindesten die mit Werkzeugen versehenen Teilnehmer der Menge seine, des Ortsgruppenleiters, Rede gegen die Juden als das letzte Signal zur Begehung von Gewalttätigkeiten auffassen mußten und würden. Seine jetzige Einlassung, er sei sich dessen nicht bewußt gewesen, ist daher als Ausrede zu werten.

Schließlich leugnet der Angeklagte B. noch, daß er den Zeugen W. wegen des Fotografierens zur Rede gestellt und dem SA-Mann den Befehl gegeben habe, dem Zeugen den Fotoapparat wegzunehmen und den Film zu vernichten. B. wird jedoch insoweit durch die eidliche Aussage des Zeugen W. überführt, der dieses glaubwürdig bekundet.

Der Angeklagte J.H. läßt sich dahin ein, daß er in dem jüdischen Hause Meyberg den Schrank nicht die Treppe heruntergeworfen, sondern nur beiseite gedrückt habe, weil dieser ihm den Weg versperrt habe. Diese Einlassung ist widerlegt. J.H. hat, wie sich aus der glaubwürdigen Bekundung des Zeugen Kriminalpolizeiwachtmeister W. ergibt, bei seiner polizeilichen Vernehmung vom 30. April 1948 zugegeben, er habe im Hause Meyberg, genau wie die anderen, Inventarstücke die Treppe hinunter geworfen. Er hat auch, wie sich aus der glaubwürdigen Bekundung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Dr. V. ergibt, bei seiner Vernehmung durch diesen am 27. April 1949 zugegeben, im Hause Meyberg einen Schrank umgekippt und die Treppe hinunter geworfen zu haben. Das Schwurgericht ist der Überzeugung, daß der Angeklagte J.H. bei diesen Vernehmungen die Wahrheit gesagt hat und jetzt nur aus dem Grunde leugnet, den Schrank die Treppe hinunter geworfen zu haben, weil er befürchtet, schwerer bestraft zu werden.

Der Angeklagte K. läßt sich dahin ein, er wisse nicht mehr, ob er am Vormittag des 10.11.1938 von dem Angeklagten B. angerufen worden sei. Er hat jedoch, wie er zugibt, bei seinen polizeilichen Vernehmungen vom 26. April 1948 und 23. Dez. 1948 mit Bestimmtheit angegeben, daß dieser Anruf von dem Angeklagten B. gekommen sei. Erst bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter vom 29. April 1949 hat er dies abgeschwächt, indem er gesagt hat, der Anruf sei nach seiner Erinnerung von B. gekommen, es könne auch sein, daß er sich irre und ein anderer angerufen habe. Wenn der Angeklagte K. jetzt sagt, er wisse nicht mehr, ob der Anruf durch den Angeklagten B. erfolgt sei, so ist das nach Überzeugung des Schwurgerichts eine Unwahrheit, die der Angeklagte K. deshalb vorträgt, weil er den Angeklagten B. nicht belasten will. K. weiß, daß B. der Anrufende gewesen ist, und hat bei seinen früheren polizeilichen Vernehmungen die Wahrheit gesagt.

Soweit den Angeklagten eine Betätigung über den festgestellten Sachverhalt hinaus zur Last gelegt wird, konnte ihnen eine solche nicht nachgewiesen werden.

So wird dem Angeklagten B. zur Last gelegt, das in der Nähe der Synagoge gelegene jüdische Haus Schönebaum betreten zu haben. Der Zeuge M. hatte dies bei seiner polizeilichen Vernehmung bekundet, hat diese Aussage in der Hauptverhandlung aber nicht aufrecht erhalten können.

Dem Angeklagten M. wird zur Last gelegt, an den Zerstörungen in der Wohnung der jüdischen Familie Löwenstein führend beteiligt gewesen zu sein. Das hat sich nicht nachweisen lassen. Zwar bekundet die Zeugin G., die im November 1938 bei einer im Hause Löwenstein wohnenden Familie L. beschäftigt war, daß der Anführer der bei Löwenstein wirkenden Kolonne sie wegen Arbeit und Einkäufen bei jüdischen Familien

zur Rede gestellt habe. Sie sagt weiter, sie habe sich nach dem Namen dieses ihr unbekannten Anführers, der Arbeitskleidung getragen habe, bei anderen Leuten erkundigt. Es sei ihr gesagt worden, es sei E.M. gewesen. In der Hauptverhandlung meinte die Zeugin G., in dem Angeklagten M. den damaligen Anführer der Kolonne wiederzuerkennen. Ihre Aussage war in dieser Beziehung jedoch nicht sicher. Wegen der Länge der inzwischen verflossenen Zeit ist bei der Zeugin G. ein Irrtum in der Person nicht ausgeschlossen. Hinzu kommt noch, daß die Ehefrau des Angeklagten M. als Zeugin bekundet, der Angeklagte habe am 10.11.1938, als er zur Judenaktion ging, seine Arbeitskleidung gegen einen Zivilanzug gewechselt. Das spricht dagegen, daß der Angeklagte M. mit dem Anführer der Kolonne im Hause Löwenstein, der nach der Bekundung der Zeugin G. Arbeitskleidung getragen haben soll, personengleich ist.

Dem Angeklagten S. wird zur Last gelegt, der SA-Mann gewesen zu sein, der auf Befehl des Angeklagten B. dem Zeugen W. den Fotoapparat weggenommen hat. Das hat dieser Zeuge bei seiner früheren polizeilichen Vernehmung bekundet. Da der Zeuge W. aber in der Hauptverhandlung nicht mehr mit Sicherheit angeben konnte, daß der Angeklagte S. dieser SA-Mann gewesen ist, so kann S. diese Tat nicht nachgewiesen werden.

Dem Angeklagten K. wird zur Last gelegt, daß sein Verhalten während der Aktion bei dem jüdischen Hause Meyberg den Eindruck erweckt habe, er sei der Leiter dieser Aktion, und weiter, daß K. mit einer leeren Aktentasche in das Haus Meyberg gegangen und mit einer gefüllten Tasche wieder herausgekommen sei. Das hat sich dem Angeklagten K. nicht nachweisen lassen. Der Zeuge B., der bei seiner polizeilichen Vernehmung eine entsprechende Bekundung gemacht hatte, hat in der Hauptverhandlung bekundet, er könne nicht beschwören, daß es sich bei der in Frage stehenden Person, die Uniform getragen hatte, um den Angeklagten K. gehandelt habe. Hinzu kommt, daß der Zeuge E. noch bekundet, er habe den Angeklagten K. am 10.11.1938 gesehen, dieser habe Zivilkleidung getragen und keine Aktentasche mit sich geführt.

Dem Angeklagten J. wird zur Last gelegt, einen Zettel in der Hand gehabt zu haben, von dem er behauptet habe, es handele sich um eine Liste der jüdischen Familien, die noch "drankämen". J. leugnet das. Die Zeugin K., seine erste, von ihm geschiedene Ehefrau, welche eine solche Angabe gemacht hatte, hat in der Hauptverhandlung die Aussage verweigert. Der Angeklagte J. konnte daher insoweit nicht überführt werden.

Nach dem festgestellten Sachverhalt ist erwiesen, daß am Vormittag des 10.11.1938 auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg eine Menschenmenge von Hunderten von Personen sich öffentlich zusammengerottet hat, daß nach der Rede des Angeklagten B. von Teilnehmern der Menge mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Sachen der jüdischen Einwohner Koppel, Löwenstein, Schönebaum, Meyberg, Rosenberg, Vogelsang, Stern und gegen die Synagoge begangen worden sind. Es handelt sich um eine zusammengerottete Menschenmenge, die auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg zusammengetreten ist, und sich dann von dieser Stelle nach den jüdischen Häusern in Hohenlimburg begeben hat, dabei sich aufteilend, sich wieder vereinigend und in ihrem Bestande wechselnd. Bei natürlicher Betrachtungsweise ist dieser Vorgang als nur eine Handlung anzusehen. Jede Person, die an dieser Zusammenrottung teilgenommen hat, ist daher nur eines Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. I StGB schuldig, gleichgültig, ob sie an einem oder an mehreren Abschnitten der Zusammenrottung beteiligt ist.

hang mit der Menge. Dabei ist unerheblich, ob sie sich mitten in der Menge oder am Rande derselben aufhielten, wie die Angeklagten H. und Sch. (an der Schloßapotheke bzw. der Litfassäule den Vorgängen bei dem Hause Koppel zusehend) sagen. Auch am Rande einer Menge stehende Personen befinden sich in räumlichem Zusammenhang mit der Menge, sind also Teilnehmer derselben. Eine unmittelbare Tuchfühlung mit den anderen Teilnehmern der Menge ist nicht erforderlich.

Die vorbezeichneten Angeklagten zu a) bis m) hatten auch das Bewußtsein, in einer öffentlich zusammengerotteten Menge zu sein; denn ihnen war bekannt, daß sie sich in räumlichem Zusammenhang mit Hunderten von Menschen befanden, die nicht durch persönliche Beziehungen zusammenhingen, und daß es bei diesen vielen Menschen auf das Hinzukommen oder Weggehen einzelner Personen nicht ankam. Sie hatten auch den Willen in dieser Menschenmenge als Teil derselben zu verbleiben, denn sie haben keine Anstalten getroffen, sich aus der Menge zu entfernen, als von Teilnehmern derselben Gewalttätigkeiten begangen wurden. Weiter waren sie sich auch bewußt, durch ihre Anwesenheit die Gefährlichkeit der Zusammenrottung für die öffentliche Ordnung zu erhöhen. Unerheblich ist, aus welchen Beweggründen sich diese Angeklagten der Menge angeschlossen haben, ob aus Neugierde oder etwa deshalb, weil sie die Gewalttätigkeiten billigten.

Die Angeklagten B., J.u.K. H., V., B., M., S., K., H., S., J. und Sch. sind daher des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. I StGB schuldig.

Der Angeklagte B. ist weiter des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. II StGB schuldig, da er als Rädelsführer tätig geworden ist. Als Rädelsführer bei einer Zusammenrottung sind diejenigen Teilnehmer anzusehen, die geistig oder physisch eine führende Rolle spielen. Eine solche Rolle hat der Angeklagte B. in geistiger Beziehung gespielt. Er hat an die auf dem Kronenburgplatz zusammengerottete Menschenmenge, von der eine Anzahl Teilnehmer mit Brechstangen, Knüppeln, Hacken und ähnlichen Werkzeugen ausgerüstet war, die sich wegen der Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath in hoher Erregung befand und die bereit war, Gewalttätigkeiten zu begehen, eine Ansprache gehalten. Dabei waren dem Angeklagten B. alle diese Umstände bekannt und er wußte auch, daß die Menge seine Rede, die sich mit diesen Vorgängen befaßte, als letzte Aufforderung ansah, nunmehr zu Gewalttätigkeiten überzugehen. Wenn B. bei dieser Sachlage dann nicht in seiner Ansprache zur unbedingten Ruhe und Abstandnehmen von Gewaltmaßnahmen aufforderte - und das hat er nicht getan, wenn der Inhalt seiner Rede im einzelnen auch nicht mehr festgestellt werden konnte -, so wirkte er, und dessen war er sich bewußt, geistig führend auf die zu Gewalttätigkeiten bereite Menge ein. Diese führende Rolle hat er auch im weiteren Verlauf der Angelgenheit gespielt. Das zeigt sein Verhalten gegenüber dem Zeugen W., dem er den Fotoapparat abnehmen ließ, und bei dem Hause Meyberg, als er versuchte Einhalt zu gebieten. So wird nur jemand tätig, der bei der Zusammenrottung geistig eine führende Rolle spielt und das auch weiß.

Den Angeklagten J. und K.H., M. und K. wird ebenfalls Landfriedensbruch nach § 125 Abs. II StGB zur Last gelegt. Die Brüder H. sollen Sachen zerstört bzw. geplündert haben und M. und K. sollen als Rädelsführer tätig geworden sein. Das hat sich nicht erweisen lassen. Es steht zwar fest, daß der Angeklagte J.H. im Hause Meyberg einen Schrank die Treppe hinunter geworfen hat. Es konnte aber nicht festgestellt werden, daß der Schrank hierbei zerstört worden ist. Eine Beschädigung würde zum Erfüllen des Tatbestandes von § 125 Abs. II StGB nicht ausreichen. Der Angeklagte K.H. hat Bekleidungsstücke aus dem Fenster geworfen. Das ist aber weder Zerstörung noch Plünderung von Sachen. Auch konnte bei diesen beiden Angeklagten ebenso wie bei

den Angeklagten M. und K. nicht festgestellt werden, daß sie bei der Zusammenrottung geistig oder physisch eine führende Rolle gespielt haben, also Rädelsführer gewesen sind. M. und K. konnte auch nicht nachgewiesen werden, daß sie Zerstörungen vorgenommen oder geplündert haben.

Da die Angeklagten den Landfriedensbruch am 10. November 1938 begangen haben, sind ihre Taten - das gilt auch für den erschwerten Landfriedensbruch (§ 125 Abs. II StGB) des Angeklagten B. - an sich verjährt (§ 67 StGB).

Nach der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. Mai 1947 können jedoch Verbrechen und Vergehen, die zur Zeit ihrer Begehung mit einer Höchststrafe von mehr als 3 Jahren Gefängnis bedroht waren, strafrechtlich verfolgt werden, wenn die Gerechtigkeit, insbesondere die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die nachträgliche Sühne verlangt, vorausgesetzt, daß diese strafbaren Handlungen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aus politischen Gründen nicht bestraft worden sind. (§ 1 der V.O.). Die Vorschriften über die Verjährung stehen, soweit die Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 in Betracht kommt, einer Verfolgung und Bestrafung nicht entgegen, die Verjährung gilt für diese Zeit als ruhend (§ 3 der V.O.).

Die Voraussetzungen der Verordnung vom 23. Mai 1947 sind bei den des Landfriedensbruchs schuldigen Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten H. gegeben. Sie sind daher ohne Rücksicht auf die Vorschriften über die Verjährung zu bestrafen.

Bei dem Angeklagten H., der lediglich kurze Zeit aus einiger Entfernung den Zerstörungen bei dem Hause Koppel zugesehen und sich dann entfernt hat, verlangt wegen dieses geringen Tatbeitrages die Gerechtigkeit nach Auffassung des Schwurgerichts nicht mehr eine nachträgliche Sühne, auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Das ist nur bei den anderen des Landfriedensbruchs schuldigen Angeklagten wegen ihrer größeren Beteiligung der Fall.

Das Verfahren gegen den Angeklagten H. war daher einzustellen.

Hinsichtlich des den Angeklagten J. und K.H., B., M., K. und J. zur Last gelegten Vergehens nach § 124 StGB sind die Voraussetzungen der Verordnung vom 23. Mai 1947 nicht gegeben, da dieses Vergehen zur Zeit der Tat nur mit einer Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis bedroht war. Diese Straftat ist also verjährt. Einer besonderen Einstellung des Verfahrens bedurfte es insoweit nicht, da die Anklage Tateinheit mit Landfriedensbruch annimmt und die genannten Angeklagten wegen dieser Tat verurteilt sind.

Dem Angeklagten B. wird noch zur Last gelegt, ein selbständiges Vergehen nach § 111 Abs. I StGB dadurch begangen zu haben, daß er am 10.11.1938 öffentlich vor der auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg versammelten Menschenmenge zur Begehung einer strafbaren Handlung, nämlich zu Landfriedensbruch, aufgefordert habe. Insoweit konnte eine Verurteilung des Angeklagten B. aus Rechtsgründen nicht erfolgen. B. ist als Rädelsführer des erschwerten Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. II StGB schuldig. Seine Tätigkeit als Rädelsführer fällt mit der ihm zur Last gelegten Aufforderung zur Begehung des Landfriedensbruchs zusammen. Er kann daher wegen der letzteren Tätigkeit nicht noch wie ein Anstifter bestraft werden.

Insoweit mußte der Angeklagte B. daher freigesprochen werden.

Den Angeklagten B., J. und K.H., M. und K. wird weiter Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Art. II Ziff. 1 o des Kontrollratsgesetz Nr. 10 zur Last gelegt.

Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht, wer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft Menschen oder Menschengüter so angreift und schädigt, daß die Menschenwürde verletzt und die Menschheit als solche verletzt wird (Oberster Gerichtshof für die Britische Zone - St S 1/48; 3/48; 34/48).

Am 10. November 1938 hat in Hohenlimburg eine Verfolgung jüdischer Einwohner stattgefunden, bei der Sachgüter dieser Personen gewaltsam zertört wurden. Diese Verfolgung stand im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft. Bei dem erheblichen Ausmaß, das diese Zerstörungen angenommen haben, sind sie nicht als bloße Angriffe auf Sachgüter zu werten. Vielmehr wurde dadurch auch zum Ausdruck gebracht, daß die Juden außerhalb der menschlichen Gemeinschaft und des Rechts standen und mit ihrem Eigentum willkürlich verfahren werden konnte. Durch diese Angriffe gegen das Eigentum der jüdischen Einwohner wurde daher die Menschlichkeit verletzt. Objektiv sind somit die Voraussetzungen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gegeben. Es ist aber zweifelhaft, ob sich der Vorsatz der Angeklagten B. und J.u.K. H. hierauf erstreckt hat. Bei den Angeklagten M. und K. scheidet ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit schon deshalb aus, weil nicht erwiesen ist, daß sie Rädelsführer oder an Angriffshandlungen beteiligt waren.

Der Angeklagte B. hat sich zunächst gegen seine Mitwirkung bei der Aktion vom 10.11.1938 gesträubt. Es ist nicht erwiesen, daß er unmittelbar zu Gewaltmaßnahmen gegen das Eigentum der jüdischen Einwohner aufgefordert hat. Bei dem Hause Meyberg hat er, wenn auch nicht mit besonderer Energie und ohne Erfolg, versucht, den Gewalttätigkeiten der Menge ein Ende zu setzen. Bei dieser Sachlage ist es zum mindesten zweifelhaft, ob er sich dessen bewußt war, daß die Angriffshandlungen gegen die jüdischen Einwohner und damit die Zerstörung ihres Eigentums in dem geschehenen Umfang erfolgten, durch den sie erst zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden. Auf keinen Fall ist aber erwiesen, daß der Angeklagte B. das Ausmaß der geschehenen Angriffshandlungen gewollt oder gebilligt hat, zumal er schon bald nach den Ereignissen vom 10.11.1938 seiner Mißbilligung gegenüber den Vorgängen Ausdruck gegeben hat.

Die Angeklagten J. und K.H. haben Angriffshandlungen gegen jüdisches Eigentum in geringem Umfange vorgenommen. Da sie zur Zeit der Tat aber noch sehr jung waren - der Angeklagte J.H. war sogar noch jugendlich -, so ist nicht nachzuweisen, daß sie sich dessen bewußt waren, durch ihre Handlungen die Menschenwürde und die Menschlichkeit als solche zu verletzen. Sie handelten unüberlegt als junge Menschen, ohne die Tragweite ihres Tuns voll zu überblicken.

Eine Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit konnte daher bei den Angeklagten B. und J. und K.H. aus subjektiven und bei den Angeklagten M. und K. aus objektiven Gründen nicht erfolgen. Eines Freispruchs bedurfte es insoweit nicht, da die Anklage Tateinheit mit dem von diesen Angeklagten begangenen Landfriedensbruch, wegen dessen sie verurteilt sind, annimmt.

Da der Angeklagte B., wie vorstehend bereits ausgeführt, das Ausmaß der von der Menge verursachten Zerstörungen nicht vorausgesehen hat, so kam seine Bestrafung wegen Anstiftung zum Vergehen nach § 305 StGB (Zerstörung des Hauses Koppel) nicht in Betracht.

Der Angeklagte H. ist nicht des Landfriedensbruchs schuldig, da nicht erwiesen ist, daß er sich in der Menge, von der die Gewalttätigkeiten gegen Besitz und Eigentum der jüdischen Einwohner begangen wurden, aufgehalten hat.

Es ist aber erwiesen, daß der verstorbene SA-Sturmführer He. sich zum mindesten als Teilnehmer in der Menge befunden hat, als von dieser die Gewalttätigkeiten begangen wurden. He. ist daher des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. I StGB schuldig. Zur Begehung dieses von He. begangenen Vergehens hat der Angeklagte H. durch Tat wissentlich Hilfe geleistet, indem er in Kenntnis der Betätigung von He. diesem den von ihm gefahrenen Lastkraftwagen als Transportfahrzeug zur Verfügung stellte, indem er auf Anweisung von He. nach dem jüdischen Hause Rosenberg fuhr und dort auf He. wartete. H. ist daher der Beihilfe (§ 49 StGB) zu dem von He. begangenen Landfriedensbruch schuldig.

Auch diese Tat ist an sich verjährt, jedoch liegen bei dem Angeklagten H. aus den gleichen Gründen wie bei den übrigen wegen Landfriedensbruchs verurteilten Angeklagten, mit Ausnahme von H., die Voraussetzungen der Verordnug vom 23. Mai 1947 vor.

Der Angeklagte J.H. war bei Begehung der Tat 14 aber noch nicht 18 Jahre alt, also Jugendlicher im Sinne des Reichsjugendgerichtsgesetzes (§ 1 Abs. 1). Er war bei seinem Alter von 17 Jahren und 9 Monaten zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen Entwicklung reif genug, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln (§ 3 Abs. 1 RJGG).

Den Angeklagten P., L., A. und S. wird ebenfalls Landfriedensbruch zur Last gelegt.

a) Der Angeklagte P. war im November 1938 bei der Firma B. & Co. in Hohenlimburg beschäftigt. Am Vormittag des 10.11.1938 wurde im Betrieb bekanntgegeben, daß auf dem Kronenburgplatz eine Kundgebung stattfinde, zu der die Arbeiter erscheinen sollten. P. begab sich daraufhin mit anderen Betriebsangehörigen nach dem Kronenburgplatz. Als er dort ankam, hatte der Angeklagte B. seine Rede bereits beendet. P. sah, daß Teilnehmer der Menge mit Hacken und ähnlichen Werkzeugen ausgerüstet waren.

   Alsbald nach seiner Ankunft begannen Teilnehmer der Menge mit dem Zerstörungswerk an dem Hause Koppel.

   Der Angeklagte P. läßt sich dahin ein, daß er sich nicht weiter in der Menge aufgehalten habe, als er gesehen habe, daß diese gegen das Haus Koppel gewalttätig vorgegangen sei. Er habe sich alsbald entfernt und seine in unmittelbarer Nähe des Kronenburgplatzes gelegene Wohnung aufgesucht.
   Diese Einlassung konnte dem Angeklagten P. nicht widerlegt werden. Da er sich aus der zusammengerotteten Menge entfernt hat, als diese mit der Begehung von Gewalttätigkeiten begann, hat er nicht mehr an dem Landfriedensbruch teilgenommen. Er war daher mangels Beweises freizusprechen.

b) Der Angeklagte L., der im November 1938 einen Sturmbann der SA führte und bei den Metallwerken H. in Hohenlimburg beschäftigt war, erhielt am Vormittag des 10.11.1938 auf seiner Arbeitsstelle einen Anruf von der Ortsgruppe der NSDAP in Hohenlimburg. L. erhielt dabei die Weisung, die ihm unterstehende SA zu einer Kundgebung auf dem Kronenburgplatz zusammenzurufen. Der Angeklagte L. kam dieser Weisung nicht nach, weil - wie er sagte - die SA sich grundsätzlich von der

politischen Leitung der NSDAP keine Weisungen erteilen ließ. Kurze Zeit nach dem Anruf sah L., wie sich Leute nach dem Kronenburgplatz bewegten. Er begab sich ebenfalls dorthin. Als er ankam, hatte der Angeklagte B. seine Rede bereits beendet und Teilnehmer der Menge begannen, die Tür zum Hause Koppel einzuschlagen.

Der Angeklagte L. läßt sich dahin ein, er habe sich danach noch kurze Zeit inmitten der Menge aufgehalten, um den verstorbenen SA-Sturmführer He., der sich in Uniform beteiligt habe, zur Rede zu stellen und ihm zu sagen, daß es einen schlechten Eindruck mache, wenn sich SA-Angehörige in Uniform an der Aktion beteiligten. Als dies geschehen sei, habe er sich etwa 30 Meter weit von der Menge bis nach der Schloßapotheke entfernt und von dort aus zugesehen, wie Gewalttätigkeiten gegen das Haus Koppel begangen wurden.

An diesem Standort befand sich der Angeklagte L. - ebenso wie der Angeklagte H., der an der gleichen Stelle stand -, in räumlichem Zusammenhang mit der Gewalttätigkeiten begehenden Menge. Die objektiven Voraussetzungen des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. I StGB sind daher bei ihm gegeben. Es ist aber zweifelhaft, ob sich der Angeklagte L. dessen bewußt war, sich noch in einer zusammengerotteten Menge als ein Teil derselben zu befinden, und ob er den Willen dazu hatte, als ein Teil der Menge in dieser zu verbleiben. (R.G. Bd. 55 S. 249). Da L. sich, nachdem er den verstorbenen SA-Sturmführer He. zur Rede gestellt hatte, von dem Hause Koppel, wo die Gewalttätigkeiten begangen wurden, entfernt hatte, konnte sich die Sachlage in seinem Bewußtsein so darstellen, daß er sich von der Menge getrennt hatte, wenn dies in Wirklichkeit auch noch nicht geschehen war. Dann fehlt es aber bei ihm an dem für den Landfriedensbruch erforderlichen Vorsatz, mit Wissen und Willen an einer zusammengerotteten Menge teilzunehmen. Dieser Vorsatz ist auch für die Zeit nicht nachgewiesen, die der Angeklagte L. sich noch in der Menge aufhielt, um den He. zur Rede zu stellen. Für diese Zeit kann nicht angenommen werden, daß L. den Willen hatte, in der Menge als Teil derselben zu verbleiben.

c) Der Angeklagte A. war - wie er sich einläßt - am Vormittag des 10.11.1938 mit seinem Lieferwagen unterwegs, um Kundschaft zu bedienen. Als er am Hause Koppel vorbeikam, bemerkte er die dort angerichteten Zerstörungen. Er hielt sich kurze Zeit am Zaun des Koppel'schen Hauses auf, hörte, daß Leute in diesem noch Zerstörungen anrichteten, und erkundigte sich, was eigentlich los sei. Als er dies in Erfahrung gebracht hatte, hat er sich entfernt.

Bei dieser Sachlage kann dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, daß er mit Wissen und Willen in einer zusammengerotteten Menge, von der Gewalttätigkeiten begangen wurden, verblieben ist. Es hat sich auch nicht nachweisen lassen, daß A. bei dem Hause Koppel in anderer Weise tätig geworden ist, als er selbst angibt. Keiner der hierzu vernommenen Zeugen Frau M., L., Eheleute L., Frau S., H. und St. hat ausgesagt, daß A. etwa unter Hinweis auf einen Korb mit Eiern, den er in der Hand hielt, gerufen hat: "So leben die Juden!"

Der Angeklagte A. hat sich schließlich noch am Mittag des 10.11.1938 den an der Synagoge angerichteten Schaden angesehen. Es ist aber nicht erwiesen, daß zu dieser Zeit an der Synagoge noch eine Menschenmenge zusammengerottet war, die Zerstörungen beging oder von der noch weitere Zerstörungen zu befürchten waren.

Der Angeklagte A. war daher mangels Beweises freizusprechen.

d) Der Angeklagte S. ist am Vormittag des 10.11.1938 mit anderen Betriebsangehörigen der Firma B. und V. in Hohenlimburg zu der Kundgebung auf dem Kronenburgplatz gegangen. Er hat die Rede des Angeklagten B. gehört. Als die Menge dann mit den Zerstörungen am Hause Koppel begann, ist S. zusammen mit dem Zeugen B., wie sich aus dessen glaubwürdiger Bekundung ergibt, in etwa 90 bis 100 Meter Entfernung stehen geblieben. Es mag sein, daß S. sich dort noch in räumlichem Zusammenhang mit der Menge befand. Jedoch ist zweifelhaft, ob er sich dessen bewußt war, daß er als Teil in der Menge verblieb, und ob er den Willen dazu hatte. Für ihn konnte sich die Sache so darstellen, daß er von der Menge räumlichen Abstand hielt und sich nicht als Teil derselben ansah.
Später ist der Angeklagte S. dann nach der Synagoge gegangen und hat sich dort die angerichteten Schäden angesehen. Er hat aber hierbei, wie er sich unwiderlegt einläßt, räumlichen Abstand von der Menge gehalten.

Dann ist der Angeklagte S. noch anläßlich eines Besuches bei einem Bekannten in Elsey in der Nähe des jüdischen Hauses Rosenberg gewesen, als dort Zerstörungen angerichtet wurden. Er läßt sich dahin ein, daß er etwa 2 Häuserfronten breit von der Menge entfernt gestanden habe. Diese Einlassung konnte ihm nicht widerlegt werden.

Bei dieser Sachlage ist dem Angeklagten S. Landfriedensbruch nicht nachzuweisen. Er war daher mangels Beweises freizusprechen.

Schwerer Landfriedensbruch nach § 125 Abs. II StGB ist mit Zuchthaus bedroht. Nur bei Vorliegen mildernder Umstände kann auf Gefängnis nicht unter sechs Monaten erkannt werden.

Gegen den Angeklagten B. müßte daher eine Zuchthausstrafe verhängt werden, wenn bei ihm keine mildernden Umstände vorliegen würden. Das Schwurgericht hat solche darin gesehen, daß der Angeklagte B. sich zunächst geweigert hat, an der Judenaktion teilzunehmen, daß er den Umfang des durch diese angerichteten Schadens nicht gewollt hat, daß er weiter bei dem jüdischen Hause Meyberg wenigstens, wenn auch vergeblich, versucht hat, der Aktion ein Ende zu setzen, und daß er schließlich schon kurze Zeit später das Geschehene mißbilligt hat. Aus diesen Gründen sind daher dem Angeklagten B. mildernde Umstände zugebilligt worden. Mildernd ist weiter zugunsten des Angeklagten B. gewertet worden, daß er sich im allgemeinen seinen politischen Gegnern gegenüber anständig und korrekt verhalten und in Einzelfällen versucht hat, geschehenes Unrecht wieder gut zu machen.

Die gegen den Angeklagten B. zu verhängende Gefängnisstrafe konnte aber keine geringe sein. Dazu ist sein Tatbeitrag zu erheblich. Es war dabei auch zu berücksichtigen, daß die Strafe aus Abschreckungsgründen nicht zu niedrig ausfallen durfte. Unter Berücksichtigung dieser Umstände erschien bei B. eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren als angemessen, aber auch unbedingt erforderliche Sühne.

Mildernd ist hierbei auch in Betracht gezogen worden, daß der Angeklagte B. zur Zeit der Tat unbestraft war.

Die übrigen Angeklagten sind des einfachen Landfriedensbruchs schuldig. Die Mindeststrafe hierfür ist Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Es ist erwiesen, daß an der Zusammenrottung teilgenommen haben:

a) der Angeklagte B.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus Koppel
und die Synagoge begangen wurden,

b) der Angeklagte J.H.,
als Gewalttätigkeiten gegen die Häuser
Koppel und Meyberg begangen wurden,

c) der Angeklagte K.H.,
als Gewalttätigkeiten gegen die Häuser
Koppel, Meyberg und Rosenberg begangen wurden,

d) der Angeklagte V.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus Koppel
und die Synagoge begangen wurden,

e) der Angeklagte B.,
als Gewalttätigkeiten gegen die Synagoge
und das Haus Rosenberg begangen wurden,

f) der Angeklagte M.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus
Koppel begangen wurden,

g) der Angeklagte S.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus
Koppel begangen wurden,

h) der Angeklagte K.,
als Gewalttätigkeiten gegen die Häuser
Koppel, Löwenstein, Vogelsang, Meyberg
und die Synagoge begangen wurden,

i) der Angeklagte H.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus
Koppel begangen wurden,

k) der Angeklagte S.,
als Gewalttätigkeiten gegen die Häuser
Löwenstein, Schönebaum, Rosenberg und die
Synagoge begangen wurden,

l) der Angeklagte J.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus
Koppel begangen wurden,

m) der Angeklagte Sch.,
als Gewalttätigkeiten gegen das Haus
Koppel begangen wurden.

Diese Angeklagten befanden sich bei der Zusammenrottung in räumlichem Zusammen-

Strafmildernd ist bei allen diesen Angeklagten berücksichtigt worden, daß sie zur Zeit der Tat mit Ausnahme des Angeklagten B., dessen Vorstrafe aber auf einem anderen Gebiete liegt, nicht bestraft waren. Weiter fiel mildernd ins Gewicht, daß sie im wesentlichen sich aus Neugierde in der Menge aufgehalten haben. Um sie für die Zukunft zu warnen, mußten aber auch bei diesen Angeklagten die Strafen empfindlich sein.

Es erschien als angemessene und ausreichende Sühne, wobei jeweils der Umfang des Tatbeitrages der einzelnen Angeklagten entsprechend berücksichtigt worden ist:

a) bei dem Angeklagten K.H.
acht Monate Gefängnis,

Bei diesem ist mildernd noch in Betracht gezogen worden, daß er zur Zeit der Tat erst 19 Jahre alt war und daher zu der Tat im wesentlichen aus jugendlicher Unbedachtheit gekommen ist,

b) bei dem Angeklagten H.
fünf Monate Gefängnis,

Bei diesem ist die Strafe gemäß §§ 49, Abs. II, 44 StGB gemildert worden,

c) bei dem Angeklagten V.
sieben Monate Gefängnis,

d) bei dem Angeklagten B.
acht Monate Gefängnis,

e) bei dem Angeklagten M.
acht Monate Gefängnis,

f) bei dem Angeklagten S.
sieben Monate Gefängnis,

g) bei dem Angeklagten K.
neun Monate Gefängnis,

h) bei dem Angeklagten S.
sieben Monate Gefängnis,

i) bei dem Angeklagten J.
acht Monate Gefängnis,

k) bei dem Angeklagten Sch.
sechs Monate Gefängnis,

l) bei dem Angeklagten J.H.
fünf Monate Gefängnis.

3. Pressedarstellungen

Über den Prozeß vor dem Schwurgericht des Landgerichts Hagen im Jahre 1949 berichtete die Presse in Hohenlimburg und Hagen.

Judenverfolgung vor Gericht

17 Hohenlimburger sitzen auf der Anklagebank des Hagener Schwurgerichts

Sie haben sich der Begehung oder der Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen am 10. November 1938 zu verantworten. An erster Stelle steht der frühere Ortsgruppenleiter Wilhelm Boecker. Sein Schicksal teilen mit ihm 16 weitere ehemalige Mitglieder der NSDAP, SA, der SS und der HJ. Den 17 Angeklagten stehen 10 Verteidiger zur Verfügung. Man rechnet mit der Vernehmung von etwa 70 Zeugen. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Thierbach. Die Verhandlung wird sich bis zum Ende der Woche hinziehen.

Der erste Verhandlungstag galt der Vernehmung der Angeklagten. „Ich hatte niemanden, der mir etwas anders sagte, als daß die Juden schlecht seien", sagt der damals 18 Jahre alte Angeklagte Kurt Heinemann. „Deswegen glaubte ich damals, daß wir uns an dem Vermögen und dem Besitz der Juden für den Mord an Ernst vom Rath rächen müßten."

Dann folgte in ausführlicher Form die Vernehmung des Hauptangeklagten Boecker, der sich die Vernehmung aller anderen Angeklagten anschloß.

Der Dienstag und der Mittwoch gilt der Vernehmung der Zeugen.

NHZ 13.12.1949

Mit Schmiedehämmern zum Protest

Aufsehenerregende Zeugenaussagen am 2. Verhandlungstage im Boecker-Prozess

fe **Hohenlimburg.** Die Vergehen, die den 17 Angeklagten im Boecker-Prozeß zur Last gelegt werden, sind wahrlich schwer genug, um darüber eine Vielzahl von Zeugen zu hören: Schwerer Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch, Begehung von Gewalttätigkeiten gegen Sachen in Besitz jüdischer Personen und die Aufforderung zur Begehung dieser Taten am 10. 11. 1938.

Am heutigen Verhandlungstage wurden dazu 30 Zeugen vernommen. Wie am Vortage bei der Vernehmung der Angeklagten war auch bei einigen Zeugenaussagen festzustellen, daß versucht wurde, von den erstgemachten Aussagen im Wortlaut abzurücken und dadurch den Aussagen einen anderen Sinn zu geben. Die verständliche Entschuldigung der Zeugen ist die lange Zeit, die seit dem Vorfall verstrichen ist. Drei Kriminalbeamte wurden vernommen, um Unklarheiten zwischen dem vorliegenden Protokoll und den jetzigen Aussagen zu klären. Die drei Beamten beriefen sich auf eine einwandfreie Protokollierung, so daß die Differenzen mit Ungenauigkeiten im Ausdruck der Vernommenen erklärt werden mußten. Der verantwortliche Kriminalbeamte beschwor die Gewissenhaftigkeit seiner Protokolle.

Unter den vielen Entlastungszeugen, die von der Verteidigung benannt waren, und die den ihnen jeweils bekannten Angeklagten das beste Leumundszeugnis ausstellten, war von besonderer Bedeutung der Zeuge Esser, der auch auf Antrag des Staatsanwaltes seine Aussagen beeiden mußte. Auf die immer wiederkehrende Frage des Vorsitzenden: „Was wissen Sie von dem 10. November 1938?", sagte Esser ganz klar, daß der Ortsgruppenleiter Boecker in seinem (des Zeugen) Betriebe am Morgen des 10. November angerufen und gefordert habe, daß die Belegschaft am Kronenburgplatz zu einer Protestkundgebung gegen die Ermordung Ernst vom Raths anzutreten habe. Esser weigerte sich, dieser Anordnung mit seinem Betriebe nachzukommen.

Darauf versicherte Boecker, daß trotz der drohenden Haltung dieser Kundgebung kei-

nem Menschen ein Haar gekrümmt würde. Weiter wußte sich dieser Zeuge genau zu erinnern, daß sein damaliger Betriebsobmann die Weisung erhalten habe, **die aufmarschierenden Leute mit schweren Werkzeugen, Schmiedehämmern u. dergl., zu versehen.**

Aus dieser Aussage geht erstmalig im Laufe der Verhandlung hervor, daß Boecker sich selbst über die drohende Haltung der von ihm abgehaltenen Kundgebung klar war.

NHZ 14.12.1949

Belastet durch Entlastungszeugen

Ex-Oberbürgermeister Vetter im Zeugenstand während des Hohenlimburger Boecker-Prozesses

Der dritte Verhandlungstag im Boecker-Prozeß vor dem Schwurgericht Hagen galt der Vernehmung von weiteren 26 Zeugen. Auch unter diesen Zeugen wurden zwei von der Verteidigung bestellte Entlastungszeugen zu Belastungszeugen. Sie sagten Dinge aus, die in Widerspruch zu den Aussagen der Angeklagten standen.

Der Angeklagte Boecker, der am Morgen des 10. 11. 1938 von Bürgermeister Dr. Pott aufgefordert wurde, auf dem Kronenburg-Platz eine Protestkundgebung zu organisieren und abzuhalten, behauptete in seiner Aussage, dieser Aufforderung nur nachgekommen zu sein, da er von Pott unter Druck gesetzt wurde. Ebenso sagte er aus, daß er an seinem Arbeitsplatz mit niemanden vor der Veranstaltung habe sprechen können. „Von mir ist nicht die geringste Propagandatätigkeit für diese Demonstration ausgegangen." Nun erfuhr das Gericht durch die Aussage des Zeugen Möller, daß Boecker darüber unterrichtet war, daß die Polizei vom Bürgermeister den Befehl erhalten hatte, sich während der Aktion zurückzuhalten und die Polizeiwache nicht zu verlassen. Dadurch mußte der in etwa vorbestimmte Verlauf der Kundgebung Boecker bekannt sein. Der Zeuge Hulvershorn sagte aus, daß Boecker mit verschiedenen Arbeitskollegen vor der Demonstration gesprochen habe und seinen Unwillen zum Ausdruck gebracht habe, u. a. auch mit dem Mitangeklagten Krüger, der selbst ausgesagt hatte, an dem fraglichen Tag gar nicht im Betrieb gewesen zu sein.

Bis zu dem Augenblick, da vom Vertreter der Anklage die Vernehmung der Frau Koppel als Zeugin beantragt wurde und Frau Koppel kurz danach an die Zeugenbank trat, hatte sich kein Zeuge gefunden, der einwandfrei die Angeklagten in den fraglichen Punkten belasten konnte. Allen Zeugen war eine genaue Darstellung der Rede Boeckers nicht mehr möglich oder es fehlte ihnen die genaue Erinnerung an die Personen, die jüdische Häuser zerstört hatten. In der Person der Frau Koppel trat zwar nicht eine Augenzeugin der Vorgänge auf. Als Schwägerin der betroffenen jüdischen Familie Koppel wußte sie jedoch Einzelheiten der Zerstörungen und konnte Erzählungen wiedergeben, die ihr wenige Stunden nach dem Ereignis gemacht wurden. „Ein Stuhl war der Rest einer 9-Zimmer-Einrichtung der Familien Koppel und Loewenstein", berichtet die Zeugin. Sie will ferner gehört haben, daß den ersten Schlag auf das Haus Koppel der Angeklagte Boecker getan habe. Nach den unendlich vielen Zeugenaussagen, die alle den Abscheu Boeckers gegen jede Gewalttätigkeit bekundeten, ist diese Aussage erst- und einmalig.

Der frühere stellvertretende Gauleiter Vetter wurde über die Auslösung des Befehls zu dieser Aktion vom Gericht befragt. Er gab an, daß den am 8. 11. 1933 in München versammelten Gauleitern von Goebbels gesagt worden sei, Adolf Hitler habe sich alle Maßnahmen gegen den Mord an Ernst vom Rath vorbehalten. Den Gauleitern sei die Anweisung gegeben worden, ihre Gauleitungen entsprechend zu unterrichten. Trotzdem habe der Gaupropagandaleiter in Hagen den Befehl zum Losschlagen gegeben.

Am Donnerstag wird der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Kebbekus, zu Wort kommen. Nach ihm die 10 Verteidiger der Angeklagten und die Angeklagten selbst. Mit dem Urteilsspruch ist im Laufe des Freitags zu rechnen.

NHZ 15.12.1949

Der Staatsanwalt hatte das Wort

Insgesamt 14 Jahre und 11 Monate beantragt

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Kebbekus stellte am vierten Verhandlungstage im Boecker-Prozeß eine allgemeine Betrachtung der Ereignisse des 9. November 1938 in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er stellte dabei heraus, daß keiner die Verantwortung für diesen Racheakt habe tragen wollen. Aus diesem Grunde sei dann später das Märchen von den „spontanen" Kundgebungen entstanden. Heute erkläre jeder Angeklagte, daß er ohne Einfluß gewesen sei, daß er keine Möglichkeit gehabt habe, gegen die Ausschreitungen vorzugehen. Ins Einzelne gehend befaßte sich der Staatsanwalt dann mit dem Hauptangeklagten Boecker, für den er 3 Jahre 6 Monate Gefängnis beantragte. In Boeckers Rede sieht der Staatsanwalt die Veranlassung zu dem örtlichen Terror gegen jüdisches Eigentum. Die Mitangeklagten Heinemann hätten unbeeinflußt ausgesagt, daß sie dieser Rede die Aufforderung entnommen hätten, zu „demolieren". Für den Vertreter der Anklage bestünden also keine Zweifel mehr, daß Boecker zu Gewalttätigkeiten aufgerufen habe. Zum mindesten habe er sie nicht verhindert, obgleich ein Teil seiner Zuhörer mit Brechwerkzeugen versehen war. Aus diesen Schlüssen zog der Staatsanwalt die Folgerung, daß sich Boecker des schweren Landfriedensbruches, der Aufforderung zu diesem Verbrechen und zugleich des Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht habe. Nur mit Rücksicht auf die Persönlichkeit Boekkers und seinen allgemein guten Leumund beantrage er die verhältnismäßig milde Strafe.

Die Brüder Kurt und Josef Heinemann seien durch ihre eigene Aussage des schweren Landfriedensbruches überführt. Ihre damalige Jugend und die Tatsache, daß sie ihre Mitwirkung durch die Teilnahme ihrer Führer sanktioniert glaubten, veranlaßte den Staatsanwalt zu einer Milderung des Strafmaßes. Für Kurt Heinemann beantragte er 10, für Josef Heinemann 8 Monate Gefängnis.

NHZ 16.12.1949

Das Urteil ist gefällt

Insgesamt 7 Jahre und 11 Monate Gefängnis - Sämtliche Angeklagten legten Berufung ein!

Im Boecker-Prozeß vor dem Hagener Schwurgericht wurde am Freitag das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Boecker erhielt zwei Jahre Gefängnis. Krüger wurde zu neun Monaten, Kurt Heinemann, Braun, Malms und Jürgens zu je acht Monaten, Scheuer und Voßwinkel zu je sieben Monaten, Schmand zu sechs Monaten und Josef Heinemann und Hüsecken zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Bei dem Angeklagten Heß wurde das Verfahren eingestellt, während die Angeklagten Alberts, Lohmann, Puls und Sorke freigesprochen wurden.

*

Wer als Unbeteiligter in der vergangenen Woche die Schwurgerichtsverhandlung im Landgericht Hagen gegen die 17 Hohenlimburger Angeklagten verfolgte, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich hier ein altes Sprichwort bewahrheitete „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht". Gelöst von allen politischen Gefühlen, kam man bei Betrachtung einer Vielzahl der Angeklagten zu dem Ergebnis, daß sie nicht auf der Anklagebank sitzen würden, wenn sie sich über die Tragweite des § 125 des Strafgesetzbuches im klaren gewesen wären, handelt es sich doch um Männer mit einer unbescholtenen Vergangenheit und einem tadelfreien Ruf.

Der § 125 befaßt sich mit dem Vergehen des einfachen und schweren Landfriedensbruches. Das Bewußtsein der Bevölkerung, in Ruhe und Frieden leben zu können, muß unantastbar sein. Dieses Bewußtsein wird jedoch schon getrübt durch eine Demonstration, aus der die Möglichkeit einer Zusammenrottung und Gewalttätigkeit droht, und jeder Teilnehmer ist nach dem Gesetz schon ein Landfriedensbrecher. Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, der an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruches bestraft. Die Bestrafung erfolgt auch dann, wenn man ohne Verabredung und ohne Absicht teilnimmt, auch wenn man sich vor oder nach der Begehung der Gewalttätigkeiten der Menge anschließt.

Das Urteil, das am 5. Verhandlungstag nach siebenstündiger Beratung des Gerichts verkündet wurde, mag den Betroffenen hart erscheinen. Das Schwurgericht steht jedoch auf dem Standpunkt, daß trotz der Länge der Zeit, die seit dem Vergehen verstrichen ist, die Schuldigen zu bestrafen sind. Die damalige Begünstigung strafbarer Taten durch politische Machthaber muß durch eine gerechte Justiz bereinigt werden. Der Richter will keine Vergeltung, er will auch nicht sühnen, will lediglich durch das Urteil dokumentieren, daß Straftaten, wie sie den Angeklagten zur Last gelegt wurden, nicht geduldet werden dürfen.

Sämtliche Angeklagten legten gegen das Urteil des Gerichts Berufung ein.

NHZ 17.12.1949

Hohenlimburger „Kristallnacht" vor Gericht

17 Angeklagte, 56 Zeugen und 10 Verteidiger vor 21 Zuhörern

Hohenlimburg. Gestern morgen begann vor dem Hagener Schwurgericht der Prozeß gegen 17 Teinehmer der sogenannten „Kristallnacht", die in der Lennestadt — anscheinend infolge einer Panne — im hellen Vormittagslicht des 10. November 1938 durchgeführt wurde, und den niedrigsten Instinkten in der Zerstörungswut freien Lauf ließ. Die selbst für Schwurgerichtsprozesse ungewöhnlich große Zahl der Angeklagten, die mit einem Stab von 10 Verteidigern antraten, machte die zusätliche Aufstellung einer Anklagebank und eines Tisches für die Verteidigung erforderlich, während der Zuhörerraum mit 21 offensichtlich gelangweilten Zaungästen gähnende Lücken aufwies. Der auf vier Tage angesetzte Prozeß projizierte bereits am ersten Verhandlungstag düstere Bilder einer geistigen Verwirrung, die einer Kulturnation unwürdig war und sich in der hemmungslosen Vernichtung wertvollsten Eingentums austobte. Wenn sich im Verlauf der Beweisaufnahme keine unvorhergesehenen Verzögerungen ergeben, werden Staatsanwalt und Verteidiger am Mittwochnachmittag mit ihren Plädoyers beginnen. Die Urteilsverkündung ist Donnerstag in den ersten Nachmittagsstunden zu erwarten.

Ein Blick auf die Reihe der 17 Angeklagten — der 18. wurde durch den Tod den irdischen Richtern entzogen — läßt die Psyche ahnen, auf deren dumpfem Boden die strafbaren Handlungen wucherten, die Staatsanwalt Kebbekus in seiner Anklage in den Begriffen „Haus- und Landfriedensbruch und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" strafrechtlich umriß. Diese Männer, an der Spitze der heute 51 Jahre alte frühere Ortsgruppenleiter Wilhelm Boecker, sind keine Verbrecher aus Veranlagung und Leidenschaft. Ihr vergangenes Leben zeigt in Elternhaus und Vorbildung und Beruf keine Einzelzüge minderwertiger Prägung. Das Spruchgericht Hiddessen bescheinigte dem Angeklagten Boecker, der lange Jahre als Prokurist bei der Firma Poesch AG in angesehener Stellung war und 1926 der NSDAP beitrat, daß er „sich ernsthaft bemüht hat, Härten auszugleichen und Mitbürger vor den Nachstellungen der Gestapo zu schützen". Auch der Angeklagte Böttchermeister Alfred Scheuer, der Angehöriger der Leibstandarte und ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD. für den Stadtbezirk Hohenlimburg war, wurde von dem Spruchgericht Hiddessen äußerst günstig beurteilt. Neben ihnen sitzen Kraftfahrer, Walzer, kaufmännische Angestellte und Betriebsleiter, die entweder nur lockere Beziehungen zur NSDAP hatten oder als Sturmführer in der SA Dienst taten. Gegen fünf der Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft als Rädelsführer zusätzlich Anklage auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Es sind Wilhelm Boecker, die Gebrüder Kurt und Josef Heinemann, die zur Zeit der Tat 19 bzw. 17 Jahre alt waren, der 48 Jahre alte ehemalige SA-Sturmführer Eugen Malms und der 47 Jahre alte ehemalige HJ-Bannführer Georg Krüger.

Vor Eintritt in die Verhandlung bedauerte der Vorsitzende des Schwurgerichts, daß das umfangreiche Verfahren leider infolge der verzögerten Amnestie nicht vereinfacht werden konnte.

Für die in den Köpfen junger Menschen angerichtete Verwirrung war die Tatschilderung des Angeklagten Kurt Heinemann typisch, der in jenen Tagen mit seinem Bruder Josef in einem Zweimann-Betrieb arbeitete und am Vormittag des 10. Novembers durch vorbeiströmendes Volk auf die Kundgebung auf dem Kronenburgplatz aufmerksam gemacht worden war. Als sie auf dem Platz ankamen, waren die Massen bereits aufmarschiert. Einige der Männer waren in Arbeitskleidung aus den Betrieben zur Demonstration befohlen worden, zahlreiche Personen waren merkwürdigerweise mit Brecheisen und Spitzhacken erschienen. Und dann sprach Ortsgruppenleiter Boecker zu dem Mord an dem Gesandtschaftsrat vom Rath. Was er sprach, will der junge Heinemann heute nicht mehr wissen. Er weiß nur noch, wie die Menschenmenge am Schluß der Ansprache in Bewegung geriet und auf das Wohnhaus des Juden Koppel stürmte. Die Zerstörung der Inneneinrichtung und des Fachwerkhauses war das Werk weniger Minuten. Und dann folgen die Geschäfts- und Wohnhäuser Löwenstein, Schönebaum, Meyberg, Rosenberg, Vogelsang und Stern. Und in der aufgelösten Masse schwamm der 19jährige, und glaubte die Heldentaten von Frontkämpfern verspätet nacherleben zu können. „An dem Tag war ich sehr erregt, ich dachte an die Erzählungen von der Kampfzeit", schilderte der Angeklagte. Er bewaffnete sich mit einem Stuhlbein und markierte einen „Helden". Zerstört habe er nichts, er habe nur mitmachen, nur dabei sein wollen. Eine ähnliche Verwirrung scheint in dem Kopf seines zwei Jahre jüngeren Bruders vorgegangen zu sein. Bedenken sind den beiden weder bei der sinnlosen Zerstörung der Wohnhäuser noch angesichts der Vernichtung der Einrichtung der Synagoge gekommen.

Der Angeklagte Boecker, der durch seine Ansprache den Anstoß zu dem wilden Ausbruch des Mobs gegeben haben soll, schilderte dem Gericht, wie er am Vorabend der Ausschreitungen einem auswärtigen SS-Mann abgelehnt habe, diesem einige zuverlässige Männer für die Nacht zu überlassen. Am nächsten Vormittag habe ihm der inzwischen verstorbene Bürgermeister Dr. Pott wegen dieser Ablehnung Vorwürfe gemacht und angedeutet, die Angelegenheit könne für ihn noch unangenehme Folgen haben. Gleichzeitig habe Dr. Pott ihm mitgeteilt, es fänden überall im Reich auf Veranlassung der höchsten Stellen Protestkundgebungen statt. Der Ortsgruppenleiter müsse selbstverständlich dafür sorgen, daß Hohenlimburg keine unrühmliche Ausnahme mache. B. schilderte dann, wie er bei den ihn zur Kundgebung begleitenden Bürgermeister energischen Protest erhoben habe, als er bemerkte, daß zahlreiche der Kundgebungsteilnehmer sich mit Brecheisen und Spitzhacken bewaffnet hatten. Dr. Pott habe ihm darauf erklärt: „Das werde ich allein mit der Polizei verantworten!" B. stellte entschieden in Abrede, in seiner Ansprache zu Ausschreitungen aufgefordert zu haben. Er habe sich einige Zeit später bei dem stellvertretenden Gauleiter Vetter offiziell über das Verhalten des Bürgermeisters beschwert. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er die Aufforderung des Bürgermeisters zur Veranstaltung einer Kundgebung nicht abgelehnt habe, antwortete B.: „Ich konnte die scharf formulierte und angeblich von höchsten Stellen angesetzte Kundgebung nicht ablehnen!"

Der Prozeß wird heute (Dienstag) mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Morgen (Mittwoch) nachmittag sollen die Plädoyers beginnen.

WP 13.12.1949

Zeugen leiden an Gedächtnisschwund

Der 2. Tag im Hohenlimburger Schwurgerichtsprozess

Hagen. Der zweite Tag im Schwurgerichtsprozeß gegen die 17 Beteiligten an der Hohenlimburger „Kristallnacht" verlief mit der Vernehmung von etwa 30 Zeugen ohne jeden Höhepunkt. Die Lustlosigkeit mancher Zeugenaussagen trat übrigens nicht erst gestern in Erscheinung. Kriminalpolizeiwachtmeister N., der einen Teil der Ermittlungen durchführte, erklärte als Zeuge: Der größte Teil der Zeugen hat sich für Boecker ausgesprochen.

Der erste in der Reihe der Zeugen, dessen Aussagen klar und verantwortungsbewußt der Wahrheitsfindung diente, war der Friseurmeister Braun von Hohenlimburg. Der Zeuge war am Morgen des 10. November in der Nähe der Stadtverwaltung unmittelbarer Augenzeuge der Ausschreitungen im Hause Meyberg gewesen. Er hörte den Lärm der randalierenden Eindringlinge und sah mit Empörung, wie die alte Frau Meyberg mit ängstlicher Miene einen Teil des kleinen Hausrats zusammenlas, der durch ein Fenster in den Garten geworfen worden war. Seine Aufmerksamkeit wurde dann auf eine Kolonne von Männern gelenkt, die unter dem Kommando des verstorbenen Abt mit Hämmern und Brechstangen bewaffnet anmarschiert kam und das Haus Meyberg betrat. „Das Bild dieser Gruppe erinnerte mich lebhaft an einen Schmiedemeister, der mit seinen Lehrlingen nach seiner Arbeitsstätte marschiert," erklärte der Zeuge und schilderte weiter, wie plötzlich ein uniformierter Mann mit einer leeren Aktentasche das Haus betrat, in dem ebenso plötzlich Totenstille eintratt. „Ich hatte den Eindruck, daß dieser Mann der technische Leiter des ganzen Unternehmens war", fuhr Braun fort und setzte hinzu, daß der Mann kurze Zeit später mit aktengefüllter Tasche das Haus wieder verlassen habe.

In der Voruntersuchung hatte Brau zweimal erklärt, in dem uniformierten Mann den Angeklagten Krüger erkannt zu haben. Gestern überraschte er das Gericht mit einer wesentlichen Einschränkung, die seiner Ojektivität zur Ehre gereicht. „Nach reiflichster Ueberlegung bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich nicht auf meinen Eide nehmen kann, daß Krüger dieser Mann war," erklärte der Zeuge und fügte hinzu, daß er aber die beiden Gebrüder Heinemann, die einen außerordentlich jungenhaften Eindruck auf ihn gemacht hätten, deutlich erkannt habe.

Die Beweisaufnahme belebte sich, als die Ehefrau Glaser, die als Putzhilfe bei der Familie Löwenstein gearbeitet hatte und am Morgen des 10. Novembers bei der im gleichen Hause wohnenden Frau Lampmann wusch, als Zeugin auftrat und den Angeklagten Malms als den Mann bezeichnete, der während der Ausschreitungen in der Wohnung Löwenstein auf sie zugetreten sei und ihr vorgeworfen habe, ob sie sich nicht schäme, als deutsche Frau bei Juden zu arbeiten und Fleisch zu kaufen. Bei der Gegenüberstellung der Zeugin gab es eine Ueberraschung. Nach anfänglicher Verwirrung suchte die ältere Frau aus der Zahl von zwölf Angeklagten Eugen Malms heraus, der als letzter in der Reihe stand. „Das könnte er wohl sein," sagte sie. Er sei allerdings 1938 dicker gewesen und habe in seinem blauleinenen Arbeitszeug etwas anders ausgesehen. Als das Gericht dann Frau Lampmann zitierte, die nach Aussage der Frau Glaser zugegen war, gab es eine zweite Ueberraschung. Die Zeugin erinnerte sich nicht, den Namen Eugen Malms gehört zu haben. Ebenso wenig konnte sie irgendwelche Angaben über das Aussehen des Mannes machen.

Die Angeklagten selbst wichen in ihren Tatdarstellungen im Verlauf der Beweisaufnahme erheblich von den Geständnissen ab, die sie bei den Vernehmungen in der Voruntersuchung gemacht hatten.

Die Beweisaufnahme wird heute (Mittwoch) vormittag mit der Vernehmung weiterer Zeugen fortgesetzt. Als erster Zeuge wird der frühere stellvertr. Gauleiter Vetter gehört werden, der von der Verteidigung des Angeklagten Boecker benannt worden ist.

WP 14.12.1949

„Bomben können nicht schlimmer wirken"

Dr. Pott ließ die Hohenlimburger Polizei einsperren

Hagen. Der dritte und letzte Tag der Beweisaufnahme im Schwurgerichtsprozeß Boecker stand im Zeichen eines großangelegten Versuchs der menschlichen und charakterlichen Qualifizierung der Angeklagten. Die schärfste Profilierung erfuhr der im Mittelpunkt des Prozesses stehende ehemalige Ortsgruppenleiter Wilhelm Boecker. Die Zeugin Frl. Groll, die 32 Jahre im Hause der jüdischen Familie Dessauer als Hausgehilfin tätig war, sagte auf die Frage des Vorsitzenden, wie sich der Angeklagte nach ihren langjährigen Erfahrungen gegenüber den Juden benommen habe: Herr Boecker war sehr nett zu den Juden. Als Herr Dessauer starb und die Nachbarn sich bemühten, an der Beerdigung teilzunehmen, hat Herr B. erklärt: Selbstverständlich dürft Ihr mitgehen! Dessauers sind alte, eingessene Hohenlimburger!" Die Juden hätten nach 1933 über B. sehr gut gesprochen. Herr Dessauer habe einmal erklärt: „Es ist gut, daß Herr B. Ortsgruppenleiter ist, sonst hätten wir was auszustehen!"

„Boecker ist uns allen in Hohenlimburg als friedlicher, anständiger und korrekter Mensch bekannt", erklärte der Polizeimeister a. D. Koppelmann, der von 1921 bis 1945 in Hohenlimburg stationiert war und dem Gericht einen Blick hinter die Kulissen der Judenaktion am 10. November 1938 geben konnte. Morgens um 6 Uhr habe der Jude Albert Koppel bei der Polizei angerufen und gemeldet, in seinem Laden sei eine große Schaufensterscheibe zertrümmert worden. Er habe die Täter erkannt. Koppelmann schickte einen Beamten zum Tatort, um die Ermittlungen anzustellen.

Kurze Zeit später läutete das Telefon zum zweitenmal. Bürgermeister Dr. Pott war höchstpersönlich am Apparat und befahl: „Sämtliche Polizeibeamten sind auf der Polizeiwache festzuhalten und nicht herauszulassen. Es ist eine große Judenaktion im Gange. Die Polizei blieb also auf der Wache und hat von den Ausschreitungen nichts gesehen. Erst am Spätnachmittag wurde der Hausarrest aufgehoben. Die Beamten wurden als Wachen bei den demolierten Häusern gestellt.

Auf einem Kontrollgang traf Koppelmann den Ortsgruppenleiter, der sich bitter über den Bürgermeister beschwerte: „Können Sie sich so etwas vorstellen! Solch ein Skandal! Ich habe Dr. Pott mehrfach gebeten, mit der Polizei einzuschreiten. Er lehnte es strickt ab!" Zur Person des Bürgermeisters Dr. Pott stellte der Zeuge fest: „Mit Dr. Pott war nicht gut umgehen. Er war zu viel! Es war für Boecker unmöglich, sich gegenüber dem Bürgermeister durchzusetzen."

Der kaufmännische Angestellte Möller antwortete auf die Frage des Vorsitzenden: „Hat der Angeklagte zu Ausschreitungen gegenüber Juden aufgefordert?": „Das ist mir nicht bekannt!" An den genauen Wortlaut der Rede könne er sich nicht mehr erinnern. Sie habe jedoch unter dem Eindruck des politischen Mordes an den Gesandtschaftsrat vom Rath gestanden. Nach der Kundgebung habe B. mehrfach seinen Unwillen über das Verhalten des Bürgermeisters unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Frau Anna Bürger hatte die Vorgänge im Hause Meyberg durch das Fenster ihrer Wohnung beobachtet. Sie hatte gesehen, das Boecker plötzlich aufgeregt um die Ecke kam und „Aufhören, aufhören" schrie. Die Radalisten hätten sich jedoch nicht stören lassen. Zeuge Heinrich Vetter bejahte die Frage, ob der Angeklagte Boecker sich beschwerdeführend an Dr. Pott an ihn gewandt habe. Boecker habe ihn in seiner Wohnung aufgesucht und gegen das Verhalten des Bürgermeisters protestiert. Grundsätzlich erklärte Vetter, der Befehl zu der Judenaktion sei vom Reichspropagandaministerium über die Gaupropagandaämter unter Ausschaltung der Politischen Leitung gegeben worden.

Es sah nach einer überraschenden Wende aus, als sich nach der Vernehmung einer Reihe von Leidenskameraden und Nachbarn zum Leumund der Angeklagten Malms, Hüseken, Braun und Jürgens aus dem Zuhörerraum eine Frau Witwe Koppel aus Hagen meldete und beim Staatsanwalt beantragte als Zeugin vernommen zu werden. Frau Koppel ist die Schwägerin des Hohenlimburger Juden Albert Koppel, der mit ihrem Mann in Auschwitz umgekommen ist. Ihre Schwägerin Luise Koppel aus Hohenlimburg lebt zur Zeit in Schweden und hatte ihr eine notariell beglaubigte Aussage über die Vorgänge am 10. November 1938 zugeleitet, die vom Schwurgericht aus prozessualen Gründen jedoch nicht verwertet werden konnte. Frau Witwe Koppel gab dem Gericht eine Schilderung des verhängnisvollen Tages. Als sie am frühen Morgen in ihrer Hagener Wohnung von einem Jungen erfahren hätten, die Synagoge brenne, habe ihr Mann erklärt: „Es geht los! Das ist die Antwort auf die Ermordung des vom Rath!" Sie sei dann nach Hohenlimburg gefahren und habe die schwiegerelterliche Wohnung in einem entsetzlichen Zustand vorgefunden. „Bomben können nicht schlimmer wirken", sagte die Zeugin. Wasser- und Lichtleitungen seien aus Decke und Wand gerissen worden. In den neun Zimern sei nur ein Stuhl unbeschädigt gewesen. Ihre Schwägerin Luise habe in einem Ziegenstall Schutz gesucht. Zu der Kardinalfrage der Verantwortlichkeit und Beteiligung des Angeklagten Boecker an den Ereignissen konnte die Zeugin nur vom Hörensagen berichten.

Der Prozeß wird heute (Donnerstag) morgen mit der Vernehmung der vier letzten Zeugen fortgesetzt. Anschließend werden die Plädoyers folgen, die sich bis in den Nachmittag hineinziehen werden. Die Urteilsverkündung ist am Freitag.

WP 15.12.1949

Boecker war der Anstifter des Judenprogroms

3½ Jahre beantragt / Freispruch bzw. Gefängnis für die Uebrigen

Hagen: Zum ersten Male seit Beginn dieses Prozesses waren die Zuhörerbänke gestern morgen besetzt, als Staatsanwalt Kebbekus nach Beendigung der Beweisaufnahme folgende Strafanträge stellte: Boecker wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit 3 Jahre 6 Monate Gefängnis; wegen einfachen Landfriedensbruchs Malms und Krüger 1 Jahr 6 Monate, Scheuer 1 Jahr 3 Monate, Jürgens 1 Jahr, Kurt Heinemann und Schilling 10 Monate, Hüseken, Josef Heinemann und Brau 8 Monate, Voßwinkel 7 Monate, Puls, Heß und Alberts 6 Monate und Schmand 5 Monate Gefängnis Für die Angeklagten Lohmann und Sorke beantragte der Anklagevertreter Freispruch.

Zu Beginn seines Plädoyers befaßte sich Staatsanwalt Kebbekus in grundsätzlichen Ausführungen mit den Vorgängen am Morgen des 10. Novembers 1938, die einer Kulturnation unwürdig und Ausbruch niedrigster Instinkte waren. Sich dem Fall Boecker zuwendend, wies der Anklagevertreter darauf hin, daß unmittelar auf die Rede des ehemaligen Ortsgruppenleiters die Ausschreitungen folgten. Boecker habe die Rede gehalten, obwohl er vorher gewußt habe, daß die Menschenmenge mit Brecheisen und Hämmern bewaffnet war. Er habe zwar protestiert, aber trotzdem geredet. Auf den Inhalt der Ansprache eingehend, betonte Staatsanwalt Kebbekus, daß die Gebrüder Heinemann und Heß in ihren ersten Vernehmungen ganz eindeutig erklärten, aus der Rede die Aufforderung zur Demolierung der jüdischen Häuser herausgehört zu haben. Daß Boecker sich über die Bedeutung dieser Protestkundgebung genau im klaren gewesen sei, gehe daraus hervor, daß er dem als Entlastungszeugen benannten Zeugen Esser schon vor der Rede erklärte, die Versammlung werde „dramatischen Charakter" tragen, es werde aber keinem Menschen ein Haar gekrümmt werden. Der Staatsanwalt erinnerte auch an die Aussage des Zeugen Möller, der Boecker von dem telefonischen Anruf in Kenntnis setzte, nach dem die Polizei bei der Aktion nicht eingreifen werde. Auf Grund der Beweisaufnahme halte er B. im Sinne der Anklage für überführt, sich der Anstiftung und der aktiven Beteiligung am Landfriedensbruch und gleichzeitig des Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht zu haben. Bei der Festsetzung des Strafantrags führte der Anklagevertreter strafmildernd an, daß B. angeblich unter dem Druck des Bürgermeisters Dr. Pott gehandelt habe. Strafmildernd sei auch das menschliche Verhalten des Angeklagten gegenüber dem Judentum zu berücksichtigen.

Als Verteidiger des Angeklagten Boecker bat Rechtsanwalt Breuner das Gericht, sich von politischen Ressentiments freizumachen und die Dinge nicht vom Standpunkt des Jahres 1949 zu sehen. Die Judenaktionen seien bereits im Gange gewesen, als der ehemalige Ortsgruppenleiter seine Ansprache auf dem Kronenburgplatz begonnen habe. Das Verhalten Boeckers gegenüber den Juden habe sich jedenfalls wohltuend von dem vieler anderer Ortsgruppenleiter abgehoben. Die Verteidigung wölle damit nicht sagen, daß B. ein Judenfreund, sondern ein Gegner menschenunwürdiger Aktionen gewesen sei. Aus dieser Grundhaltung heraus habe seine Rede nicht hetzerisch sein können. B. habe vor, während und nach der Kundgebung sein Mißfallen über die Vorgänge ausgedrückt. „Sie können nicht sagen, daß die Ausschreitungen durch die Rede Boeckers provoziert worden sind," führte RA. Breuner aus. „Die Vorfälle begannen in Hohenlimburg und in anderen Städten, bevor irgendwelche Reden gehalten wurden. Das Judenprogrom war als Reaktion auf den politischen Mord in Paris von oben befohlen und würde in Hohenlimburg auch ohne die Rede Boeckers ausgelöst worden sein." Eine Rechtspflicht zum Einschreiten lag nach Auffassung der Verteidigung für Boecker nicht vor. Gegen die Anklage der Anstiftung zum Landfriedensbruch äußerte Rechtsanwalt Breuner starke rechtliche Bedenken. Sich mit den Voraussetzungen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit auseinandersetzend, betonte der Verteidiger, die Zusammenrottung und das passive Verhalten erfüllten den Tatbestand des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 nicht. Es fehle an den objektiven Voraussetzungen des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, da die Kausalität zwischen dem Handeln und den unmenschlichen Folgen nicht vorhanden sei. Bei seiner Rede habe Boecker eine bewußte Fahrlässigkeit begangen, die aber zur Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 nicht ausreiche. Am Schluß seines Plädoyers bat der Verteidiger das Gericht, Milde walten zu lassen und bei der Festsetzung des Strafmaßes die dreijährige Internierung seines Mandanten zu berücksichtigen.

Rechtsanwalt Hösterey als Verteidiger der Gebrüder Heinemann pflichtete Staatsanwalt Kebbekus bei, der die beiden Angeklagten einen Sonderfall nannte. Die beiden waren zur Zeit des Judenprogroms 17 bzw. 19 Jahre alt. Sie hätten sich also in einem Alter befunden, in dem ihnen nach 7jähriger nationalsozialistischer Erziehung der Unrechtsgehalt ihres Tuns in keiner Weise bewußt gewesen sei. Beide seien durch die Schule des Jungvolks und der Hitler-Jugend gegangen, beide hätten zwar die Gebote „Du sollst nicht stehlen" und „Du sollst nicht töten" gelernt, aber von dem Gebot „Du sollst keinen Landfriedensbruch begehen" hätten sie nie etwas gehört. Der Verteidiger bat das Gericht, die Angeklagten so zu verurteilen, als ob sie noch die „dummen Jungen" des Jahres 1938 seien. Die übrigen Verteidiger plädierten ebenfalls auf Milde oder Freispruch. Die Urteilsverkündung findet am heutigen Freitag statt.

WP 16.12.1949

Zwei Jahre Gefängnis für Wilhelm Boecker

Schwurgericht bezeichnet ihn als Rädelsführer – Vier Freisprüche

Hagen. Nach siebenstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdir. Tierbach in den Abendstunden des 5. Verhandlungstages folgendes Urteil: Wilh. Boecker wegen Landfriedensbruch gemäß § 125, 1 und 2, zwei Jahre Gefängnis, Georg Krüger neun Monate Gefängnis, Kurt Heinemann, Heinrich Braun, Eugen Malms und Ernst Jürgens je 8 Monate Gefängnis, Alfred Voßwinkel, Kurt Schilling und Alfred Scheuer je 7 Monate Gefängnis, Hermann Schmand 6 Monate Gefängnis, Josef Heinemann 5 Monate Gefängnis (alle wegen Landfriedensbruchs gemäß ß 125, 1), Hermann Hüseken wegen Beihilfe zum Landfriedensbruch 5 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Gustav Puls, Ernst Lohmann, Robert Alberts und Fritz Sorke wurden freigesprochen. Im Fall Valentin Heß wurde das Verfahren eingestellt.

Auf die Einwände der Verteidigung eingehend, die in ihren Plädoyers auf die Problematik derartiger Prozesse hingewiesen hatte, betonte Landgerichtsdirektor Thierbach, das Hagener Schwurgericht teile diese Auffassung nicht. Würde man sich diesen Argumenten anschließen, so würde dies zu dem unhaltbaren Ergebnis führen, daß Personen, die politisch an die Macht kamen, ungestraft Verbrechen und Vergehen begehen und sich später nach Abgabe der politischen Macht darauf berufen könnten, die Taten seien nach dem Strafgesetzbuch verjährt. Das dürfe für solche Taten nicht zutreffen, in denen die politischen Machthaber die Begehung dieser Verbrechen veranlaßten und die Organe des Staates daran hinderte, die Täter zu verfolgen. Von Seiten der Verteidigung sei darauf hingewiesen worden, die Staatsanwaltschaft hätte auf Grund der Strafprozeßordnung schon zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlungen einschreiten können. Leider habe die Verteidigung vergessen, daß die Staatsanwaltschaft zwar verpflichtet sei, gegen Straftaten einzuschreiten, aber auch der weiteren Bestimmung im Gerichsverfassungsgesetz unterworfen gewesen sei, den Weisungen der Dienstvorgesetzten zu folgen. Die Staatsanwaltschaft habe damals nicht handeln können. Die Weisung sei dahingegangen, daß gegen Personen, die sich am 10. November 1938 vergangen hatten, nicht einzuschreiten sei. Durch sein Urteil wolle das Schwurgericht dokumentieren, daß solche Taten ungestraft nicht begangen werden können und daß die Täter früher oder später zur Rechenschaft gezogen werden.

Nach dieser grundsätzlichen Einführung wandte sich der Vors.tzende der Urteilsbegründung zu. Er wies darauf hin, daß der Angeklagte Boecker aus der Reihe der übrigen Angeklagten hervorrage. Er sei der Rädelsführer gewesen, der für die Ausschreitungen am 10. November 1938 verantwortlich sei. B. habe zwar bestritten, die Kundgebung auf dem Kronenburgplatz einberufen zu haben. Die Beweisaufnahme habe jedoch ergeben, daß er verschiedene Betriebe und Einzelpersonen angerufen und zur Teilnahme aufgefordert habe. B. habe gewußt, daß es nicht bei der Kundgebung bleiben würde. Die Polizei sei zurückgehalten worden, damit die Teilnehmer der Kundgebung sich ungehindert hätten austoben können. Es sei klar erkennbar gewesen, daß keine friedliche Kundgebung zu erwarten war. Wenn B. in dieser Situation noch sprach und zur Demonstration aufrief, habe das genügt, die Menschenmenge zum Losschlagen zu bewegen. B. habe sich auch nach Beginn der Zerstörungen nicht von dem Treiben abgewendet, sondern sei mit Dr. Pott vor dem Hause Koppel stehen geblieben und anschließend mit diesem noch zur Synagoge gegangen. Erst vor dem Hause Meyberg habe er versucht, der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Das Schwurgericht unterstrich, daß B. auf dem Kronenburgplatz nicht zu Ruhe und Besonnenheit aufgerufen, sondern noch Oel in das Feuer geschleudert habe.

Zu Gunsten des Angeklagten habe das Gericht die Tatsache vermerkt, daß B. am Vorabend und am Morgen des 10. Novembers zunächst abgelehnt habe, sich an den geplanten Aktionen zu beteiligen. Es wurde auch günstig angesehen, daß er sich später von der Aktion distanzierte und scharfen Protest einlegte. Die Haltung sei zwar strafmildernd, jedoch nicht entlastend. Der Tatbestand der Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen seien von der Rädelsführerschaft absorbiert. Eine Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit habe das Gericht verneint, weil es stärke Zweifel an der subjektiven Seite des Tatbestandes gehabt habe.

Gegenüber dem Angeklagten Boecker trete das Schuldmaß der übrigen Angeklagten, die mehr oder weniger aktiv an den Vorgängen beteiligt gewesen seien, erheblich zurück. Lediglich Krüger habe eine besondere Aktivität entwickelt, während der Angeklagte Schmand am geringsten beteiligt gewesen sei. Zur Erläuterung der Schuld der Angeklagten gab Landgerichtsdirektor Thierbach abschließend eine Definition des Begriffs des Landfriedensbruchs, nach der bereits die Teilnahme an einer Menge, die sich zusammenrottet und aus der heraus Gewalttätigkeiten begangen werden, strafbar sei. Dabei sei das Motiv der Teilnahme völlig gleichgültig. Selbst bloße Neugierde könne auf die Anklagebank führen. Diese Begriffserklärung war um so notwendiger, als einige der Angeklagten nichts anderes „verbrochen" hatten, als in der Menge zu stehen, aus der heraus die Ausschreitungen gegen den jüdischen Besitz erfolgten.

WP 17.12.1949

Anklagebank nicht groß genug

„Kristallnacht Hohenlimburg" vor dem Schwurgericht
Boecker „ohne Autorität"

Vor dem Hagener Schwurgericht begann gestern der Prozeß gegen 17 Hohenlimburger Bürger, denen Haus- und Landfriedensbruch und zum Teil auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt wird. Die Anklagebank erwies sich als zu klein, um alle Beschuldigten unterzubringen. So stellte man eine weitere Sünderbank vor dem Pressetisch auf und mußte auch für die zehn Verteidiger einen Extratisch in den Saal holen. Der Zuhörerraum reichte aus, er war nur knapp zur Hälfte gefüllt. Auf vier Tage wird die Verhandlungsdauer geschätzt. Aber es ist fraglich, ob dieser Plan eingehalten werden kann. Insgesamt sind 56 Zeugen geladen.

Hauptbelastete sind der ehemalige Ortsgruppenleiter von Hohenlimburg, Wilhelm Böcker, Josef Heinemann, sein Bruder Kurt, der damalige HJ-Bannführer Georg Krüger und der ehemalige SA-Sturmführer Eugen Malms.

Als am Vormittag des 10. November 1938 Ortsgruppenleiter Böcker auf dem Kronenburgplatz aus Anlaß der Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath auf einer Kundgebung das Wort ergriff, kam es im Anschluß an die Rede zu schweren Ausschreitungen gegen Juden.

Verschiedene Wohnungen wurden zerstört und auch die Synagoge wurde ein Opfer dieser Verhetzung

Böcker will seine verhängnisvolle Rede auf Druck des inzwischen verstorbenen damaligen Bürgermeisters von Hohenlimburg, Dr. Pott, gehalten haben. In seiner etwa sieben bis zehn Minuten dauernden Ansprache, so betonte er vor dem Schwurgericht, habe er keine Anspielungen auf Zerstörung jüdischen Eigentums gemacht. „Ich konnte nicht voraussehen, daß es zu Ausschreitungen kommen würde." — Mit diesem Argument drang Böcker aber nicht durch. Nicht mit Unrecht wies ihn der Vorsitzende darauf hin, er habe doch zweifellos gesehen, daß ein Teil der Männer mit Hämmern, Spaten und Stöcken bewaffnet gewesen sei. Dies konnte er nicht abstreiten. Auch als ihm Landgerichtsdirektor Thierbach vorhielt, er hätte doch bei den ersten Zerstörungen im Hause Koppel einschreiten können, entschuldigte er sich mit den Worten:

„Ich hatte an diesem Tage keine Autorität."

WR 13.12.1949

Zeugen widerriefen ihre Aussagen

Was sagte Boecker vor 11 Jahren? / Vetter heute im „Kristallnacht-Prozeß"

Der zweite Verhandlungstag im Prozeß gegen Ex-Ortsgruppenleiter Wilhelm Boecker aus Hohenlimburg und die übrigen 16 Angeklagten begann mit der umfangreichen Zeugenvernehmung. Ueber 30 Zeugen marschierten gestern auf.

Nach wie vor beherrscht die eine Frage das Schwurgericht: Was sagte Boecker vor elf Jahren auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg?

Während selbst ein Teil der auf der Anklagebank sitzenden Männer Boecker in der Voruntersuchung schwer belastete, versuchte er sich jetzt herauszureden.

Einige der Beschuldigten rückten ganz wesentlich von ihren ersten Aussagen ab. Gab man in der Voruntersuchung an, daß Boecker eine „flammende Ansprache" gehalten und zu Ausschreitungen gegen jüdischen Besitz aufgefordert habe, will man sich dessen heute nicht mehr entsinnen. Ja, einer der Angeklagten, der ehemalige SS-Hauptscharführer und Mitglied des SD, Alfred Scheuer, „unterschob" seine ersten belastenden Aussagen der Kriminalpolizei. Eingehend wurde Kriminalinspektor Siewers zu diesem Punkt ins Verhör genommen.

Dieser Zeuge bestritt ganz entschieden, irgendeine Belastung gegen Boecker aufgenommen zu haben, die ihm nicht von Scheuer angegeben worden sei. Wörtlich meinte er zum Vorsitzenden: „Ich habe eher etwas zuwenig geschrieben als zuviel." Auch weitere Zeugen, die vorher bei der Kriminalpolizei ganz konkrete Angaben über die Täter gemacht hatten, die sich an den Zerstörungen jüdischen Eigentums beteiligt haben sollen, wurden vor dem Schwurgericht unsicher. Ein 34jähriger Friseur, der Zeuge der Ausschreitungen im Hause Mayberg war, und den ehemaligen HJ-Bannführer Georg Krüger gesehen haben will, erklärte jetzt:

„Ich habe schon eine schlaflose Nacht gehabt. Ich kann mit hundertprozentiger Sicherheit nicht sagen, daß der Mann, den ich als Krüger bezeichnet hatte, wirklich der Angeklagte Krüger war."

Interessiert sieht man der Vernehmung des ehemaligen stellvertretenden Gauleiters Heinrich Vetter am heutigen Vormittag entgegen. Vetter wurde auf Antrag des Boeckerschen Verteidigers geladen. Vetter soll darüber Aufschluß geben, ob Boecker nach den Ereignissen in Hohenlimburg bei ihm vorstellig wurde und sich über die „Kristallnacht" beschwert habe.

WR 14.12.1949

„Bomben konnten nicht schlimmer wirken"

Heute Plädoyers im „Kristallnacht-Prozeß" / Freitag Urteilsverkündung

Im wesentlichen wurde im Hohenlimburger „Kristallnacht-Prozeß" die Beweisaufnahme gestern beendet. Heute morgen werden noch vier von der Verteidigung benannte Zeugen vernommen. Alsdann wird Staatsanwalt Kebbekus sein Plädoyer halten, dem sich die der zehn Verteidiger anschließen. Freitagmittag wird Landgerichtsdirektor Thierbach die Urteile verkünden.

Am vorletzten Verhandlungstage wurden 25 Zeugen vernommen, hierunter der ehemalige Gauleiter Heinrich Vetter. Dieser bestätigte vor dem Schwurgericht die Aussage Boeckers, nach der Boecker ihn einige Tage nach den Hohenlimburger Ausschreitungen in seiner Hagener Wohnung aufgesucht und sich über die Zerstörungen jüdischen Eigentums beschwert habe. Die Auslösung der Judenaktionen im Reich seien durch das Reichspropagandaamt erfolgt, erklärte Vetter.

Die Frage des Vorsitzenden, ob der damalige Bürgermeister Dr. Pott Boecker Befehle erteilen konnte, verneinte er.

Entlastung brachte für Boecker auch ein 32 Jahre hindurch bei einem Iserlohner im Dienst gewesenes Fräulein. Als der Jude Dessauer gestorben sei, habe Boecker sich damit einverstanden erklärt, daß die Nachbarschaft ihm das letzte Geleit gebe (!) Auch habe sie mit seiner Genehmigung das Grab des Juden pflegen können. Wörtlich erklärte sie: „Die Juden sprachen immer sehr lobenswert über Boecker." Im Gegensatz zu dieser Aussage stand die Zeugenaussage der Witwe Koppel — eine Schwägerin des Juden Albert Koppel. Diese Zeugin erlebte in Hagen die Jugenprogrome und fuhr am 10. November 1938 mit bangen Gefühlen nach Hohenlimburg zu ihren Verwandten.

„Bomben konnten nicht schlimmer wirken, als was im Hause meines Schwagers angerichtet wurde",

sagte sie erregt vor Gericht aus. Nur eine Tasse hätte man damals aus dem völlig zerstörten Hause retten können, alles andere sei ein Werk der Vernichtung geworden. Ihre Schwägerin habe sich vor Angst acht Stunden lang in einem Ziegenstall versteckt gehalten. In Judenkreisen sei man der Ansicht gewesen: „Boecker ist ein schlimmer Nazi."

WR 16.12.1949

Boecker blieb auf freiem Fuß

Zwei Jahre für den Rädelsführer im „Kristallnacht-Prozeß"

Nach über siebenstündiger Beratung des Hagener Schwurgerichtes verkündete Landgerichtsdirektor Thierbach in den gestrigen Abendstunden im Hohenlimburger „Kristallnachtprozeß" die Urteile.

Der ehemalige Ortsgruppenleiter Wilhelm Boecker erhielt wegen Landfriedensbruch eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

„Boecker ist der Rädelsführer in Hohenlimburg gewesen und hierfür auch verantwortlich", führte der Vorsitzende u. a. aus. Es hätte zwar nicht mehr festgestellt werden können, was Boecker am 10. November 1938 im einzelnen auf dem Kronenburgplatz in Hohenlimburg gesagt hat, doch habe seine Rede genügt, die Menge zum Losschlagen zu bewegen. B. habe auch später bei den Ausschreitungen nicht zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, sondern „noch Oel ins Feuer geschleudert". Die anderen Angeklagten seien mehr oder minder an den Ausschreitungen beteiligt gewesen.

Das Verfahren gegen Valentin Heß wurde eingestellt. Freigesprochen wurden Gustav Puls, Ernst Lohmann, Robert Alberts und Fritz Sorke. Kurt Heinemann erhielt acht Monate, sein Bruder Josef fünf Monate Gefängnis. Heinrich Braun, Eugen Malms, Ernst Jürgens wurden zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Ex-Bannführer Georg Krüger, dem die größte Beteiligung nach Boecker nachgewiesen worden war, erhielt wegen Landfriedensbruch neun Monate Gefängnis, Alfred Voßwinkel, Kurt Schilling und Alfred Scheuer sieben Monate Gefängnis. Hermann Schmandt kam mit sechs Monaten und Hermann Hüseken mit fünf Monaten Gefängnis davon. Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 hatte das Schwurgericht für Boecker nicht als erwiesen angesehen.

Im Gegensatz zu den sonstigen Gepflogenheiten des Schwurgerichts, bei Strafen über ein Jahr Haftbefehl zu erlassen, blieb Boecker auf freiem Fuß.

WR 17.12.1949

4. Zeitzeugenberichte

Im Jahre 1982 besuchten auf Einladung der Bürgeraktion und der Stadt Hagen 16 ehemalige Hohenlimburger Bürger jüdischen Glaubens und ihre Angehörigen ihre frühere Heimatstadt Hohenlimburg, unter ihnen Hans L. Benzian, ein Enkel von Lina und Selig Koppel, der seine hochbetagte Mutter Paula Benzian, geb. Koppel, vertrat. Der Vater des Herrn Benzian hatte sich im Jahre 1949 in einem Schreiben an Frau Grete Koppel in Hagen gewandt und ihr eine Erklärung der Frau Luise Koppel übersandt.

Luise Koppel - Erklärung vom 1.11.1949:

Ich, Luise Koppel, unverheiratet, geboren am 5. Januar 1891 zu Hohenlimburg und dort ansässig gewesen bis November 1938, bis mich die von Dr. Goebbels aufgewiegelten Volkshorden aus der Wohnung vertrieben haben, wo ich 48 Jahre lang wohnte und in welchem Ort meine Eltern und meine Ahnen mehrere hundert Jahre ansässig waren, versichere folgendes an Eides statt:

Am 11. November 1938 morgens um 5 oder 6 Uhr begann man mit dem Einschlagen des Schaufensters unserer Schlachterei. Mein im Konzentrationslager ermordeter Bruder Albert Koppel (62 Jahre alt geworden) telefonierte mit der Polizei, um den Tatbestand aufzunehmen. Sie kam aber nicht. Sehr früh dann begaben sich mein Bruder mit unserem Mieter Paul Loewenstein und seinen Brüdern, die auf dem Wege zu uns unter Drohungen von allen möglichen Männern angepöbelt wurden, zur Polizei. Sie kamen mit einem Auto zurück, um mir zu sagen, daß sie in sogenannte "Schutzhaft" genommen würden, also ein völkerrechtliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens der nationalsozialistischen Gewalthaber und das gegen Menschen, die wahrscheinlich länger in diesem Gebiet wohnten, als die meisten der sogenannten nationalsozialistischen Briganten. Von diesem Tage ab ist das Vorgehen, nach dem die Juden nicht mehr als Deutsche angesehen wurden, ein Verbrechen gegen die Minorität und damit eine Verletzung des Völkerrechtes.

Um 10 1/2 Uhr morgens wurde dann die Zerstörung des elterlichen Hauses fortgesetzt. Soweit mir bekannt ist, war die Zerstörung dieses Hauses in der Lenneuferstraße 37 die erste Zerstörung in Hohenlimburg.

Ich kaufte in einem Spezereigeschäft Rausch die wirklich allerletzten Sachen ein, um beim Heraustreten einer Horde entmenschlichter Menschen zu begegnen. Sie riefen mir Drohungen zu, und ich verschloß die Haustür. Ehe ich mich noch einmal umschauen konnte, wurde der erste Axthieb getan. Ich floh mit dem 14-jährigen Sohn des Herrn Loewenstein In den Erlen, um Schutz zu suchen. Das war vergeblich, alle Türen waren verschlossen. Hin und hergeschickt, landete ich in großer Pein in einem Ziegenstall. Der Obmann, Herr Boecker, ließ mir durch die Besitzerin des Stalles sagen, wenn ich Lust hätte, könnte ich bis zum Abend darin bleiben wegen des Mobs, wahrscheinlich aber, damit ich die Zerstörung des Hauses hören könnte. Es war ein quälendes Gefühl für mich, das Einreißen des Hauses anzuhören, manchmal dachte ich, es hätte auch vom naheliegenden Steinbruch das Fallen der Steine sein können. Dies war nicht der Fall. Der Lärm stammte von den Heldentaten der Goebbelschen Briganten her.

So verbrachte ich in Gesellschaft des Jungen in der Novemberkälte den Tag bei den Ziegen, bis es dunkel wurde und uns gesagt wurde, jetzt müßten wir gehen. Wohin? Das war ein trauriges Gefühl. Auf Umwegen konnte ich dann unser ehemals friedliches Haus sehen. Darum herum schwärmte die S.A. Ich eilte dann zur Wache,

um Schutz zu finden. Dort gab man mir die Anweisung, bei Herrn Levy Meyer Umschau zu halten, angeblich sei dort nichts demoliert. Man ersuchte mich, auch den auf der Wache befindlichen 80 Jahre alten Herrn Levy mitzunehmen. Als wir an die angegebene Stelle kamen, war es dort ebenso traurig. Also zog ich mit zwei Männern in das Haus Levy. Im unteren Teil des Hauses war alles kanibalisch zerstört. In den Schlafräumen oben war noch Ordnung. Wie der alte Herr Levy sagte, sei dort das Zerstören abgeblasen worden, weil verschiedene Frauen Schreikrämpfe bekommen hätten und eine sogenannte "arische" Frau gesagt hätte, es seien ihre Zimmer.

Wir legten uns zu Bett, um bald darauf Besuch von der S.A. zu bekommen, die angab, nach der Ordnung zu sehen. Am nächsten Morgen ging ich wieder zur Polizei. Sie sagte mir, ich solle nur nach Hause gehen, ich könnte wieder einräumen. Dort kam mir höhnend die Schuljugend entgegen. Dann sah ich die vollendete Zerstörung meines Elternhauses durch verbrecherische Raubtiere mit Menschengesicht. Das Inventar war kaum zu retten. Ganz wenig Wäsche und unwichtige Dinge konnte ich zusammensammeln. Ich schaute in den Himmel. Treppen und Fußböden waren eingeschlagen, ein Scherbenmeer und Trümmerhaufen war alles, was ich von dem einstmals so friedlichen sauberen Hause vorfand.
Bei Freunden, die sich wieder auf primitive Art einrichten konnten, habe ich dann abwechselnd mein Obdach haben können.

Inzwischen kam mein Bruder Albert aus dem Konzentrationslager aus Oranienburg zurück, dem ein Schreiben von der Polizei vorgelegt wurde, indem enthalten war, daß er kein Verfügungsrecht über sein Haus und Grundstück mehr habe, das sei an Herrn Scheuer verkauft worden. Wenn derselbe Herr Scheuer nach einem mir vorliegenden Brief behauptet, mein Bruder Albert habe ihm den Grundbesitz freiwillig überlassen, so beweist das, mit welcher Verlogenheit jener Herr, der sich damals in widerwärtiger Weise bereicherte, heute noch arbeitet.

Nun mußte auch mein Bruder irgendwo bleiben. Er wurde zur Arbeit in einen Steinbruch geschickt und konnte dann mit vielen Menschen in einem Raum wohnen und so ein kümmerliches Leben fristen.

Ich konnte erst nach Monaten in dem jüdischen Schwesternheim in Essen eine Unterkunft finden. Als mein Bruder Albert an Lungenentzündung erkrankte und keine Pflege hatte, kam er auch für einige Monate bis zu seiner Genesung in das Schwesternheim. Später mußte er nach Hohenlimburg zurückkehren.

Als im Jahre 1941 die Deportationen in Essen begannen, hatte ich das große Glück, im November 1941 nach Schweden zu kommen.

Seit dem Tragen des Davidsternes, welches ich und meine Schwester, die Oberschwester Julie Koppel aus Essen, auch noch auf der Trelleborg-Fähre an uns trugen, nahmen die menschenwidrigen Schmähungen aller Art kein Ende.

Meinen Bruder Albert holte man erneut und ließ ihn wieder, unter falschen Beschuldigungen der Rassenschande, durch Zuchthäuser und Konzentrationsläger gehen. In Birkenau soll er ermordet worden sein als einer der 6 Millionen Juden, die zur Unehre des deutschen Volkes ermordet wurden. Dem gleichen Schicksal verfielen leider auch noch drei weitere Brüder von mir sowie zwei Schwägerinnen und deren Verwandte.

In Briefen an die Bürgeraktion meldeten sich weitere Zeitzeugen zu Wort.

Else Mond, geb. Loewenstein 8.7.1984

Die Geschehnisse vom 10.11.1938 kommen mir wieder sehr lebhaft in meine Erinnerung. Es wird Sie sicherlich interessieren, zu hören, daß mein Mann in Hohenlimburg verhaftet worden ist. Da man ihn in Bielefeld nicht verhaftet hatte, fühlte er sich verpflichtet, nach unseren Geschwistern und Verwandten zu sehen. Er wollte nach Rheda, Werl, Hohenlimburg und Köln fahren, ist aber nicht mehr nach Köln gekommen. Da er die Frauen und Kinder in Hohenlimburg nirgendwo finden konnte, ging er dreimal zur Polizei, um zu erfahren, wo er sie finden könnte. Beim dritten Mal hat man ihn verhaftet und ihn mit meinen Brüdern und den übrigen jüdischen Männern nach Dortmund geschickt und von dort in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Vierzehn Tage war ich ohne Nachricht und konnte von keiner Behörde eine Auskunft bekommen. Ende Dezember kam er wieder zurück.

Hans Loewenstein 1.9.1984

Ich fuhr, wie immer, nach Hagen zur Schule. Als ich dort ankam, standen die Synagoge und die Schule dort in Brand. Darauf fuhr ich gleich wieder nach Hohenlimburg, um meine Eltern und meine Verwandten zu benachrichtigen, was ich in Hagen vorgefunden hatte. Leider kam ich eine halbe Stunde zu spät. Inzwischen waren mein Vater und meine beiden Onkel von der Polizei abgeholt worden. Nach einer halben Stunde kam ein Trupp Menschen, die das Haus Eggestraße 6 und die Synagoge zerstörten sowie uns drei Familien Loewenstein in den Wald schickten. Alle Leute, die kamen, waren uns unbekannt.

Später sagte man uns, daß diese Leute aus einer Nachbarstadt gekommen seien.

Im Wald blieben wir von morgens 10.00 Uhr bis nachts 1.00 Uhr. Da es eine schrecklich kalte Nacht war und es stark zu regnen anfing, gingen wir hinunter zur Schillerstraße. Dort wohnte in einer Mansarde eine einzelne Person, bei der man nichts zerstört hatte.

Am nächsten Morgen ging meine Mutter zur Polizei. Man sagte ihr, daß wir zurück zur Wohnung gehen könnten, aber man sollte uns vier Jungen nicht auf die Straße gehen lassen, da man uns sonst auch ins Konzentrationslager schicken müßte.

Der Polizeikommissar benahm sich sehr anständig uns gegenüber. Was er uns erleichtern konnte, tat er. Derjenige, der uns am meisten angetan hat, war ein gewisser Mann namens Helmich. An weitere Namen kann ich mich nicht erinnern.

Was wir besessen hatten, war zerstört. Vieles war auch gestohlen worden. Ich besaß z.B. eine Briefmarkensammlung aus dem Jahre 1890. Anstatt das ganze Album mitzunehmen, nahm man alle Marken heraus und ließ das leere Album liegen.

Mein Vater kam nach vier Wochen aus dem Konzentrationslager zurück. Wir zogen dann in das Elternhaus meiner Mutter nach Werl, wo man nichts zerstört hatte. Dort blieben wir bis August 1939, also bis zum Tage unserer Auswanderung.

Unbeschreiblich geholfen hat uns eine Familie Lampmann, die unten in der Parterrewohnung des Hauses Eggestraße 6 wohnte. Frau Lampmann rettete uns alles, was wir im Keller hatten. Sie sagte den Leuten, die alles zerstörten, daß ihr die Sachen gehörten. Auch in anderen Angelegenheiten hat uns das Ehepaar Lampmann sehr geholfen.

Zu erwähnen ist natürlich auch Frl. Richard, die uns zu essen in den Wald brachte. Es war eine unwahrscheinliche Geste, die ich, solange ich lebe, nicht vergessen kann. Denn Frl. Richard setzte wirklich für uns ihr Leben aufs Spiel.

Kurt Rosenberg 7.10.1984

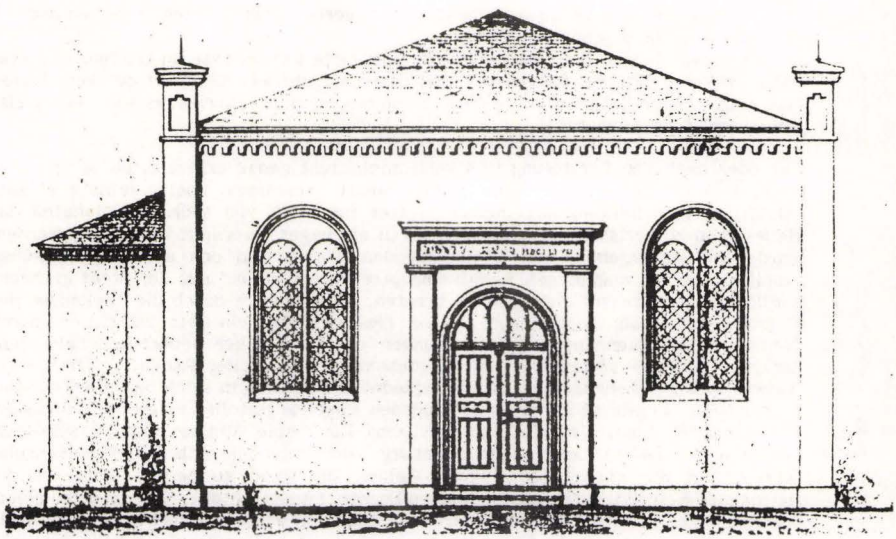
Während der Ausschreitungen in unserem Hause wurden die Dachziegel vom Dach geworfen und die Hausgegenstände vom Dachgeschoss bis zum Keller völlig zerstört. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, muss erwähnt werden, dass alles Fensterglas zertrümmert wurde und alle Möbel, wie Stühle, Tische, Sessel, Sofas, Betten, Bücher, Haus-, Tisch- und Bettwäsche, Küchen-Einrichtung und Küchengegenstände, Essgeschirre sowie das Piano - alles, was sich im Haus befand - in den Vorgarten oder in die Gartenanlagen hinter dem Haus durch die leeren Fensterhöhlen geworfen und anschließend in Brand gesteckt wurden.
Am nächsten Morgen fand meine Mutter eine heile Kaffeetasse im Garten. Dies war die einzigste greifbare Erinnerung (und das einzigste Überbleibsel) der kompletten Hauseinrichtung. Mutter brachte diese Tasse mit nach Südamerika; es war eine "Meissen-Tasse, Zwiebelmuster".

Vor oder nach der Zerstörung (ich kann mich nicht genau erinnern, ob es vor oder nachher war) wurde mein Vater in Polizeihaft genommen. Später musste er sich schriftlich verpflichten, mit meiner Mutter innerhalb von sechs (6) Monaten das Heimatland zu verlassen, anderenfalls sie in ein Lager verbracht würden. Ausserdem wurde ihm aufgegeben, den alleinstehenden Frauen und den anderen juedischen Familien, wo die männlichen Familienhäupter verhaftet und aus der Stadt gebracht wurden, zu helfen und dieselben zu beraten. Vater bekam durch die Ereignisse des Pogroms, von einem Moment zum anderen praktisch ohne ein Heim zu sein und durch die damit zusammenhängenden Aufregungen, das Land seiner Geburt innerhalb recht kurzer Zeit verlassen zu müssen, ein Herzleiden. Um die Auswanderungsgenehmigungen der verschiedenen Behörden in solch beschränkter Zeit zu erlangen, musste er zu den verschiedenen Regierungsstellen reisen, wie Münster, Dortmund, Iserlohn. Um die Einreisevisums für meine Mutter und ihn selbst zu bekommen, mussten beide nach Hamburg zum kolumbianischen Generalkonsulat fahren. Um die notwendige Summe Geldes zur Hand zu haben, damit er die sogenannte Reichsfluchtsteuer begleichen konnte, musste er unser Wohnhaus zu einem Spottpreis an die Firma Hoesch A.G. verkaufen. Von anderen Hohenlimburger Seiten hatte er bessere Angebote für unser Haus, aber die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei gab diesen Interessenten keine Kauferlaubnis, da sie keine Parteimitglieder gewesen waren. Sein Gesundheitszustand wurde so kritisch mit der Besorgnis den Stichtag oder letzten Termin nicht zu versäumen, denn schliesslich mussten meine Eltern ihre Heimatstadt verlassen, bevor die 6 Monate verflossen waren.

Glücklicherweise konnten die Eltern genau sechs Monate nach dem Pogrom Deutschland bei Schiff verlassen. Vater war völlig erschöpft, seelisch und körperlich, so dass er nach 2 Jahren an einem Herzinfarkt starb und war während dieser Zeit meist bettlägerig. Da er intravenöse Einspritzungen bekam, war er unter Obhut einer Krankenschwester, um die Schmerzen, die angina pectoris verursacht, zu verringern.

Das Dach und die Glasfenster mussten so schnell wie möglich repariert werden, denn durch den Novemberregen und die Kälte war das Haus so gut wie unbewohnbar. Die Möbel, Betten, Stühle, usw. sowie Küchen- und Haushaltsgeräte, Tisch- und Bettwäsche, Geschirre, usw. konnten nicht in Hohenlimburg gekauft werden, denn die Geschäftsinhaber, mit denen sie gut bekannt waren, fürchteten böse Repressalien der Nazis. Alles, was zum Möblieren des Hauses benötigt wurde, musste daher in Iserlohn oder Letmathe gekauft werden.

Die Rosenbergs waren die einzige jüdische Familie, die in Elsey wohnte. Die Nachbarn, mit denen sie insgesamt 32 Jahre im gleichen Strassenblock zusammen gewohnt hatten, haben - wahrscheinlich aus Angst - meinen Eltern nicht geholfen.



Kommentar

Die abgedruckten Dokumente und Erinnerungen vermitteln einen Eindruck von den Ereignissen, die sich im Jahre 1938 auch in Hohenlimburg, vor allem am 10.11.1938, abspielten.

In der "Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs" sind Verleumdungen und Verfolgungen dargestellt, denen sich die Bürger jüdischen Glaubens z.Zt. der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der westfälischen Kleinstadt ausgesetzt sahen. Insbesondere wird die antijüdische Hetzkampagne der gleichgeschalteten Heimatzeitung an Beispielen erläutert.

Über die Vorgänge, die sich am 10.11.1938 ereigneten, findet sich jedoch nur eine kurze Notiz, die im Wortlaut mit einer entsprechenden Meldung im Völkischen Beobachter übereinstimmt. Auf diese Weise wurde das Ausmaß der Verwüstungen und Zerstörungen verschwiegen.

Der im Jahre 1949 vor dem Landgericht Hagen durchgeführte Prozeß gegen Teilnehmer an jenem Demolationszug des Jahres 1938 zeigt die Schwierigkeiten, die sich für die Beweisaufnahme 11 Jahre nach dem verhängsvollen Tag ergaben. Das Urteil kann und soll an dieser Stelle nicht unter juristischen Gesichtspunkten gewürdigt werden. Dazu wäre u.a. eine Auswertung aller Prozeßunterlagen erforderlich.

Immerhin wird auch für den juristischen Laien deutlich, mit welcher Sorgfalt das Gericht unter den damals gegebenen Umständen den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse zu ermitteln versucht hat. Laut Berichterstattung in der Presse widerriefen einige der Beteiligten ihre ursprünglichen Aussagen. Als besondere Erschwerung ist die Tatsache zu werten, daß keiner der von den Zerstörungen und Plünderungen direkt Betroffenen als Zeuge gehört werden konnte. Lediglich die Zeugin Koppel durfte das Ergebnis der Verwüstung des Hauses ihrer Verwandten aus eigener Anschauung und Erinnerung schildern. Eine schriftlich vorliegende Aussage einer direkten Augenzeugin des Werks der Zerstörung wurde aus prozessualen Gründen nicht zugelassen.

Aus diesem Grunde stellt die Veröffentlichung dieser schriftlichen Darstellung sowie weiterer Zeitzeugenberichte eine notwendige Ergänzung zu den damaligen Ermittlungen des Gerichts dar. Die Berichte zeigen das Ausmaß des Hasses, mit dem die Teilnehmer an dem Demolationszug am 10.11.1938 in Hohenlimburg gegen jüdische Häuser und Wohnungen sowie gegen die Synagoge vorgegangen sind. Die Berichte stehen stellvertretend für die Erlebnisse anderer Betroffener, die weder 1949 noch später zu Wort kamen. Kurt Rosenberg läßt in seinem Brief anklingen, daß die Bürger jüdischen Glaubens, die damals in der westfälischen Kleinstadt wohnten, ihren Mitbürgern die Zerstörungen und Plünderungen nicht zutrauten. Und doch: es waren Angehörige ortsansässiger Betriebe, die während der bezahlten Arbeitszeit das Werk der Verwüstung und Zerstörung verrichteten. Zu fragen bleibt, ob auch diejenigen, die an jenem 10.11.1938 die Freistellung der Betriebsangehörigen letztlich zu verantworten hatten, je zur Rechenschaft gezogen worden sind.

In Anbetracht der Tatsache, daß das Gericht nicht weniger als 56 Zeugen aufbot, ist es nicht verwunderlich, daß die Erinnerung an jenen verhängnisvollen Tag im November 1938 und an jenen Prozeß im Jahre 1949 für viele Bewohner der früher selbständigen Kleinstadt schmerzvoll und unangenehm ist. Für die Darstellung der Geschichte und Nachgeschichte der untergegangenen jüdischen Gemeinde Hohenlimburg sind jedoch beide Vorgänge bedeutsam. Insbesondere zeigt die Gerichtsverhandlung das ernsthafte Bemühen, über die genannten Vorgänge nachträglich Recht zu sprechen.

Auch die Verhandlungen vor dem Landgericht Hagen und die vorliegenden Zeitzeugenberichte erbringen jedoch keineswegs die Aufklärung des Gesamtzusammenhangs. Durch eine Presseveröffentlichung wurde erst im Jahre 1985 öffentlich bekannt, was sich offenbar im Anschluß an den Demolationszug in Hohenlimburg abspielte. Im Magazin des Heimatmuseums, 1938 im Besitz des Vereins für Orts- und Heimatkunde Hohenlimburg e.V., fand sich eine Sabbatlampe, die nach Aussagen eines Fachmannes aus jüdischem Privatbesitz stammt. Im Herbst 1986 entdeckten zwei Mitglieder der früheren jüdischen Gemeinde Hohenlimburg, die ihrer Heimatstadt einen Besuch abstatteten, in diesem Museum einen Ofen, der früher im Wohnzimmer ihrer in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager ermordeten Eltern gestanden hatte. Jener NSDAP-Ortsgruppenleiter, der am 10.11.1938 auf dem Kronenburgplatz vor der versammelten Menge eine Rede hielt, war damals zugleich Vorsitzender des örtlichen Heimatvereins und hatte nach Zeugenaussagen angeordnet, daß Beutestücke aus dem Demolationszug in das vereinseigene Heimatmuseum gebracht wurden.

Es ist verständlich, daß insbesondere die direkt oder indirekt Beteiligten, so auch der genannte Heimatverein, an die damaligen Vorgänge nicht erinnert werden wollen. "Der Heimatverein hat mit Wiedergutmachung an Bürgern der Stadt, denen Unrecht zugefügt wurde, nichts zu tun", heißt es in einer Stellungnahme des Vereins vom 9.12.1980. Mitglieder der Bürgeraktion haben die Strategie der Verdrängung, der Verschleierung und Umdeutung historischer Ereignisse, die sich aus dieser Haltung ableitet, an anderer Stelle dokumentiert und kommentiert.

TEIL III: KONTAKTE UND BEGEGNUNGEN

1. Besuchswoche 1982

Einladung in die Heimatstadt ein Zeichen der Versöhnung

Ehemalige jüdische Mitbürger kommen nach Hohenlimburg

Hohenlimburg. Im Jahr 1980 schrieb Heinz Rosenberg, ein ehemaliger jüdischer Mitbürger der Hohenlimburger, der heute in den USA lebt, an den Oberbürgermeister der Stadt Hagen: „Es war die Stadt Hohenlimburg, welche ich zwangsweise am 30.7.1938 verlassen mußte. Es war Limburg an der Lenne, wo meine Vorfahren das Licht der Welt erblickten, es war Limburg an der Lenne, wo mein Großvater, Fabrikbesitzer J. F. Rosenberg, den Grundstein für das industrielle Unternehmen der Familie Rosenberg im Jahre 1859 legte, welches im Jahre 1938 – der Not gehorchend – aufgelöst werden mußte.

Die Stadt Hagen hat, soweit ich dieses beurteilen kann, durch die Eingemeindung von Hohenlimburg, einer hochindustrialisierten Stadt, bedeutende Steuereinnahmen, die sie ohne Zweifel in die Lage versetzen, eine Handvoll Hohenlimburger Bürger einzuladen, diese Stadt, mit der sie soviel verbindet, nochmal zu besuchen."

Dieser Argumentation wollte sich der Ältestenrat des Rates der Stadt Hagen nicht verschließen. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß im Einzelfall Kosten für die Unterbringung oder Verpflegung bei einem bis zu 7-tägigen Aufenthalt ehemaliger jüdischer Mitbürger von der Stadt Hagen getragen werden könnten.

Andererseits besteht angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeit, die Einladung an ehemalige jüdische Mitbürger durch die Übernahme von Reisekosten finanziell zu unterstützen.

Aus diesem Grunde riefen Mitglieder des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" zu einer privaten Spendenaktion auf, die zu einem erfreulichen Zwischenergebnis führte. An der Spendenaktion beteiligten sich neben der Volksbank Hohenlimburg auch Altbürgermeister Paul Knapp und Hermann Scheffler sowie zahlreiche weitere Bürger.

Oberbürgermeister Loskand erklärte sich bereit, einen weiteren Spendenaufruf zu unterzeichnen. Kürzlich erneuerte Ministerpräsident Johannes Rau seine Zusage, die Aktion durch die Übernahme einer Patenschaft, betreffend Reisekosten für eine jüdische Familie, zu unterstützen.

Die Mehrzahl der Bürger Hohenlimburgs kann sich einmal im Jahr einen Urlaub leisten, viele Bürger verreisen sogar zweimal, oft auch ins Ausland. Wenn man bedenkt, daß die genannten jüdischen Mitbürger seinerzeit gewaltsam ihre Heimatstadt verlassen mußten, und daß sich einige von ihnen heute aus finanziellen Gründen einen Besuch ihrer Heimatstadt nicht leisten können, könnte sich der eine oder andere Hohenlimburger noch zu einer finanziellen Unterstützung entschließen.

Über entsprechende Spenden, die auf das Spendenkonto 128.011.238 bei der Sparkasse Hagen einzuzahlen sind, kann eine steuerwirksame Spendenbescheinigung ausgestellt werden. Übrigens: zahlreiche Hohenlimburger Bürger haben sich bereit erklärt, die ehmaligen jüdischen Mitbürger als Gäste in ihren Wohnungen aufzunehmen.

So wird auch in Hohenlimburg möglich, was in Berlin, Bonn, Emden, Frankfurt, Aschaffenburg und Limburg a. d. Lahn bereits in größerem Rahmen praktiziert wurde: Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Die Anregung zu dieser von der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" durchgeführten Besuchsaktion geht auf Heinz Rosenberg, einen ehemaligen jüdischen Mitbürger, zurück, der im Jahre 1980 Herrn Oberbürgermeister Rudolf Loskand vorschlug, die Stadt Hagen möchte die noch lebenden Mitglieder der früheren jüdischen Gemeinde Hohenlimburg zu einem Besuch ihrer Heimatstadt einladen. Dieser Vorschlag wurde seitens der Stadt Hagen zunächst aus finanziellen Gründen abgelehnt. Die Bürgeraktion griff die Anregung im Januar 1982 auf und bat Herrn Ministerpräsidenten Johannes Rau um Rat und Hilfestellung.

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Herrn
Professor Dr. Hermann Zabel
Zum Alten Bruch 6

5800 Hagen 5

DÜSSELDORF, 19. Februar 1982
HAROLDSTRASSE 2
MB 2

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel,

vielen Dank für Ihren Brief vom 31. Januar, mit dem Sie mir Ihre Sorgen über die Schwierigkeiten unterbreiten, ehemalige jüdische Mitbürger nach Hagen einzuladen.

Daß Sie an der Wiederaufnahme von Kontakten mit früheren jüdischen Mitbürgern so großen Anteil nehmen, berührt mich sehr. Ich kann andererseits der Stadt Hagen natürlich keine Vorschriften machen, wie sie sich dieses Themas annimmt. Da Sie mich aber um einen Rat gebeten haben, möchte ich Ihnen und der Stadt Hagen folgendes vorschlagen: Sie schreiben selbst, daß die Unterbringung und Betreuung dieser ehemaligen jüdischen Bürger in Hagen kaum Probleme bereiten dürfte. Es geht also im wesentlichen um die vergleichsweise hohen Reisekosten, die bei Flügen aus Nord- oder Südamerika entstehen. Wie wäre es, wenn die Stadt und Sie gemeinsam an Verbände, Vereine, bedeutende Firmen und Familienunternehmen mit dem Wunsch herantreten könnten, für diese Aktionen Patenschaften zu übernehmen? Wenn es sich um etwa ein Dutzend Familien handelt, müßte sich das doch bewerkstelligen lassen. Wenn diese Anregung ein positives Echo findet, würde damit gewiß auch eine bedeutende öffentliche Wirkung erzielt werden.

In einem solchen Falle wäre ich auch gern bereit, meinerseits durch die Übernahme einer Patenschaft in dieser Form zum Gelingen der Aktion beizutragen.

Meine Überlegung bei diesem Vorschlag ist, daß gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Bemühung solcher Art besser durch Privatinitiative zustande gebracht werden sollte, als die Stadt um volle Finanzierung des Programms zu bitten. Ich gebe auch zu bedenken, daß im Gegensatz zu Städten wie Bonn und Frankfurt die Stadt Hagen in den letzten Jahren ja eher steuerträchtige Industrie verloren hat.

Es würde mich freuen, wenn Sie mit dem Arbeitskreis "Jüdische Gemeinde Hohenlimburg" und mit ideeller Unterstützung der Stadt eine eindrucksvolle "Bürgerinitiative" im Interesse christlich-jüdischer Versöhnung in Bewegung setzen könnten. Bitte, lassen Sie mich gelegentlich wissen, ob Sie und die Stadt diesem Vorschlag folgen konnten und was aus meiner Anregung geworden ist.

Mit freundlichem Gruß

K. Kramer Rat.

Kopie sende ich Herrn Oberbürgermeister Rudolf Loskand.

Doch führte das Angebot des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zunächst keineswegs zu einer Änderung in der Haltung der Stadt Hagen. Noch am 6.5.1982 teilte Herr Oberbürgermeister Loskand der Bürgeraktion u.a. mit: "Sie haben sicher Verständnis dafür, daß meines Erachtens eine positive Entscheidung (= zu Gunsten der Besuchsaktion) aufgrund der derzeitigen Finanzsituation, in der sich die Gemeinden befinden, nicht leichtfallen wird. Dieses um so mehr, wenn Sie bedenken, daß der Haushalt 1982 mit einer Deckungslücke von über 15 Mio. DM verabschiedet wurde und für den Voranschlag 1983 eine Unterdeckung in Höhe von 40-45 Mio. DM zu erwarten ist. - In der nächsten Zeit wird es in erster Linie darauf ankommen, bereits vorhandene Aufgaben zu bewältigen, bevor neue Aufgaben, in welcher Form sie auch immer auftreten können, in Angriff genommen werden. - Ungeachtet dieser Feststellung werde ich die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses, dem Mitglieder aller im Rat der Stadt Hagen vertretenen Parteien angehören, erörtern lassen und Ihnen anschließend das Beratungsergebnis mitteilen."

Später entschloß sich die Stadt Hagen zu einer Unterstützung der Besuchsaktion, wenn sie letztlich allen ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hagens und nicht nur den ehemaligen jüdischen Mitbürgern der früher selbständigen Stadt Hohenlimburg zugutekomme. Der Oberbürgermeister übertrug der "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" die Organisation dieser Besuche und unterschrieb einen Spendenaufruf an Hagener Unternehmen, Organisationen und Institutionen zur Einladung von ehemaligen jüdischen Mitbürgern nach Hagen.

STADT HAGEN

Der Oberbürgermeister

Herrn Professor
Dr. Hermann Z a b e l
Zum Alten Bruch 6

5800 Hagen 5

Hagen, 30. Juli 1982

Spendenaufruf zur Finanzierung von Aufenthalten ehemaliger jüdischer Mitbürger in Hagen

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel!

Beigefügt übersende ich Ihnen verabredungsgemäß den von mir unterzeichneten Spendenaufruf an die gesamte Hagener Bevölkerung zur Finanzierung von Reisen und Aufenthalten ehemaliger jüdischer Mitbürger in ihrer Heimatstadt zur freundlichen Weiterverwendung.

Um möglichen Mißverständnissen von vornherein entgegenzuwirken, erlaube ich mir, Sie auf folgende Punkte aufmerksam zu machen.

1. Federführend für die Aktion ist weder die Stadt Hagen noch der Oberbürgermeister, sondern ausschließlich die "Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg".

2. Die Bürgeraktion lädt von sich aus ehemalige jüdische Mitbürger nach Hagen ein. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister unter Angabe von Namen und Anschriften der eingeladenen Personen informiert.

3. Die Zahl der einzuladenden Personen wird auf zehn bis fünfzehn pro Jahr begrenzt.

4. Das Spendenkonto wird nicht von der Stadt Hagen eingerichtet und verwaltet, sondern von der Bürgeraktion.

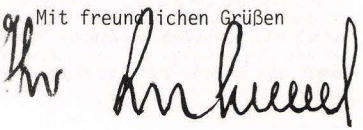
5. Die eingehenden Spenden sind grundsätzlich gesamtstädtisch zu verwenden, wobei vorausgesetzt wird, daß dies in einem proportional angemessenen Rahmen erfolgt.

6. Soweit die Unterbringung der eingeladenen Personen in Hagener Familien erfolgt, ist die finanzielle Zuwendung der Stadt Hagen für die Aufenthaltskosten von der Antwort auf die Frage abhängig, ob evtl. eine Gegeneinladung der aufnehmenden Familie verabredet wird. In einem solchen Fall würde der städtische Beitrag zu den Aufenthaltskosten natürlich entfallen müssen.

Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn die von Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Dr. Zabel, initiierte Aktion von dem gewünschten Erfolg begleitet sein würde und möglichst vielen ehemaligen jüdischen Mitbürgern unserer Stadt ein Besuch ihrer Heimat ermöglicht werden könnte. Bitte, halten Sie mich über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden.

Diesem Brief füge ich die Ablichtung eines Schreibens von Frau Liselotte Marchfeld de Blum aus Montevideo, Uruguay, bei, mit der freundlichen Bitte, von dort zu prüfen, ob es sich bei Frau Marchfeld de Blum um eine ehemalige jüdische Mitbürgerin handelt.

Mit freundlichen Grüßen



Die evangelischen Kirchengemeinden laden ein:

Christlich-jüdische Begegnung bei Besuch ehemaliger Bürger geplant

Hohenlimburg. Das Presbyterium der ev. luth. Kirchengemeinde Elsey beschloß in seiner letzten Sitzung, im Zusammenhang des bevorstehenden Besuches ehemaliger jüdischer Mitbürger zu einer christlich-jüdischen Begegnung einzuladen. Der Vizepräsident der Ev. Kirche von Westfalen, Dr. H. Begemann, soll gebeten werden, die Veranstaltung, die im Paul-Gerhardt-Haus stattfindet, mit einigen einführenden Worten zu eröffnen. Das Presbyterium hat die Vorbereitung der Veranstaltung den Mitgliedern des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" übertragen.

Der Beschluß steht im Zusammenhang mit einer Erklärung, die von den Presbyterien der beiden evangelischen Kirchengemeinden im Jahre 1980 verabschiedet und die den Gemeindemitgliedern durch Kanzelabkündigung bekannt gegeben wurde. In dieser Erklärung heißt es:

„Wir bekennen die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland an der Verleumdung, Verfolgung und Ermordung der Juden im Dritten Reich. Auch der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Hohenlimburg ist dieser Zeit großes Unrecht zugefügt worden. Wir sind betroffen darüber, daß durch die Berufung auf Äußerungen Martin Luthers, die ausführlich im Lokalteil der Heimatzeitung 'Der Gemeinnützige' zitiert wurden, im Jahre 1938 bei den Bürgern Hohenlimburgs der Eindruck entstehen sollte, als sei die Zerstörung der Synagoge und die Demolierung von Wohnungen jüdischer Mitbürger zugleich im Sinne erfolgt. Wir sind dankbar dafür, daß in unseren Tagen in der evangelischen Kirche ein neues Verständnis für die Gemeinsamkeiten von Juden und Christen aufgebrochen ist, und bekennen uns zu diesen Gemeinsamkeiten."

Im Auftrage des Pfarrgemeinderates der katholischen St. Bonifatius-Kirchengemeinde erklärte Dr. Hartmann am 9. November 1980 u. a.: „Wir Christen sind aus mangelnder Mitmenschlichkeit und mangelnder christlicher Nächstenliebe mitschuldig geworden an der Verfolgung unserer jüdischen Mitbürger. Daher sollten wir um Gottes Willen gerade hier an der Synagoge in Hohenlimburg die jüdischen Opfer des Naziregimes um Vergebung bitten."

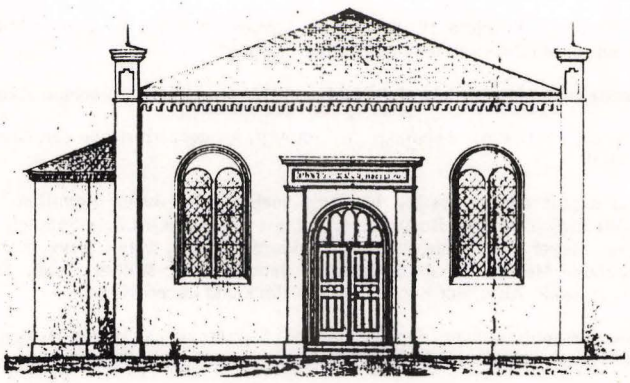
Auch Johannes Rau übernahm Patenschaft

Schon damals blieb es nicht bei Erklärungen. Im Dezember 1980 gehörten evangelische und katholische Christen, u. a. die Pfarrer Grothe, Gurr, Marx, Tillmans und Ostermann, zu den Unterzeichnern eines Spendenaufrufs, um in einer für die Stadt Hagen schwierigen finanziellen Situation einen konstruktiven Beitrag zur Erhaltung des Synagogengebäudes zu leisten. Der Pfarrgemeinderat der katholischen Kirchengemeinde und Pfarrer Schmiz förderten die Aktion durch die Überweisung namhafter Beträge. Inzwischen haben weit über 1000 Familien oder Einzelpersonen die Erhaltung der Bausubstanz des Synagogengebäudes ermöglicht.

Diese Bemühungen und Opfer sind insbesondere von den ehemaligen jüdischen Mitbürgern Hohenlimburgs und ihren Angehörigen mit Dankbarkeit und Anerkennung registriert worden und haben darüber hinaus im In- und Ausland Beachtung gefunden. Inzwischen haben 14 Personen die Einladung zum Besuch ihrer Heimatstadt Hohenlimburg angenommen. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Synodaler der Ev. Kirche im Rheinland, übernahm die Patenschaft betr. Reisekosten für ein Ehepaar, nachdem sich zahlreiche Bürger bereit erklärt hatten, durch die Bereitstellung von Unterkünften und Spenden die z. T. erheblichen Reisekosten mit zu finanzieren. Die Stadt Hagen unterstützt das Vorhaben durch einen Zuschuß zu den Kosten für Aufenthalt und Verpflegung.

So bleibt zu hoffen, daß die vom Presbyterium der ev. luth. Kirchengemeinde angeregte christlich-jüdische Begegnung zu einer Vertiefung und Festigung der Kontakte zu den ehemaligen Mitbürgern Hohenlimburgs führt.

WR 3.9.1982



Die ehemalige jüdische Gemeinde von Hohenlimburg

Eine Ausstellung in der FernUniversität - Gesamthochschule - Hagen Feithstr. 140 11. Oktober - 1. November 1982

Verantwortlich:

Dr. G. Hagelweide
Hochschulbibliothek der Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen, Feithstr. 140

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Hohenlimburg

1350: Schutzbrief Dietrichs IV. und seines Sohnes Cracht - die älteste Urkunde über Juden im Machtbereich eines Grafen Limburg

1694: Ausstellung eines Judengeleitbriefes durch den Grafen Friedrich Mauritz

1782: Concession zu einer Synagoge in Limburg, ausgestellt durch den Grafen Moritz Casimir

1821: Verzeichnis der im Bezirk Limburg vorhandenen Juden-Familien, ausgestellt durch Bürgermeister Holtschmit, enthält die Namen Löser Samuel, Simon Gabriel, Meyer Spiro, Meyer Levi, Salomon Moses, Isaac Levy, Samuel Aron, Abraham Meyer, Jacob Seligmann, Jacob Aron, Michel Cahn, Feist Cahn, Meyer Isaak, Abraham Koppel, Moses Herz und Jacob Weishel.

1846: Eine Bekanntmachung der Königlichen Regierung nennt die Namen von 38 in Limburg wohnenden selbständigen Juden.

1865: In der Einladungsliste des Limburger Amtmanns Pannewitz werden 24 stimmberechtigte Mitglieder der jüdischen Gemeinde angeführt.

1868/70: Errichtung der neuen Synagoge

1890: Synagogen-Ordnung für die Synagogen-Untergemeinde Hohenlimburg

1907: 150 Juden, davon 36 Zensiten (Leute in selbständigen Berufen, Steuerzahler), bei einer Gesamteinwohnerzahl von 12.000 in Hohenlimburg wohnhaft.

1908: Neuordnung des Synagogenverbandes Limburg

1931: 70 Juden, davon 25 Zensiten, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 15.519 in Hohenlimburg wohnhaft.

1933: Beginn der Verfolgungen

1935: Erste Auswanderungen

1938: Zerstörung der Inneneinrichtung der Synagoge und Zerstörung jüdischer Wohnungen und Geschäfte

1942: Abtransport der letzten jüdischen Mitbürger in verschiedene Konzentrationslager von dem Platz vor der Synagoge aus

Dunkle Vergangenheit wird gespenstisch wieder geweckt

Lotte Chaim schrieb aus Israel: Von der Synagoge in den Tod

Hohenlimburg. Vor 40 Jahren wurde unter der Herrschaft der Nationalsozialisten das schrecklichste Kapitel der deutschen Geschichte beschlossen. Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 schuf die organisatorischen Voraussetzungen für die sog. Endlösung der Judenfrage.

In einer Gedenkfeier in jener Villa am Großen Wannsee, in der damals das Schicksal von über 11 Millionen Juden besiegelt worden ist, erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker: „Wir Älteren tragen die Last jener Zeit. Nur wenn wir Älteren den schrecklichen Versuchungen widerstehen, die Vergangenheit zu verdrängen, wird die Zukunft unserer Kinder frei und offen sein. Wir alle haften für das, was in unserer Zeit im deutschen Namen geschehen ist."

Die Auswirkungen der Beschlüsse vom 20. Januar 1942 auf die damals selbständige Stadt Hohenlimburg dokumentiert das nachstehende Foto: Die letzten jüdischen Bewohner Hohenlimburgs werden von dem Platz vor der Synagoge aus ins Konzentrationslager deportiert, und zwar am 23. April 1942.

Dazu schreibt Frau Lotte Chaim (Israel): „Die Bilder haben mich sehr aufgeregt. Nochmals wurden die Erinnerungen an liebe Verwandte, an Vettern und Cousine, wach. Immer wieder blickte ich auf meinen Onkel Hugo Loewenstein (3. von links), seinen Sohn Georg (2. von links), Anneken, die schöne Tochter (1. von links), Tante Berta Loewenstein (rechts außen) und Else Loewenstein (im Profil neben Berta) und stellte mir ihre Gefühle vor."

In der Mitte des Fotos sind Moritz und Lina Meyberg zu sehen. Nach dem Bericht von Frau Chaim traten die ehemaligen jüdischen Mitbürger von der Synagoge aus die Fahrt in den Tod an.

Frau Chaim legt ihrem Schreiben einen 100-DM-Schein zugunsten des Spendenkontos 128 011 238 Synagoge Hohenlimburg (Sparkasse Hagen) bei und erklärt: „Ich bewundere Ihre Bemühungen um den Erhalt der Synagoge. Wie gut, daß es Menschen gibt, die wiedergutmachen wollen, was andere gesündigt haben."



WP 23.1.1982

Geschichte der Hohenlimburger Synagoge

Sie bleiben erhalten: Hagens stille Schätze

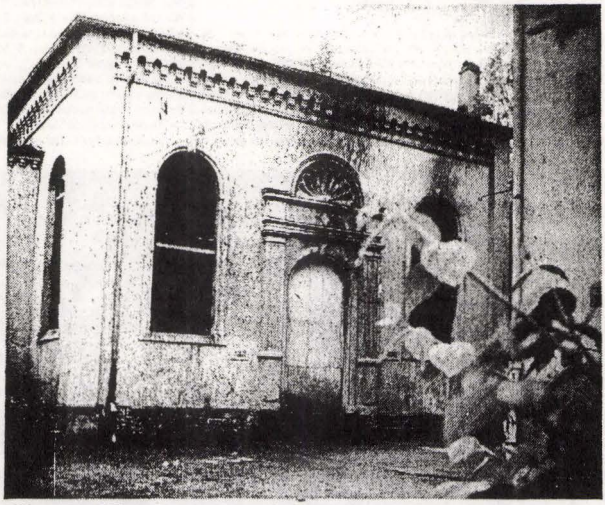


Christen spendeten runde tausend Taler

Hagen. (Sche.) Der Entwurf für die Hohenlimburger Synagoge stammt vom Oestricher Baumeister Liesenberg. Maurermeister Wilhelm Knapp aus Hohenlimburg führte den Bau aus. Die Mittel für den 1869 bereits im Mauerwerk fertiggestellten Bau kamen zu einem Drittel (1000 Taler) von den christlichen Mitbürgern Hohenlimburgs und Elseys. Einen Kredit von 1 300 Tlr nahm die jüdische Gemeinde bei der Stadtsparkasse auf, 600 Tlr kamen aus der Kultusgemeinde und durch eine Kollekte bei den Juden des Kreises Iserlohn zusammen. Große Verdienste um den Bau hat sich der Hohenlimburger Amtmann Pannewitz erworben.

Die Synagoge enthielt einen hohen Saal mit Innengalerie, apsisartig hervortretenden Thoraschrein, ornamental sichtbarem Gesims, dekorativem Portal mit renaissancistischen säulenförmigen Lisenen und Halbkreis mit Rocaillemuster, dazu Sandsteinfenster mit Mittelsteg und Doppelbogen. Die mobile Inneneinrichtung war bescheiden - cirka 300 Taler wert. Die Spalierdecke umgab ein Stuckgesims. Sechs sauber bearbeitete Holzsäulen, die die Empore trugen, teilten den Raum auf, dessen Wände bis 1.20 m mit dunkelbrauner Ölfarbe gestrichen waren. Die restlichen Wand- und Deckenflächen leuchteten in zartrosa Schlämmkreide.

In der „Reichskristallnacht" (9./10.November 1938) zerstörten die Nationalsozialisten Dach, Fenster, Türen, sowie die Inneneinrichtung. Die jüdische Gemeinde mußte ihr Eigentum an der Eggestraße verkaufen. Hugo Loewenstein handelte mit dem Fabrikanten Ernst Umbeck einen fairen Kaufvertrag aus. Umbeck nutzte das Gebäude als Fabrik. Am 4. Dezember 1975 brannte die in der Synagoge untergebrachten Werkstätten aus. Es gibt Pläne, die Synagoge zu restaurieren und ein Museum für jüdische Kultgegenstände daraus zu machen.



1938 zerstört, 1975 ausgebrannt: Die jüdische Synagoge in Hohenlimburg. (WR-Bild: Udo Meier)

Über 500 bauliche Schätze gibt es in Hagen. Die RUNDSCHAU stellt sie in ihrer Serie „Sie bleiben erhalten - Hagens stille Schätze" vor. Die baulichen Denkmäler reichen von Urgroßvaters Haferkasten bis zu interessanten Objekten im Freilichtmuseum, von bedeutenden Bauten aus der Osthaus-Ära bis zu ungewöhnlichen Brükkenkonstruktionen. Die heutige Folge beschäftigt sich mit der Synagoge im neuen Stadtteil Hohenlimburg. Die WR-Serie wird begleitet von einer ständigen Schaufensterausstellung des Kaufhauses Bilka.

WR Hagen 23. 5.1981

Geschichte einer verfolgten Minderheit in erschütternden Bildern und Dokumenten

Fernuni-Ausstellung über ehemalige jüdische Gemeinde

Hohenlimburg. (ef) Vier Bilder dokumentieren den unmenschlichen Abtransport der letzten jüdischen Mitbürger 1942 aus Hohenlimburg. Mit versteckter Kamera nahm ein unbekannt gebliebener Fotograf die Szenen auf und riskierte dabei schwerste Strafverfolgung. Diese vier Fotos aus dem Besitz des Stadtarchivs Hagen bilden die Mitte einer kleinen Ausstellung über die ehemalige Gemeinde von Hohenlimburg, die – getragen von der Bibliothek der Fernuniversität in Zusammenarbeit mit der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" – in der Eingangshalle der Fernuni in Hagen eröffnet wurde.

Nicht nur historische Erinnerung soll die Ausstellung nach den Worten von Prof. Heinz Abels sein, sondern auch Dokumentation einer schrecklichen Zeit in der näheren Region, sowie Mahnung an die Wissenschaft, solches nie wieder geschehen zu lassen.

Bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts läßt sich die Geschichte der jüdischen Gemeinde zurückverfolgen. 1931 lebten unter den 15 519 Einwohnern Hohenlimburgs 70 Juden, die voll im Gemindeleben integriert waren. Art und Weise ihrer Verfolgung mit Verleumdungen und Einschränkungen dokumentieren kopierte Unterlagen beispielsweise aus dem Geheimen Staatspolizeiamt oder dem Finanzamt.

Zu sehen sind auch Fotos der Häuser und Wohnungen ehemaliger jüdischer Mitbürger. Alle Ausstellungsstücke sind mit Informationen versehen, die dem Betrachter die zeitgeschichtliche Einordnung ermöglichen.

In Bauplänen und Fotos präsentiert die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" ihre Bemühungen um die Erhaltung des unter Denkmalschutz gestellten Gebäudes.

Die Ausstellung dauert bis zum 1. November.

WP 12.10.1982

Gemeinschaftsausstellung von Bürgeraktion und Fernuniversität:

Leben, Mühsal, Verfolgung von Hohenlimburgs Judengemeinde

Hagen/Hohenlimburg. (Sche.) Das Erschütterndste an der Ausstellung der Bürgeraktion „Die ehemalige jüdische Gemeinde Hohenlimburg" sind vier Bilder vom Abtransport der letzten elf Juden Hohenlimburgs am 23. April 1942. Ein unbekannter Fotograf hat die Aufnahmen unter Einsatz seines Lebens aus einem Versteck heraus geschossen. Die berüchtigte Wannseekonferenz mit dem „Endlösungs"-Beschluß war um wenige Monate vorausgegangen. Jeder kann sich denken, wohin diese Fahrt der jüdischen Mitbürger führte – in die Vernichtungslager. Die Ausstellung der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg und der Hochschulbibliothek der Fernuniversität im Foyer des Hauptgebäudes an der Feithstraße 140 ist bis zum 1. November zu sehen.

1350 stellte Dietrich IV. und sein Sohn Cracht einen Schutzbrief aus – die älteste Urkunde über Juden im Machtbereich des Grafen von Limburg aus. 1694 Graf schrieb Friedrich Mauritz zu Bentheim-Tecklenburg einen Judengeleitbrief, 1782 erfolgte durch den Grafen Moritz Casimir eine „Concession zu einer Synagoge in Limburg". 1931 gab es unter 15 519 christlichen Mitbürgern nur 70 Juden. 1933 kam es zu den ersten Auswanderungen, in der sogenannten "Reichskristallnacht" (10. November 1938) wurden sowohl die Einrichtung der Synagoge als auch die jüdischen Wohnungen und Geschäfte demoliert.

Die Verfolgungen begannen bereits am 22.5.1933, als sich die Staatspolizeistelle Dortmund (später Gestapo) nach kommunistischen Umtrieben des jüdischen Rechtsanwalts Dr. Benjamin in Hohenlimburger kundigte. Ein wohlmeinender Polizeibeamter schrieb zurück, es sei nichts über eine solche Betätigung bekannt, eine Haussuchung wäre erfolglos gewesen. Doch am 29. Juli gleichen Jahres ging ein denunziatorisches Schreiben über die Hohenlimburger Juden an den Landrat von Iserlohn.

1935 drohte Sicherheitschef Reinhard Heydrich jüdischen Künstlern „Schutzhaft", also KZ an, falls sie „innerdeutsche Probleme" behandelten. Am 8. November 1935 wollte die Gestapo wissen, ob die Metzger Hohenlimburgs Fleisch bei jüdischen Viehhändlern kauften. Und per Erlaß vom 10 Mai 1938 entzog das Finanzamt Iserlohn jüdischen Familien die Kinderermäßigung bei der Einkommensteuer.

WR 12.10.1982

● Jüdische Mitbürger ● nach Jahrzehnten ● in der Heimatstadt

Bezirksvorsteherin gab Empfang im Rathaus

Hohenlimburg. (jü.) Zum ersten Mal seit Jahrzehnten befindet sich eine Gruppe ehemaliger Hohenlimburger Mitbürger jüdischen Glaubens in ihrer angestammten Heimatstadt. Durch ein immer noch unvorstellbares Schicksal wurden sie während des Nazi-Regimes in alle Winde verweht. Auf Einladung des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" und mit Unterstützung von Oberbürgermeister Rudolf Loskand kamen sie jetzt zu einem kurzen Besuch an die Lenne.

Im Rathaus gab Bezirksvorsteherin Marie Schumann am Mittwochabend einen kleinen Empfang. Sie begrüßte Frau Lotte Chaim geb. Schönebaum mit ihrer Tochter Ilana Rottem aus Israel; Frau Ruth Nassau geb. Schönebaum aus Argentinien, Herrn Hans Löwenstein und Frau ebenfalls aus Argentinien, Herrn Max Löswenstein und Frau aus Israel, Herrn Erwin Mosbach und Frau aus Schweden, Herrn Hugo Mosbach und Frau aus Frankreich, Herrn Heinz Rosenberg und Frau aus den USA und Frau Herta Stern geb. Mosbach aus England. Bereits abgereist waren Hans Benzian und Frau aus der Schweiz.

Marie Schumann betonte, daß es nicht gelte, alte Wunden aufzureissen oder Erinnerungen an schreckliche Zeiten auch in Hohenlimburg zu wekken, sondern dafür zu sorgen, daß die Gäste sich in Hohenlimburg wie vor langen Jahren ganz wie zu Hause fühlen.

Prof. Dr. Hermann Zabel hatte zuvor die Gäste vorgestellt, die aus fünf Häusern der Innenstadt stammen, aus der Herrenstraße, der Freiheitstraße, der Mittelstraße und der Schillerstraße. Sie oder ihre Eltern betrieben dort Kaufhäuser, Fabriken oder eine Fleischerei, bis sie ins Ausland flüchteten oder deportiert wurden.

Die Besucher spendeten volles Lob

Bei diesem Empfang waren auch weitere Vertreter des Arbeitskreises „Jüdische Gemeinde" zugegen. Besonderer Gast: General Dr. Dietrich Genschel, dessen Iserlohner Soldaten bei der Herrichtung der ehemaligen Synagoge gute Arbeit leisteten.

Für die Bezirksvertretung waren Ernst-Günter Sonnenberg, Lothar Voß, Gertrud Middermann, Fritz Steinschulte und Klaus-Peter Kriegbaum (alle SPD) sowie Willi Just (FDP) anwesend.

Im Namen der jüdischen ehemaligen Mitbürger sprach Heinz Rosenberg, auf den die Idee einer Besuchswoche letztlich zurückgeht. Er zeigte sich erstaunt darüber, daß die Hohenlimburger Juden, die den Holocaust überlebten, der Einladung in dieser relativ großen Zahl gerne folgten. Er selbst dürfe behaupten, er fühle sich jetzt hier wohler als vor 45 Jahren. Sein Dank dafür, daß die Synagoge baulich gesichert wurde, galt nicht nur Prof. Zabel, sondern auch General Dr. Genschel. Anzumerken: Heinz Rosenbergs Vater war es, der 1938 die Urkunde über den Verkauf der Synagoge unterzeichnete.

Vor dem Konzert, das dann bei erstaunlich gutem Besuch im Rathaussaal stattfand und über das noch zu berichten sein wird, blieb dann noch Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen. Dabei konnten hier und da auch gemeinsame Erinnerungen zwischen Gastgebern und Gästen ausgetauscht werden, konnte von den Hohenlimburgern nachgefragt werden, wie ihre ehemaligen Mitbürger das ihnen aufgezwungene Schicksal meisterten, wie sie überhaupt überleben konnten.

Das Beeindruckende daran: Dieser Gedankenaustausch fand in einer Atmosphäre statt, die man eher freundschaftlich als gespannt bezeichnen darf. So können Menschen miteinander sprechen, die nicht unter dem Zwang eines unmenschlichen Regimes leben müssen.

Eine Zwischenbilanz, den Worten der Gäste folgend: Der Besuch in Hohenlimburg und unter der Betreuung von Hohenlimburgern findet volles Lob.

WP 22.10.1982



Auf der Treppe im Rathaus versammelten sich die ehemaligen jüdischen Mitbürger, ihre Gastgeber und die weiteren Teilnehmer am Empfang der BV Ost.

EINEN WAPPENTELLER als Erinnerung überreichte der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hohenlimburg, Horst Tillmann, an Frau Herta Stern geb. Mosbach aus London. Der Grund: Ihr Vater, der 1936 in Hohenlimburg verstorbene Wilhelm Mosbach, war bis zur Machtübernahme durch Hitler Mitglied der SPD-Fraktion im Hohenlimburger Stadtparlament. Wilhelm Mosbach gehörte auch zu dem Kreis um Georg Scheer, der den Hohenlimburger Bauverein aus der Taufe hob. Frau Stern leitete nach dem Tode ihres Vaters das Textilgeschäft an der Freiheitstraße mit einem Onkel weiter, bis dieses Geschäft aufgegeben werden mußte und ihr selbst die Flucht nach England gelang. Wilhelm Mosbachs Verdienste wurden so gewürdigt.



Fotos: Ullrich Görner

WP 22.10.1982

Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger und ihrer Angehörigen in Hohenlimburg (18. bis 24.10.1982)

[signature]	Miami Beach (USA)
[signature]	Buenos Aires (Argentinien)
[signature]	Miami Beach (USA)
[signature]	Horw (Schweiz)
[signature]	Horw (Schweiz)
[signature]	Buenos Aires (Argentinien)
Max Loewenstein	Tel Aviv (Israel)
Hanna Loewenstein	Tel Aviv (Israel)
Lotte Cramm (Schönebaum)	Ramot Hashavim (Israel)
Ruth Nissan	Parana (Argentinien)
Herta Stern (Mosbach)	London (England)
Helene Mosbach	Paris (Frankreich)
Hugo Mosbach	Paris (Frankreich)
[signature]	Malmö (Schweden)
[signature]	Malmö (Schweden)
[signature]	Frankfurt (Deutschland)
Ilana Rottem	Netiv Halamed-He (Israel)

Ausstellung

und

Konzert

aus Anlaß des Besuches
ehemaliger jüdischer Mitbürger
und ihrer Angehörigen
in Hohenlimburg

Helga Elben

wurde in Wetter (Ruhr) geboren.
Sie studierte von 1950 bis 1955 an der Hochschule für Bildende Kunst in Hamburg, belegte gleichzeitig das Fach Geschichte an der dortigen Universität.
Seit 1955 als Kunsterzieherin tätig, seit 1957 in Hagen.
Mitglied des Hagenringes. Einzel- und Gruppen-Ausstellungen.
Die ausgestellten Federzeichnungen behandeln die Themenkreise „Synagoge" sowie „König Saul und David." Die Künstlerin wird in der Konzertpause Erläuterungen zu ihren Arbeiten geben.

Susanne Glauber

wurde in Schlesien geboren. Sie studierte Klavier bei Erik ten Bergh, Günter Ludwig und Detlef Kraus.
Heute ist die Pianistin als Solistin, als Kammermusikpartnerin und als Liedbegleiterin im In- und Ausland bekannt.

Friedegard Herwig

ist die Schwester von S. G., sie wurde in Rothenburg o. d. Tauber geboren. Sie studierte an der Folkwangschule Musik u. a. bei Rita Streich.
Rege Konzerttätigkeit im In- und Ausland.
Zahlreiche Rundfunkaufnahmen.

Im musikalischen Teil des Abends erklingen Werke von Schumann, Ben Haim, Schönbergh und Mendelssohn-Bartholdy.

Mittwoch, den 20. 10. 1982, 19.30 Uhr
im Rathaussaal Hohenlimburg

Die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" würde sich über Ihren Besuch freuen.

● Israelische Musik ● von Paul Ben-Haim

Gut besuchtes Konzert im Rathaus

Hohenlimburg. (jü.) Konzert und Ausstellung, aus Anlaß des Besuches ehemaliger jüdischer Mitbürger und ihrer Angehörigen in Hohenlimburg im Rathaussaal veranstaltet, fand großes Interesse. Susanne Glauber (Klavier) und Friedegard Herwig (Sopran) hatten sich unter Verzicht auf Gage zur Verfügung gestellt.

Nach einem Auftakt mit Robert Schumanns papillons op. 2 folgten Werke der jüdischen Komponisten Paul Ben-Haim, Arnold Schönberg und Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Vor allem die dreisätzige Sonatina op. 38 von Ben-Haim und drei Vocalisen für Sopran dieses Komponisten brachten ungewohnte Klänge in den Rathaussaal. Ben-Haim gilt als Nestor der zeitgenössischen israelischen Musik.

Bei ihm gibt es noch viele Anklänge ans „Klassische", aber auch charakteristische Stilelemente der „Moderne". So formt sich eine Musik, die als israelisch bezeichnet werden muß. Den Künstlerinnen galt der herzliche Applaus der Besucher für einen insgesamt gelungenen Konzertabend.

In der Pause war Gelegenheit, beeindruckende Federzeichnungen von Helga Elben zu betrachten. Ihre Themenkreise: „Synagoge" und „König Saul und David".

WP 23.10.1982



Der Saal des Rathauses war zum Kammermusikabend sehr gut besetzt, Zeichen dafür, daß der Besuch jüdischer Mitbürger in Hohenlimburg – und nicht nur hier – großes Interesse fand. Foto: Ullrich Görner

Der christlich-jüdische Dialog:

Auf Gemeinsamkeiten aufmerksam gemacht

Hohenlimburg. Vor einer über Erwarten großen Zahl von jüdischen und christlichen Zuhörern – es waren Mitglieder der katholischen St. Bonifatius-Kirchengemeinde sowie der evangelisch-lutherischen und der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde erschienen – referierte Pfarrer W. Schmidt (Evangelische Akademie Iserlohn) über den neu in Gang gekommenen christlich-jüdischen Dialog.

Schmidt gab einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung und machte auf Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Juden aufmerksam. Der Abend im Paul-Gerhardt-Haus wurde von Mitgliedern des „Vigholin"-Chores (Leitung Hans-Jürgen Krüsemann) durch Darbietungen israelischer und deutscher Lieder musikalisch umrahmt.

Der evangelische Gemeindebrief „Die Brücke" wird übrigens einen ausführlichen Bericht über Schmidts Ausführungen veröffentlichen.

WR 1./2.11.1982



Im AVZ der FernUniversität, Gesamthochschule, fand eine Ausstellung von Bildern und Dokumenten über das Schicksal der jüdischen Synagoge von Hagen-Hohenlimburg statt. Aus diesem Anlaß waren ehemalige jüdische Mitbürger Hohenlimburgs nach Hagen gekommen.

Jüdische Mitbürger danken für Aufnahme

Hohenlimburg. Im Rahmen des Besuches ehemaliger jüdischer Mitbürger und ihrer Angehörigen wurde kürzlich der Ereignisse gedacht, die am 9./10. November 1938 zu Aktionen gegen jüdische Gotteshäuser, Geschäfte und Wohnungen führten und die im Jahre 1942 mit dem Abtransport in nationalsozialistische Konzentraktionslager endeten. Eine Liste des Bundesarchivs in Koblenz enthält bei 16 Personen, die in Auschwitz, Majdanek, Theresienstadt und Zamocs umgekommen sind, die Angabe „Wohnort: Hohenlimburg".

In stillem Gedenken an diese Vorgänge dankt die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" Herrn Ministerpräsidenten Johannes Rau, Herrn Oberbürgermeister Rudolf Loskand, Frau Bezirksvorsteherin Marlies Schumann sowie dem Rat der Stadt Hagen für die Unterstützung der Besuchswoche für ehemalige jüdische Mitbürger und ihre Anghörigen. Unser Dank gilt ebenso vielen Bürgern und Unternehmen, die durch erhebliche Spenden Zuschüsse zu den Reisekosten ermöglicht und durch freundliche Aufnahme den Gästen ein bleibendes Erlebnis vermittelt haben.

Eine Besucherin schrieb: „Sie wissen, daß ich schweren Herzens gekommen bin, muß aber bekennen, daß ich es nicht bereue. Es waren unvergeßliche Tage, und ich hoffe, daß jeder so fühlt wie ich. Bitte geben Sie meinen Dank an alle Ihre Mitarbeiter und an die Stadt weiter".

Während des Besuches haben sich die Gäste voller Anerkennung über die vorbildliche Pflege des Friedhofs und die Herrichtung des „Hauses der Stille" geäußert. Die Besucher wollen die neu geknüpften Kontakte zu ihrer Heimat, der sich sich nach wie vor innerlich verbunden fühlen, fortsetzen.

WP 9.10.1982

IN STILLEM GEDENKEN

Unter dem Wohnort Hohenlimburg sind im Bundesarchiv in Koblenz folgende Angaben notiert:

FAMILIENNAME	VORNAME	GEB.-DATUM	TODESDATUM	DEPORTATIONSZIEL
GOBAS	HARRY	22.03.12	ALS TOT ERKLÄRT	AUSCHWITZ
GOBAS	ROLF	24.01.15	ALS TOT ERKLÄRT	AUSCHWITZ
KOPPEL	PAUL	25.11.87	UNBEKANNT	AUSCHWITZ
LOEWENSTEIN GEB. MOND	BERTA	21.09.90	VERSCHOLLEN	MAJDANEK (LUBLIN)
LOEWENSTEIN GEB. MEYER	ELSE	03.07.87	VERSCHOLLEN	UNBEKANNT
LOEWENSTEIN	GEORG	21.06.28	VERSCHOLLEN	MAJDANEK (LUBLIN)
LOEWENSTEIN	HUGO	01.01.89	VERSCHOLLEN	UNBEKANNT
LOEWENSTEIN	PAUL	15.07.87	VERSCHOLLEN	UNBEKANNT
MEYBERG	KURT	01.08.10	VERSCHOLLEN	ZAMOSC/POLEN
MEYBERG GEB. RANSENBERG	LINA	04.09.83	VERSCHOLLEN	ZAMOSC/POLEN
MEYBERG	MORITZ	28.03.79	VERSCHOLLEN	ZAMOSC/POLEN
MEYBERG	PAUL	09.08.95	VERSCHOLLEN	ZAMOSC/POLEN
PIEPER GEB. STERN	HENRIETTE	01.04.77	19.01.44	THERESIENSTADT
PIEPER	RUTH	03.06.21	ALS TOT ERKLÄRT	UNBEKANNT
STERN	LOUIS	15.07.66	21.08.42	THERESIENSTADT
ZELIGMAN GEB. MOSBACH	CAROLINA	11.04.83	ALS TOT ERKLÄRT	AUSCHWITZ

Heimat!

Hohenlimburg an der Lenne
Wunderbare alte Stadt
Wie und immer sieht
mein Blick sich
Deiner großen schönheit satt.

Blick vom alten Schloßgemäuer
Weit hinab ins stille Thal
Sehe Wälder ohne Ende
Hohe Berge ohne Zahl.

Und der Fluß, der liebe, alte
freundlich blinkt im Sonnenschein
Schlängelt sich durch Heimatflauen
Möchte ewig bei uns sein.

Und am Fuße dieser Berge
Und in mitten dieser Pracht
Liegt mein liebes Heimatdorf Oldenhagen
Wie von Meisterhand gemacht.

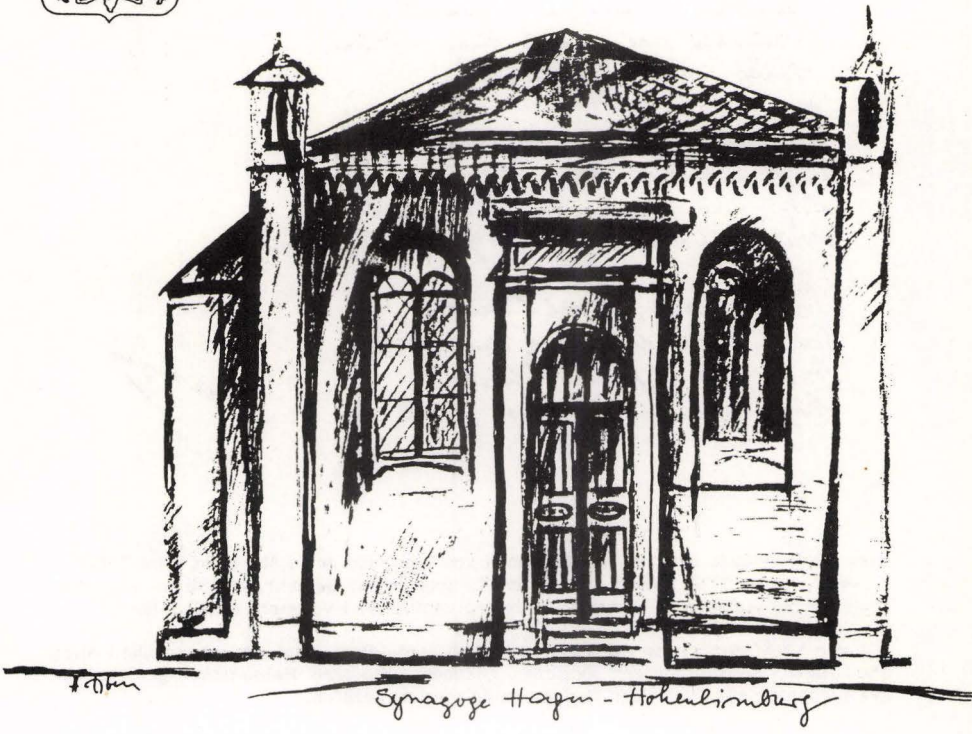
Soviel Berge, soviel Wälder
Soviel Wanderer dich durchziehn
Soviele Jahre diesen Glückes
Möge Heimat Dir noch blühn.

Alex Meyer

Alex Meyer wurde 1902 als ältester Sohn von Levy und Jette Meyer in Hohenlimburg geboren und ist 1966 in Köln verstorben. Er schrieb das Gedicht nach Mitteilung eines Angehörigen vor seinem Weggang von Hohenlimburg, also vor mehr als 60 Jahren.

Mit der Veröffentlichung des Gedichtes wird zugleich die Heimatverbundenheit aller ehemaligen Hohenlimburger jüdischen Glaubens, die ihre Heimatstadt größtenteils gezwungenermaßen verlassen mußten, in Erinnerung gerufen.

2. Die Übergabe des Synagogengebäudes



Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Übergabe des wiedererstandenen Gebäudes der Alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg ist nicht nur für die Stadt Hagen, sondern für das christlich-jüdische Verhältnis in unserem Land insgesamt ein denkwürdiges Ereignis.

Es markiert den Endpunkt eines Vorhabens, das im Dezember 1980 begann, als 17 Bürger dieser Stadt einen Aufruf zu Spenden für die Erhaltung der Alten Synagoge unterzeichneten.

Bürgersinn vor allem war es, der den Anstoß dazu gab, daß das Gebäude heute wieder in alter Form wiedererstehen konnte. Solcher Bürgersinn ist nicht häufig anzutreffen in einem Land, wo lange Zeit nach dem zweiten Weltkrieg noch das Verdrängen und Vergessen vorherrschend gewesen sind.

Diejenigen, die sich für Erhaltung und Wiederaufbau dieses Gebäudes einsetzten, haben erkannt, daß nur die Auseinandersetzung mit der Geschichte eine wirkliche Chance für Versöhnung zwischen Christen und Juden bieten kann.

Die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg hat durch ihr Wirken einen maßgeblichen Beitrag zu diesem Werk der Versöhnung geleistet. Ihr, aber auch der Stadt Hagen und allen anderen, die daran Anteil gehabt haben, gilt mein Dank und meine Anerkennung.

Johannes Rau

Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

STADT HAGEN

Der Oberbürgermeister

Gemeinsame Bemühungen von Bürgern, Stadt Hagen und Land Nordrhein-Westfalen haben es ermöglicht, die alte Synagoge in Hagen-Hohenlimburg neu entstehen zu lassen. Die Spuren einer jahrzehntelangen Zweckentfremdung wurden gründlich beseitigt und der scheinbar unaufhaltsame Zerfall des Synagogengebäudes gestoppt.

Möglicherweise wäre das kleine jüdische Gotteshaus in Vergessenheit geraten, wenn nicht 17 engagierte Bürger im Jahre 1980 initiativ geworden wären. Ihr zunächst ganz privates Engagement aktivierte nach und nach immer mehr Menschen. Vereine und Institutionen unterstützten das Vorhaben, die alte Synagoge zu erhalten. Stadt Hagen und Land Nordrhein-Westfalen steuerten öffentliche Mittel bei. Die Panzerpionierkompanie der Bundeswehr in Hemer stellte sich mit zahlreichen freiwilligen Einsätzen in den Dienst der guten Sache. Die aus dieser Bewegung hervorgegangene Bürgeraktion hat durch Spenden und Eigenhilfeleistungen für den Wiederaufbau der Synagoge rund 100.000 DM aufgebracht.

Allen, die in selbstloser Weise mitgeholfen haben, das jüdische Gotteshaus in Hohenlimburg und damit ein Kulturdenkmal unserer Stadt vor dem Zerfall zu retten, möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank sagen. Das Gebäude wird fortan eine Stätte der Begegnung, der Versöhnung und des Andenkens an unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger sein. Ich bin überzeugt, daß mit der neuen Zweckbestimmung ein deutliches Zeichen gesetzt wird. Niemals mehr in der Zukunft unseres Landes soll ein Ungeist sich ausbreiten können, der sich gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen richtet. Möge die alte Synagoge Hohenlimburg daher auch eine Brücke der Gemeinsamkeit und des gemeinsamen Tuns sein.

Den zur Festwoche anreisenden ehemaligen jüdischen Mitbürgern gilt mein ganz besonders herzlicher Gruß. Sie dürfen sicher sein, daß sie in ihrer Heimatstadt willkommene Gäste sind.

Hagen, Mitte Juni 1986

Oberbürgermeister

FESTWOCHE
AUS ANLASS DER ÜBERGABE DER
ALTEN SYNAGOGE IN HAGEN-HOHENLIMBURG

Sonntag,	14.9.1986,	19.30 Uhr	Begrüßung der Gäste durch die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg
Montag,	15.9.1986,	17.00 Uhr	Feierliche Übergabe des restaurierten Synagogengebäudes Zu dieser Veranstaltung erfolgt eine besondere Einladung.
Dienstag,	16.9.1986,	19.30 Uhr	Vortrag Prof. Dr. J. Walk (Jerusalem): Israel - ein jüdischer Staat?
Mittwoch,	17.9.1986,	11.00 Uhr	Vortrag Herbert Shenkman (West Hartford, früher Hagen): Von Hagen ins KZ und zurück
		19.30 Uhr	Dichterlesung Autorenkreis Mark-Ruhr - mit einer Ehrung für Alex Meyer, den Dichter des "Liedes auf Hohenlimburg"
Donnerstag,	18.9.1986,	19.30 Uhr	Kammerkonzert des Collegium Musicum Judaicum (Amsterdam)
Freitag,	19.9.1986,	18.30 Uhr	Abendgottesdienst
		19.30 Uhr	Chorkonzert Vigholin Hohenlimburg
Samstag,	20.9.1986,	11.00 Uhr	Eröffnung einer Ausstellung mit Werken von Helga Elben Einführung: Dr. Wolfgang Elben Anschließend: Verabschiedung der Gäste

Für die aus aller Welt anreisenden Gäste werden außerdem folgende Veranstaltungen angeboten:

Dienstag,	16.9.1986,	9.30 Uhr	Stadtrundfahrt (Jürgen Mensendiek/ Arwed Fritsch)
Dienstag,	16.9.1986,	11.30 Uhr	Empfang im Rathaus (Oberbürgermeister Rudolf Loskand)
Donnerstag,	18.9.1986,	9.30 Uhr	Sauerlandrundfahrt (Dr. Elmar Hartmann)

Hiermit lade ich Sie sehr herzlich zur feierlichen Übergabe des

RESTAURIERTEN SYNAGOGENGEBÄUDES,
Jahnstraße 46, Hagen-Hohenlimburg,

am

Montag, dem 15. September 1986, um 17.00 Uhr,

ein.

Über Ihre Teilnahme würde ich mich freuen.

Rudolf Loskand
Oberbürgermeister

PROGRAMMFOLGE

BEGRÜSSUNG
Rudolf Loskand
Oberbürgermeister der Stadt Hagen

SCHLÜSSELÜBERGABE
Dipl.-Ing. Gerd Pickenhan
Architekt

ANSPRACHE
Hans Schwier
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

GRUSSWORTE
Professor Dr. Joseph Walk
Jerusalem

MUSIKALISCHE UMRAHMUNG
Dany Bober

Gedenken bewahren und Weg in Zukunft weisen

Alte Synagoge wurde nach ihrer Restaurierung übergeben

Hohenlimburg. (jü.) In der wechselvollen Geschichte der Hohenlimburger Synagoge wurde gestern ein neues und – wie mehrfach gewünscht – hoffentlich letztes Kapitel aufgeschlagen. Von 1868 bis 1870 errichtet, diente sie der kleinen jüdischen Glaubensgemeinde lange Zeit als Gotteshaus. 1938 wurde sie im Rahmen der Judenverfolgung durch das NS-Regime und seine Helfer zerstört. Dann diente sie von 1941 bis 1975 als Fabrik. Durch einen Brand wurde sie in ihrer baulichen Substanz stark gefährdet. Endlich – im Jahre 1980 – wurden die ersten Weichen zur Sicherung des Gebäudes und zu seiner folgenden Sanierung und Restaurierung gestellt. Jetzt konnte sie der Öffentlichkeit zu neuer Nutzung übergeben werden. Und das geschah in angemessenem Rahmen, aufwendig und bescheiden zugleich.

Der Einladung des Hagener Oberbürgermeisters Rudolf Loskand waren Bundes- und Landespolitiker sowie Vertreter der Kommunalparlamente des heimischen Raumes ebenso gefolgt, wie Geistliche der christlichen Religionen, anderer Bereiche des öffentlichen Lebens, Mitstreiter und Helfer derer, die tatkräftig an der Restaurierung mitwirkten. Vor allem aber ehemalige jüdische Mitbürger oder ihre Angehörigen, die früher in Hohenlimburg ihre Heimat hatten und aus aller Welt angereist waren.

Der Oberbürgermeister begrüßte sie. Das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte, daß auch zur Zerstörung der Synagoge führte, könne nicht ausgelöscht und dürfe nicht werden, sagte Loskand, doch müsse es aus Vergangenheit und Gegenwart Wege in die Zukunft geben.

Erdankte vor allem der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg, für ihre Initiative, die am Anfang der Bemühungen stand, dieses ehemalige Gotteshaus zu erhalten, aber auch der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hagen, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der Bundeswehr und dem Land Nordrhein-Westfalen für das gezeigte Engagement auf vielen Ebenen.

Architekt Gerd Pickenhan berichtete chronologisch über die Anfänge des Sanierung bis hin zum gelungenen Ende der Restaurierung, bevor er dann an den Oberbürgermeister, den Hausherrn, den Schlüssel übergab.

Kultusminister Hans Schwier bezeichnete die Übergabe der Synagoge als Beweis dafür, daß auch skeptische Realisten mit Erfolg nach dem Prinzip Hoffnung leben und schaffen dürften.

Prof. Dr. Joseph Walk aus Jerusalem sprach stellvertretend für die jüdischen Gäste ein Grußwort. Die Synagoge könne ihre ursprüngliche Zweckbestimmung zwar nicht mehr erfüllen, doch sei es ihre zukünftige Aufgabe, das Gedenken all derer zu bewahren, die nicht vergessen können und nicht vergessen dürfen.

Dany Bober, der jüdische Lieder sang, und sich selbst auf der Gitarre begleitete, setzte nachdenkliche, aber auch fast heitere Akzente. Mitsingen oder Mitsummen war erwünscht.



Bei der Übergabe der alten Synagoge an die Öffentlichkeit hielt der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalens, Hans Schwier, eine prägnante Ansprache. Fotos (2): ic

WP 16.9.1986

Rede
von **Herrn Oberbürgermeister Rudolf Loskand** am Montag, 15. September 1986, 17.00 Uhr, in Hagen-Hohenlimburg, Synagogengebäude Jahnstraße 46

Anlaß:
Feierliche Übergabe des restaurierten und neugestalteten ehemaligen Synagogengebäudes

Thema:
Frieden machen mit sich selbst und mit der Welt

Frau Abgeordnete Hoff,
meine Herren Abgeordneten,
Herr Kultusminister Schwier,
sehr geehrter Herr 1. Botschaftsrat Kinar,
verehrte Gäste, die Sie zum heutigen Anlaß von auswärts, aus dem Ausland und teilweise sogar aus Übersee zu uns gekommen sind, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wir begehen heute die Vollendung eines Werkes, dessen Auslöser in einem sehr dunklen Kapitel deutscher Geschichte zu suchen ist.

Wir können und wir dürfen nicht leugnen, daß uns in dieser Stunde die Vergangenheit wieder einholt.

Eine Vergangenheit, die zwischen 40 und 50 Jahre zurückliegt und die unter anderem rund sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens das Leben gekostet hat.

Der heutige Anlaß gibt also keinen Grund zur Freude.

Dieser Tag veranlaßt vielmehr dazu, sich erneut in Trauer und Demut vor den Opfern eines Terrorregimes zu verneigen, und er verpflichtet uns und die uns nachfolgenden Generationen auch dazu, dafür zu sorgen, daß sich Ereignisse dieser Art niemals mehr in unserer Geschichte wiederholen dürfen.

Wenn ich dennoch in dieser Stunde von Freude spreche, so vor allem von der Freude, Sie hier begrüßen zu können, insbesondere diejenigen unter Ihnen, die den weitesten Weg und die beschwerlichste Anreise nicht gescheut haben, um an diesem denkwürdigen Tag in Hohenlimburg mit dabei zu sein.

In diesem Zusammenhang spreche ich also insbesondere von der Freude der menschlichen Begegnung.

Ich meine aber auch die Freude darüber, daß uns dieses Werk, die Wiederherstellung der alten Hohenlimburger Synagoge, in gemeinsamer Anstrengung gelungen ist.

Und es ist schließlich auch die Freude darüber, daß wir heute mit Recht von unserem Volk sagen können, daß es nach 1945 auch wieder zu den Werten zurückgefunden hat, denen es in der Zeit davor seinen guten Namen und seine geachtete Stellung in Europa und der Welt verdankte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese selbstverständliche Rückbesinnung hat es ermöglicht, daß wir den heutigen Tag und die heute beginnende Festwoche gemeinsam mit ehemaligen jüdischen

Mitbürgern oder deren Nachkommen begehen können.

Vielen von Ihnen ist es Mitte der dreißiger Jahre - häufig genug in der letzten Minute - gelungen, der Verfolgung durch die Emigration zu entkommen.

Wie zweispältig aber müssen auch heute noch die Gefühle derjenigen unter uns sein, die teilweise nach einem halben Jahrhundert zum ersten Male wieder den Boden ihrer Vaterstadt betreten.

Die dies auch in dem Bewußtsein tun müssen, daß an einem Tag des Jahres 1942 vom Vorplatz dieser jetzt wieder hergestellten Synagoge aus der Todesmarsch von zurückgebliebenen Freunden und Verwandten in die Vernichtungslager des nationalsozialistischen Terrors begonnen hat.

Es war der Todesmarsch von Menschen, die sich ihrer angestammten Heimat nicht entziehen mochten, weil sie wohl bis zuletzt an die Menschlichkeit eines unmenschlichen und gnadenlosen Regimes geglaubt haben mögen.

Das sind Gedanken und Empfindungen, die uns in dieser Stunde innerlich zutiefst bewegen.

Die uns zum Schweigen bringen und zum Nachdenken und die eine Welle Mitgefühl für diejenigen unter uns auslösen müssen, die angesichts dieser furchtbaren Opfer ein Leben lang an einer schweren Last zu tragen haben.

Eine Bürde, meine Damen und Herren, von denen die Nichtbetroffenen sich wohl kaum eine Vorstellung werden machen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der unvergessene Thomas Mann, dessen Schicksal der Emigration und Ausbürgerung so eng verbunden ist mit den ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die Opfer einer in Deutschland nie gekannten Gewaltherrschaft geworden sind, dieser großartige Mensch und Schriftsteller hat am Silvestertag des Jahres 1936 an den Dekan der philosophischen Fakultät in Bonn einen Brief gerichtet und diesen mit einem bemerkenswerten Satz geendet.

Thomas Mann formulierte wie folgt:

"Gott helfe unserem verdüsterten und mißbrauchten Land und lehre es, seinen Frieden zu machen mit der Welt und micht sich selbst."

Und fast zehn Jahre später, kurz nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945, hat derselbe Thomas Mann uns zugerufen - ich zitiere noch einmal:

"Wie bitter ist es, wenn der Jubel der Welt der tiefsten Demütigung des eigenen Landes gilt.

Ich sage, es ist trotz allem eine große Stunde, die Rückkehr Deutschlands zur Menschlichkeit."

Diese beiden Zitate sind um ein weiteres Wort zu ergänzen, um den sachlichen Zusammenhang zu heute herzustellen.

So singen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger beim Betreten ihrer Synagoge aus dem vierten Buch Moses den Vers:

"Wie gut sind deine Zelte Jakob, deine Behausungen Israel!"

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zelte Jakobs und die Behausungen Israels sind in unserem Lande zwischen 1933 und 1945 von einem entmenschten Regime systematisch zerstört worden.

Damit verließen unser Land und unser Volk den Weg der Menschlichkeit, von dem Thomas Mann spricht.

Damit begründete ein Unrechtsregime ein unmenschliches Kapitel deutscher Geschichte, das es niemals wieder geben darf.

Das ist auch der tiefe Grund, warum wir uns fast 50 Jahre nach der sogenannten Kristallnacht vom 9. auf den 10. November 1938 und mehr als 40 Jahre nach Kriegsende hier, in unserer Stadt zusammenfinden, um die frühere Synagoge nach Jahrzehnten der Zweckentfremdung als Gedenkstätte an ein schlimmes Kapitel deutscher Geschichte der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen.

Dafür danke ich allen, die mitgewirkt haben, um dieses Werk zu vollenden.

Allen voran den Mitgliedern der Bürgeraktion "Synagoge Hohenlimburg", die mit ihren Bemühungen der entscheidende Impulsgeber für die nunmehr erfolgte Restaurierung und Wiederherstellung der alten Hohenlimburger Synagoge gewesen ist.

Ich danke aber auch der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hagen für ihre Bereitschaft, sich nunmehr als Sachwalter für diese Gedenkstätte zur Verfügung zu stellen.

Ebenso danke ich der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit für ihre bisherige Unterstützung.

Dankbarkeit schulden wir auch den Soldaten der deutschen Bundeswehr in Hemer und den Mitgliedern der "Kompanie des guten Willens", die - wie selbstverständlich - hier mit angefaßt und mit aufgebaut haben.

Mein Dank muß nicht zuletzt aber auch den Beschlußorganen unserer Stadt sowie dem Land Nordrhein-Westfalen als Zuschußgeber gelten.

Ohne diese Unterstützungen wäre eine Vollendung dieses Werkes kaum möglich gewesen.

Meine Damen und Herren!

Sie werden sich wahrscheinlich fragen, warum es erst einer Bürgerinitiative bedurft hat, um die einzige Jahrzehnte zweckentfremdet genutzte alte Hohenlimburger Synagoge nach der kommunalen Neuordnung im Jahre 1975 wieder einer Verwendung zuzuführen.

Ich glaube, es ist das Verdienst dieser Hohenlimburger Bürgerinitiative, Anfang der 80er Jahre deutlich gemacht zu haben, daß bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung schon lange der Wunsch vorhanden war, diese ehemalige Synagoge der Nachwelt als Gedenkstätte zu erhalten.

Ich verhehle hier nicht, daß der Rat unserer Stadt diesem Anliegen der Bürgerinitiative nicht sofort und auch nicht vorbehaltlos beigetreten ist.

Diese Zurückhaltung war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Zentralrat der Juden in Deutschland auf unsere Anfrage hin - mißverstanden, wie ich heute weiß - anfangs wenig oder gar kein Interesse an der Wiederherstellung dieser Synagoge bekundete.

Auch von unserer jüdischen Gemeinde in Hagen gab es zunächst kaum positive Signale.

In dieser etwas kritischen Phase hat Herr Landesminister Dr. Christoph Zöpel dankenswerterweise die Initiative ergriffen und das Gebäude vorläufig unter Denkmalschutz gestellt, um den endgültigen Zerfall zu verhindern.

Danach allerdings handelte auch der Rat unserer Stadt und stellte aus Etatmitteln das notwendige Geld für die Restaurierung und Neugestaltung dieser Synagoge zur Verfügung.

Ich meine, das waren wir den damals insgesamt rund 670 Mitbürgerinnen und Mitbürgern unserer heutigen Gesamtstadt schuldig, die sich zum jüdischen Glauben bekannten und deren Verfolgung mit der Machtübernahme 1933 einsetzte.

Außer den relativ wenigen, die vom Jahre 1935 an durch die Auswanderung dem nationalsozialistischen Terror zu entkommen versuchten, haben die meisten dieser Menschen, das sogenannte Dritte Reich nicht überlebt.

Wir sind es unseren Nachkommen - auch aus Gründen der historischen Erinnerung - schuldig, dieses Bauwerk als Gedenkstätte zu erhalten; zum Gedenken an die Kristallnacht 1938, als jüdische Wohnungen und Geschäfte in ganz Hagen der sinnlosen Zerstörung anheimfielen, die jüdische Schule und die Synagoge an der Potthoffstraße in der Hagener City in Flammen aufging und auch die Inneneinrichtungen dieses Gebäudes ein Opfer der NS-Horden wurden.

Die Zukunft dieses Gebäudes, das wir heute wieder seiner Bestimmung übergeben, soll deshalb vornehmlich der menschlichen Begegnung dienen.

Es soll die Menschen von unterschiedlichen Meinungen, Ansichten und Religionszugehörigkeiten zum Gespräch und damit zum Gedankenaustausch zusammenführen.

Ihm fällt weiter die Aufgabe zu, den Bürgern unserer Stadt eine würdige Stätte zum gemeinsamen Erlebenis von besonderen kulturellen Veranstaltungen zu sein.

Es soll schließlich aber auch der Ort sein, in dem die freie Meinungsäußerung und die gegensätzliche Diskussion ihr Forum finden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der 8. Mai 1945 war Ausgangspunkt und Neubeginn für eine neue demokratische, politische Ordnung und Kultur auf deutschem Boden.

Die Grundlage dieser Politik ist und bleibt der klare Trennungsstrich zur nationalsozialistischen Vergangenheit unseres Volkes und die Rückkehr zur Menschlichkeit.

Mir liegt sehr daran, daß vor allem dieser Trennungsstrich in unserer Geschichte immer deutlich sichtbar bleibt.

Und mir liegt daran, daß das dunkle Kapitel, ja das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte überhaupt, das vor diesem geistigen und moralischen Trennungsstrich einen Zeitraum von zwölf Jahren des Terrors und einer Kriegswut ohnegleichen umfaßt, **niemals in Vergessenheit gerät.**

Das ist die Aufgabe dieser alten Synagoge Hohenlimburgs.

Es ist eine Aufgabe für die Zukunft; eine Aufgabe für die nach uns kommenden Generationen und eine Mahnung zugleich, niemals wieder eine Politik in unserem Lande mehrheitsfähig zu machen, deren Grundsätze nicht auf den unverrückbaren Eckpfeilern **einer freiheitlichen, demokratischen und humanitär-toleranten Gesellschaft begründet ist.**

In diesem Sinne betrachte ich dieses restaurierte Bauwerk auch als einen Wegweiser für die zukünftige Politik in unserem Lande und auch in unserer Stadt.



Die Festversammlung wurde vom Hagener Oberbürgermeister Rudolf Loskand, begrüßt. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß die ehemalige Synagoge als Stätte der Begegnung zu einem Wegweiser in die Zukunft werden wird.

Hohenlimburg: Synagoge wird Kulturhaus

Nach mehrjährigen Bemühungen um die Erhaltung der baulichen Substanz der alten Synagoge in Hohenlimburg (Kirchenkreis Iserlohn) wird das ehemalige Gotteshaus ein kulturelles Begegnungszentrum.
Die Synagoge mußte 1938 nach der Zerstörung der Inneneinrichtung von der jüdischen Gemeinde verkauft werden. Sie diente dann lange Zeit als Fabrikationsstätte, bevor sie von 17 Bürgern – der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" – um 1980 vor dem endgültigen Verfall und Abriß bewahrt wurde. Vereine und Institutionen, die Stadt Hagen und das Land Nordrhein-Westfalen steuerten Mittel für die Renovierung bei.
Künftig wird die alte Synagoge ein Ort der Begegnung, der Versöhnung und des Gedenkens sein.

21. September 1986

UNSERE KIRCHE
EVANGELISCHES SONNTAGSBLATT FÜR WESTFALEN UND LIPPE

Alte Synagoge

„Ermutigendes Zeichen"

In einer Feierstunde, an der neben früheren jüdischen Bürgern zahlreiche Vertreter des öffentlichen und kirchlichen Lebens teilnahmen, ist die alte Hohenlimburger Synagoge ihrer neuen Bestimmung als Gedenk- und Begegnungsstätte übergeben worden.

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier, bezeichnete dieses Ereignis als einen Beweis dafür, daß auch skeptische Realisten mit Erfolg nach dem Prinzip Hoffnung leben und schaffen dürfen. Der Direktor des Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem, Professor Joseph Walk, wies dem wiederhergestellten Haus die Aufgabe zu, die Erinnerung an die untergegangene jüdische Gemeinde in Hohenlimburg aufrechtzuerhalten und als „Lehrhaus" zum Kennenlernen des Judentums beizutragen. Der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Rudolf Loskand, erklärte, das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte dürfe nicht vergessen werden. Aber es müsse aus der Vergangenheit Wege in die Zukunft geben.

In einem Grußwort nannte der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Hans-Martin Linnemann, die Wiederherstellung der Synagoge unter der Mithilfe zahlreicher christlicher Mitbürger ein ermutigendes Zeichen. Erzbischof Degenhardt (Paderborn) wünschte der Synagoge eine fruchtbare Rolle in einem in die Zukunft weisenden Prozeß des Begegnens.

5. Oktober 1986

Feierliche Übergabe der restaurierten Synagoge:

„Im Gedenken liegt das Geheimnis der Erlösung" Jetzt Begegnungsstätte

Hohenlimburg. (Leif) „Steter Zabel höhlt den Stein" – mit diesem abgewandelten Zitat würdigte Architekt und Diplom-Ingenieur Gerd Pickenhan gestern nachmittag bei der feierlichen Übergabe des restaurierten Synagogengebäudes an der Jahnstraße in Hohenlimburg die Verdienste des Vorsitzenden der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg", Professor Dr. Hermann Zabel, dessen ständiger Initiative die Realisierung des nunmehr als Begegnugsstätte konzipierten ehemaligen Gotteshauses zu verdanken ist.

Zur Übergabe hatten sich neben zahlreichen Angehörigen jüdischen Glaubens aus Nah und Fern auch der nordrheinwestfälische Kultusminister Hans Schwier, die Bundestagsabgeordneten Toetemeyer und Reddemann, die Landtagsabgeordneten Dr. Fischer, Dr. Haak und Kramps, Hagens Oberbürgermeister Loskand, die Bürgermeister Löchter und Ludwig sowie Bezirksvorsteherin Marie Schumann, Oberstadtdirektor Dr. Müller und Stadtdirektor Dr. Pesch eingefunden. Zu umfangreich würde die Namensliste, um alle Vertreter aus Rat und Verwaltung und der Panzerbrigade 20 aus Hemer zu nennen.

„Heute stehen wir vor der Vollendung eines Werkes, dessen Auslöser in einem sehr dunklen Kapitel deutscher Geschichte zu finden ist," sagte OB Loskand in seiner Begrüßung. Sein Dank galt allen am Bau Beteiligten. „Ich betrachte dieses Bauwerk auch als Wegweiser für die zukünftige Politik in unserem Land und in der Stadt."

Dipl.Ing. Gerd Pickenhàn erläuterte den Werdegang der Restaurierung in den zurückliegenden Jahren. Er verwies auf die Steintafel in der Thoranische: „Im Gedenken liegt das Geheimnis der Erlösung."

Kultusminister Hans Schwier: „Wir müssen Geschichte erfahren als eine Verkettung von Schuld, an der viele teilhaben. Wir dürfen nicht über das Geschehene hinweggehen und Schuld in imaginären Kräften suchen. Humanität und Solidarität in der Gesellschaft sind politische Aufgaben. Wir sind skeptisch, arbeiten aber nach dem Prinzip Hoffnung. Es darf nicht sein, daß noch einmal menschliches Leid durch uns geschieht."

Auch der Minister sprach allen am Bau in jedweder Form aktiv und passiv Beteiligten den Dank des Landes und der Landesregierung aus.

In seinen Grußworten appellierte Professor Dr. Joseph Walk aus Jerusalem an die Gäste, die Synagoge möge eine Begegnungsstätte sein, die an das Vergangene erinnere und in eine lebenswerte Zukunft weise.

WR 16.9.1986



Vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft sprach Hans Schwier, Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, am gestrigen Nachmittag zur feierlichen Übergabe des restaurierten Synagogengebäudes an der Jahnstraße. Die Übergabe war gleichzeitig als Auftakt einer Festwoche anzusehen, in deren Verlauf Vorträge, eine Dichterlesung und ein Abend mit dem Collegium Musicum Judaicum stattfinden werden. (WR-Bild: Gunther Fessen)

Ansprache **von Kultusminister Hans Schwier**
anläßlich der Übergabe der alten Synagoge
in Hagen-Hohenlimburg
am 15. September 1986

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir müssen die Gegenwart mit der Erinnerung an die Vergangenaheit formen. Wer vor der Geschichte flieht, verbaut Chancen für eine bessere Zukunft. Wer mit Formeln über die Geschichte hinweggeht, verstellt sich den Blick und verbaut sich die Chance für wirkliche Erfahrungen. **Wir müssen Geschichte immer wieder am Einzelfall erarbeiten, sie augenfällig machen, sie als ein Geschehen erkennen, das von Einzelnen zu verantworten ist. Wir müssen Geschichte erfahren als eine Verkettung von Schuld, an der viele teilhaben.**

Wir dürfen nicht umgehen mit Formeln wie der vom "Spuk des 1000-jährigen Reiches", das 1945 sein Ende gefunden habe. Wir dürfen nicht über das Geschehen hinweggehen und die Schuld imaginären Kräften zuschieben. **Die Geschichte muß persönlich erlebbar gemacht werden. Als Einzelne müssen wir Trauer empfinden über das, was geschehen ist.** Nur so kann es dazu kommen, daß geschichtliche Ereignisse als geschichtliche Erfahrung bewußtseinsbildend verinnerlicht werden. Der Staat versteht es - ich möchte fast sagen selbstverständlich - als eine seiner wichtigsten Aufgaben, in Schule und Weiterbildung das Bewußtsein für die historischen und politischen Ursachen des Antisemitismus und für die Folgen zu verdeutlichen.

Aber ein Gemeingeist der Humanität kann nicht von oben verordnet werden. Alle müssen mitwirken. Staat und Öffentlichkeit stehen in einer gemeinsamen Verantwortung für das Geschichtsbewußtsein der nachwachsenden Generation.

Aber Vergangenheitsbewältigung aus eigenem Auftrieb findet oft nur zögernd und oft nur in einzelnen Gruppen der Gesellschaft statt. Allzuviele zeigen Unfähigkeit zu trauern und Gleichgültigkeit, wollen wegwischen, fragen: Muß das schon wieder sein? Ich meine, es muß sein. Gefahr ist immer im Verzug.

Die Arbeit kann nicht geleistet werden, wenn nicht auch Zeichen für Geschehenes erhalten und Symbole für Geschehenes neu vor Augen gestellt werden.

Die Wiederherstellung der alten Synagoge in Hohenlimburg hat diese Zeichen- und Symbolkraft. Wenn wir auf diesem Platz vor der Synagoge stehen, von dem aus 1942 die letzten jüdischen Mitbürger aus Hohenlimburg in die Konzentrationslager abtransportiert worden sind, sollen und müssen wir daran erinnert werden: fast 70 Menschen konnten aus der Gemeinschaft in Hohenlimburg ausgeschlossen und in den Tod geschickt werden.

Einige haben es getan. Viele haben es geschehen lassen. Wieviele haben getrauert und trauern heute? Angst, Vorurteile und Vorteilssucht waren stärker. Humanität war und ist ein zerbrechlicher, aber für eine Gemeinschaft unverzichtbarer Wert.

Die Initiative der Bürgeraktion "Synagoge Hohenlimburg" war und ist ein Wirken aus der Fähigkeit zu trauern und aus der Kraft der Hoffnung.

Beides brauchen wir.

Damit ist etwas geschehen, was auch heute noch nicht selbstverständlich ist. Es ist etwas geschehen aus einem Geist, der vorbildlich ist - und dafür danke ich -, aus einem Geist, der - so hoffen wir - zum allgemeinen Geist wird.

Die Regierungen dieses Landes haben von Anfang an die staatlichen Mittel genutzt, zu tun was dem Staat oblag und dauernd obliegt: durch Rechtsetzung Freiheit dafür zu schaffen und zu garantieren, daß die jüdischen Ideale ungehindert bekannt werden können, die Menschen jüdischen Glaubens so angesehen und behandelt werden wie alle, die hier Bürger sind.

Der Staat hat Sorge dafür getragen, daß die Gesellschaft den Schaden in dem, was man hier überhaupt materiell fassen kann, wiedergutmacht. den Teile von ihr und ihre Führung, für die sie verantwortlich ist, den jüdischen Bürgern zugefügt haben. Aber es ist ein weiter Weg von der formalen Normalisierung bis zur Wiedergewinnung des letzten und vorbehaltlosen Vertrauens. Das Bemühen um die innere Festigung dessen im Gemeingeist, was die Rechtsordnung garantiert, wird immer eine dauernde Aufgabe bleiben.

Humanität und Solidarität in der Gesellschaft:

Für uns sind es nicht soziale Utopien. Es sind konkrete politische Aufgaben. Gesellschaft ist veränderungsfähig auf Humanität, auf Menschenwürde hin. Das ist unser Prinzip Hoffnung in der Politik. Dafür arbeiten wir. Wir sind skeptische Idealisten. Aber wir arbeiten nach dem Prinzip Hoffnung.

Dafür müssen wir "produktive Fantasie" entfalten. Ich denke, die Restaurierung des Synagogengebäudes und die Möglichkeit, der Arbeitsgemeinschaft Hagen der deutsch-israelischen Gesellschaft dieses Gebäude jetzt übergeben zu können, ist so ein Fall der produktiven Fantasie, die uns weiterbringt, weiterbringt auch gegen den "Wohnzimmer-Faschismus", den es immer noch gibt.

Allen, die dazu beigetragen haben, darf ich an dieser Stelle den Dank der Bevölkerung des Landes und den Dank der Landesregierung aussprechen.

Es darf nicht noch einmal geschehen, daß gesagt werden muß: "Durch uns ist menschliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."

בזכירה סוד הגאולה

Im Gedenken liegt das Geheimnis der Erlösung.

Rabbi Israel ben Elieser, genannt Baal Schem Tow, ca. 1700 - 1760.

GEDENKSCHRIFT
ZU EHREN DER EHEMALIGEN
JÜDISCHEN MITBÜRGER

Synagoge wieder genutzt

Bürgerinitiative schuf eine Begegnungsstätte

VON KARL JÜNNEMANN

Hohenlimburg. In der tragischen Geschichte der ehemaligen Synagoge Hohenlimburg wurde jetzt ein neues Kapitel aufgeschlagen: Das Gebäude wurde nach Sanierung und Renovierung einer zukunftsweisenden Bestimmung übergeben, soll Stätte der Begegnung und der Diskussion werden. Ihre eigentliche Aufgabe als Gotteshaus einer israelitischen Gemeinde kann die Synagoge nicht mehr erfüllen: In Hohenlimburg gibt es keine jüdische Gemeinde mehr.

Nach ihrer Errichtung diente die Synagoge von 1870 an über lange Jahre einer kleinen Gemeinde als Mitte ihres religiösen Lebens. Am Morgen nach der „Reichskristallnacht", am 10. November 1938, wurde sie verwüstet, hinterließ das NS-Regime auch hier seine blutigen Spuren.

Das Gebäude wurde zweckentfremdet und als Fabrik genutzt. Nach einem Brand im Jahre 1975 schien das Schicksal des einstigen Gotteshauses vollends besiegelt. Es zerfiel, war nur noch Ruine.

Damit wollten sich zunächst einige, dann immer mehr Bürger nicht abfinden. So kam es 1980 zur Gründung der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Sie startete einen Spendenaufruf, um zunächst das Dach erneuern zu können, bemühte sich auf vielen Ebenen um Unterstützung. Entscheidend: 1982 stellte NRW-Minister Dr. Zöpel das Gebäude unter Schutz. Damit war die Synagoge endgültig in ihrem Bestand gesichert.

Das Land Nordrhein-Westfalen stellte erhebliche Mittel zur Verfügung. Spenden und Eigenhilfeleistungen, Einsätze von Pionieren der Bundeswehr aus Hemer und der Kompanie des guten Willens aus Hagen führten nach und nach zur Restaurierung der Synagoge. 1984 erwarb die Stadt Hagen das seit 1938 in Privatbesitz befindliche Gebäude. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Hagen und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zogen mit.

Zur Übergabe kamen auf Einladung des Hagener Oberbürgermeisters Loskand Repräsentanten des öffentlichen Lebens, unter ihnen NRW-Kultusminister Hans Schwier, der die Festansprache hielt. Besonders zu erwähnen: Am Festakt nahmen auch ehemalige jüdische Mitbürger aus aller Welt teil, die zur einer Besuchswoche nach Hohenlimburg eingeladen wurden.



Seit dieser Woche wird sie wieder würdig genutzt: die alte Hohenlimburger Synagoge.

WP 17.9.1986

Eine Stätte der Begegnung und der Besinnung

Restaurierte alte Synagoge Hohenlimburg der Öffentlichkeit übergeben

Die in den Jahren 1868 bis 1870 errichtete Synagoge in Hohenlimburg, das heute zur Stadt Hagen gehört, wurde in der Pogromnacht des 9. November 1938 demoliert, die Inneneinrichtung zerstört und geplündert, blieb aber in ihrer Substanz erhalten. Die kleine israelitische Gemeinde wurde gezwungen, das Gebäude zu verkaufen, der neue Besitzer ließ das Gebäude zu einer Fabrik umbauen, und daran änderte sich nichts bis zum Jahre 1975. Dann brannte der Bau aus, und erst damit begann sein Zerfall. Wegen drohender Einsturzgefahr war das Betreten verboten, jede Rettung schien zu spät zu kommen.

Am 9. November 1980 legten Mitglieder des „Arbeitskreis Jüdische Gemeinde Hohenlimburg", der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Geschichte der früheren Synagogengemeinde zu erforschen, in einer Gedenkstunde vor der zerfallenden Synagoge einen Kranz nieder. Im Anschluß daran wies Bezirksvorsteherin Marlies Schumann darauf hin, daß das Interesse und die Initiative von Bürgern einen positiven Einfluß auf die Entscheidung der politisch Verantwortlichen über die Restaurierung des Gotteshauses haben könnte. Dieser Hinweis bezeichnet die Geburtsstunde der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg". Für diese Bürgerinitiative war der 15. September 1986 der Höhepunkt ihrer Bemühungen, denn an jenem Abend wurde das wiedererstandene Gebäude in einer Feierstunde der Öffentlichkeit übergeben.

In einem Grußwort hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau zu diesem Ereignis vermerkt, daß 17 Bürger der Stadt mit der Unterzeichnung eines Spendenaufrufs zur Erhaltung der Synagoge dem Vorhaben im Jahre 1980 die entscheidenden Impulse gaben: „Bürgersinn vor allem war es, der den Anstoß dazu gab, daß das Gebäude heute wieder in alter Form wiedererstehen konnte. Solcher Bürgersinn ist nicht häufig anzutreffen in einem Land, wo lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch das Verdrängen und Vergessen vorherrschend gewesen sind. Diejenigen, die sich für Erhaltung und Wiederaufbau dieses Gebäudes einsetzten, haben erkannt, daß nur die Auseinandersetzung mit der Geschichte eine wirkliche Chance für Versöhnung zwischen Christen und Juden bieten kann."

„Steter Zabel höhlt den Stein" sagte Architekt Gerd Pickenhahn, ehe er den Schlüssel an die Stadt übergab, und er spielte damit auf einen Mann an, ohne den alles vermutlich nicht gelaufen wäre: den Germanisten Prof. Dr. Hermann Zabel. Er gehörte zu den wichtigsten Initiatoren, ließ sich durch nichts von dem Ziel abbringen, zur Erinnerung an die kleine jüdische Gemeinde in Hohenlimburg und die Verbrechen der Nazis das Gebäude vor dem endgültigen Verfall zu retten. Er mobilisierte Bürger, sammelte Geld, brachte die Bundeswehr dazu, mitzuhelfen, erreichte b[illegible] der Landesregierung, daß der Bau unter Den[illegible]malschutz gestellt wurde, und schließlich machte nach zögerlichem Verhalten auch die Stadt Hagen mit.

Alles war äußerst mühsam, und das ist nicht einmal erstaunlich. Schließlich kann nicht jedes alte Gebäude erhalten werden. Aber bei jüdischen Gotteshäusern ist das nun mal anders, weil kaum eines gerettet werden konnte. Werden die wenigen nicht völlig zerstörten Synagogen restauriert, stehen die jüdischen Gemeinden hierzulande vor der Frage, ob sie überhaupt religiös genutzt werden können, ob es im Ort überhaupt ein Minjan gibt, um einen Gottesdienst feiern zu können. Jüdisches Leben in der Bundesrepublik mit nur etwa 30 000 Juden konzentriert sich mehr und mehr auf die Großstädte.

Das instandgesetzte Gebäude in Hagen-Hohenlimburg wird freilich weder die jüdische Gemeinschaft in Hagen noch im benachbarten Dortmund belasten. Es soll künftig als Ort der Begegnung dienen, auch Ausstellungen und kleine Konzerte sind geplant. Vor allem soll die Erinnerung an die vernichtete untergegangene jüdische Gemeinde wachgehalten werden. Den wenigen aus Hohenlimburg verjagten Juden, die noch leben und von denen einige bei der Übergabe dabei waren, standen die Tränen in den Augen, als sie zum ersten Mal nach 48 Jahren wieder in dem alten Sakralbau zusammensaßen. Und das ist ein Effekt, der nicht unterschätzt werden darf. Als Folge der Bemühungen der „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" kommen nämlich seit einigen Jahren alte Hohenlimburger Juden in die ehemalige Heimat, finanziell von der Stadt unterstützt, und erleben eine neue Generation von Deutschen. Diese persönlichen Begegnungen helfen mit, ihre berechtigten Vorurteile abzubauen.

Li.

ALLGEMEINE
JÜDISCHE WOCHENZEITUNG
3. Oktober 1986

Worte des Gedenkens
von Prof. Dr. Joseph Walk (Jerusalem)

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich bin mir der Verantwortung bewußt, gleichsam als Vertreter der jüdischen Gemeinschaft anläßlich der Übergabe der Alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg ein Grußwort an Sie zu richten. Zunächst möchte ich den Initiatoren der Bürgeraktion meine Anerkennung für ihre rastlosen Bemühungen aussprechen und der Stadt Hagen, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundeswehr dafür danken, daß sie diese Aktion unterstützt haben.

Heute gibt es keine Jüdische Gemeinde mehr in dieser Stadt, so daß das G'ttehaus seine eigentliche Zweckbestimmung nicht mehr erfüllen kann. Es muß und kann nur noch eine Begegnungsstätte sein, welche die Erinnerung an die Vergangenheit wachhält und in eine lebenswerte Zukunft weist.

Im Anschluß an das tägliche Morgengebet werden uns Juden sechs Bibelverse ins Gedächtnis gerufen, in denen das Wort "Gedenke" vorkommt. Es heißt dort (in der Buber-Rosenzweigschen Übersetzung):

1) Damit du des Tags deiner Ausfahrt vom Land Ägypten alle Tage deines Lebens gedenkest.
(Volkwerdung)

2) Jedoch hüte dich, hüte mit Macht deine Seele, daß du etwa vergäßest der Dinge, die deine Augen sahen.
(Thora)

3) Gedenke, was dir Amalek antat unterwegs auf eurer Fahrt aus Ägypten
(Holocaust)

4) Gedenk, vergiß nimmer, wie du Ihn deinen G'tt in der Wüste ergrimmtest.
(Götzendienst)

5) Gedenke, was er dein G'tt an Mirjam tat, auf dem Weg, auf eurer Fahrt aus Ägypten.
(Üble Nachrede)

6) Gedenk des Tags der Feier, ihn zu heiligen.
(Heiligung des Lebens)

Für den Betenden der gegenwärtigen Generation erhalten diese Mahnungen eine ganz besondere, aktuelle Bedeutung. Da ist zunächst von "übler Nachrede" die Rede. Mirjam versündigt sich, indem sie ihren Bruder verleumdet und wird dafür bestraft.

5) Gedenke, was er dein G'tt an Mirjam tat, auf dem Weg, auf eurer Fahrt aus Ägypten.

Ist es nicht zu allererst die "üble Nachrede", die Verleumdung gewesen, welche den Haß gegen unsere Gemeinschaft schürte? Dem gegenüber steht der Gedanke eines geläuterten Nationalismus, der die Tage der eigenen Unterdrückung nicht vergißt, sich bewußt ist, daß G'tt über allen Nationen steht und aus der Erinnerung

an die eigene Knechtschaft die Verpflichtung ableitet, den Fremden in seiner Mitte zu dulden und zu achten.

1) Damit du des Tags deiner Ausfahrt vom Land Ägypten alle Tage deines Lebens gedenkest.

Ein Volk, das G'tt als den G'tt der Geschichte verleugnet, verfällt zwangsläufig dem Götzendienst.

4) Gedenk, vergiß nimmer, wie du Ihn deinen G'tt in der Wüste ergrimmtest.

und setzt an die Stelle der G'ttesverehrung den Führerkult. Es verschließt die Augen vor der g'ttlichen Offenbarung, verfälscht seine eigene Geschichte und die der anderen Völker. Gegen diese Verblendung warnt die Bibel

2) Jedoch hüte dich, hüte mit Macht deine Seele, daß du etwa vergäßest der Dinge, die deine Augen sahen.

und fordert von uns, Christen wie Juden, ein eindeutiges, furchtloses Bekenntnis zum einzigen G'tt, der über den Menschen steht. **Bedenken wir, daß wo Synagogen gebrannt hatten, später auch Kirchen dasselbe Schicksal erlitten hätten, wenn der selbstherrliche Führer gesiegt hätte.**

Wir Juden insbesondere erinnern uns an das, was uns "Amalek" angetan hat, der Israel vernichten wollte, als es "müde und ermattet" durch die Wüste zog.

3) Gedenke, was dir Amalek antat unterwegs auf eurer Fahrt aus Ägypten.

Hier ging es nicht mehr um den Raub an Hab und Gut, nicht nur um die Zerstörung von Lehrstätten und G'tteshäusern, hier ging es um die völlige Vernichtung des Jüdischen Volkes, dessen Söhnen und Töchtern man ihr Menschsein absprach. Das Leben hatte seine Heiligkeit verloren. G'tt aber, als der Schöpfer der Welt, hat den Menschen in seinem Ebenbild geschaffen, ein Gedanke, den uns der Sabbat - Ihr Sonntag - stets von Neuem ins Gedächtnis rufen soll.

6) Gedenk des Tags der Feier, ihn zu heiligen.

Nur der Glaube an die Gleichheit aller Menschen kann uns vor einem erneuten moralischen Verfall bewahren und die Wiederkehr eines Holocaust verhindern.

Es ist die Aufgabe dieses Hauses, das Gedenken zu bewahren, in steter Zusammenarbeit zwischen denen, die nicht vergessen können, und denen, die nicht vergessen dürfen. Wenn die restaurierte Synagoge zu einer solchen Begegnungsstätte werden sollte, wird sich an Ihnen das hier auf die Beziehung zwischen Deutschen und Juden abgewandelte, ursprünglich an G'tt gerichtete Dichterwort erfüllen:

"Und als ich Dir entgegenkam, fand ich Dich mir entgegenkommend."

Dies mein Gruß und mein Wunsch als ehemaliger deutscher Jude, als Bürger des Staates Israel und als Bewohner der Stadt Jerusalem, der Stadt des Friedens.



Margot Smith geb. Rosenthal (Zweite von rechts) staunt nicht schlecht über ein altes Bild in einem Hagener Heimatbuch. Rechts Oberbürgermeister Rudolf Loskand, ganz links Herbert Shenkman (Schenkmann), jetzt West Hartford, Conn. USA. (WR-Foto: Udo Meier)

Aus dem Ausschuß für Bürgeranträge

Ein Adolf-Nassau-Platz in Hagen?

Hagen. (Sche.) Der Ausschuß für Bürgeranträge und Beschwerden stimmte einmütig einem Antrag Prof. Dr. Zabels namens der Bürgeraktion Hohenlimburg zu, die Stadt Hagen möge einen Platz oder eine Straße nach Justizrat Adolf Nassau, dem langjährigen Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde, benennen. Justizrat Nassau starb 1937, nachdem er über 25 Jahre der jüdischen Kultusgemeinde vorgestanden hatte. Wie sein heute in Mexiko lebender Sohn Kurt schrieb, trug zu seinem Tod die Rechtslosigkeit der Juden in jenen Jahren und der Druck des nationalsozialistischen Regimes wesentlich bei.

Das SPD-Ausschußmitglied Martin Drewke machte sich schon Gedanken: „Den Platz vor dem Kaufhaus Quelle könnte man in Erwägung ziehen." Der Rat wird über die Sache befinden.

WR 16.9.1986

Shenkman: „Brücken zwischen den Menschen schlagen"

Sehnsucht war stärker als die Beklemmung: 36 jüdische Mitbürger in der alten Heimat!

Hagen. (Sche.) 36 ehemalige jüdische Mitbürger besuchen aus Anlaß der Einweihung der Hohenlimburger Synagoge Hagen. Sie kommen aus Israel, USA, Kanada, Südafrika, Kolumbien, Argentinien, Mexiko, England, Schweden, Frankreich, Korsika, aus der Schweiz und aus den Niederlanden für eine Woche in die Stadt, in der sie in den Nazi-Jahren Schlimmes erdulden mußten, nach der sie sich aber so brennend sehnten. Gestern bei dem Empfang im Rathaus war sowohl den Gästen als auch den Gastgebern die Beklemmung anzumerken.

Oberbürgermeister Loskand schilderte die Gefühle, die er als Vierzehnjähriger während der „Kristallnacht" empfand, als die Schreie der verfolgten und geprügelten Juden durch die Straßen hallten, Schaufenster jüdischer Geschäfte zersplitterten und Häuser in Brand gesteckt wurden. Aber er erinnerte auch an Beispiele der Hilfsbereitschaft unerschrockener Hagener, die ihren jüdischen Nachbarn halfen. „Etwas Licht in einem dunklen Kapitel!" Furchtbar war die Bilanz des darauffolgenden Krieges: In jener Zeit starben 6000 Hagener im Feuerofen der Fronten, 2000 unter den Bomben in der Heimatstadt, 142 Mitbürger jüdischen Glaubens in den Vernichtungslagern.

Die ehemalige Hagenerin Margot Smith geb. Rosenthal aus Watford in England, die noch im Juli 1938 Deutschland verlassen konnte, schilderte den Schrecken der Juden, als sie nach ihrer ersten Deportation nach der „Kristallnacht" nachts um eins auf dem Hagener Hauptbahnhof ankamen. „Sie können sich vorstellen, was einem da durch den Kopf geht." Herbert Shenkman (Schenkmann), der vor seiner Deportation in das Konzentrationslager Theresienstadt in der heutigen Stresemannstraße wohnte, jetzt wohnhaft in Hartford (Connecticut), Lehrbeauftragter für den Holocaust an der rennomierten Yale University in den USA, spricht heute um 11 Uhr in der Hohenlimburger Synagoge zum Thema „Von Hagen ins KZ und zurück." Er, der wie ein Wunder die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Außenkommando Meuselwitz und Zwodau überlebte, schloß einen kurzen Erlebnisbericht: „Das gehört nun der Vergangenheit an. Jetzt gilt es, trotz jener schlimmen Zeit Brücken zu schlagen zwischen den Menschen, daß sich so etwas niemals wiederholt."

WP 17.9.1986



Viele Fotos aus Hagen werden die jüdischen Mitbürger mitnehmen, wenn sie in der nächsten Woche wieder zurück nach Israel, England, Kolumbien, Mexiko oder in die USA reisen. Die meisten hatten ihre Heimatstadt, die sie unter dramatischen Umständen verlassen mußten, rund 50 Jahre nicht mehr gesehen. Gestern wurden die Gäste von Bürgermeister Loskand im Rathaus begrüßt. Ganz rechts Margot Smith-Rosenthal, die im Juli 1939 verließ und jetzt in England lebt. Malka Fuchs geb. Gutgold (2. v. l.) siedelte 1933 mit ihren Eltern nach Israel um. „Ich habe Hagen nie vergessen. Für mich ist Hagen immer noch zu Hause". Foto: Helga Reiher

Auch nach 50 Jahren vieles wiedererkannt

Ehemalige jüdische Mitbürger beeindruckt vom Empfang

(hg) Sehr beeindruckt von ihrem Empfang in Hagen sind 36 ehemalige jüdische Mitbürger aus Hagen und Hohenlimburg, die zur Festwoche aus Anlaß der Übergabe der Alten Synagoge einer Einladung in die Vaterstadt gefolgt sind. Die 36 sind nur ein kleiner Teil derer, die Deutschland verlassen mußten. Viele leben nicht mehr, von anderen ist die Adresse nicht mehr bekannt, und etliche sind inzwischen zu alt zu einer wehmütigen Erinnerungsreise.

Soweit es möglich war, hat die Stadt Hagen nach den schlimmen Jahren wieder Kontakt zu den ehemaligen Mitbürgern aufgenommen. Daran erinnerte gestern auch Oberbürgermeister Loskand bei einem Empfang im Hagener Rathaus. Obwohl sich Hagen in den letzten 50 Jahren sehr verändert hat, erkannten die meisten der Gäste aus zehn Ländern altvertraute Ecken und Straßen wieder. Immer wieder fielen im Gespräch Namen ehemals bekannter Hagener Geschäfte wie Goldmann, Löwenstein oder Kadden. Auch die Druckerei Bachrach gibt es längst nicht mehr.

Deutlich wurde auch, daß ein solcher Besuch mehr zur Aussöhnung beiträgt als viele schöne Worte. Frau Margot Smith geb. Rosenthal bedauerte in ihrer kleinen Rede, daß viele Verwandte, Bekannte und Freunde keine Einladung zur Festwoche erhalten hatten, weil der „Bürgeraktion Synagoge" die Adressen nicht vorlagen. „Wir sind gern bereit die Anschriftenliste zu vervollständigen, damit auch anderen ehemaligen Mitbürgern ein solches Erlebnis zuteil werden kann.

Im Namen aller Schicksalsgenossen bat Frau Smith Oberbürgermeister Loskand, auch im nächsten Jahr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit frühere Mitbürger eingeladen werden können, die in diesem Jahr nicht dabei waren.

Zur Finanzierung des Besuchssprogramms soll auch ein Scheck der Sparkasse Hagen über 5000 DM dienen.

WP 17.9.1986

„Israel muß ein jüdischer Staat sein, sonst wird er keinen Bestand haben!"

Professor Walk: Demokratie Talmud zu verdanken

Hohenlimburg. (G.F.) „Israel – ein jüdischer Staat?" Die Antwort von Professor Joseph Walk bei seinem Vortrag anläßlich der Festwoche zur Einweihung der ehemaligen Hohenlimburger Synagoge lautete: „Er muß so sein, sonst wird er keinen Bestand haben!"

Der frühere Hochschullehrer, Leiter des angesehenen Leo-Baeck-Instituts in Jerusalem, konnte am Dienstagabend eine interessierte Hörerschaft durch seinen pointierten und streckenweise ironischen Vortrag in seinen Bann ziehen. Denn hier wurde kein einseitiges Bild des Judentums vor dem Hintergrund der Geschichte gezeichnet, Walk sparte nicht mit Selbstkritik.

Die Frage, ob Israel noch ein wesensjüdischer Staat ist, ist jedoch, das zeigte der Vortrag, nicht sehr einfach zu beantworten. So gibt es ein sehr heterogenes Meinungsbild innerhalb der verschiedenen Gruppen der israelischen Gesellschaft zu besagter Fragestellung. Das Problem sei eben, daß Israel Volk und Religion vereine. Orthodoxe und nicht religiöse Juden leben gerade heute in einem steten Widerstreit. Allemal, und dies verurteilte der Referent aufs schärfste, gelte es keine Gewalt anzuwenden: „Die Zionisten müssen einen Kulturkampf mit kulturellen Mitteln führen."

So herrsche in einigen gesellschaftlichen Gruppierungen die Meinung vor, daß etwa die Jugend für Ideale stirbt, die sie nicht bereit ist zu leben! Dies belegte einmal mehr die kritische Haltung des Festredners zur „eigenen Sache".

Jedoch beschränkte sich der Vortragende nicht nur auf die Darstellung der politisch-religiösen Ebene. Auch der „jüdische Alltag" und das Rechtssystem – als Beispiel etwa die Verhinderung der Mischehe – wurden thematisiert.

Nicht ohne Stolz verwies Professor Walk auf die Tatsache, daß Israel wahrscheinlich der einzige demokratische Staat in der Region des Nahen Ostens sei.

Dies sei der „Magna Charta" des Judentums, nämlich dem Talmut, zu verdanken, der die Grundlage allen Handelns darstelle.

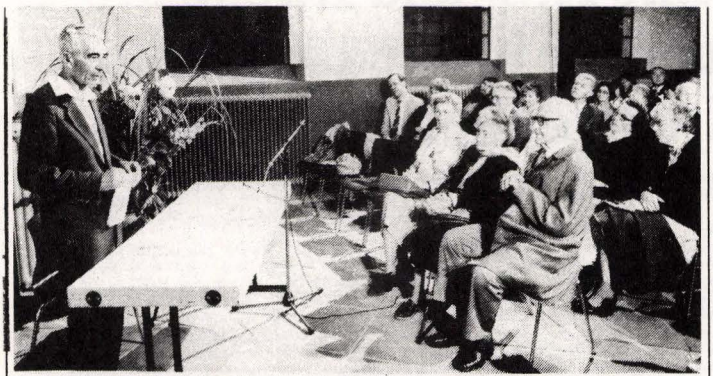
Anzumerken ist übrigens noch, daß sich unter den Zuhörern auch Brigade-General Dr. Dietrich Genschel befand, er zeichnete dereinst für den Einsatz der Bundespioniere bei der Renovierung der Synagoge verantwortlich.

Mit Anerkennung belegten die Mitglieder der Bürgeraktion Synagoge die Tatsache, das es sich der General nicht hatte nehmen lassen, zu diesem Vortrag extra aus seiner derzeitigen belgischen Heimat anzureisen.



Professor Joseph Walk (WR-Bild: Gunther Fessen)

WR 18.9.1986



Prof. Dr. Walk (links) referierte über den jüdischen Staat und seine Beziehung zum Glauben.
Foto: ic

Toleranz der Bürger ist Garant der Stabilität

Prof. Walk sprach in der Synagoge über den Staat Israel

Hohenlimburg. (ic) „Es gibt nur einen jüdischen Staat oder gar keinen Staat Israel!" – Dieser Überzeugung ist Prof. Dr. Joseph Walk vom Leo-Baeck-Institut in Jerusalem. Der aus Breslau in Schlesien stammende Jude sprach am Dienstagabend anläßlich der Eröffnungswoche der Hohenlimburger Synagoge in dem restaurierten ehemaligen Gotteshaus.

Rund 100 Zuhörer kamen, um Walks Ausführungen über das Verhältnis von jüdischem Glauben und jüdischem Staat zu hören.

Einer der Ehrengäste beim Vortrag: General Dr. Dietrich Genschel aus der NATO-Kommandozentrale AFCENT in den Niederlanden. Der Brigadegeneral war bis vor einigen Jahren Standortkommandeur in Iserlohn. Von dort aus ermöglichte er den Friedenseinsatz seiner Pioniere bei der Wiederherstellung der Synagoge. Walk erläuterte die enge Verzahnung von orthodoxen und ungläubigen Juden bei der Errichtung des Staates Israel. In einer einheitlichen zionistischen Bewegung gelang es Männern wie Theodor Herzl, die Vorraussetzungen für die Gründung des jüdischen Staates 1948 zu schaffen.

„Nur die Respektierung des Glaubens durch die säkularen Bewohner Israels auch im täglichen Leben hat den innerstaatlichen Konsens erhalten!" Walk nannte als Beispiele für die starke Verbindung von Religion und Staat neben dem jüdischen Kalender die sehr bibelbezogene hebräische Sprache sowie die Gesetzgebung. So gibt es heute in Israel immer noch keine Zivilehe.

Fazit der Rede des Gastprofessors: Die Toleranz von Gläubigen und Nichtgläubigen ist der wesentliche Garant der inneren Stabilät Israels.

WP 18.9.1986

Shenkmans Vortrag löste tiefe Betroffenheit aus

Ohne Haß und Rache die Zuhörer in Synagoge zum Nachdenken gezwungen

Hohenlimburg. (G.F.) Betroffenheit – dies mag am gestrigen Vormittag die Stimmung in der ehemaligen Synagoge am ehesten charakterisieren. Denn der Vortrag von Herbert Shenkman vermochte mit menschlichen Worten Unmenschliches auszudrücken.

Das schlichte Thema des Amerikaners, eigens zur Festwoche war er in seine Geburtsstadt zurückgekehrt, lautete: „Von Hagen ins KZ und zurück!" Ohne einen Anflug von Pathos; die einfache Wahrheit wurde den vornehmlich jungen Zuhörern entgegengebracht. Die Wahrheit über eine Zeit, in der es Menschen gab, die tagsüber Mitbürger ermordeten und abends ihren Kinder ein Wiegenlied sangen.

So deutete er auch noch im momentanen Sprachgut Versuche des Verschönerns, des Vergessenmachens. Wenn etwa von Holocaust und nicht von geplantem Massenmord die Rede ist.

Eigene Erlebnisse ordnete Shenkman Stationen in der Geschichte des Nazi-Regimes zu. So etwa die Situation der Zeitgenossen, die das Unglaubliche in den Massenvernichtungslagern nicht fassen konnten.

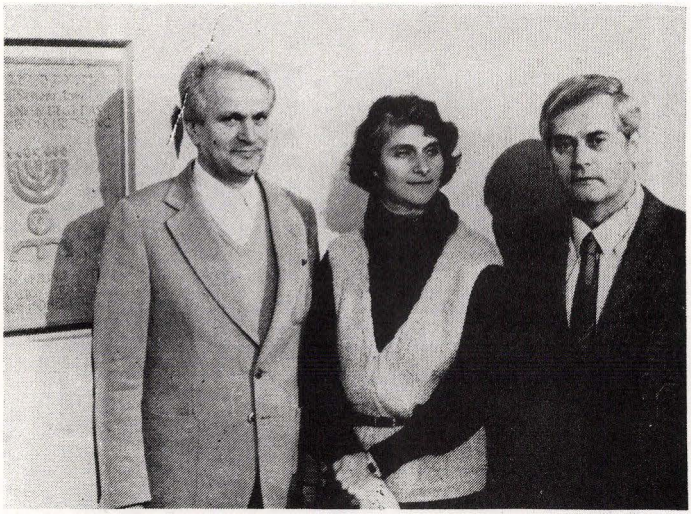
Welche Hochachtung muß man dann vor diesem Mann haben, der ohne Haß und Rache in seine frühere Heimat kommt, um nicht nur seine jungen Zuhörer zum Nachdenken zu zwingen.

Wie sonst sind seine mahnenden Abschlußworte zu verstehen: „Wir müssen immer daran zweifeln, was eine Regierung in unserem Namen macht, wie sie für uns handelt!"



Vor allem die jüngeren Zuhörer machte der Vortrag von Herbert Shenkman, einem gebürtigen Hagener, sehr betroffen. (WR-Bilder: Gunther Fessen)

WR 18.9.1986



DIE AUTOREN der Dichterlesung, die am Mittwochabend in der ehemaligen Synagoge ihre Werke vortrugen, hatten nicht den Anspruch, durch ihre Aussagen besondere Probleme zwischen Deutschen und Juden darzustellen. Natürlich, so Gernot Burgeleit (links im Bild), neben Heinz Böhmke und Renate Schmidt-V., einer der Vortragenden, ergaben sich Berührungspunkte, wie etwa bei der Erzählung „Die Reichskristallnacht in Gevelsberg". Die Dichter, sämtlich Mitglieder des Autorenkreises Ruhr-Mark, fanden in der ehemaligen Synagoge ein interessiertes Publikum vor.
(WR-Bild: Gunther Fessen)

WR 19.9.1986

Jüdische Ex-Hagener zu Besuch:

Wer sucht Kontakte?

Hagen. Aufgrund zahlreicher Rückfragen aus Hagens Bevölkerung teilt die „Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg" die Namen der Teilnehmer an der Besuchswoche für ehemalige jüdische Mitbürger mit: Isaak Schneebaum und Frau (Israel), Lore Gilai-Freudenberg geb. Rosenthal (Israel), Margot Smith geb. Rosenthal (Großbritannien), Marga Irom geb. Janowski (Israel), Malka Fuchs geb. Gutgold und Mann (Israel), Kurt Nassau und Frau (Mexiko), Helga Landau geb. Levi (USA), Sara Ringer geb. Gutgold und Mann (Israel), Herbert Shenkman (USA), Werner Gumprich und Frau (Kanada), Rosi Hoffstadt geb. Behr und Mann (Kolumbien), Hanne L. Sachs und Marianne Greenblum-Sachs mit Mann (USA), Kurt Gumprich und Frau (Israel), Hans L. Benzian und Frau (Schweiz), Karen Benzian (Israel), Hugo Mosbach und Frau (Frankreich), Ilse Growald geb. Loewenstein und Mann (Israel), Erwin Mosbach und Frau (Schweden), Herta Stern geb. Mosbach (Großbritannien), Maedy Mosbach (BRD) und Gerda Heumann geb. Loewenstein (USA).

WR 19.9.1986



Das Collegium Musicum Judaicum aus Amsterdam zog die Zuhörer in der alten Synagoge voll in ihren Bann. Der Beifall bewies, daß das große musikalische Können vom Publikum gewürdigt wurde. **Foto: tp**

Musik in passendem Rahmen

Großer Applaus für Gottespreisung in ehemaliger Synagoge

Hohenlimburg. (co) „Dawid Melech Jisrael – König David lebt !" Diese frohe Überzeugung klang am Donnerstagabend bei dem Konzert des Collegium Musicum Judaicum aus Amsterdam in der ausverkauften Synagoge in jedem Stück mit. „Musik des jüdischen Volkes" wollte das international bekannte Ensemble dem Hohenlimburger Publikum vorstellen, und das Spektrum war breit: Von der alttestamentarischen Liturgie und der reichen jüdisch-europäischen Musiktradition des Mittelalters und der Neuzeit reichte es bis hin zu Liedern und Tänzen des heutigen Israel. Doch aus so verschiedenen Zeiten die einzelnen Stücke auch immer stammten – ihr Ursprung, nämlich der Wunsch, Gott zu preisen, war stets derselbe. Unverkennbar war dabei der Eindruck, den diese mitreißende Musik auf das Publikum machte.

Zu den Höhepunkten des Abends zählte wohl auch das Bariton-Solo, das „Du-Lied", gesungen von Chaim Storosum, dem Leiter des Collegiums. Als das vorgesehene Programm nach rund eineinhalb Stunden zu Ende ging, erhielten die ausgereiften Musiker einen kaum abreissenden Applaus: Erst nach zwei Zugaben gab sich das begeisterte Publikum zufrieden. Sicherlich war dieses großartige Konzert ein Beweis dafür, daß sich die ehemalige Synagoge als Stätte für kammermusikalische Abende ausgezeichnet anbietet.

WP 20.9.1986

Gefühle in Musik nachvollzogen

Chöre erfreuten ihr Auditorium

Hohenlimburg. (G.F.) Das gemeinsame Konzert des Johannes-Kirchenchores und des Ensembles „Vigholin" am Freitagabend war mehr als nur Rahmenprogramm zur Festwoche. Denn die Chanteure aus Hagen und Hohenlimburg, die ein vielfältiges – geistliches wie weltliches – Programm darboten, zeigten allemal, daß sie – jeder in seiner Art – eine Bereicherung des kulturellen Spektrums der hiesigen Region darstellen.

Mehr als sonst vermochten die Zuhörer mit den vorgetragenen Liedern in der ehmaligen Synagoge Gefühle in der Musik nachzuvollziehen. So etwa bei den Negro-Spirituals, die in schwermütiger Weise das eigene Schicksal der Gepeinigten anprangern. So war denn auch besonders dieser letzte Teil der Darbietungen des Ensembles „Vigholin" unter der Leitung von Studiendirektor a.D. Hans-Jürgen Krüsemann besonders gelungen.

Der Chor der Hagener Johannes-Kirchengemeinde vermochte sein Können nicht nur mit präzise dargebotenen vier- und fünfstimmigen Motetten ins rechte Licht zu rücken. Die Ausführenden ließen das Auditorium spüren, daß Musik hier nicht zu einer Kunstrichtung verkümmert, sondern ein Anliegen, eine Botschaft überbringen will.



Neben dem Ensemble „Vigholin" überzeugte der Johannes-Kirchenchor unter der Leitung von Heinrich Ehmann die Besucher des Konzertes am Freitagabend in der ehmaligen Synagoge.
(WR-Bild: Gunther Fessen)

WR 23.9.1986



Wieder einmal begeisterte das Hohenlimburger Vokal-Ensemble „Vigholin" seine Zuhörer in der Synagoge an der Jahnstraße.

Vigholin begeisterte Hohenlimburger in der Synagoge

Stadtanzeiger 24.9.1986

Hohenlimburg. Am vergangenen Freitagabend gab es in der restaurierten Hohenlimburger Synagoge ein sehr interessantes Konzert zu hören. Die beiden Chöre, der Johannis-Kirchenchor aus Hagen und das Ensemble Vigholin aus Hohenlimburg, stellten dem sachkundigen Publikum ihr musikalisches und gesangliches Können unter Beweis.

Im ersten Teil zeigten die Sängerinnen und Sänger des Hagener Kirchenchores, daß sie nicht nur geistliche Motetten perfekt beherrschen, sondern daß unter der Leitung von Heinrich Ehmann ebenso weltliche Stücke ins Repertoire eines Kirchenchores gehören. Das interessierte Publikum dankte mit Applaus.

Im zweiten Teil des Konzertes dann – nach einer kurzen Pause – der Auftritt des Ensemble Vigholin, ein Chor aus ehemaligen Schülern und Studenten des Gymnasiums Hohenlimburg.

Auf dem Programm standen hier vielfältige geistliche Stükke aus aller Welt. Sowohl moderne Sätze aus unserem Jahrhundert als auch Spirituals und Sätze aus dem Heiligen Land Israel beherrschte das Hohenlimburger Vokal-Ensemble, das weit über die Hohenlimburger Stadtgrenzen durch seinen guten Ruf bekannt ist, so daß – vor allem bei den eher etwas beschwingten Spirituals – die Begeisterung des Chores auf das Publikum überschlug. Unter der Leitung von Hans-Jürgen Krüsemann zeigte sich erneut, zu welchen Leistungen dieser Chor fähig ist.

Dem Zerfall entgegengewirkt

Darstellende Kunst als Mittel der Bewußtseinsbildung

Hohenlimburg. „Meditationsbilder" nannte Wolfgang Elben die Farbkompositionen seiner Ehefrau. „Zweigeteilt aber doch verbunden" seien die Werke, bei denen der Betrachter seiner Phantasie freien Lauf lassen kann. Von Gewitter bis Waldwiese reichen dabei die möglichen Assoziationen.

Schwieriger waren am Samstagmorgen in der Synagoge die mit Text kombinierten Farbfelder von Helga Elben zu verstehen. Als „abstraktes Gebilde", als Stimmung, nicht als Illustration zum Text seien sie gedacht. Spontan entstanden, sollten sie die Zusammengehörigkeit der Kreatur dokumentieren.

Konkreter Anlaß der Ausstellung: Als eine der ersten Künstler setzte sich die engagierte Frau für die Synagoge ein.

Mit Federzeichnungen machte sie auf den Zerfall und die drohende Zerstörung des ehemaligen Gotteshauses aufmerksam. Die Wucht des steingewordenen Gedenkens – ebenso wie beim jüdischen Friedhof – habe die Inspiration gegeben.

Außerdem stammt von der 1930 in Wetter geborenen Absolventin der Hamburger Kunsthochschule der Plakatentwurf der Synagogen-Eröffnungswoche. Bis zunächst zum Mittwoch kann zwischen 15 und 17 Uhr die Ausstellung besucht werden. **ic**



Die Künstlerin Helga Elben (mit Blumen) im Kreise der Ausstellungsbesucher in der alten Synagoge. **Foto: ic**

WP 22.9.1986

Ihre Schicksale kann man nicht ausklammern

Juden zu Besuch in der alten Heimat

VON KARL JÜNNEMANN

Hohenlimburg. Vergessen können sie nicht, die Opfer des NS-Regimes, die nach fünf Jahrzehnten – oft zum ersten Mal – ihre Heimat Hagen und Hohenlimburg wiedersehen. Sie sind zwischen 78 und 61 Jahren alt, offen für alle Schritte, die in eine friedvolle Zukunft führen. „Wir kamen, weil wir so herzlich gebeten wurden. Wir fahren zurück mit dem Bewußtsein, herzlich aufgenommen worden zu sein. Und wir sind bereit, unsere alte Heimat wieder zu besuchen."

Das sagen 36 ehemalige jüdische Mitbürger, die der Nationalsozialismus in alle Teile der Welt getrieben hat – nach Israel, Amerika, England, Mexiko und, und, und... Eine Geste der Versöhnung ist der Anlaß des Besuches: Die Übergabe der ehemaligen Synagoge Hohenlimburg als eine Stätte der Begegnung.

Perspektiven für eine neue Zukunft – unter diesem Zeichen wollen die Juden ihre Visite verstanden wissen. Über die Vergangenheit zu reden, fällt schwer. Und doch: Die Jahre von 1933 bis 1945 sind nicht auszuklammern. Schicksale dieser Dimension kann man nicht vergessen.

Ein Beispiel: Marianne Greenblum-Sachs aus den USA. Die Hagenerin flüchtete 1936 mit ihrer Familie nach Holland. Sie überlebte. Ihre Eltern starben im Konzentrationslager. Frau Greenblum-Sachs jetzt: „Ich hatte Angst, wieder nach Hagen zu kommen. Aber es war richtig. Ich wäre um eine Erfahrung ärmer geblieben."

Oder die Geschwister Gerda Heumann und Ilse Growald, geborene Loewenstein, aus Hohenlimburg: „Wir sind 1939 kurz vor dem Kriegsausbruch getrennt nach England geflüchtet. Dort waren wir unerwünscht, feindliche Ausländer. Erst nach 1945 konnten wir uns frei bewegen." Heute sind die USA und Israel ihre Heimatländer. Ilse Growald: „Ich war 1947 erstmals wieder in Hohenlimburg. Ich sah mein Elternhaus, habe geweint und war fünf Minuten später wieder aus der Stadt. Heute bereue ich es nicht, der Einladung gefolgt zu sein. Ich habe meinen Mann dabei. Meine Schwester wäre nicht gekommen, wenn sie mich nicht hier gewußt hätte."

Margot Smith und ihre Schwester Lore Gilai-Freudenberg, geborene Rosenthal aus Hagen-Haspe, bekennen, daß sie der Einladung folgten, ohne Haspe wiedersehen zu wollen. Das bringe zu viele Erinnerungen an unheilvolle Zeiten. Sie leben heute in England und Israel. Ihr Urteil: „Dieser Brückenschlag ist einmalig. Wir werden anderen ehemaligen jüdischen Mitbürgern anraten, solchen Einladungen zu folgen."

Dr. Herbert Shenkman aus Hagen, heute als Wissenschaftler und Publizist in den USA tätig und fast jährlich in Europa oder Deutschland: „Ich habe erfahren, daß die zweite Generation zwar wenig über das Schicksal der Juden in Deutschland informiert ist, doch sehr dran interessiert ist, diese Wissenslücken zu füllen. Das läßt hoffen."

WP 20.9.1986



Erfahrungen und Erlebnisse des Besuchs in der alten Heimat wurden beim letzten Treffen der ehemaligen jüdischen Mitbürger ausgetauscht. Foto: Horst Stamm

Jüdische Mitbürger nach ihrem Besuch in Hagen: „Phantastisch"

(liz) Samstag abend im Hotel Schmidt: Ein letztes Mal versammelten sich die insgesamt 36 ehemaligen jüdischen Mitbürger zu einem gemeinsamen Abendessen, um die Erlebnisse und Erfahrungen des einwöchigen Besuchs ihrer einstigen Heimatstadt Hagen Revue passieren zu lassen. „Sie alle haben uns in dieser Woche durch die vielen Gespräche bereichert; sie haben unseren Lebenskreis in Höhen und Tiefen geführt, die uns normalerweise nicht zugänglich sind," so Professor Hermann Zabel, der in Zusammenarbeit mit Freunden und Helfern der „Bürgeraktion Synagoge" dieses Treffen organisierte.

Er bekundete auch seine aufrichtige Freude darüber, daß so viele den teilweise doch sehr weiten Weg in ihre Heimatstadt gefunden haben.

Die Reaktion von Frau Margot Smith, geb. Rosenthal, die in Großbritannien eine neue Heimat gefunden hat, kam prompt: „Meiner Meinung nach muß es vielen nicht leicht gefallen sein, der Einladung zu folgen. Aber ich kann nun, nach den Erfahrungen dieser einen Woche, ohne Bedenken sagen, es war phantastisch."

Natürlich gab es auch Abschiedsgeschenke zur Erinnerung: Fotoalben und Dokumentationen über den Besuch in der alten Heimat. Allerdings wartete Professor Zabel noch mit einem Geschenk ganz besonderer Art auf:

„Auf Vorschlag der Bürgeraktion wird in absehbarer Zeit in Hagen eine Straße oder ein Platz nach dem uns allen bekannten Justizrat Adolf Nassau benannt werden. Damit wird ihr Besuch bei uns noch nachträglich ausgezeichnet."

Mit einer kleinen Zeremonie wurde dann bei einem gemeinsamen Gebet der Sabbath verabschiedet und die kommende Woche begrüßt: „A gute Woch" wünschte man sich; die WP wünscht eine gute Heimreise.

WP 22.9.1986

כי תבואו אל הארץ ונטעתם (ויקרא יט,כג)
AND WHEN YE SHALL COME INTO THE LAND AND YE SHALL PLANT (*Leviticus 19.23*)

planted through Hadassah

In Appreciation to All Who Made it Possible
to Restore the Damaged Synagogue
Into a Memorial

ELSE MOND NEE LOEWENSTEIN

5
TREES

Kommentar

Keiner der Unterzeichner des Spendenaufrufs der Bürgeraktion aus dem Jahre 1980 ahnte zum damaligen Zeitpunkt, welche Konsequenzen der Aufruf haben sollte. Die Schwierigkeiten, die sich bei den Bemühungen um die Erhaltung und Herrichtung des Synagogengebäudes ergaben, waren wesentlich größer als erwartet. Andererseits wurden die Initiatoren durch die Spendenbereitschaft und Einsatzbereitschaft zahlreicher Einzelpersonen und Gruppen überrascht und in ihrer Arbeit bestärkt. In Fortsetzung der Arbeit des Arbeitskreises "Jüdische Gemeinde Hohenlimburg" vertiefte die Bürgeraktion die Kontakte zu früheren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Hohenlimburg und bezog durch entsprechende Presseaufrufe seit 1984 auch Mitglieder der früheren jüdischen Gemeinde Hagen in diese Kontakte ein. Durch diese Kontakte und anschließende Besuche, die die Bürgeraktion seit 1982 im Auftrage des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen organisierte, erhielten die Bemühungen des als gemeinnützig anerkannten Vereins neue, nicht vorhersehbare Impulse. Die Besucher trugen auf ihre Weise dazu bei, das Wissen um die Vorgänge zu vertiefen, die sie und ihre Angehörigen gezwungen hatten, im Zusammenhang der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft das Vaterland zu verlassen. "Mit Schimpf und Schande aus der Stadt, die ihnen Heimat war" - so lautet der Titel einer Sammlung von Berichten früherer Mitglieder der jüdischen Gemeinden von Hagen und Hohenlimburg. Für die meisten Besucher war die Rückkehr an die Stätten ihrer Kindheit mit der Überwindung erheblicher Hemmungen und Vorbehalte verbunden. Hervorzuheben ist die Unterstützung, die die Bürgeraktion bei der Vorbereitung und Durchführung der Besuchswochen fand. Dies gilt insbesondere auch für die privaten Spenden und Einladungen, die zu vielen persönlichen Gesprächen führten.

Die Bemühungen um das Synagogengebäude und um die Geschichte der früheren jüdischen Gemeinden in Hohenlimburg und Hagen hat Menschen, die vorher nicht oder kaum voneinander wußten, zusammengeführt und gegenseitiges Verstehen ermöglicht. Insofern bildete die Festwoche aus Anlaß der Übergabe des Synagogengebäudes sicherlich den Höhepunkt in der Arbeit der Bürgeraktion. Die Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Gebäudes, die zu mancherlei Kontroversen zwischen den Mitgliedern der Bürgeraktion und den Vertretern der Stadt Hagen geführt hatten, waren, wie die dokumentierte Rede des Oberbürgermeisters vom 15.9.1986 zeigt, längst Geschichte geworden.

Im übrigen bedürfen die im Abschnitt "Begegnungen und Kontakte" dokumentierten Berichte und Ansprachen keines weiteren Kommentars.

Die Inschrift auf der Gedenktafel im Gebäude der ehemaligen Synagoge Hohenlimburg lautet: "Im Gedenken liegt das Geheimnis der Erlösung." (Rabbi Israel ben Elieser gen. Baal Schem Tow)

AUSBLICK

Nach Abschluß der Festwoche übergab der Kämmerer der Stadt Hagen den Schlüssel zum Synagogengebäude an die Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hagen.

Ehemalige Synagoge letztes Zeugnis jüdischen Denkens

Überlassung an die DIG soll zukünftige Akzente setzen

Hohenlimburg. (jü.) „Die Synagoge Hohenlimburg ist ein letztes bauliches Zeugnis jüdischen Gedenkens in unserer näheren Heimat." So der einführende Wortlaut einer Präambel zum Überlassungsabkommen zwischen der Stadt Hagen und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Hagen, die zum wesentlichen Inhalt eines Überlassungsabkommens gehört.

Gestern überreichte Stadtdirektor Dr. Rudolf Pesch dem Vorsitzenden der DIG, Fritz Brüggemann, den Schlüssel zur ehemaligen Synagoge, einer Stätte, die in Zukunft als Ort der Mahnung, des Gedenkens und der Begegnung dienen soll.

Dr. Pesch vollzog, was der Wirtschafts- und Grundstücksausschuß beschlossen hatte: Eine Überlassung mit einem „Testlauf" von einem Jahr an die DIG. Er betonte, daß die hauptsächlichen materiellen Lasten der Unterhaltung bei der „Eigentümerin", der Stadt Hagen, verbleiben würden, doch die künftigen Nutzer der Alten Synagoge ihren Beitrag ideell (und begrenzt) auch finanziell zu leisten hätten.

Der Stadtdirektor erklärte zudem, daß die Stadt Hagen, vertreten durch ihre Parlamentarier, davon ausgehe, daß Deutsch-Israelische Gesellschaft, Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu einem gemeinsamen Nenner der Nutzung fuhren würden.

DIG-Vorsitzender Fritz Brüggemann setzte dann auch darauf, daß sich die Beteiligten – die oben angesprochenen drei Organisationen – auf eine gleichberechtigte Nutzung der ehemaligen Synagoge einigen.



Schlüsselübergabe: Stadtdirektor Dr. Rudolf Pesch, Peter Bendick und Fritz Brüggemann (DIG), der Leiter des Liegenschaftsamtes Hans Kühle und Hans Rehbohm (DIG). Foto: ic

WP 23.9.1986

In Obhut der Deutsch-Israelischen Gesellschaft:

Dr. Pesch übergab Schlüssel Synagoge steht allen offen

WR 24.9.1986

Jahreshauptversammlung in der Synagoge

Gemeinsames Nutzungskonzept: „Kooperation funktioniert!“

Hohenlimburg. (G.F.) Augenscheinlich wurde für die Mitglieder der Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg in ihrer Jahreshauptversammlung am Donnerstag, daß ein Hauptziel ihres Strebens erreicht worden war. Denn durch ihr Tagen im wiederhergerichteten Synagogengebäude wurde noch einmal ins Bewußtsein gerufen, wie sich die bisherige Arbeit gelohnt hat.

Prof. Hermann Zabel berichtete zunächst im öffentlichen Teil der Versammlung über die geleistete Arbeit des Vereins, der in vielfältigster Art von sich reden machte.

Neben der Besuchswoche zur Einweihung der Synagoge sprach Zabel die etlichen Publikationen der Bürgeraktion an, die inzwischen teilweise bundesweite Beachtung gefunden hätten.

Bei der momentanen Nutzung des Gebäudes sei man zusammen mit der Deutsch-israelischen Gesellschaft und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu einem für alle Seiten befriedigendem gemeinsamen Konzept gekommen. Zabel: „Die Kooperation funktioniert!“ Zufriedenstellend äußerte er sich auch über die Akzeptanz der Veranstaltungsreihen in der Synagoge durch die Bevölkerung.

Weiterhin wurden auch Fragen aufgeworfen, die sich mit dem Status der Bürgeraktion in der Zukunft befaßten. So sei mit der Wiederherrichtung der Synagoge das Ziel des Vereins erreicht und man müsse, so Zabel, darüber nachdenken, ob der Verein somit noch weiterbestehen müsse.

In Fortführung der weiteren Ziele des Vereins sei hier auch über die Gründung einer Sektion der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hohenlimburg nachzudenken.

Trotzdem sei fest daran gedacht, im Mai, in Zusammenarbeit mit den militärgeschichtlichen Forschungsinstitut in Freiburg und auf Anregeung von Brigadegeneral Dr. Genschel – er war federführend an den Einsätzen der Bundeswehr am Synagogengebäude beteiligt –, eine Ausstellung „Deutsch-jüdische Soldaten 1914 – 1945“ in die Synagoge zu holen. Dies, so wurde betont, würde nicht zuletzt auch weitere Kreise als bisher mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit konfrontieren.

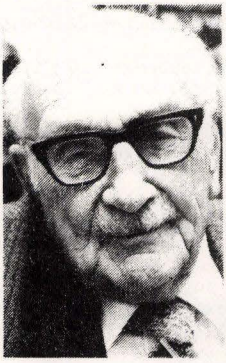
Kurz erwähnt sei hier, daß inzwischen die „korrigierte Fassung“ der Dokumentation „Verschwiegen – Vergessen – Verdrängt“ vorliegt, die von Hermann Zabel in Verbindung mit Andreas Antepoth und Gondrand Karle (nicht mehr mit Henning Rengshausen) verfaßt, durch die Bürgeraktion Synagoge herausgegeben wird.

Abschließend ist zu vermerken, daß auf der Hauptversammlung auch ein neuer Vorstand gewählt wurde. Dem fünfköpfigen Gremium gehören jetzt Adalbert Böning, Gondrand Karle, Dr. Marie-Luise Ziesché, Prof. Dr. Dieter Kappe und Prof. Hermann Zabel an. Zum Ehrenvorsitzenden wurde – aufgrund seiner verdienstvollen Mitgliedschaft in der Bürgeraktion – Dr. Elmar Hartmann bestimmt.

Ehrenmitglieder wurden Pastor Siegfied Gurr und Werner Koch.

WR 14.2.1987

Pastor Gurr zur WR: „Wiedergutmachung!“



PASTOR SIEGFRIED GURR: „Deutsche haben den Juden unermeßliches Leid zugefügt. Wir haben große Schuld auf uns genommen. Deshalb ist es auch für mich ein Zeichen der Wiedergutmachung, wenn etwa das Synagogengebäude wiederaufgebaut wurde. Dies war auch die Motivation für mich als Mitglied der Bürgeraktion!“
(WR-Bilder[2]: Gunther Fessen)



WERNER KOCH: „Wo ein Gotteshaus steht, dort sind auch Menschen gewesen, die besinnliche – auch traurige – Stunden verbracht haben. Gedenkstätten, wie etwa die Synagoge, können eingedenk dieser Tatsache nicht einfach ausradiert werden. Als Heimat- und Geschichtsfreund mußte ich die Ideen der Bürgervereinigung Synagoge auch aus Gründen der Humanität unterstützen.“

WR 14.2.1987

„Bürgeraktion Synagoge“ hat ihre Aufgabe erfüllt

WP 14.2.1987

Literaturhinweise

Böning, Adalbert/Zabel, Hermann et al (Hrsg.): Gedenkschrift zu Ehren der ehemaligen jüdischen Mitbürger Hohenlimburgs. Mit einem Geleitwort von Johannes Rau. 2. Fassung Hagen 1981 (Selbstverlag)

Böning, Adalbert: Der jüdische Friedhof in Hohenlimburg. Hagen 1986 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg: Zwischenbericht zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg. Hagen 1981 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg: Zwischenbericht Nr. 2 zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg. Hagen 1982 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg: Zwischenbericht Nr. 3 zum Stand der Bemühungen um den Erhalt der alten Synagoge in Hagen-Hohenlimburg. Hagen 1982 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg: Jüdisches Erbe in Deutschland - Botschaft und Herausforderung. Hagen 1984 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg (Hrsg.): Die nationalsozialistische Judenpolitik im Spiegel der Hagener Presse (Bearbeiter: Annemarie Asbeck/Jörg Winkelströter). Hagen 1986 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg/Hagener Heimatbund (Hrsg.): Mit Schimpf und Schande aus der Stadt, die ihnen Heimat war (Bearbeiter: Hermann Zabel). Hagen 1986 (Selbstverlag)

Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg/Hagener Heimatbund (Hrsg.): Sehnsucht war stärker als die Beklemmung: 36 jüdische Mitbürger in der alten Heimat (Bearbeiter: Hermann Zabel). Hagen 1986 (Selbstverlag)

Gase, Barbara: Die Geschichte der Juden in Hagen. Hagen 1986

Stadt Hagen (Hrsg.): Gedenkbuch zum tragischen Schicksal unserer jüdischen Mitbürger. Hagen 1961

Zabel, Hermann et al (Hrsg.: Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg): Verschwiegen - Vergessen - Verdrängt. Altes und Neues vom Heimatverein. Frankfurt 1986 (Verlag Haag + Herchen)

Zabel, Hermann: Verschweigen und Verdrängen. Sprachliche Strategien der Vergangenheitsbewältigung - dargestellt an einem Einzelfallbeispiel. In: Muttersprache 97/1987, H. 1/2, 63 ff.

Zabel, Hermann: Zerstreut in alle Welt. Zur Geschichte und Nachgeschichte einer jüdischen Kleinstadtgemeinde. Hagen 1988 (Padligur-Verlag)

Hinweis: Die meisten der im Selbstverlag der Bürgeraktion erschienenen Broschüren sind vergriffen, können jedoch im Stadtarchiv Hagen und in der Bibliothek des Leo-Baeck-Instituts Jerusalem eingesehen werden.

Historie in der Blauen Eule

Band 1 **Andreas Steffens**

Das Innenleben der Geschichte

Anläufe zur Historischen Anthropologie

Essen 1984, 146 Seiten ISBN 3-924368-32-5 Preis: DM 24,–

Band 2 **Norbert Hecker**

Der Einfluß der Klöster und Stifte auf die Landesentwicklung im Mittelalter

Essen 1985, 159 Seiten ISBN 3-924368-73-2 Preis: DM 27,–

Band 3 **Annegret Heffen**

Der Reichskunstwart – Kunstpolitik in den Jahren 1920 – 1933

Zu den Bemühungen um eine offizielle Reichskunstpolitik in der Weimarer Republik

Essen 1986, 321 Seiten m. 18 Abb. ISBN 3-89206-137-8 Preis: DM 42,–

Band 4 **Volker Franke**

Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf

Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt

Essen 1987, 350 Seiten ISBN 3-89206-147-5 Preis: DM 39,–

Band 5 **Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg (Hrsg.)**

Wenn eine Ruine zum Prüfstein wird

Ein Lehrstück gegen das Vergessen

Essen 1988, 216 Seiten ISBN 3-89206-221-8 Preis: DM 34,–

Am 10.11.1938 gehörte die Synagoge Hohenlimburg zu den Zielen eines von Anhängern und Sympathisanten des NS-Regimes veranstalteten Demolationszuges. Fast ein halbes Jahrhundert später wurde das Gebäude für eine Vielzahl von Einzelpersonen und Gruppen zum Prüfstein für die Bereitschaft, an einem konkreten Beispiel einen Beitrag zur Bewältigung eines dunklen Abschnitts deutscher Geschichte zu leisten. Der Band dokumentiert die Aktivitäten einer Gruppe von Bürgern, die sich für die Erhaltung des Bauwerks, für die Aufklärung der Ereignisse der Vergangenheit und für Kontakte zu den früheren Mitgliedern der örtlichen jüdischen Gemeinde eingesetzt hat.

Die Bürgeraktion Synagoge Hohenlimburg trat im Dezember 1980 mit einem Spendenaufruf an die Öffentlichkeit. Sie erfuhr in der Folgezeit Zuspruch und Unterstützung, aber auch Kritik und Ablehnung. Mit der Herausgabe der Dokumentation erinnert die Bürgeraktion zugleich an die Ereignisse der sog. Reichskristallnacht vor nunmehr 50 Jahren.

ISBN 3-89206-221-8